This is a digital copy of a book that was preserved for generations on library shelves before it was carefully scanned by Google as part of a project to make the world's books discoverable online.

It has survived long enough for the copyright to expire and the book to enter the public domain. A public domain book is one that was never subject to copyright or whose legal copyright term has expired. Whether a book is in the public domain may vary country to country. Public domain books are our gateways to the past, representing a wealth of history, culture and knowledge that's often difficult to discover.

Marks, notations and other marginalia present in the original volume will appear in this file - a reminder of this book's long journey from the publisher to a library and finally to you.

Usage guidelines

Google is proud to partner with libraries to digitize public domain materials and make them widely accessible. Public domain books belong to the public and we are merely their custodians. Nevertheless, this work is expensive, so in order to keep providing this resource, we have taken steps to prevent abuse by commercial parties, including placing technical restrictions on automated querying.

We also ask that you:

+ *Make non-commercial use of the files* We designed Google Book Search for use by individuals, and we request that you use these files for personal, non-commercial purposes.

+ *Refrain from automated querying* Do not send automated queries of any sort to Google's system: If you are conducting research on machine translation, optical character recognition or other areas where access to a large amount of text is helpful, please contact us. We encourage the use of public domain materials for these purposes and may be able to help.

+ *Maintain attribution* The Google "watermark" you see on each file is essential for informing people about this project and helping them find additional materials through Google Book Search. Please do not remove it.

+ *Keep it legal* Whatever your use, remember that you are responsible for ensuring that what you are doing is legal. Do not assume that just because we believe a book is in the public domain for users in the United States, that the work is also in the public domain for users in other countries. Whether a book is still in copyright varies from country to country, and we can't offer guidance on whether any specific use of any specific book is allowed. Please do not assume that a book's appearance in Google Book Search means it can be used in any manner anywhere in the world. Copyright infringement liability can be quite severe.

About Google Book Search

Google's mission is to organize the world's information and to make it universally accessible and useful. Google Book Search helps readers discover the world's books while helping authors and publishers reach new audiences. You can search through the full text of this book on the web at `http://books.google.com/`

Über dieses Buch

Dies ist ein digitales Exemplar eines Buches, das seit Generationen in den Regalen der Bibliotheken aufbewahrt wurde, bevor es von Google im Rahmen eines Projekts, mit dem die Bücher dieser Welt online verfügbar gemacht werden sollen, sorgfältig gescannt wurde.

Das Buch hat das Urheberrecht überdauert und kann nun öffentlich zugänglich gemacht werden. Ein öffentlich zugängliches Buch ist ein Buch, das niemals Urheberrechten unterlag oder bei dem die Schutzfrist des Urheberrechts abgelaufen ist. Ob ein Buch öffentlich zugänglich ist, kann von Land zu Land unterschiedlich sein. Öffentlich zugängliche Bücher sind unser Tor zur Vergangenheit und stellen ein geschichtliches, kulturelles und wissenschaftliches Vermögen dar, das häufig nur schwierig zu entdecken ist.

Gebrauchsspuren, Anmerkungen und andere Randbemerkungen, die im Originalband enthalten sind, finden sich auch in dieser Datei – eine Erinnerung an die lange Reise, die das Buch vom Verleger zu einer Bibliothek und weiter zu Ihnen hinter sich gebracht hat.

Nutzungsrichtlinien

Google ist stolz, mit Bibliotheken in partnerschaftlicher Zusammenarbeit öffentlich zugängliches Material zu digitalisieren und einer breiten Masse zugänglich zu machen. Öffentlich zugängliche Bücher gehören der Öffentlichkeit, und wir sind nur ihre Hüter. Nichtsdestotrotz ist diese Arbeit kostspielig. Um diese Ressource weiterhin zur Verfügung stellen zu können, haben wir Schritte unternommen, um den Missbrauch durch kommerzielle Parteien zu verhindern. Dazu gehören technische Einschränkungen für automatisierte Abfragen.

Wir bitten Sie um Einhaltung folgender Richtlinien:

+ *Nutzung der Dateien zu nichtkommerziellen Zwecken* Wir haben Google Buchsuche für Endanwender konzipiert und möchten, dass Sie diese Dateien nur für persönliche, nichtkommerzielle Zwecke verwenden.

+ *Keine automatisierten Abfragen* Senden Sie keine automatisierten Abfragen irgendwelcher Art an das Google-System. Wenn Sie Recherchen über maschinelle Übersetzung, optische Zeichenerkennung oder andere Bereiche durchführen, in denen der Zugang zu Text in großen Mengen nützlich ist, wenden Sie sich bitte an uns. Wir fördern die Nutzung des öffentlich zugänglichen Materials für diese Zwecke und können Ihnen unter Umständen helfen.

+ *Beibehaltung von Google-Markenelementen* Das "Wasserzeichen" von Google, das Sie in jeder Datei finden, ist wichtig zur Information über dieses Projekt und hilft den Anwendern weiteres Material über Google Buchsuche zu finden. Bitte entfernen Sie das Wasserzeichen nicht.

+ *Bewegen Sie sich innerhalb der Legalität* Unabhängig von Ihrem Verwendungszweck müssen Sie sich Ihrer Verantwortung bewusst sein, sicherzustellen, dass Ihre Nutzung legal ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass ein Buch, das nach unserem Dafürhalten für Nutzer in den USA öffentlich zugänglich ist, auch für Nutzer in anderen Ländern öffentlich zugänglich ist. Ob ein Buch noch dem Urheberrecht unterliegt, ist von Land zu Land verschieden. Wir können keine Beratung leisten, ob eine bestimmte Nutzung eines bestimmten Buches gesetzlich zulässig ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass das Erscheinen eines Buchs in Google Buchsuche bedeutet, dass es in jeder Form und überall auf der Welt verwendet werden kann. Eine Urheberrechtsverletzung kann schwerwiegende Folgen haben.

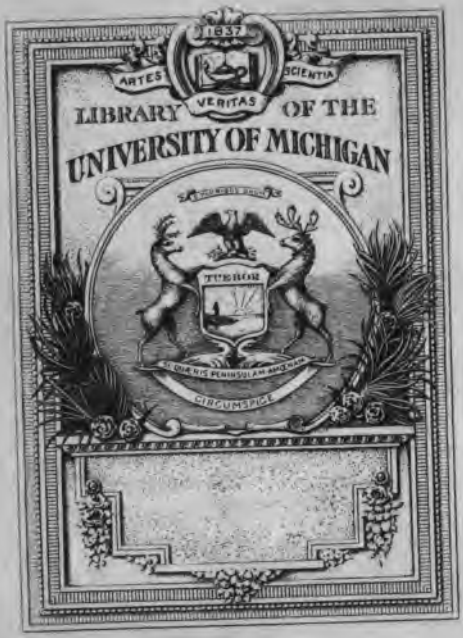
Über Google Buchsuche

Das Ziel von Google besteht darin, die weltweiten Informationen zu organisieren und allgemein nutzbar und zugänglich zu machen. Google Buchsuche hilft Lesern dabei, die Bücher dieser Welt zu entdecken, und unterstützt Autoren und Verleger dabei, neue Zielgruppen zu erreichen. Den gesamten Buchtext können Sie im Internet unter `http://books.google.com` durchsuchen.

A 825,855

FÜRST BÜLOW

von Dr. Wilhelm Spickernagel



OTTO HARRASSOWITZ
BUCHHANDLUNG
LEIPZIG

DD
231
.B8
S75
1921

Phot. R. u. M. Dührkoop, Lichtbildnerei, Hamburg - Berlin Alster-Verlag, Hamburg

Fürst von Bülow

Beilage zu Dr. W. Spickernagel Fürst Bülow - Einzeln unverkäuflich

Fürst Bülow

von

Dr. Wilhelm Spickernagel

4.—10. Tausend.

Alster-Verlag, Hamburg

Alle Rechte vorbehalten
Copyright 1921 by Alster-Verlag, Hamburg

Druck von Hermann's Erben, Hamburg

PRINTED IN GERMANY

Lib. Comm.
Harrass.
9-14-28
17597

Inhalt

Vorwort 5

I. Fürst Bülows Persönlichkeit 7

II. Die auswärtige Politik des Fürsten Bülow ... 36

III. Fürst Bülow über die Vorgeschichte des Krieges 92

IV. Der Bülowblock 103

V. November 1908. (Daily-Telegraph-Affäre) .. 122

VI. Bülow und Bassermann 146

VII. Fürst Bülow im Weltkriege

a) Bei Kriegsausbruch 193

b) Die römische Mission des Fürsten Bülow ... 196

c) Aus den Berichten des deutschen Militärattachés in Rom 211

d) Fürst Bülow über die politische Kriegführung 255

VIII. Schlußwort (Zur Kanzlerkrise des Jahres 1917). 258

Vorwort

In der vorliegenden Schrift habe ich einen Teil meiner Bülowstudien zusammengefaßt. Es kam mir in erster Linie darauf an, die Stellung des Fürsten Bülow zu den Fragen des Weltkrieges zu kennzeichnen, nicht um unfruchtbare Mutmaßungen anzustellen, wie sich der ehemalige Kanzler möglicherweise zu diesem oder jenem Kriegsproblem gestellt haben könnte, sondern um seine Rolle innerhalb der politischen Vorgeschichte des Krieges sowie seine eigene Kriegsleistung: die römische Mission, darzustellen. Einen besonderen Wert legte ich darauf, der Öffentlichkeit urkundliches Material zugänglich zu machen, auf das ich bei der Vorarbeit zu dieser Schrift gestoßen bin.

Auch an dieser Stelle möchte ich Frau Julie Bassermann, die mir in liebenswürdiger Weise Einblick in das Archiv ihres Gatten, des verstorbenen nationalliberalen Parteiführers, gewährte, und Herrn Major von Schweinitz, der mir auf meinen Vorschlag in ebenso freundlicher Weise seine Attachéberichte aus der Zeit der römischen Mission des Fürsten Bülow zur Verfügung stellte, für die mir geliehene Unterstützung herzlichen Dank sagen.

Kurze Streichungen habe ich nur an solchen Stellen vorgenommen, wo sie mit Rücksicht auf das Interesse des Landes geboten schienen oder wo es sich um rein persönliche Dinge ohne politische Bedeutung handelte,

— im übrigen die Mahnung beherzigt, die Leopold v. Ranke in der Vorrede zu seiner Untersuchung über „Hardenberg und die Geschichte des preußischen Staates von 1793—1813“ ausspricht: „. . . die Entwicklung einer Zeit geht auf den einmal eingeschlagenen Wegen immer weiter; durch die Geheimhaltung wichtiger Papiere entgeht den Zeitgenossen eine genauere Kenntnis der zuletzt vorgefallenen Begebenheiten, auf denen doch ihr eigenes Thun und Lassen beruht. Persönlichkeiten werden geschont, aber die allgemeine Kunde verliert.“

Hamburg, den 1. April 1921.

Der Verfasser.

I.

Bülows Persönlichkeit.

Der ist nicht flugs ein Edelmann,
Der geboren ist aus großem Stamm,
Oder der Geld und Reichtum hat
Und tut doch keine redl'che Tat.
Die Tugend und die Tüchtigkeit
Adelt den Menschen alle Zeit.

•

(Nach einem alten Familien-Stammbuchblatt von 1650. Abgedruckt im „Taschenbuch des Geschlechtes von Bülow." Druck von Herrcke und Lebeling in Stettin, Dezember 1907.)

Bernhard von Bülow entstammt väterlicherseits wie mütterlicherseits alten niedersächsischen Geschlechtern. Die Bülows sind mit Recht stolz darauf, daß ihr alter und weitverzweigter Stamm dem Heere die größte Anzahl von Offizieren gestellt hat. 31 Bülows starben im Weltkriege den Heldentod. Unter den Gliedern der Familie haben sich während des letzten halben Jahrhunderts im Heeresdienst u. a. hervorgetan: Franz von Bülow, weiland kommandierender General des westfälischen Armeekorps, Adolf von Bülow, vor und nach 1870 Militärattaché in Paris, späterhin kommandierender General des badischen Armeekorps und Generaladjutant, und der bekannte Heerführer im Weltkriege, Generalfeldmarschall Karl von Bülow.

Auch an dem geistigen und künstlerischen Leben der Nation hat das Geschlecht des Kanzlers reichen Anteil. Der geniale Pianist Hans von Bülow und sein Vater, der Novellist Eduard von Bülow, gehören in diese Reihe.

Eine außerordentlich große Anzahl von Bülows haben dem Staate als Beamte und Diplomaten gedient, so der Schwiegersohn Wilhelms von Humboldt und Gemahl der durch ein feinsinniges Buch bekannt gewordenen Gabriele von Bülow, der Freiherr Heinrich von Bülow, in den 30er Jahren des 19. Jahrhunderts preußischer Gesandter in London, später preußischer Minister des Äußern, ein Großonkel des Fürsten Bülow, so Graf Hans von Bülow, 1849 preußischer Minister des Äußern, so der langjährige Reisebegleiter Kaiser Wilhelms I. und spätere Gesandte beim Papst, Otto von Bülow, so vor allem der Vater des Fürsten, der mit Bismarck engbefreundete, 1879 als preußischer Staatsminister und Staatssekretär des Auswärtigen Amtes verstorbene Bernhard Ernst von Bülow.

Der Fürst, der „still sich freuend ans Ende dieser schönen Reihe sich geschlossen sieht", hat die Überlieferungen seines Geschlechts stets mit Ehrfurcht gepflegt. Als junger Leutnant in Bonn legte er sich ein Verzeichnis aller Bülows an, die sich in den letzten 700 Jahren hervorgetan haben, und trug ihre Namen auf den letzten Seiten eines alten Familienbuches ein. Unter ihnen bewunderte er, wie er gelegentlich eines Familientages derer von Bülow in Doberan am 2. März 1909 darlegte[1]), namentlich den Sieger von Dennewitz und den großen Künstler Hans von Bülow. — „Schließlich bin

[1]) Reden (Reklam-Ausgabe) V, 268 ff.

ich weder Stratege noch Musiker, sondern Minister geworden und muß mich da hineinfinden", fügte er hinzu. „Ich kann aber nur jedem jungen Bülow raten, sich auch solch ein Verzeichnis anzulegen wie ich und dann zuzusehen, wie weit er es bringt. Die Eigenschaften aber, die wir, wie unsere Vorfahren, vor allem hochhalten wollen, das ist die Treue, die Treue zum Fürsten und die Treue zum Lande, die echte Treue, die immer, und auch in schwierigen Verhältnissen, das wahre Wohl des Fürsten und des Landes vor Augen hat."

Des Fürsten Mutter Victorine Louise war eine geborene Rücker, Tochter des dänischen Konsuls Johann Wilhelm Rücker zu Hamburg. Die Rückers waren seit 1708 in Hamburg ansässig, und die Großmutter des Fürsten war eine Tochter des älteren Martin Johann Jenisch, Senators der Freien und Hansestadt. So ist also der frühere Reichskanzler der Urenkel eines hamburgischen Senators. — Auf dem Kanzleigut Flottbek seines Großonkels Jenisch ist Bernhard von Bülow am 3. Mai 1849 geboren. In dem kleinen freundlichen unweit Hamburg an der Unterelbe gelegenen Villenort Klein-Flottbek hat er seine ersten Lebensjahre verbracht, und dieser Stätte seiner frühesten Kindheit ist er auch in späteren Lebenstagen treu geblieben. Oftmals hat er bei seinem Vetter, Frh. v. Rücker-Jenisch, zu Besuch geweilt, und nach dem Ausscheiden aus dem Kanzleramte schlug er kurz vor Kriegsausbruch in der Elbparkvilla seinen Ruhesitz auf, zu dem er seitdem alljährlich im Sommer zurückkehrte. Mit Stolz hebt er hervor, daß er jeden Baum und jeden Stein in Flottbek kenne. „Wie oft bin ich von hier aus auf der Straße, die an diesem Hause vorbeiführt, am Sonntagmorgen mit meinen

seligen Eltern zur Kirche gegangen, elbaufwärts nach Ottensen oder elbabwärts nach Nienstedten. Man muß im Ausland gelebt haben, um zu wissen, wie schön Deutschland ist, und daß ewig wahr bleibt, was schon in der Staufer Zeit vor 700 Jahren unser Walter von der Vogelweide zum Lob und Preis unserer lieben Heimat gesungen hat, daß kein Land über Deutschland geht. In diesem schönen Deutschland kenne ich nun kaum eine Gegend, die mir besser gefällt, als die Niederelbe und ganz besonders dieser Fleck Erde.[1]) An der Unterelbe pflegt der Fürst seine täglichen stundenlangen Wanderungen zu unternehmen und mit dem Dichter Detlev v. Liliencron preist er die Flottbeker Chaussee als „die schönste Straße der Welt".

„Vom Vater hat er die Statur, des Lebens ernstes Führen!" Wenn wir die Lebensbeschreibung des Staatssekretärs Ernst von Bülow in der „Allgemeinen deutschen Biographie"[2]) lesen, so glauben wir in vielen Zügen das Bild des ältesten Sohnes Bernhard wiederzuerkennen. Es heißt da: „Sein Äußeres atmete Behaglichkeit und Vornehmheit. Er war ein Aristokrat von der alten Holstenart, konservativ vom Scheitel bis zur Sohle und zugleich von hoher Bildung. Dies vereint mit seinen hohen Gaben verschaffte ihm die Freundschaft seines größten Zeitgenossen, dem er außerdem wegen seiner außerordentlichen Arbeitskraft unschätzbar war." Dem eisernen Kanzler ist der Vater Bülow schon 1852 in Frankfurt a. M. nähergetreten, wo er als Bundestagsgesandter für die — damals unter dänischer Oberhoheit stehenden — Herzogtümer Holstein und Lauenburg neben dem preußischen Bundes-

[1]) Reden V, 301.

[2]) 47. Band. Nachträge bis 1899. Leipzig, Duncker & Humblot 1903, S. 350 ff.

tagsgesandten Otto von Bismarck tätig war. Der große Menschenkenner hatte bald die Bedeutung des älteren Bülow erkannt. Er schätzte an seinem gleichaltrigen Kollegen vor allem, daß er sich in keiner Weise von der öffentlichen Meinung bestimmen ließ, sondern lediglich nach staatsmännischen Erwägungen mit scharfer und klarer Folgerichtigkeit den Nutzen seines Staates vertrat. In seinem bekannten Privatbericht, den Bismarck am 30. Mai 1852 an den Ministerpräsidenten von Manteuffel richtete, nennt er Bülow „einen der gescheitesten Köpfe der Versammlung". Die in der alten Kaiserstadt geschlossene Freundschaft hat fürs Leben gehalten. Als Ministerpräsident in Mecklenburg-Strelitz und seit 1868 als Gesandter der beiden Großherzogtümer Mecklenburg hat er Bismarcks Politik bei der Begründung des Norddeutschen Bundes und später als Bundesratsbevollmächtigter im Reiche tatkräftig und klug unterstützt. Im Jahre 1873 wurde er auf Bismarcks Vorschlag zum Staatssekretär des Äußern ernannt. Er war ein treuer Gefolgsmann des großen Kanzlers und genoß ebenso wie bei diesem auch großes Vertrauen bei dem alten Kaiser. Nach Beendigung der Kanzlerkrisis im April 1877 bestellte ihn Bismarck zu seinem Vertreter in den auswärtigen Angelegenheiten. Auf dem Berliner Kongreß war er neben Bismarck und Hohenlohe Bevollmächtigter des Deutschen Reiches. Im Auswärtigen Amt erhielt er den Ehrennamen „die heilige Kraft". Als ihn am 20. Oktober 1879, kaum 64 Jahre alt, auf einer Erholungsreise nach Italien der Tod ereilte, drahtete Fürst Bismarck an den ältesten Sohn des Staatssekretärs von Bülow, den nachmaligen Kanzler: „Ich habe Ihr Telegramm mit tiefer Bewegung erhalten. Nächst Ihnen und den Ihrigen trifft mich der Verlust am härtesten, persönlich und amtlich." Wie hoch der

Vater Bülows auch bei anderen bedeutenden Zeitgenossen geschätzt wurde, geht aus einer Äußerung des berühmten Earl of Beaconsfield (Benjamin Disraeli) hervor. In einem Briefe vom 4. Juli 1878 schreibt er an die Königin Victoria:[1]) „I dined with the Minister of State, Bülow, a small party, about sixteen. An accomplished and apparently most amiable family. Bülow himself attractive from his experiance, highly courteous tho' natural manners; his wife, lively and well informed, and two or three sons at table, who I really think were the best-looking, the best-dressed and the best-mannered young gentlemen I ever met. They were all in the army, but she has 7 sons, equally engaging it is said." Die beiden Söhne, über welche hier der englische Kanzler dieses freundliche Urteil fällt, waren Bernhard von Bülow, der nachmalige Kanzler des Deutschen Reiches, und sein zweiter als Generalmajor und Brigadekommandeur infolge eines Sturzes vom Pferde 1897 verstorbener Bruder.

Im Jahre 1852 siedelte die Familie nach Frankfurt a. M. über. „In der alten freien Reichsstadt auf der Grenze von Süd- und Norddeutschland, der Krönungsstadt der römischen Kaiser deutscher Nation, der Vaterstadt Goethes, empfing der Knabe die ersten bewußten Lebenseindrücke[2]), und schon in seine ersten Kindheitserinnerungen ragte die Gestalt Bismarcks hinein, des Freundes seines Vaters." In Frankfurt besuchte er die Schule, bis der Vater als Minister nach Neu-

[1]) The Life of Benjamin Disraeli, Earl of Beaconsfield by Gorge Earle Buckle (London, John Murray, Albemarle Street W. 1920. Volume VI, 1876-1881, S. 331:)

[2]) Aus dem trefflichen Vorwort Wilhelm von Massows zu der Reclamausgabe der Reden, S. 15.

ſtreliß ging und ihn in das dortige Gymnaſium aufnehmen ließ. Den Abſchluß ſeiner Schulbildung erhielt er auf einem preußiſchen Gymnaſium, dem Pädagogium in Halle, wo er 1867 die Abiturientenprüfung beſtand. Bülow hat ſtets mit großer Dankbarkeit an ſeine Schulzeit zurückgedacht. Im Sommer 1907 empfing der Reichskanzler eine Abordnung von Oberlehrern, um deren Wünſche hinſichtlich Gleichſtellung mit den Richtern kennen zu lernen. Der Kanzler knüpfte bei der Unterredung an ſeine eigene Gymnaſialzeit in Frankfurt a. M., Neuſtreliß und Halle a. S. an und gedachte hierbei pietätvoll einzelner von ihm hochgeſchätzter Lehrer, ſo der Profeſſoren Claßen und Kreizenach in Frankfurt a. M., des Rektors Schmidt in Neuſtreliß und des Profeſſors Daniel[1]) in Halle a. S. Letzterem ſei er zu beſonderem Danke verpflichtet für die Einführung in Sophokles, Ariſtophanes und Tacitus, deren Werke er kurſoriſch mit ihm geleſen habe. Dadurch ſei er mehr in den Inhalt und die Schönheit der Werke eingedrungen als bei einer zu grammatikaliſchen Lehrmethode. Fürſt Bülow fügte hinzu, er ſei und bleibe *ein treuer Anhänger des humaniſtiſchen Gymnaſiums*, dem er viel für ſein ganzes Leben verdanke.[2]) Auch heute noch iſt er ein Freund der klaſſiſchen Literatur. Seine Lieblingsſchriftſteller ſind neben Goethe und Schopenhauer, Bismarck und Treitſchke: Homer, Thukydides, Salluſt, Tacitus, Virgil, Ariſtophanes, Horaz. Nach Abgang von der Schule widmete ſich Bülow dem Studium der Rechts- und Staatswiſſenſchaften auf den Univerſitäten Leipzig,

[1]) Prof. Hermann Adalbert Daniel (1812-1876) iſt der Verfaſſer des bekannten geographiſchen Werkes und zahlreicher geſchichtlicher Eſſays.

[2]) Reden V, 251.

Berlin und Lausanne. Am deutsch-französischen Kriege nahm er als Kriegsfreiwilliger bei den Bonner Königshusaren teil. Er wurde im Felde Offizier und tat nach Friedensschluß noch ein Jahr aktiven Dienst in Bonn. Den blauen Attila seines stolzen Regiments hat er 48 Jahre, von 1870-1918, vom Avantageur bis zum General, getragen. 1901 wurde er als Oberst mit der Uniform der Regiments à la suite der Armee gestellt, 1905, nachdem er sein altes Regiment bei der Parade des VIII. Armeekorps in Koblenz beim Kaiser vorbeigeführt hatte, zum Generalmajor befördert.

Nach Ablegung der Referendarprüfung war er zuerst beim Landgericht, dann beim Bezirkspräsidium in Metz tätig.

Bülows diplomatische Laufbahn begann im Jahre 1874 als Attaché bei der deutschen Botschaft in Rom unter dem Botschafter Robert von Keudell. Sie führte im raschen Siegeszug aufwärts. Schon nach kurzer Tätigkeit wurde er als dritter Botschaftssekretär nach Petersburg versetzt, dort leitete die russische Politik Fürst Gortschakoff, der einstige Gönner und nachmalige erbitterte Widersacher Bismarcks. 1877 zweiter Botschaftssekretär in Wien. Nach Beginn des russisch-türkischen Krieges vorübergehend Geschäftsträger in Athen. 1878 nimmt Bülow als Sekretär des Berliner Kongresses teil an den Verhandlungen der europäischen Mächte, die eine so große und folgenschwere Bedeutung für die Beziehungen zwischen Deutschland und dem Zarenreiche gewinnen sollten, 1879 zweiter Botschaftssekretär in Paris unter dem Fürsten Chlodwig von Hohenlohe, der dem Dreißigjährigen eine glänzende Laufbahn voraussagt: „Der kann einmal deutscher Reichskanzler werden!“

Bülow weilte gern in der „Lichtstadt“. Er lernte zahlreiche politische Persönlichkeiten der Republik kennen und trat vor allem dem großen Franzosen Gambetta nahe, einem Mann, den man bei uns einen „Kriegsverlängerer“ nennen würde, den aber die französische Nation heute mit Recht als den Helden feiert, der — um mit Charmes zu sprechen — „die Seele und die Zukunft Frankreichs“ durch seinen Widerstand gerettet hat.

1885 wurde Bülow als Botschaftsrat nach St. Petersburg versetzt. In diesen zweiten Petersburger Aufenthalt fällt seine Vermählung mit der Gräfin Dönhoff, geborenen Prinzessin di Camporeale. Die Fürstin entstammt einem alten Bologneser Geschlecht, das im 14. Jahrhundert nach Sizilien übersiedelte, und ist noch heute Herrin des Marchesats Altavilla bei Palermo, eines ursprünglich normannischen Besitzes.[1]) Ihre im September 1915 verstorbene Mutter, Donna Laura, die dem vor über 100 Jahren in einem Zweige von England nach Neapel verpflanzten Hause Acton angehörte, hatte nach dem Ableben ihres ersten Gatten den bekannten italienischen Staatsmann Marco Minghetti geheiratet. Im Hause ihres Stiefvaters lernte die junge Prinzeß di Camporeale den deutschen Botschaftssekretär Grafen von Dönhoff kennen, mit dem sie sich 1867 vermählte. Diese Ehe wurde 1884 gerichtlich getrennt und durch Entscheidung des Heiligen Stuhls aufgelöst. Die Fürstin, die schon als Gräfin Dönhoff nach Deutschland gekommen war und deutsches Wesen in sich aufgenommen hatte, ist — ohne jemals ihr Vaterland verleugnet zu haben — ganz und gar zur Wahldeutschen geworden. Sie

[1]) „Die Tradition“ 29. 1. 1921, S. 1204-1206.

iſt eifrige Wagnerianerin und ſteht ſeit vielen Jahren dem Hauſe Wahnfried in Bayreuth nahe. Auch mit vielen anderen hervorragenden Vertretern deutſchen Geiſtes, mit Adolf Wilbrandt und Gottfried Semper, Hans von Bülow und Franz von Lenbach, Alfred von Berger und Malvida von Meyſenbug verband ſie innige Freundſchaft. Die Prinzeſſin Marie von Camporeale war, wie Wilbrandt in ſeinen „Erinnerungen“[1]) ſagt, von „der Natur dazu geſchaffen, dieſen Weg zu gehen, wie vielleicht noch keine Welſche vor ihr. In der zarten, feinen, unendlich lebendigen Geſtalt mit den dunklen ſpaniſchen Augen entfaltete ſich erſtaunlich früh eine deutſche Seele, die ſich für Schiller begeiſterte, ſich in Wagner ſtürzte, nach deutſcher Bildung hungerte.. Sie wollte vor allem wiſſen, was in deutſchen Köpfen und Herzen arbeitet, wollte an deutſcher Muſik und Philoſophie, an deutſcher Malerei und Poeſie ihren vollen Anteil haben.“

Die kluge und liebenswürdige Frau hat es allezeit verſtanden, das Haus Bülow zu einem geſellſchaftlichen und künſtleriſchen Mittelpunkt zu machen, und hat auf dieſem für die Anknüpfung und Geſtaltung politiſcher und namentlich diplomatiſcher Beziehungen keineswegs bedeutungsloſen Gebiete das ihrige dazu beigetragen, den Erfolgen des Mannes die Wege zu ebnen.

Über das ſtille vaterländiſche Walten der Fürſtin zur Zeit der römiſchen Miſſion ihres Gemahls hat uns Otto Röſe in ſeinem feſſelnd geſchriebenen Buche „Im römiſchen Hexenkeſſel 1915“[2]) eine anſchauliche Schilderung aus der Feder der Romanſchriftſtellerin Mathilde Serao vermittelt.

---

[1]) 2. Aufl. Cotta'ſche Buchhandlung 1905. S. 163 ff.

[2]) Stuttgart. Verlag Spemann. S. 59.

1888 ging Bülow als Gesandter nach Bukarest, wo er das besondere Vertrauen des Königs Karl von Rumänien zu gewinnen vermochte.

Das Jahr 1894 brachte ihn an das eigentliche Ziel seiner Wünsche, als er zum Botschafter in Rom ernannt wurde. An der ihm schon von seiner früheren Tätigkeit her wohlvertrauten Stätte verstand Bülow sich bald eine Stellung zu schaffen, welche der Gestaltung der deutsch-italienischen Beziehungen in hohem Maße zugute kam. Als im Jahre 1897 innerpolitische Krisen in Deutschland einen Wechsel in der Vertretung der auswärtigen Angelegenheiten des Reiches wünschenswert erscheinen ließen, richtete sich die Aufmerksamkeit des Kaisers und des Kanzlers v. Hohenlohe, der Bülows Fähigkeiten schon in Paris schätzen gelernt hatte, auf den Botschafter in Rom. Während der Kieler Woche, am 28. Juni 1897, wurde Bülow zunächst vertretungsweise mit der Leitung des Auswärtigen Amtes betraut.

Nach seiner entgültigen Ernennung v. 20. Oktober desselben Jahres hieß es Abschied zu nehmen von der ewigen Stadt, an die ihn soviele persönliche wie politische Bande knüpften. „Der Not gehorchend, nicht dem eigenen Triebe", bekannte er in seiner Ansprache gelegentlich der von der deutschen Kolonie für ihn veranstalteten Abschiedsfeier, übernehme er die schwierige und aufreibende Stellung in Berlin. Er komme sich vor wie Odysseus. Indem er von Rom fortgehe, verlasse er, wie einst der homerische Irrfahrer, friedliche und glückliche Gestade, um sich zu stürmischer Fahrt auf dem weiten Meere einzuschiffen. Wohl wisse er, daß die See ihre Untiefen und Klippen habe; er finde jedoch Mut in dem Entschluß, was auch immer kommen möge, an zwei Vorsätzen festzuhalten: zunächst seine

ist eifrige Wagnerianerin und steht seit vielen Jahren dem Hause Wahnfried in Bayreuth nahe. Auch mit vielen anderen hervorragendeu Vertretern deutschen Geistes, mit Adolf Wilbrandt und Gottfried Semper, Hans von Bülow und Franz von Lenbach, Alfred von Berger und Malvida von Meysenbug verband sie innige Freundschaft. Die Prinzessin Marie von Camporeale war, wie Wilbrandt in seinen „Erinnerungen“[1]) sagt, von „der Natur dazu geschaffen, diesen Weg zu gehen, wie vielleicht noch keine Welsche vor ihr. In der zarten, feinen, unendlich lebendigen Gestalt mit den dunklen spanischen Augen entfaltete sich erstaunlich früh eine deutsche Seele, die sich für Schiller begeisterte, sich in Wagner stürzte, nach deutscher Bildung hungerte.. Sie wollte vor allem wissen, was in deutschen Köpfen und Herzen arbeitet, wollte an deutscher Musik und Philosophie, an deutscher Malerei und Poesie ihren vollen Anteil haben.“

Die kluge und liebenswürdige Frau hat es allezeit verstanden, das Haus Bülow zu einem gesellschaftlichen und künstlerischen Mittelpunkt zu machen, und hat auf diesem für die Anknüpfung und Gestaltung politischer und namentlich diplomatischer Beziehungen keineswegs bedeutungslosen Gebiete das ihrige dazu beigetragen, den Erfolgen des Mannes die Wege zu ebnen.

Über das stille vaterländische Walten der Fürstin zur Zeit der römischen Mission ihres Gemahls hat uns Otto Rose in seinem fesselnd geschriebenen Buche „Im römischen Hexenkessel 1915“[2]) eine anschauliche Schilderung aus der Feder der Romanschriftstellerin Mathilde Serao vermittelt.

---

[1]) 2. Aufl. Cotta'sche Buchhandlung 1905. S. 163 ff.

[2]) Stuttgart. Verlag Spemann. S. 59.

mache, der die Geschicke des Reiches in den vielleicht entscheidungsvollsten Jahren der ganzen deutschen Geschichte geleitet hatte.

In der Tat macht sich nicht nur die breite Masse des Volkes sondern auch die überwiegende Mehrheit der Gebildeten eine unvollkommene Vorstellung von dem Charakter unserer politischen Führer. Der deutsche Gebildete ist in der schönen Literatur besser zu Hause als in der Politik, ihn interessierte bislang vorwiegend das Feuilleton, das „Vermischte", — die Leitartikel legte er gelangweilt beiseite. Vielleicht lag das an den Leitartikeln, vielleicht auch an anderen Gründen, aber jedenfalls war es so. Die führenden Männer der Kunst und schönen Literatur, allenfalls noch hervorragende Heerführer sind uns vertrauter als die Männer der Politik.

Wenn man sich ein richtiges Bild von der politischen Persönlichkeit des vierten Kanzlers machen will, darf man nicht an seiner Stellung zu dem Fürsten Bismarck vorbeigehen. Nicht um die beiden auf eine Stufe zu stellen, eine solche Geschmacklosigkeit hat Bülow selbst einmal im Reichstag zurückgewiesen, auch nicht um Ähnlichkeiten zu konstruieren — Bismarck und Bülow sind in vieler Beziehung durchaus verschieden geartete Naturen — sondern vielmehr um zu untersuchen, welche Haltung Bülow gegenüber seinem großen Vorgänger eingenommen und inwiefern er versucht hat, dessen politisches Erbe zu wahren.

Die Tätigkeit des Reichsgründers war von so tiefgehender Wirkung für das Schicksal der deutschen Nation, daß er zu einem Maß aller politischen Dinge und Personen geworden ist. Kein Deutscher kann an seiner Gestalt vorbeigehen, er muß sich einmal mit ihr auseinandersetzen. Für den Politiker heißt es: „Sage

mir, wie Du zu Bismarck ſtehſt, und ich will Dir ſagen, wer Du biſt!“

Da ehrt es nun den Menſchen und den Politiker Bülow gleichermaßen, daß er niemals und zu keiner Stunde den großen Kanzler verleugnet und ihm auch nach ſeinem Sturze die Treue gewahrt hat. Fürſt Bülow, deſſen Vater der vertraute Freund und Helfer des Altreichskanzlers geweſen war, der ſelbſt ſchon als Kind in Frankfurt a/M. in ſeinem Elternhauſe die erſten Eindrücke von der Größe des gewaltigen Mannes erhielt, hat ſich ſtets als einen dankbaren, wenn auch nicht kritikloſen Schüler und Bewunderer Bismarcks bezeichnet.

Sein Amtsvorgänger im Auswärtigen Amt, Frh. v. Marſchall, der ſpäter als Botſchafter in Konſtantinopel hervorragende diplomatiſche Fähigkeiten offenbarte, war bekanntlich durch ſeine Amtsführung und Leitung der auswärtigen Angelegenheiten in einen ſcharfen Gegenſatz zu Bismarck geraten.

Vierundzwanzig Stunden nach der Betrauung mit ſeiner neuen Aufgabe als Staatsſekretär ſtattete Bülow in Begleitung des Reichskanzlers Hohenlohe dem Alten im Sachſenwalde ſeinen Beſuch ab. Er bekundete durch dieſe ebenſo fein empfundene wie politiſch kluge Geſte vor aller Öffentlichkeit, daß er gewillt war, nach dem Maße ſeines Könnens an die Traditionen Bismarcks wieder anzuknüpfen.

Als Bülow bald nach ſeiner Ernennung zum Reichskanzler, am 16. Juni 1901, bei der Enthüllung des Nationaldenkmals für den Fürſten Bismarck im Namen des Reichs die Gedenkrede zu halten hatte, geſtaltete er dieſe in Gegenwart des Kaiſers zu einem freimütigen Bekenntnis für ſeinen großen Amtsvorgänger. Er feierte ihn in formvollendeten Worten als den Bahn-

brecher einer neuen Zeit.[1]) „In jeder Hinsicht stehen wir auf seinen Schultern. Nicht in dem Sinne, als ob es vaterländische Pflicht wäre, alles zu billigen, was er gesagt und getan hat. Nur Toren oder Fanatiker werden behaupten wollen, daß Fürst Bismarck niemals geirrt habe. Auch nicht in dem Sinne, als ob er Maximen aufgestellt hätte, die nun unter allen Umständen, in jedem Falle und in jeder Lage blindlings anzuwenden wären. Starre Dogmen gibt es weder im politischen noch im wirtschaftlichen Leben, und gerade Fürst Bismarck hat von der Doktrin nicht viel gehalten. Aber was Fürst Bismarck gelehrt hat, ist, daß nicht persönliche Liebhabereien, nicht populäre Augenblicksströmungen, nicht graue Theorie, sondern immer nur das wirkliche und dauernde Interesse der Volksgemeinschaft, die salus publica, die Richtschnur einer vernünftigen und sittlich berechtigten Politik sein darf. Was uns sein ganzes Wirken zeigt, ist, daß der Mensch das Schiff lenken kann, das auf dem Strome fährt, nicht aber den Strom selbst, daß wir, wie Fürst Bismarck sich ausgedrückt hat, die großen Dinge nicht machen, aber den natürlichen Lauf der Dinge beobachten und das, was dieser Lauf zur Reife gebracht hat, sichern können. Mit anderen Worten, daß es in der Politik darauf ankommt, in jedem Augenblick die Grenzen des Erreichbaren deutlich zu erkennen, an die Erreichung des zu Nutz und Frommen des Landes Erreichbaren alles zu setzen. Keine Partei darf den Fürsten Bismarck für sich allein mit Beschlag belegen, aber jede kann und soll, trotz der Gegensätze in dieser

[1]) Reden I, 248 ff.

oder jener Frage, vor diesem Toten den Degen senken. Er gehört keiner Koterie, er gehört der ganzen Nation, er ist ein nationales Eigentum. Er ist auf politischem Gebiet und im Reiche der Tat für uns geworden, was Goethe im Reiche der Geister, auf dem Gebiete der Kunst und Kultur für uns gewesen war. Auch er hat, wie Schiller von Goethe sagte, die Schlange erdrückt, die unsern Genius umschnürte. Goethe hat uns auf dem Gebiete der Bildung geeinigt, Bismarck uns politisch denken und handeln gelehrt. Und wie Goethe für immer als Stern an unserem geistigen Himmel steht, so ist Bismarck uns die Gewähr dafür, daß die Nation ihre Gleichberechtigung mit anderen Völkern, ihr Recht auf Einheit, Selbständigkeit und Macht niemals aufgeben kann. Er hat uns das Beispiel gegeben, nie zu verzagen, auch in schwierigen und verworrenen Zeiten nicht. Er lehrte uns, uns selbst treu zu bleiben. Er gab uns Selbstbewußtsein, Unternehmungsgeist und Leben. In ihm kann sich wie in einem Spiegel die Nation selbst beschauen, denn er war vor allem ein Deutscher im vollsten Sinne des Wortes. Er ist nur auf deutschem Boden denkbar, nur für den Deutschen ganz verständlich . . .

So möge denn des großen Mannes Namen als Feuersäule vor unserm Volke herziehen in guten und in schweren Tagen."

Auch im Deutschen Reichstage hat Bülow bei jedem sich bietenden Anlaß Bismarck als das Vorbild deutscher Staatsmänner und Politiker gepriesen.[1]) „Sich mit dem Fürsten Bismarck zu vergleichen, wäre nicht nur für jeden Schüler desselben, sondern für jeden lebenden Politiker einfach geschmacklos, wenn sich aber

[1]) Reden III, 97.

niemand unterfangen wird, einen Staatsmann erſetzen zu wollen, wie er einem Volke in Jahrhunderten einmal geſchenkt wird, ſoll ſich doch jeder bemühen, von ihm zu lernen."

Als er aus ſeinen Ämtern ſchied, richtete er an ſeine Mitarbeiter im Auswärtigen Amt die Aufforderung, ſtets bei ihrer Arbeit für des deutſchen Volkes Ehre und Wohlfahrt den Blick auf die mahnende Geſtalt des größten deutſchen Mannes, des erſten deutſchen Reichskanzlers, zu richten, der einſt dem Amte den Stempel ſeiner Perſönlichkeit aufgedrückt hatte.[1]) Und alle ſeine gelegentlichen Kundgebungen während dieſes Krieges geſtalten ſich immer wieder zu einer Huldigung für die Geſtalt des eiſernen Kanzlers. Fürſt Bülow hat in ſeinem politiſchen Wirken zu Zeiten — bewußt und unbewußt — Wege beſchritten, die im Gegenſatz zu Bismarck'ſchen Anſchauungen ſtanden. Aber auch die ſchärfſten Kritiker des vierten Kanzlers mußten bei ſeinem Rücktritt anerkennen, daß er bemüht geweſen war, nach Kräften die Politik Bismarcks als vorbildlich zu pflegen und in Bismarcks Geiſte zu wirken.

Es iſt kein leerer Zufall, daß Deutſchland unter dem Kanzler, der ſolchermaßen beſtrebt war, Bismarcks Erbe zu hüten, die Zeit ſeiner größten Wohlfahrt und Blüte erlebte, und daß es unter der Leitung eines Mannes, deſſen Ahne ſchon der ſchärfſte politiſche und perſönliche Widerſacher des Reichsgründers geweſen war und der ſelber dem Weſen Bismarcks in ſeinen ganzen Anſchauungen und Beſtrebungen fremd gegenüberſtand, an den Abgrund geführt werden ſollte.

Bismarck wurzelte wie die deutſche Eiche im deutſchen Boden. Wohl hatte er ſich durch mehr-

[1]) Reden V, 209 ff.

jährigen Aufenthalt in Paris und Petersburg mit den Verhältnissen des Auslandes vertraut gemacht, aber er blieb nicht nur in seinem inneren Wesen, sondern auch in seiner äußeren Form der Deutsche, „nur auf deutschem Boden denkbar, nur für den Deutschen ganz verständlich.“ Bülow hat Jahrzehnte im Auslande und vornehmlich im romanischen Auslande verbracht, um dort in den verschiedenen Ländern und in verschiedenen Stellungen seinem Lande zu dienen. War die Welt des jungen Bismarck der Sandboden der brandenburgischen Mark, so wurde dem jungen Bülow das Parkett der internationalen Aristokratie frühzeitig zu einer zweiten Heimat. Auch er im wahren Sinne des Wortes ein Deutscher, dessen Herz weit wurde, wenn er, aus dem Auslande heimkehrend, das deutsche Land wie einen wohlgepflegten Garten vor seinen Blicken liegen sah, dessen Sinnen und Trachten nur dem Wohle des Vaterlandes galt. Aber ein so langjähriger Auslandsaufenthalt bleibt nicht ohne Einwirkung auf die äußere Form eines Menschen. Das Ausland nennt ihn mit einer gewissen Berechtigung einen deutschen Staatsmann mit „lateinischer Kultur“, oder, wie der „Matin“ einmal im Kriege schrieb, den einzigen Mann in der ganzen deutschen Diplomatie, der die „Gabe des Lächelns“ besitzt. Im übrigen rechnete ihn das französische Blatt natürlich den Boches zu. „Mag er in Rom in seiner Rosenvilla Malta nach Herzenslust Horaz oder Tibull zitieren, sein innerstes Gemüt wird ihn wie seine Landsleute stets zu den wilden Gesängen der Nibelungen ziehen.“ Auf die Tatsache, daß Bülow in vielen Dingen nichtdeutsche Wesenszüge zeigt, ist auch von anderer Seite hingewiesen worden. Aus Anlaß des 60jährigen Geburtstages des Fürsten Bülow sagte Geheimrat

Witting u. a. in einer Skizze[1]), daß er im persönlichen Verkehr eine in Deutschland nicht allzuhäufige Liebenswürdigkeit zeige, während der heutige Normaldeutsche aus innerstem Herzensdrang unliebenswürdig sei. Fürst Bülow habe das Bedürfnis, das man in der Regel nur bei romanischen und slawischen Völkern, allenfalls auch in Österreich und Ungarn finde, Angenehmes, Liebenswürdigkeiten zu sagen; so habe er oft gefunden, daß er mit deutschen Worten sich in französischem Geiste ausdrücke. Wenn der Franzose automatisch sein „charmé, d'avoir fait votre connaissance" sage, so finde man das natürlich; Fürst Bülows häufig gegebene Erklärung, wie ganz besonders er sich freue, gerade diese Bekanntschaft gemacht, dies oder jenes von dem Besucher mit Vergnügen gelesen zu haben, erscheine in Deutschland als abweichend von der in preußischen Büros üblichen rauhen Römertugend; vielleicht als Heuchelei. „Denn in Deutschland lügt man bekanntlich, wenn man höflich ist."

Bülow wohnt nicht jene verhaltene Leidenschaft des Titanen inne, die Bismarcks Wesen beherrschte und oftmals ungebändigt gegen seine Gegner zum Ausbruch kam. Er ist ausgeglichener, steht Menschen und Dingen innerlich kühler und auch vorurteilsloser gegenüber; eine milde Skepsis, in die sich eine gute Dosis Menschenverachtung mischt, kennzeichnet sein Wesen. Dabei ist er beileibe kein Menschenfeind, sondern im Gegenteil eine menschenfreundliche Natur, der wahre Herzensgüte eigen ist. Mit einer feinen Empfindung und Empfänglichkeit für die öffentliche Meinung begabt verstand es Bülow, die Wirkung seiner Worte nach außen abzuwägen. Seine Reden, sowohl die sorgfältig

[1]) Wiener „Neue Freie Presse" vom 3. Mai 1909.

verfluchte Pflicht und Schuldigkeit zu tun, im Sinne des kategorischen Imperativs, auf dem der preußische Staat aufgebaut sei, und dies ohne viel Aufhebens zu machen, aber auch ohne jede Schonung seiner Person; zweitens wolle er stets die Gebote der Gerechtigkeit, Billigkeit und wahren Menschlichkeit gegenüber anderen befolgen.[1])

Zwölf Jahre lang hat Bülow vom 28. Juni 1897 bis zum 28. Juni 1909, seit dem Oktober 1900 als Reichskanzler, die Geschicke des deutschen Reiches geleitet. Diese Tatsache allein genügt, seiner Persönlichkeit das Interesse aller Deutschen zu sichern, die Anteil an dem politischen Leben der Nation nehmen. Denn gerade das Studium der auswärtigen Politik lehrt, wie Hans Plehn in seinem nachgelassenen Werke[2]) über „Bismarcks auswärtige Politik nach der Reichsgründung" hervorhebt, daß Treitschkes individualistische Auffassung mit den notwendigen Einschränkungen die richtige ist, daß freilich nicht immer Männer in Treitschkes Sinn da sind, um in wichtigen politischen Augenblicken Geschichte zu machen, daß aber jedenfalls die großen politischen Entscheidungen in der hohen Politik Europas und der Welt von einer verhältnismäßig geringen Zahl von Individuen herbeigeführt werden.

Demgegenüber ist die Kenntnis von unseren führenden Persönlichkeiten bei uns in einem erstaunlich geringen Umfange verbreitet. Nach dem Hinscheiden des Herrn v. Bethmann Hollweg klagte ein begeisterter Verehrer dieses unglücklichen Kanzlers in seinem Nachruf darüber, daß sich das deutsche Volk in seiner Mehrheit eine ganz falsche Vorstellung von dem Charakter des Mannes

[1]) Reden. I, 27.

[2]) München und Berlin 1920. Verlag v. R. Oldenburg S. 327.

mache, der die Geschicke des Reiches in den vielleicht entscheidungsvollsten Jahren der ganzen deutschen Geschichte geleitet hatte.

In der Tat macht sich nicht nur die breite Masse des Volkes sondern auch die überwiegende Mehrheit der Gebildeten eine unvollkommene Vorstellung von dem Charakter unserer politischen Führer. Der deutsche Gebildete ist in der schönen Literatur besser zu Hause als in der Politik, ihn interessierte bislang vorwiegend das Feuilleton, das „Vermischte", — die Leitartikel legte er gelangweilt beiseite. Vielleicht lag das an den Leitartikeln, vielleicht auch an anderen Gründen, aber jedenfalls war es so. Die führenden Männer der Kunst und schönen Literatur, allenfalls noch hervorragende Heerführer sind uns vertrauter als die Männer der Politik.

Wenn man sich ein richtiges Bild von der politischen Persönlichkeit des vierten Kanzlers machen will, darf man nicht an seiner Stellung zu dem Fürsten Bismarck vorbeigehen. Nicht um die beiden auf eine Stufe zu stellen, eine solche Geschmacklosigkeit hat Bülow selbst einmal im Reichstag zurückgewiesen, auch nicht um Ähnlichkeiten zu konstruieren — Bismarck und Bülow sind in vieler Beziehung durchaus verschieden geartete Naturen — sondern vielmehr um zu untersuchen, welche Haltung Bülow gegenüber seinem großen Vorgänger eingenommen und inwiefern er versucht hat, dessen politisches Erbe zu wahren.

Die Tätigkeit des Reichsgründers war von so tiefgehender Wirkung für das Schicksal der deutschen Nation, daß er zu einem Maß aller politischen Dinge und Personen geworden ist. Kein Deutscher kann an seiner Gestalt vorbeigehen, er muß sich einmal mit ihr auseinandersetzen. Für den Politiker heißt es: „Sage

vorbereiteten Etatsreden, wie gelegentliche aus dem Stegreif gehaltene Erwiderungen auf Angriffe und Zwischenrufe, verraten eine große Sicherheit und Gewandtheit. Von ihnen sagt selbst ein scharfer Kritiker, daß sie „geistreich, dialektisch gewandt, voller guter Einfälle und feingeschliffener Worte“ später an das Bismarcksche Muster erinnern konnten.[1]) Seine Reden fanden eine starke Resonanz in der Welt. Er war sein eigener Propaganda-Minister und Propaganda-Minister des Deutschen Reiches zugleich. Nach seinem Abgang haben wir der feindlichen Propagandatätigkeit nichts Gleichwertiges mehr entgegenzusetzen vermocht. Virtuos handhabte er die Technik, über schwache Stellen seiner Beweisführung hinwegzugleiten. Er war immer ein Meister der Retouche. Reventlow verglich ihn in dieser Beziehung in einer feinen Studie mit einem Schnellmaler.[2]) Er hätte ihn auch mit einer Goetheschen Wendung als einen ungewöhnlich gewandten Schlittschuhläufer bezeichnen können.

Kaum ein anderer deutscher Politiker und Staatsmann hat so viele Federn für sich in Bewegung zu setzen vermocht. Dabei war sein amtlicher Preßapparat recht bescheiden. Mit kleinen Mitteln wurden durch die Geschicklichkeit des Meisters große Wirkungen erzielt. Später wurde es umgekehrt! Freilich ging ein großer Teil seines offiziösen Preßanhanges bei dem Rücktritt des Kanzlers mit fliegenden Fahnen in das Lager Bethmann Hollwegs über: „Le roi est mort, vive le roi!“ Gegen Kritik, namentlich von nahestehender Seite, war der Kanzler nicht

---

1) Professor Luckwaldt, Politische Geschichte des Weltkrieges. Sammlung Göschen 1919, S. 59.

2) Ernst Graf zu Reventlow: „Fürst Bülow“, S. 15. Charlottenburg 1907, Virgil-Verlag.

unempfindlich; die berühmte Rhinozeroshaut, die er gelegentlich den im öffentlichen Leben wirkenden Männern anempfahl, hat er selbst nicht immer angezogen. Gleichgültig ließen ihn Angriffe von ausgesprochen feindlicher Seite oder solche, die den Stempel der Tendenz oder Borniertheit auf der Stirn trugen. Seit der Ernennung zum Staatsminister ließ er alle Karikaturen über sich sammeln, die jetzt in 30 stattlichen Bänden eine Zierde seiner Bibliothek bilden. In den ersten Band trug er 1897 als Motto den Spruch von Goethe ein: „Sollen Dich die Dohlen nicht umschrein, mußt nicht Knopf auf dem Kirchturm sein!“

Im hohen Grade verstand er es, Menschen für seine Zwecke nutzbar zu machen, sie wie Figuren auf dem Schachbrette zu verwenden, indem er sich ihrer kleinen Schwächen — der Eitelkeit zumal — bediente. Auch an dieser Kunst der individuellen Menschen*behandlung* konnte ihm Bismarck als Vorbild dienen. Man erinnert sich, wie Bismarck die Eitelkeit des Fürsten Gortschakoff während seines Petersburger Aufenthaltes für seine Zwecke auszunutzen verstand. In wie hohem Grade der erste Kanzler die Kunst ausgebildet hatte, im persönlichen Verkehr Vorurteile gegen seine Person zu entkräften und Vertrauen einzuflößen, zeigt Hans Plehn an einem sehr charakteristischen Beispiel:[1]) Das Verhältnis, das zwischen der Kaiserin Friedrich und ihm bestand, machte ihn bei der Königin von England nicht zu einer persona grata, und im englischen Kabinet war man wegen des Besuchs der Königin in Charlottenburg nicht ohne Sorgen. Aber Bismarck wußte sie für sich zu gewinnen und

[1]) a. a. O. S. 305.

Fürſt Hohenlohe notierte: „Die Königin und der Reichskanzler waren beide von einander enchantiert. Die Königin ſprach nach ihrer Rückkehr mit Wärme von Bismarck und lobte ſeine guten Formen und ſeine ſanfte Stimme.“ In ſolcher Fähigkeit, „Menſchen zu fangen“, beſitzt auch Bülow eine große Routine; die inſtinktive Sicherheit der Menſchenbeurteilung, über die ſein großer Vorgänger verfügte, dieſe unfehlbare, faſt mediumartige Empfindlichkeit für Jedermann in ſeiner unmittelbaren Umgebung, wie ſie Keynes auch dem britiſchen Premier Lloyd George zuſchreibt, beſitzt er nicht in demſelben Maße. Er hat ſich nicht nur in Bethmann getäuſcht, den er neben andern als ſeinen Nachfolger vorſchlug, ſondern hat auch in manchen anderen Fällen die Unzulänglichkeit oder Unzuverläſſigkeit von Mitarbeitern nicht oder jedenfalls zu ſpät erkannt.

Man pflegt Herrn von Bülow als einen „charmanten Cauſeur“ zu bezeichnen. Im Weſen des Fürſten liegt in der Tat viel Charme. Auch iſt die Unterhaltung mit einem Manne, der 12 Jahre lang an der Spitze eines großen Staates ſtand, über eine große Perſonenkenntnis innerhalb der internationalen Diplomatie, darüber hinaus über eine vielſeitige, namentlich auch ſchöngeiſtige Bildung verfügt, immer feſſelnd und lehrreich. Er liebt die Anekdote und iſt ſelbſt ein geiſtreicher Anekdotenerzähler. Cauſerie im Sinne leichter, flüſſiger, raſch wechſelnder Dialogführung iſt ſeine Unterhaltungsgabe nicht. Er bevorzugt Monologe und kommt im Laufe ſeiner Unterhaltung oft mit lehrhafter Beſtimmtheit auf gewiſſe Theſen zurück. Im übrigen iſt er für Anregungen dankbar und von einem leidenſchaftlichen Drange beſeelt, ſich zu unterrichten. Zu

diesem Zwecke bedient er sich der Unterhaltung wie der Lektüre.

Frei von jeglichem Vorurteil hat er sich immer an das „Homo sum nihil humani a me alienum puto" gehalten. Dafür sind seine Beziehungen zu Malvida von Meysenbug ein augenfälliger Beweis. Diese eigenartige Persönlichkeit, deren Lebensschicksale uns aus dem von Bertha Schleicher herausgegebenen Briefwechsel[1]) entgegentreten, war die Freundin von Richard Wagner und dem russischen Revolutionär Alexander Herzen, von Nietzsche und Mazzini, eine reine Natur von strenger Sittlichkeit, politisch ganz links gerichtet. Sie gehörte zu den intimsten Freunden des Hauses Bülow. Bewundernd sah die ältere Freundin zu dem jungen deutschen Staatsmann auf, den sie schon in einem Briefe aus dem Jahre 1885 als eine „Zukunftshoffnung Deutschlands" bezeichnete.[2]) Sie hat die Laufbahn des Kanzlers mit innigem Anteil verfolgt und ist bis zu ihrem Tode in brieflicher Verbindung mit den Freunden geblieben. In einem ihrer Briefe nennt sie Bülow „den guten Geist, der über Deutschland jetzt schwebt". Für die tolerante Gesinnung des vierten Kanzlers ist der folgende Brief kennzeichnend, den er am 17. November 1897 beim Abschied von Rom der alternden Freundin übersandte:

Palazzo Caffarelli, Rom,
Kaiserlich deutsche Botschaft.

Liebste Freundin, ich will uns beiden den Schmerz des Abschieds ersparen. Bewahren Sie mir ein nachsichtiges Andenken, ich werde Ihrer immer in Rührung und Verehrung gedenken. Wir denken über man-

[1]) Briefe von und an Malvida von Meysenbug. Schuster & Löffler, Berlin 1920.

[2]) a. a. O. S. 79.

ches verſchieden, aber in unſeres gemeinſamen Vaters Hauſe ſind viele Wohnungen, und nicht die Richtung macht es, ſondern das Weſen und die Hingebung an das als wahr und gut Erkannte. Möchten Ihnen noch viele friedliche Jahre im Schatten des Koloſſeums beſchieden ſein und wir uns auf dieſer Erde noch einmal wiederſehen.

Von Herzen Ihr Bernhard Bülow.

Kennzeichnend für Bülow iſt die Art, wie er den von Bismarcks perſönlicher Schroffheit verärgerten Eugen Richter durch ſeine Behandlung menſchlich für ſich gewann und ſo dem Freiſinn die Aufgabe ſeiner rein negierenden Haltung auch durch Entgegenkommen auf perſönlichem Gebiete erleichterte.

Gegenüber der planvollen Aktivität des Fürſten Bismarck zeigte der vierte Kanzler eine mehr abwartende Paſſivität. Er iſt nicht wie jener von einem ſtark vorwärtsdringenden Willen beherrſcht, läßt die Dinge auf ſich zukommen, verfügt aber in hohem Grade, ähnlich wie Hardenberg, über die Fähigkeit, ſchwierige und verworrene Lagen durch eine kluge Taktik zu entwirren — to make the best of it. Bismarck beſaß die Gabe, künftige Konſtellationen mit hellſeheriſchem Blick vorauszuahnen. Dieſe Fähigkeit war Bülow nicht gegeben, aber wie jener beſitzt er das, was der Franzoſe „le doigté“ nennt, was wir mit „Fingerſpitze“ zu überſetzen pflegen: die Kunſt, einen heranſauſenden Eiſenbahnzug im Augenblick der höchſten Gefahr durch einen ſchnellen, ſicheren Weichengriff vor dem Entgleiſen zu bewahren.

Wie der erſte Kanzler ordnete er die Fragen der inneren Politik den höheren Geſichtspunkten der auswärtigen unter. Von Doktrinen hielt auch er nichts.

In seiner Methode war er durchaus Opportunist. Naumann nannte ihn einmal den „deutschen Machiavell“.[1]) Er hat nicht umsonst in Rom gelebt. Wie er es gelegentlich jugendlichen Diplomaten angeraten hatte[2]), pflegte er nach dem Vorbilde des Alcibiades bei den Athenern im Geist zu machen, mit den Spartanern schwarze Suppe zu essen und bei den Persern lange Gewänder zu tragen. Solche Adaptionsfähigkeit ist für einen Diplomaten gewiß keine Charakterlosigkeit und schließt, wie Bülow im Reichstage mit Recht hervorhob, einen starken und innerlich lebendigen Patriotismus nicht aus. Aber dem Spießbürger — er ist in allen Ständen und Klassen, bürgerlichen wie adligen, vertreten — gruselte es bei solchen Offenbarungen über diplomatische Mimikry. Es wäre verfehlt, dem Kanzler das Verständnis für ethische Forderungen auf politischem Gebiete abzusprechen. Schließlich war sein politisches Ziel — die Lebensbedingungen für ein großes, rasch wachsendes, zukunftsreiches Volk zu sichern — ein eminent sittliches! Übrigens ist er überzeugter Gegner der materialistischen Natur- und Geschichtsauffassung, und neben Bismarck war Treitschke einer seiner Lieblingsschriftsteller. Seine Dennewitzer Rede[3]) ist ein Beweis dafür, daß er in der fortschreitenden Materialisierung der Kultur vor dem Krieg eine große Gefahr erblickte. Warnend rief Fürst Bülow bei der Jubelfeier der Schlacht von Dennewitz am 6. September 1913 dem deutschen Volke zu: „Wehe dem Volk, dessen Reichtümer steigen, während die Menschen

[1]) Friedrich Naumann, der deutsche Machiavell. Süddeutsche Monatshefte. Juni 1908.

[2]) Reden IV, 151.

[3]) Reden V, 277 ff.

sinken!“ Die „Imponderabilien“ hat er nicht unterschätzt.

Es schien früher, daß der Kanzler in manchen Lagen zu schnell und zu vorsichtig ausgewichen wäre. Wenn man jedoch den leitenden Gedanken seiner auswärtigen Politik — den Frieden in Ehren zu erhalten, bis Deutschland die Gefahrenzone endgültig durchschritten und zu einer wirklichen Weltmacht geworden war — und eine gewisse unumgängliche Rücksichtnahme auf die Persönlichkeit des Monarchen berücksichtigt, so wird man heute manche Handlungen des Fürsten rückblickend in einem anderen Lichte sehen.[1]) Eine Kämpfernatur war der vierte Kanzler nicht. Aber es wäre oberflächlich, ihn als eine „weiche Natur“ zu bezeichnen. Das Wort „nur keine inneren Krisen!“ hat er niemals gesprochen. Gute Manieren und ein vornehmes Wesen bedeuten noch lange nicht Schwäche, ebenso wie Plumpheit und Ungezogenheit nicht die Zeichen wirklicher Stärke zu sein pflegen. Daß Bülow nicht weich ist, hat er beim Zolltarif, bei der Reichstagsauflösung, bei seinem Rücktritt sowie gegenüber Chamberlain und Delcassé bewiesen. Er hat in solchen Momenten durch seine Energie oftmals auch seine eigenen Freunde überrascht, und es ist höchst vergnüglich zu lesen, wie Bassermann noch am 4. Dezember 1906 — also kurz vor der Reichs-

[1]) „Wer sich an der Hand des Registers etwa die Äußerungen über Landwirtschaft, Ostmarkenfrage, Bismarck, Sozialpolitik, Blockpolitik, über „offene Tür“, Deutschland und England, über den Ausbau unserer Flotte, über nahen und fernen Orient zusammenstellt, wird dann in dieser staatsmännischen Anschauung und Betätigung auch das Systematische, das Konsequente, das, ich möchte sagen, Organische besonders stark empfinden.“ Prof. Otto Hoetzsch, im Vorwort zum III. Bande der Reden des Fürsten Bülow. Georg Reimer Verlag, Berlin 1909.

tagsauflösung — nach Hause schreibt: „Heute war der Kanzler da und hat schwach gesprochen, der Mann macht es nicht mehr lange.“ Einige Wochen vorher, am 10. November 1906, hatte er in demselben Sinne berichtet: „Das Zentrum scheint dem Konflikt nicht aus dem Wege zu gehen. Bülows Tage sind wohl gezählt.“

Wenn man in der preußischen Geschichte nach einem Vorbilde für den Fürsten Bülow sucht, so wird man ganz von selbst auf den Fürsten von Hardenberg gestoßen, jenen von der Königin Luise in kluger Erkenntnis seiner hohen Fähigkeiten protegierten Staatsmann, der 12 Jahre lang als Staatskanzler wirkte und sich um Preußen in der kritischen Zeit von 1807 bis 1813 unvergängliche Verdienste erworben hat; von dem Leopold von Ranke[1]) sagt, tiefer als Hardenberg habe noch niemals ein Staatsmann vor ihm seinen Namen in die eisernen Tafeln der preußisch-deutschen Geschichte eingetragen. Dieser edle und vielseitig gebildete Geist weist in vielen Wesenszügen eine überraschende Ähnlichkeit mit Bülow auf. Die Mutter des Fürsten Hardenberg entstammte übrigens der Familie Bülow. Hardenberg hatte schon in seinen Studenten- und Reisejahren die Welt von allen Seiten kennen gelernt, mit Menschen jeden Schlages, auch mit dem jungen Goethe, „munter und geistreich“ verkehrt. Treitschke[2]) schildert ihn uns als einen Künstler der Menschenbehandlung: „Immer ein herzgewinnendes Lächeln um den geistreichen Mund,“ und diese Liebenswürdigkeit kam wirklich aus einem guten menschenfreundlichen Herzen. Frei von jedem Vor-

[1]) Leopold von Ranke, Hardenberg und die Geschichte des preußischen Staates von 1793 bis 1813. Leipzig 1887, 3. Bd., S. 351.

[2]) Deutsche Geschichte im 19. Jahrhundert, 4. Auflage. Leipzig, Hirzel, 1896.

urteil und jeder Engigkeit seiner Zeit und seiner Kaste stand er innerhalb des preußischen Beamtentums isoliert. Er war keine eigentlich schöpferische Natur, aber mit Phantasie, Intuition und einem feinen Verständnis für neue Ideen begabt. Er besaß die für einen Staatsmann wichtige Kavalliersperspektive. Eine unverwüstliche, hoffnungsvolle Freudigkeit des Wesens zeichnete ihn in guten und bösen Tagen aus. „Sobald es ihm behagte, sich um die Geschäfte zu bekümmern, fand er sich rasch auf den entlegensten Gebieten zurecht. Er arbeitete erstaunlich leicht, seine Entscheidungen, die er mit klaren, eleganten Schriftzügen in gewandtem, durchaus modernem Deutsch an den Rand der Akten schrieb, trafen immer den Nagel auf den Kopf. Doch jene liebevolle Freude am Detail, die den großen Verwaltungsbeamten macht, hat er sich nie angeeignet ... Seine Stärke war die diplomatische Tätigkeit. Wenige verstanden es wie er, mit sicherem Blick den rechten Augenblick abzuwarten, in der peinlichsten Lage findig und hoffnungsvoll immer einen neuen Ausweg zu entdecken, in allen Windungen und Wendungen einer finassierenden Politik unverrückt dasselbe Ziel im Auge zu halten."[1])

Auch Bülow war kein Verwaltungsbeamter. Es war gewiß schade, daß ihm die praktische Erfahrung mit der Wirtschaft abging, die der junge Bismarck als Landwirt und Deichhauptmann gesammelt hatte, aber ein Unglück war es nicht. Schließlich hat er eine für Deutschland segensreiche Wirtschaftspolitik getrieben; und vor allem geriet er nicht, wie manche Verwaltungsbeamten, in Gefahr, den Wald vor lauter Bäumen zu übersehen. Er bewahrte sich ein Auge

[1]) Treitschke I, 367.

für die großen Linien und behielt Überblick, was für einen leitenden Staatsmann, insbesondere bei den vielseitigen, allzu vielseitigen Aufgaben eines deutschen Reichskanzlers im alten Reiche die Hauptsache war. Im Übrigen wird man sich der Prophezeihung Bismarcks erinnern, daß ein Kanzler, der in der Ochsentur der Verwaltungslaufbahn groß geworden sei, Deutschlands Unglück bedeuten würde.

Bülow ist wie Hardenberg ein nach Universalität strebender Geist. Er konnte nicht nur dem preußischen Beamtentum, sondern dem gesamten nach seiner Einigung im Eiltempo gewachsenen deutschen Volke in mancher Hinsicht als ein Erzieher zur Form gelten, der uns von „Philisternetzen" geistiger Gebundenheit, politischer und sozialer Vorurteile losmachen wollte! Wie Hardenberg war er ein politischer Grandseigneur. Er dürfte der letzte in Deutschland gewesen sein . . .

II.

Die auswärtige Politik des Fürsten Bülow.

Eine kritische Würdigung der auswärtigen Politik des Fürsten Bülow muß zugleich eine Antwort auf die Frage erteilen: „Wie hat der vierte Kanzler das Erbe Bismarcks gehütet?“ Sie kann nur dann gerecht beantwortet werden, wenn in Betracht gezogen wird, in welcher Verfassung Bülow das Erbe des Altreichskanzlers bei seinem Amtsantritt übernahm.

Drei folgenschwere Ereignisse kennzeichnen die auswärtige Politik des sogenannten „neuen Kurses“ unter seinen Vorgängern, den beiden Kanzlern Caprivi und Hohenlohe bezw. dem Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, Frh. v. Marschall:

1. Die Kündigung des Rückversicherungsvertrages mit Rußland,
2. der „ostasiatische Dreibund“ und
3. die Krügerdepesche.

Bismarck sah bekanntlich in der Aufrechterhaltung des geschichtlich überlieferten gutnachbarlichen Verhältnisses zu dem Zarenreiche eine der wichtigsten Voraussetzungen für die Erhaltung des Friedens. Sein diplomatisches Meisterwerk war der Abschluß

des sogenannten Rückversicherungsvertrages zwischen Deutschland und Rußland gewesen, der beide Reiche zur wohlwollenden Neutralität verpflichtete, falls eines von ihnen von einer dritten Macht (also z. B. Deutschland von Frankreich) angegriffen würde. Dieser Neutralitätsvertrag, der Deutschlands Stellung in Europa nahezu unangreifbar gestaltete, wurde von dem Nachfolger Bismarcks als „zu kompliziert" aufgegeben.[1])

Holstein, der in Wahrheit zur Zeit des neuen Kurses die deutsche auswärtige Politik leitete, war überzeugt, daß sich die russische Autokratie niemals mit der demokratischen, irreligiösen Republik Frankreich verbinden werde, und glaubte deshalb zu dem verhängnisvollen Schritt raten zu können. Nachträglich führten dagegen die Männer des neuen Kurses zu ihrer Entschuldigung mit Vorliebe die These ins Feld: die russisch-französische Annäherung und das russisch-französische Bündnis sei eine unvermeidliche, zwangsläufige Entwicklung gewesen, die sich auf die Dauer gar nicht hätte verhindern lassen.

Die Unhaltbarkeit dieser offiziösen Vertuschungsversuche des neuen Kurses hat Hans Plehn in seinem grundlegenden Werke „Bismarcks auswärtige Politik nach der Reichsgründung"[2]) an Hand von reichhaltigem und sorgfältig zusammengestelltem Quellenmaterial treffend widerlegt. „Es ist in keinem Falle möglich," sagt Plehn,[3]) „den Gang, den die Geschichte hätte nehmen können, falls ein bestimmtes Ereignis nicht eingetreten wäre, zu rekonstruieren. Aber die

[1]) Vgl. hierzu von demselben Verfasser „Der Kardinalfehler unserer Politik." Staatspolitischer Verlag, Berlin 1920.

[2]) Verlag von R. Oldenbourg, München und Berlin 1920, S. 306 ff.

[3]) a. a. O. S. 329.

Anhänger der fatalistischen Theorie, daß das russisch-französische Bündnis ein unvermeidliches und gleichsam naturnotwendiges war, werden sich mit zwei Tatsachen auseinandersetzen müssen. Die erste von beiden gehört der französischen Geschichte an. Alexander III. war, wie gerade auch Julius von Eckardt, der warme Verteidiger des neuen Kurses, anerkennt, als Vertreter des autokratischen und orthodoxen Regierungsprinzips nichts weniger als ein Freund der irreligiösen französischen Republik, und es hat ihn nicht wenig gekostet, bei dem französischen Flottenbesuch in Kronstadt stehend und entblößten Hauptes der Marseillaise seine Ehre zu erweisen. Nun brach im Jahre 1892 in Frankreich der Panamaskandal aus, der tiefe sittliche Schäden in der politischen Welt Frankreichs aufdeckte. Alexander III. hatte seit dem Beginn seiner Regierung die Korruption in Rußland, soweit er konnte, bekämpft und verfolgt; daher erbitterte der Panamaskandal ihn um so mehr, als sein eigener Botschafter in Paris, Herr von Mohrenheim, in der französischen Presse beschuldigt wurde, von der Panamagesellschaft Geld angenommen zu haben. Nach Dr. Chon, dem freilich alle Eigenschaften eines objektiven Geschichtsschreibers fehlen, der aber in der Lage war, viel zu erfahren, machte der Panamaskandal einen solchen Eindruck auf den Zaren, daß er deshalb den Gegenbesuch eines russischen Geschwaders in einem französischen Hafen sechs Monate lang aufschieben ließ, und schließlich den Hafen von Toulon dazu wählte, weil er am weitesten von dem korrumpierten Paris entfernt lag. Die zweite Tatsache liegt auf dem Gebiete der russischen Politik. Der russische Expansionsdrang nahm damals eine bestimmte Richtung nach Asien. Im Jahre 1889 erreichte die transkaspische Bahn Samarkand, und Ende

Mai 1891 begann der Bau der transsibirischen Bahn. Sowohl der Panamaskandal als die Einleitung einer neuen russischen Expansionspolitik fallen somit in die Zeit, die durch den Rückversicherungsvertrag gedeckt worden wäre, falls man ihn 1890 erneuert hätte. *Welchen Anlaß hätte nun Rußland im Jahre 1893 gehabt, den Vertrag mit Deutschland nicht von neuem zu verlängern*, sondern statt dessen das Bündnis mit Frankreich zu suchen? Neue Konflikte mit Deutschland, die ihn daran hätten hindern können, waren nicht entstanden. Es ist ohne weiteres klar, daß Caprivi und seine Leute Bismarcks geniales Spiel mit den fünf Kugeln während der bulgarischen Krisis nicht hätten spielen können. Dazu fehlte ihnen sowohl das diplomatische Geschick als die gewaltige Autorität des Fürsten. Aber Hammanns Argument, daß Caprivi überhaupt nicht imstande gewesen sein sollte, Bismarcks Politik fortzusetzen, ist wenig überzeugend. *Der wesentliche Zweck des Rückversicherungsvertrages war die Verhinderung eines russisch-französischen Bündnisses, und das Mittel dazu bildete Deutschlands Desinteressement am Orient.* Eine solche Politik war um so leichter durchzuführen, als die Orientfrage 1890 schon zwei Jahre lang schlummerte, so daß die vermittelnde Tätigkeit zwischen Wien und Petersburg, die in der Natur der Rückversicherungspolitik lag, wohl keine zu großen Anforderungen an die damalige Leitung des Auswärtigen Amtes gestellt hätte. Das einzige, was die deutsche Politik unter Caprivi zu tun gehabt hätte, war, die uninteressierte Haltung Deutschlands fortzusetzen und sich nicht in den Dienst der österreichischen Orientinteressen zu stellen."

Mit Vorliebe wird von den Vertretern des neuen Kurſes die Behauptung aufgeſtellt, Bismarck habe im Grunde das Vertrauen Alexanders III. ſo wenig beſeſſen, daß eben deshalb der ganze Rückverſicherungsvertrag wenig Wert gehabt habe. So meint Hammann, der Offiziosus des neuen Kurſes, das Wohlwollen, das Alexander III. Bismarck bei der Unterredung im Herbſt 1889 zeigte, ſei ebenſo wenig ehrlich gemeint geweſen, wie ſeine Sorge, ob er noch lange Kanzler bleiben werde. Dazu bemerkt Plehn mit feiner Ironie, daß Bismarck den Zaren perſönlich kannte und man ſeine Fähigkeit, Menſchen zu beurteilen, nicht unterſchätzen ſollte. „Übrigens hat ſich Bismarck auch in der Hinſicht keinen Illuſionen hingegeben. Dem Geheimrat v. Brauer, der ihn nach der Audienz auf der Fahrt nach Friedrichsruh zurückbegleitete, ſagte er: „Die Hauptſache iſt, er hat mir geglaubt ... Es fragt ſich nur, wie lange ſein Glaube anhält, wenn er wieder in Petersburg in den Händen von Pobjedonoszew und Konſorten iſt.“ „Und ſind wir ſicher,“ fragt Plehn, „daß Alexander III. ſich nicht auch über Caprivi gelegentlich in demſelben mißtrauiſchen Sinne ausgeſprochen hat?“ [1]) Mit dem Vertrauen, das der als General hervorragende, als Menſch untadelige, als Staatsmann aber unzulängliche Caprivi in Rußland genoſſen habe, dürfte es dieſelbe Bewandtnis haben, wie mit der Vertrauensſtellung, die Herr v. Bethmann bei den engliſchen und Herr v. Flotow bei den italieniſchen Staatsmännern eingenommen haben ſollen.

[1]) Der Zar Alexander III. ſoll nach Bismarcks Entlaſſung zu Kaiſer Wilhelm II. geſagt haben: er habe alles Vertrauen zu Caprivi, wenn dagegen Bismarck ihm etwas geſagt hätte, wäre er immer der Überzeugung geweſen, „qu'il me tricherait“ (Hammann, „Der neue Kurs“, S. 40.)

Das Wesentliche war doch, wie Plehn hervorhebt, daß trotz allen Mißtrauens, das Alexander III. wie gegen alle Fremden, so auch gegen Bismarck hatte, dieser einen so großen Einfluß auf ihn ausübte, daß die entscheidenden Staatshandlungen des Zaren, solange Bismarck am Ruder war, für Deutschland günstig ausfielen. Wenn Alexanders Haltung gegen den Kanzler im Herbst 1889 nicht ehrlich gewesen sein soll, so ist er jedenfalls noch im März 1890 bereit gewesen, den Vertrag mit Deutschland zu erneuern; ganz ebenso hatte er sich 1887 von Bismarck so nachhaltig überzeugen lassen, daß er in der bulgarischen Frage den Rückzug antrat.[1])

Es ist auch nicht richtig, daß die panslawistische Propaganda in Rußland den Rückversicherungsvertrag illusorisch gemacht habe. Die panslawistische und antideutsche Bewegung, die nicht erst eine Folge des Berliner Kongresses war, sondern mindestens seit den deutschen Siegen von 1871 datierte, war gewiß eine große Gefahr für die Aufrechterhaltung korrekter und friedlicher Beziehungen zwischen Deutschland und Rußland. Unter den russischen Panslawisten befindet sich ein großer Teil der wahren Kriegsschuldigen, die durch planmäßige Erzeugung von Deutschenhaß die Kriegsstimmung im russischen Volk und damit auch die Angriffslust der Franzosen und Engländer förderten. Aber gerade in dieser Tatsache lag ein Grund mehr, die politischen Beziehungen zu dem amtlichen Rußland sorgsam zu pflegen und jedenfalls nicht ohne Not russische Vertragsvorschläge von unserer Seite aus, noch dazu in einer so wenig glücklichen Form abzuschlagen. Der neue Kurs brach damit mutwillig selbst

[1]) Plehn, a. a. O. S. 325.

einen der Dämme gegen die panslawistische Flut ein! Solange Rußland eine autokratische Verfassung hatte, war es nicht nur berechtigt, sondern durchaus notwendig, in erster Linie mit dem Zaren und seinen leitenden Ministern zu rechnen. Bismarck hat trotzdem die Stimmung des russischen Volkes, des Heeres und der leitenden politischen Kreise nicht unbeachtet gelassen, wie Plehn nachweist. In der Folgezeit ist leider nichts geschehen, um das deutsche und russische Volk einander näher zu bringen. Man überließ der deutsch-feindlichen Propaganda der Panslawisten und ihrer englischen und französischen Freunde widerstandslos das Feld.

Seit dem Tage, da sich Bismarck vorzeitig und unfreiwillig in die waldesumrauschte Stille seines Sachsenwaldes zurückzog, hat er bis zu seinem Tode nicht aufgehört, seine warnende Stimme gegen den von ihm als verhängnisvoll erkannten neuen Kurs auf dem Gebiet der auswärtigen Politik des Reiches zu erheben, und gerade auf die von Caprivi, Marschall und Holstein gegenüber Rußland eingeschlagenen Irrwege hat er in den „Hamburger Nachrichten" wie in seinen „Gedanken und Erinnerungen" klar und eindeutig hingewiesen. Demgegenüber mutet es seltsam an, wenn heute die Vertreter des neuen Kurses zu ihrer Entlastung den Nachweis zu erbringen suchen, daß Bismarck in seinen letzten Lebensjahren das rechte Augenmaß für den von ihm abgeschlossenen Rückversicherungsvertrag verloren habe. Der Altreichskanzler hat an seinem Lebensende die neuaufsteigenden Fragen der deutschen Weltpolitik — für die sein Werk erst die politische und wirtschaftliche Grundlage geschaffen — nicht mehr in ihrem vollen Umfange erkannt. Den Fragen der fortschreitenden Industrialisierung Deutschlands und der Notwendigkeit des Flottenbaus

ſtand er innerlich fremd gegenüber. Das war für ihn „eine neue Welt, eine ganz neue Welt“! Auf dem Gebiete der auswärtigen Beziehungen des Reiches, inſonderheit des Verhältniſſes zu Rußland hat er ſich bis zur letzten Stunde den hellſeheriſchen Blick des Genius bewahrt. Seine Auslaſſungen über den Rückverſicherungsvertrag ſind ſo klar, eindringlich und logiſch, daß keine Kunſt der Epigonen ſie hinwegin terpretieren kann. Bei dem Antrittsbeſuch, den Hohenlohe als Reichskanzler dem Fürſten Bismarck am 14. Januar 1895 in Friedrichsruh machte, brachte dieſer alsbald das Geſpräch auf den Rückverſicherungsvertrag.[1]) „Hier lag für ihn“, wie Oncken ſagt, „noch immer der Drehpunkt der Weltkonſtellation.“ Und zu Tirpitz ſagte er noch 1897, die Löſung des Rückverſicherungsvertrages mit Rußland wäre „das furchtbarſte Unheil“ geweſen.[2]) Gegenüber der u. a. von Eckardtſtein aufgeſtellten Behauptung, Bismarck habe den Rückverſicherungsvertrag von 1887 nur widerwillig abgeſchloſſen, weil ſich ihm England verſagt habe, hat Prof. Felix Rachfahl in ſeiner wertvollen Unterſuchung: „Der Rückverſicherungsvertrag, der „Balkandreibund“ und das angebliche Bündnisangebot Bismarcks an England vom Jahre 1887“[3]) darauf hingewieſen, daß dieſe Konſtruktion ſchon an dem chronologiſchen Tatbeſtande ſcheitert: der Rückverſicherungsvertrag datiert vom 18. Juni, der Brief an Salisbury mit dem angeblichen Bündnisvorſchlage vom 22. November!

---

[1]) Oncken, das alte und das neue Mitteleuropa, S. 65.

[2]) Alfred von Tirpitz, Erinnerungen. Leipzig, Verlag von Koehler 1919. S. 90.

[3]) Weltwirtſchaftliches Archiv, 16. Bd. v. 1. Juli 1920. S. 18. Verlag von Guſtav Fiſcher-Jena.

Die Möglichkeit, über Japan zu einer Verständigung mit Rußland zu gelangen, war durch unsere unglückliche Haltung nach dem Frieden von Schimonoseki erschwert. Bekanntlich mußte das siegreiche Japan auf den Einspruch von Rußland, Frankreich und Deutschland, des ad hoc gebildeten sogenannten „ostasiatischen Dreibundes", auf die im Frieden von Schimonoseki vereinbarte Abtretung der chinesischen Halbinsel Liautung verzichten. Bismarck bezeichnete unser damaliges Hervortreten in der ostasiatischen Frage als „ein Symptom des fortschreitenden Mangels an einer Fähigkeit, die in der Politik sehr wichtig sei, nämlich der des ruhigen Abwartens".[1])

Eine schwere Erschütterung der deutsch-englischen Beziehungen hatte die sogenannte „Krügerdepesche" im Gefolge, die der Kaiser im Mai 1896 anläßlich des Sieges der Buren über die von dem Engländer Jameson geführte Freischar an Präsident Krüger gesandt hatte. Hammann hat die näheren Umstände der Entstehung dieser Depesche in seiner Schrift vom „mißverstandenen Bismarck" mitgeteilt.[2]) Danach war der Kaiser ihr Urheber, die endgültige Formulierung und die Absendung dagegen ein vom Fürsten Hohenlohe und vom Staatssekretär v. Marschall nach eingehender Beratung gebilligter Regierungsakt. Das Bekanntwerden der Krügerdepesche veranlaßte in England einen bis dahin nicht erlebten Ausbruch des Deutschenhasses, der sich in wüsten Beschimpfungen und Drohungen Luft machte. Gerechter Weise wird man hier ähnlich wie beim Kriegsausbruch 1914 zwischen äußerem Anlaß und innerer Ursache unter-

[1]) Hamburger Nachrichten, 7. Mai 1895. Morgenausgabe.

[2]) Otto Hammann, Der mißverstandene Bismarck. Reimar Hobbing, Berlin 1921. S. 46 ff.

scheiden müssen. Die deutsch-feindliche Stimmung im englischen Volke wurde nicht erst durch die Krügerdepesche geschaffen, diese gab nur den Anstoß zur Entladung einer Summe von leidenschaftlichem Haß und Neid, die sich in den letzten Jahren gegen Deutschland angesammelt hatte. Aber sie verschärfte und vertiefte andererseits auch die bestehende Kluft. Im Frühjahr 1914 sagte der englische Botschafter Sir Goschen zu dem belgischen Gesandten Baron Beyens in Berlin, an ein wirklich vertrauensvolles und enges Verhältnis zwischen England und Deutschland sei seit jener damals England erteilten Ohrfeige nicht mehr zu denken gewesen.

Die Krügerdepesche hatte den tiefen Gegensatz enthüllt, der sich seit der staatlichen Einigung und wirtschaftlichen Erstarkung der jungen deutschen Großmacht zwischen dem deutschen und englischen Volke herausgebildet hatte. Und gerade Hammann, der in seinem Buche den Nachweis zu erbringen versucht, daß der Bau der deutschen Schlachtflotte der eigentliche Grund für die Verschlechterung der deutsch-englischen Beziehungen und der „Hauptfehler der kaiserlichen Weltpolitik" gewesen sei, führt bei der Darstellung der Krügerdepesche treffend die wahren Gründe für den deutsch-englischen Gegensatz an, der sich zu einer Zeit herausgebildet hatte, als es weder eine deutsche Hochseeflotte noch eine Flottenpropaganda gab.

„Schon vor der Krügerdepesche war bei verschiedenen zerstreuten Gelegenheiten eine starke Verstimmung des englischen Volkes sichtbar geworden, deren tiefere Ursache in den Erfolgen des deutschen Wettbewerbes gegen den englischen auf dem Weltmarkte lag. Immer deutlicher stellte sich heraus, daß das englische Markenschutzgesetz, das für

alle nach England eingeführten oder auf englischen Schiffen nach den Kolonien verfrachteten deutschen Waren die Bezeichnung „Made in Germany“ vorschrieb, ganz gegen seine Absicht den Absatz deutscher Erzeugnisse nicht erschwerte, sondern förderte. Ähnliche Mißerfolge hatten die sogenannten Späherzüge zur Erforschung der Gründe von Deutschlands Überlegenheit auf manchem gewerblichen Gebiete. Berichte von Studienausschüssen, die Einblick in den Produktionsprozeß und die technischen Methoden in deutschen Hüttenwerken, Großeisenanlagen und Kleineisenwerkstätten erhalten hatten, schlossen mit Alarmrufen und der Aufforderung, die größte Tatkraft zu entfalten, um dem immer gefährlicheren Wettbewerb der Deutschen standzuhalten. Eine der ersten Amtshandlungen des neuen Unterstaatssekretärs des Auswärtigen Amtes Curzon, nach dem Kabinettswechsel im Juni 1895, war die Erklärung an eine Abordnung von Reedern, die gegen den bedenklich um sich greifenden deutschen Wettbewerb gesetzliche Maßregeln zum Schutze der englischen Handelsschiffahrt ankündigte.

Gerade in Südafrika waren außerordentlich starke materielle Interessen im Spiel. Auf die Aneignung der Diamantfelder der Chartered Company sollte die Einverleibung des Goldlandes Transvaal in den südafrikanischen Kolonialbesitz folgen. Die öffentliche Meinung in London sah schon lange in Rhodes den Napoleon von Südafrika und in der Betätigung deutschen Unternehmungsgeistes in der Delagoabai und dem Hinterlande, sowie in der wiederholten deutschen Begünstigung der Buren höchst lästige Hindernisse für britische Finanz- und Handelsinteressen. All diesen Ingrimm hatte man in sich hineingeschluckt oder nur

vereinzelt oder gelegentlich von sich gegeben. Die „Saturday Review“ hatte am 24. August 1895 geschrieben: „Wir Engländer haben bisher immer Krieg gegen unsere Rivalen im Handel und Verkehr geführt, und unser Hauptrivale ist heute nicht Frankreich, sondern Deutschland. Im Falle eines Krieges mit Deutschland wären wir in der Lage, viel zu gewinnen und nichts zu verlieren.“ Nach der Krügerdepesche, die gar noch zeigte, daß die deutsche Regierung geneigt schien, wohlerworbene oder vermeintliche Rechte in überseeischen Gebieten, wenn es sein mußte, gegen England zu verteidigen, entlud sich die Eifersucht auf den hitzigen wirtschaftlichen Nebenbuhler in einem allgemeinen Verdammungsfluch.“ [1])

Der wirtschaftliche und politische Gegensatz, den Hammann hier so klar darlegt, war die Folge einer Entwickelung, die sich in Deutschland seit 1871 vollzogen hatte. Bei der Reichsgründung sammelte das Deutsche Reich 41 Millionen Einwohner in seinen Grenzen. Im Jahre 1900 war die Bevölkerungszahl auf 56 Millionen, bei Kriegsbeginn auf nahezu 70 Millionen Einwohner gestiegen. Diese Bevölkerungszunahme stellte, wie Fürst Bülow in seiner deutschen Politik anführt, dem deutschen Wirtschaftsleben und damit auch der deutschen Politik ein gewaltiges Problem. Es konnte nur gelöst werden, wenn wir, anstatt Menschen zu exportieren, dazu übergingen, Waren auszuführen. Mit dem gewaltig wachsenden Umfange unserer Ausfuhrindustrie und unseres Überseehandels übergaben wir dem Meere immer größere Schätze, die es vor dem Zugriff der Feinde zu schützen

[1]) Hammann. Der mißverstandene Bismarck. S. 51 ff.

galt. Im Anfang war die deutſche Volksvermehrung und die Wirtſchaftsentwicklung und nicht der Plan des Kaiſers oder irgend eines Staatsmannes, die deutſche Kriegsflotte zu bauen!

Bismarcks unvergleichliche Staatskunſt hatte den Grund zu der gewaltigen weltwirtſchaftlichen Entwicklung Deutſchlands gelegt. Er ſelbſt hat das Tor für die deutſche Weltpolitik geöffnet! Die neuen weltpolitiſchen Aufgaben, die ſich hieraus für Deutſchland ergaben, hat der Altreichskanzler in ſeinen letzten Lebensjahren nicht mehr in ihrer ganzen Tragweite erkennen wollen.

Im Herbſt 1897 war der neuernannte Staatsſekretär v. Tirpitz mit Zuſtimmung des Kaiſers nach Friedrichsruh gefahren, um ſich bei dem alten Fürſten „den Kugelſegen für das Flottengeſetz zu holen.“[1]) Der Großadmiral hat ſeinen denkwürdigen Beſuch bei Bismarck in ſeinen Erinnerungen geſchildert. Er legte Bismarck ſeinen Plan dar und bemühte ſich, den Fürſten zu überzeugen, daß es ſich nicht um eine monarchiſche Liebhaberei handle. Von der militäriſchen Sache wollte Bismarck offenbar nichts hören. Von den großen Schiffen hielte er nicht viel; mit ſeinem Freund Roon wäre er der Anſicht geweſen, daß man viele kleine Schiffe brauchte, „die wie Horniſſen um das große Schiff ſchwärmten.“ Tirpitz' Verſuch, ihm beizubringen, daß das große Schiff die Kraftkonzentration bilde und an den einzelnen Stellen die Überlegenheit hätte, gelang nicht ſehr; er meinte, das möchte für die bataille rangée gelten, aber blieb bei den „Horniſſen“ und wünſchte durch viele kleine Schiffe, die man draußen in der Welt fahren laſſen könnte, den Auslandsdienſt zu pouſſieren.

[1]) Tirpitz, „Erinnerungen“, S. 88 ff.

Die von Tirpitz angeregte Möglichkeit, daß ein neuer Pitt unsere Neutralität nicht wünschen und unsere Feindschaft vorziehen könnte, sowie daß auch andere Konstellationen denkbar wären und nur eine achtbare Flottenstärke uns für Rußland und andere Mächte bündnisfähig machen könnte, wies Bismarck beinahe zornig von der Hand. Die Engländer wären einzeln genommen ganz würdig, aber Krämerseelen in der Politik. Wenn sie kämen, würden wir sie mit Landwehrkolben totschlagen. Daß eine scharfe Blockade uns niederzwingen würde, könnte er nicht im mindesten verstehen.

Tirpitz gewann den Eindruck, daß der Fürst offensichtlich an das agrarische Deutschland von 1870 und an das politische England von 1864 dachte und die gewaltige Position des britischen Weltreiches im Jahre 1897 nicht mehr verstand. Überhaupt folgte er mehr seinen eigenen, von früher feststehenden Gedankengängen, als daß er sich noch die Mühe nahm, einen Vortrag aufzunehmen. In der Hauptsache aber gab er Tirpitz Recht. „Sie brauchen mich garnicht davon zu überzeugen, daß wir mehr Marine nötig haben.“ Er hat dem Admiral später die Zustimmung zu seinem Vorgehen auch noch schriftlich bestätigt.

Den Bau einer ausreichenden Flotte zu ermöglichen, hat Bülow in seiner „Deutschen Politik“ als die nächstliegende und große Aufgabe der nachbismarck'schen deutschen Politik bezeichnet, vor die gerade er sich in erster Linie gestellt sah. „Die Flotte sollte gebaut werden unter der Behauptung unserer Stellung auf dem Kontinent, ohne Zusammenstoß mit England, dem wir zur See noch nichts entgegen-

zusetzen hatten, aber unter voller Wahrung unserer nationalen Ehre und Würde".[1])

Wie der Bau der Flotte nur in einer langen Friedensperiode durchgeführt werden konnte, so war diese Flotte ihrerseits zur Erhaltung des Friedens, in erster Linie zum Schutze der deutschen Wirtschaft und des deutschen Handels bestimmt. Der Bau der Flotte zur Erhaltung und Sicherung des Friedens, das war der leitende Gedanke, der dem Kaiser ebenso wie Bülow und in gleicher Weise dem Ressortminister Tirpitz vorschwebte. „Bei der britischen Feindseligkeit gegen uns, wie sie sich seit 1896 schonungslos offenbarte, war die Machtfrage so gestellt: wie wir, auf unserer übervölkerten Scholle zusammengedrängt, den Frieden mit England bewahren könnten, ohne wirtschaftlich vor seinem Handelsneid zu kapitulieren, oder wie wir, falls England unsere Eindämmung beschließen würde, einen Krieg mit ihm bestehen könnten. Für Beides diente weder der Zustand der Flottenlosigkeit noch eine Auslandsflotte zur Abhilfe, sondern allein eine Schlachtflotte, deren kriegerische Achtbarkeit und Bündniswert es den Engländern erschweren müßte, mit uns anzubinden." (Tirpitz, „Erinnerungen" S. 91.) Den in diesen Sätzen enthaltenen Risikogedanken und die Notwendigkeit des deutschen Flottenbaus zum Schutze unseres Wirtschaftslebens hat Bülow in gleicher Weise erkannt. Daß nur eine Schlachtflotte uns die angestrebte Verteidigungsstärke zu geben imstande wäre, hat er nicht mit dieser Schärfe gesehen. Aus Norderney schrieb er einmal in einem Briefe, den Hammann[2]) zitiert: „Wenn wir bei unseren Flottenrüstungen den Nachdruck

[1]) Fürst Bülow, Deutsche Politik, S. 19.

[2]) Der mißverstandene Bismarck. S. 125 ff.

mehr auf die Defenſive (Unterſeeboote, Minen, Küſtenbefeſtigung, ſchnelle Kreuzer) legen würden, fiele der Hauptgrund der Spannung mit England weg, und vielleicht wäre es auch für unſere eigene militäriſche Sicherheit beſſer.“ Die Parallele mit den „Horniſſen“ Bismarcks liegt nahe. Deſſenungeachtet hat Fürſt Bülow niemals der Flottenbaupolitik des Großadmirals ein ernſtes Hindernis in den Weg gelegt, wie Tirpitz in ſeinem Buche ausdrücklich bezeugt.

Wer die Ausführungen des Fürſten Bülow über die deutſche Flottenbaupolitik neben den Erinnerungen des Großadmirals v. Tirpitz lieſt, der muß den Parallelismus ihrer Anſchauungen über die großen Linien erkennen. Ohne dieſe Harmonie zwiſchen dem leitenden deutſchen Staatsmann und dem Organiſator der Flotte wäre die gewaltige Aufgabe nicht zu löſen geweſen.

„Der Flottenbau bedurfte, um zu gelingen, des Friedens und ſicherte ſeinerſeits, je näher er dem Abſchluß kam, den Frieden, den Deutſchland zu ſeinem ungebrochenen Gedeihen nötiger brauchte und bei ſeiner geographiſchen Lage ſchwerer erhalten konnte, als irgend ein anderer Großſtaat.“ [1]) Das iſt derſelbe Gedanke, den Fürſt Bülow als das Leitziel ſeiner auswärtigen Politik bezeichnet hat: „den Frieden zu wahren, bei dem Deutſchland proſperierte, wie es umgekehrt, in einen Krieg hineingezogen, alles zu verlieren hatte!“ [2]) Wenige Wochen vor dem Ausbruch des Krieges, am 12. Juni 1914, ſchrieb der belgiſche Geſandte in Berlin, Baron Beyens, ſeiner Regierung: „Deutſchland braucht ſich nur zu gedulden,

[1]) Tirpitz, Erinnerungen S. 163.

[2]) Vgl. den Brief des Fürſten Bülow an Herrn v. Eckardt.

braucht nur im Frieden seine wirtschaftliche und finanzielle Macht dauernd weiter zu steigern, braucht nur die Wirkungen seines Geburtenüberschusses abzuwarten, um ohne Widerspruch und ohne Kampf in ganz Zentraleuropa zu herrschen." „Schon diese Erwägung zeigt," führt Fürst Bülow im Anschluß an dieses Zitat in seiner „Deutschen Politik" aus, „wie unbegründet der von unseren Feinden erhobene Vorwurf ist, Deutschland habe den Krieg gewollt." [1])

Vor der Seele des Fürsten Bülow stand vom ersten bis zum letzten Tage seiner Amtsführung mahnend die Rede, die Fürst Bismarck am 10. Juli 1892 an eine württembergische Deputation in Friedrichsruh richtete: „Friede sei der Glocke erst Geläute, sagt Schiller, und den Frieden zu erhalten, muß unsere erste Aufgabe sein, und ist für uns alle ein Bedürfnis . . . ich habe den Frieden erhalten helfen, und ich glaube, daß er sich weiter erhalten läßt. Im Westen freilich kann der Topf überkochen, was dort immer einmal möglich ist; daß wir aber vom Osten her angegriffen werden, glaube ich nicht, wenn unsere Diplomatie so geschickt ist, wie sie sein könnte". [2])

Die Rücksicht auf den Flottenbau gebot besondere Vorsicht für die Behandlung unserer Beziehungen zu England. Der Flottenbau stellte solange eine Belastung der deutsch-englischen Beziehungen dar, bis die werdende Flotte einen Kampfwert erreicht hatte, der es den Engländern verbot, ohne Not mit uns anzubinden. Daher unsere vorsichtig zurückhaltende Neutralität während des Burenkrieges und im russisch-japanischen Krieg, deren strikte Durchführung gegen

[1]) a. a. O. S. 120.

[2]) Reden Bismarcks nach seinem Ausscheiden aus dem Amte. Im Inselverlag zu Leipzig. S. 16 ff.

volkstümliche Strömungen in Deutschland ein entschiedenes Verdienst Bülows war, aus demselben Grunde die dilatorische Behandlung der englischen Bündnisangebote.

Seit den Veröffentlichungen des Botschaftsrats v. Eckardstein[1]) gilt es bei einem Teile unserer öffentlichen Meinung als Glaubenssatz, daß die Ablehnung der englischen Vorschläge um die Jahrhundertwende der Kardinalfehler unserer Politik gewesen sei. Bülow hat bereits im Jahre 1916 in seiner „Deutschen Politik" mit Bezug auf jene deutsch-englische Fühlungnahme u. a. gesagt: „Mit Stipulationen, die England im Falle eines Regierungswechsels oder bei Eintritt anderer, von unserem Willen unabhängiger Ereignisse hätte abstreifen können, während wir an sie gebunden geblieben wären, würde den deutschen Interessen nicht gedient gewesen sein. Es hätte uns auch nicht genügen können, daß dieser oder jener englische Minister einem deutsch-englischen Abkommen geneigt schien. Um ein Abkommen zwischen uns und England haltbar zu machen, mußte sich die gesamte Regierung und vor allem der Premierminister dafür einsetzen. Bismarck hat darauf hingewiesen, wie schwierig es sei, in ein festes Verhältnis zu England zu treten, weil Bündnisse von längerer Dauer nicht den englischen Traditionen entsprächen und die Meinungsäußerungen englischer Politiker selbst in leitender Stellung oder momentane Stimmungen der englischen Presse nicht den Wert unwandelbarer Zusagen hätten."[2])

Als Chamberlain im Jahre 1899 dem damaligen Staatssekretär des Auswärtigen v. Bülow gelegent-

[1]) v. Eckardstein, „Lebenserinnerungen und Politische Denkwürdigkeiten". Verlag Paul List, Leipzig 1919.

[2]) Vgl. Deutsche Politik, S. 33 ff.

lich der Anwesenheit Kaiser Wilhelms in England eine Verständigung zwischen England, Amerika und Deutschland als wünschenswert hinstellte, teilte ihm der um dieselbe Zeit in Windsor befindliche englische Botschafter in Berlin, Sir Frank Lascelles im Auftrage des Premierministers Salisbury mit, daß Chamberlain nur für sich selbst spräche, nicht für das Kabinett. Salisbury wollte ein freundliches und insbesondere ein friedliches Verhältnis zu Deutschland, aber er wollte kein Bündnis. Unserem Botschafter Graf Metternich erwiderte er einige Zeit später auf dessen Sondierung, England brauche keine Allianz mit uns, seine besten Alliierten wären seine Flotte und seine Kreidefelsen.

Ein Bündnis widersprach den englischen Traditionen, namentlich ein Bündnis mit dem stärksten Rivalen in Handel, Schiffahrt und Industrie, der gleichzeitig der stärkste Staat auf dem Kontinent war. Wie lange hat es gedauert, bis sich England zu einem Bündnis mit Frankreich entschloß! Obwohl Frankreich vor diesem Kriege nicht die stärkste Macht auf dem Kontinent war und vor allem kein wirtschaftlicher Nebenbuhler Englands, kam die Allianz mit England doch erst beim Ausbruch des Weltkrieges zustande. Chamberlain, dem vor allem an einem siegreichen Ausgang des Burenfeldzuges gelegen war, wollte uns gegen Rußland und Frankreich vorschieben, damit diese seine Kreise in Südafrika nicht störten. Es wäre ihm natürlich ganz recht gewesen, wenn wir damals mit Rußland und Frankreich aneinander geraten wären und nicht unerwünscht, wenn es zu einem Weltkriege gekommen wäre, dessen Last mehr auf uns gelegen hätte wie auf England. Uns war die Rolle zugedacht, die später Japan

übernahm, Rußland durch die Waffen von Indien abzuhalten.

Als von deutscher Seite vorgeschlagen wurde, es solle ein vom englischen Ministerrat unterschriebener Allianzvertrag mit uns dem englischen Parlament vorgelegt und von diesem genehmigt werden, zerschlug sich die Sache.

Schon 1895 hatte Salisbury den Versuch unternommen, die deutsche Politik ins Schlepptau englischer Interessen zu nehmen. Bei einer Zusammenkunft bot er dem deutschen Kaiser die Teilung der Türkei an und war nach Oncken[1]) sehr verstimmt, als der Kaiser den durchsichtigen Verführungsversuch rundweg ablehnte: „denn ein wirksameres Mittel, Deutschland und Rußland zu verhetzen und alle Kräfte des Zweibundes auf die Mitte abzulenken, hätte sich kaum ausfindig machen lassen. Von neuem mußte die deutsche Politik sich überzeugen, daß sie eine engere Fühlung mit England nur um den unmöglichen Preis einer aufopferungsvollen Vasallität auf dem Kontinent gewinnen konnte.“ Die Volksstimmung in England war einem Bündnis mit Deutschland durchaus abhold. Die feindselige Haltung der englischen öffentlichen Meinung kam gerade auch während der Zeit der Bündnisverhandlungen, so bei Gelegenheit der Beschlagnahme deutscher Postdampfer, unverhüllt zum Ausdruck. Von jeher hat, wie Oncken feststellt, die Erörterung dieser Verhandlungen in der deutschen Presse einen viel breiteren Raum eingenommen als in der englischen.

Daß wir uns bei einem Bündnis mit England in dessen Abhängigkeit begeben und mit Rußland in

[1]) Oncken, „Das alte und das neue Mitteleuropa“. S. 66 ff.

Konflikt geraten mußten, gesteht auch Haller zu[1]), der die Ablehnung der sogenannten englischen Bündnisangebote als einen Fehler bezeichnet. Selbst dieser Kritiker erklärte es für verständlich, daß man für unseren zunehmenden Welthandel nach wirksamem Flottenschutz verlangte, und gesteht ausdrücklich zu, daß der Flottenbau hätte zurücktreten müssen, wenn wir uns mit England gegen Rußland wandten. „Aber", fährt er fort, „war es denn notwendig, war es auch nur erwünscht, daß unsere Entwicklung zur Welthandelsmacht so schnell vor sich ging?" Als ob man die wirtschaftliche Blüte eines Volkes ohne Gefahr künstlich eindämmen könnte — gerade so als ob man der Pflanze verbieten wollte zu wachsen! Welcher Staatsmann hätte die Verantwortung für die künstliche Selbstverkrüppelung eines jugendfrischen, entwicklungsfähigen Volkes tragen wollen und können! Übrigens war sich gerade Fürst Bülow der Gefahren einer überstürzten und allzu einseitigen Entwicklung unserer industriellen, Handels- und See-Interessen sehr wohl bewußt, und diese seine Erkenntnis war eine der Haupttriebfedern seines Eintretens und seiner tatkräftigen Fürsorge für die deutsche Landwirtschaft. Auch der sozialistische Politiker Adolf Köster, der vorübergehend den Platz Bismarcks und Bülows eingenommen hat, räumt in einer Besprechung der Denkwürdigkeiten des Botschaftsrats v. Eckardstein ein[2]), daß England mit seinem Angebot weder im Jahre 1895 noch drei Jahre später um unserer schönen

[1]) Johannes Haller, „Die auswärtige Politik des Fürsten Bülow". „Süddeutsche Monatshefte", Januar 1917.

[2]) Wilhelms II. auswärtige Politik" von Dr. A. Köster, Reichsminister a. D., abgedruckt in der sozialdemokratischen Wochenschrift „Die Neue Zeit", 4. Februar 1921.

Augen willen zu uns kam. „Wir mußten uns klar sein, daß ein Bündnis mit England unter Umständen den Krieg gegen Rußland bedeutete.“ Köster steht trotzdem auf dem Standpunkt, daß Deutschland bei diesem Bündnis auf seine Kosten gekommen wäre. Die in der Theorie pazifistischen Führer der Sozialdemokratie waren aus innerpolitischen Sympathien stets bereit, den verhaßten Zarismus mit Krieg zu überziehen. Sie erkannten nicht, daß die Abhängigkeit von England, dem Hort des Weltkapitalismus, in erster Linie die Zukunft des deutschen Industriearbeiters und die Fortführung der deutschen Sozialpolitik in Frage stellte. Da hatte der große Vorgänger Kösters die Zusammenhänge doch klarer erkannt. In einer seiner letzten Kundgebungen, im Jahre 1898, zu einer Zeit, da wir noch keine Flotte besaßen, sagte Bismarck: „Er bedaure, daß die Beziehungen zwischen Deutschland und England nicht besser seien, als sie eben sind. Bedauerlicherweise wisse er kein Mittel dagegen, da das einzige ihm bekannte, das darin besteht, daß wir unserer deutschen Industrie einen Zaum anlegen, nicht gut verwendbar sei.“ [1])

Als die Gefahrenzone des Flottenbaus nahezu durchschritten war und die deutsche Flotte eine achtbare Verteidigungsstärke erreicht hatte, war die Möglichkeit einer Verständigung mit England weit eher im Bereiche der Möglichkeit als zur Zeit der Flottenlosigkeit und des ersten Aufbaues der Seemacht. Der psychologische Zeitpunkt für die Anbahnung besserer Beziehungen zu England lag in der Zeit nach Erledigung der bosnischen Krisis. Nach einer Aufzeichnung Basser-

[1]) Tirpitz, S. 167.

manns, die er im Sommer 1909 nach Verabschiedung von dem zurückgetretenen Kanzler niedergeschrieben hat, trug sich Bülow damals mit der festen Absicht, ein Neutralitätsabkommen mit England anzubahnen. Nachdem Georg V. auf den listenreichen Eduard VII. gefolgt war, die Liberalen die schärferen Tories abgelöst hatten und wir zur See verteidigungsfähig geworden waren, lagen die Verhältnisse für eine Verständigung günstiger. Daß dem Fürsten Bülow, der die deutsche Flottenmacht als einen Faktor für aktive Politik ansah, England nicht nachlief, sondern Würde wahrte, dieses Bestreben besser geglückt wäre als Herrn von Bethmann, der in der Flotte nur eine Behinderung seiner diplomatischen Versöhnungsversuche erblickte, bedarf wohl nicht des besonderen Beweises; und es liegt eine gewisse Tragik darin, daß es dem Manne, der den Bau der Flotte durch seine Politik ermöglicht hatte, nicht vergönnt war, ihre friedenbewahrende Macht zur vollen Geltung zu bringen.

Nicht die deutsche Flotte war schuld an dem Ausbruch dieses Weltkrieges. „Deutschland und England waren", wie Tirpitz hervorhebt[1]), „1914 einander nähergerückt als zur Zeit der deutschen Flottenlosigkeit 1896 oder der deutschen Flottenschwäche 1904, als es Fürst Bülow gelang, die gefährliche Zone zu überbrücken — die deutsche Flotte hat ihrer Zweckbestimmung gemäß den Frieden beschützt."

War der Zweck der Flotte auch in erster Linie die Erhaltung des Friedens, so war ihr doch für den Fall eines Verteidigungskampfes von ihrem Organisator Tirpitz eine aktive Rolle zugedacht. Die Flotte war im Sinne ihres Schöpfers für die Offensive erzogen.

---

[1]) Tirpitz, S. 168.

Auch hier in Übereinstimmung mit dem Fürsten Bülow. „Wenn das Reich mutwillig angegriffen werden sollte, gleichviel von welcher Seite, müßte in unseren Zeiten die See als Kriegsschauplatz eine ganz andere und vermehrte Bedeutung gewinnen als 1870. Daß in einem solchen Falle die Flotte wie die Armee getreu der preußisch-deutschen Tradition im Hieb die beste Parade sehen würde, darüber brauchte kein Wort gesagt zu werden.“ [1])

Mit dem Auge auf die englische Politik mußte die deutsche Flotte gebaut werden. Diesen Bau trotz der gefahrenreichen äußeren Lage und starker Hemmnisse wie auch unerwünschter Demonstrationen im Innern politisch durchgeführt zu haben, bleibt eines der unbestrittenen Verdienste des Fürsten Bülow.

Es war durchaus richtig, daß wir uns nicht zum Festlanddegen Englands machen ließen. Durch unsere unaufhaltsame wirtschaftliche Entwicklung als Industrie- und Ausfuhrstaat wuchsen wir in die Gegnerschaft zu England hinein, und nach den Lehren der Geschichte mußten wir damit rechnen, daß die englische Politik ihre Front gegen uns wenden würde. Gegenüber dieser Gefahr erwuchs der deutschen Politik die Aufgabe, sich stark zu machen: 1) durch eine kluge und vorsichtige Behandlung unserer Beziehungen zu den übrigen Mächten, insbesondere zu den Staaten des Festlandes und 2) die volle Ausnutzung unserer Wehrkraft.

Bülow hat die von Bismarck überlieferte Dreibundpolitik fortgesetzt, und der Dreibund hat bis zum Kriegsausbruch eine für die beteiligten Mächte segensreiche und friedenfördernde Wirkung auf die

[1]) Deutsche Politik, S. 43.

internationale Politik ausgeübt. Es konnte Bülow nicht schwer fallen, die Beziehungen Deutschlands zu Italien zu pflegen. Schwieriger war das Verhältnis zwischen Österreich-Ungarn und Italien. Auch unter Bülow ist kein durchgreifender Versuch unternommen worden, die auf alten geschichtlichen und völkischen Gegensätzen beruhende Spannung zwischen den beiden Ländern durch eine vorausschauende Behandlung der Streitpunkte aus der Welt zu schaffen. Wohl hat der Kanzler alle Bestrebungen einflußreicher österreich-ungarischer Kreise, den gordischen Knoten durch einen Präventivkrieg[1]) gegen Italien zu durchschneiden, erfolgreich zu hindern gewußt. Diejenigen Kritiker des Dreibundes, die der Zugehörigkeit Italiens keinen rechten Wert zusprechen wollten, hat Fürst Bülow darauf verwiesen, daß allein schon die Tatsache der Zugehörigkeit der Halbinsel zum Dreibunde diese wie jede der drei Mächte lange verhindert hat, dem Gegner der anderen zur Seite zu treten. Fürst Bismarck hat bekanntlich einmal geäußert, es genüge ihm, daß ein italienischer Korporal mit einer italienischen Fahne und einem Trommler neben sich die Front gegen Westen, d. h. gegen Frankreich, und nicht gegen Osten, d. h. gegen Österreich nehme." Daß diese von Bismarck wie von Bülow erhoffte Wirkung bei Kriegsausbruch nicht eintrat, war in erster Linie der unzulänglichen Regie Bethmann Hollwegs und seiner diplomatischen Helfer zuzuschreiben.

Unsere Stellung zu Frankreich ist keineswegs erst durch den deutschen Sieg von 1870/71 erschwert worden. Seit Jahrhunderten sind wir den Angriffs-

[1]) vgl. Nowak, Der Weg zur Katastrophe. Erich Reiß Verlag, Berlin, 1919.

und Raubgelüsten Frankreichs ausgesetzt gewesen und haben 1870, wie Ranke an Thiers schrieb, in Wahrheit gegen Ludwig XIV. Krieg geführt. Wenn man uns heute von manchen Seiten einreden will, daß die Wiedereinverleibung alten deutschen Landes der eigentliche Grund des Weltkrieges sei, so ist das ein politischer Denkfehler oder eine Geschichtsfälschung. Es waren sehr reale und zwingende Erwägungen, welche den Altreichskanzler bestimmten, Elsaß-Lothringen von dem besiegten Frankreich zurückzufordern. Solange Elsaß-Lothringen im Besitze des Erbfeindes blieb, war die Einigung Deutschlands nicht zu vollziehen. „Der Keil, den die Ecke des Elsaß bei Weißenburg hineinschob," so hat Bismarck nach dem Kriege im Reichstage erklärt, „trennte Süddeutschland wirksamer als die politische Mainlinie von Norddeutschland." Schon während des Krimkrieges hatte der alte König Wilhelm I. von Württemberg zu Bismarck gesagt, daß die Ungedecktheit gegen Frankreich für Süddeutschland immer ein Hindernis bilden werde, sich einer nationalen deutschen Politik ohne Rückhalt hinzugeben. Der Besitz von Elsaß-Lothringen bot gewissermaßen erst, wie Max Lenz gesagt hat, „den Schlüssel zum eigenen Hause," ihn mußten wir fortan in eigene Verwahrung nehmen! Will jemand im Ernste behaupten, daß Frankreich auf seine Rachepläne und Angriffsabsichten verzichtet hätte, wenn wir es im Besitz von Elsaß-Lothringen gelassen hätten? Wir hätten ihm durch solchen selbstmörderischen Verzicht lediglich das Wagnis eines neuen Krieges erleichtert. Nur die achtunggebietende Stärke des Deutschen Reiches hat uns bis 1914 den Frieden gesichert!

Der russische Außenminister Graf Witte hat im Jahre 1905 bei der Deutschen Regierung die Politik

einer kontinentalen Verſtändigung zwiſchen Deutſchland, Rußland und Frankreich angeregt. Bülow war bereit, auf dieſe Anregung einzugehen, unter der Vorausſetzung, daß Frankreich den Frankfurter Frieden anerkenne. Frankreich weigerte ſich natürlich es zu tun und Graf Witte ſchlug vor, daß Deutſchland die Reichslande Elſaß-Lothringen als Opfer bringe. Als ihn Fürſt Bülow darauf aufmerkſam machte, daß ein deutſcher Kanzler, der den Siegespreis des Einigungskrieges leichtfertig für eine immerhin unſichere politiſche Zukunftschance opfern wollte, vom Sturm der nationalen Leidenſchaften hinweggefegt werden würde, ſuchte ihn Graf Witte zu überreden, doch wenigſtens Lothringen an die Franzoſen zurückzugeben. Darauf erwiderte ihm Bülow, daß die Franzoſen an demſelben Tage, da ſie Lothringen in ihren Beſitz genommen hätten, einmütig die Frage aufwerfen würden: „Et Strasbourg?“ Gerade, um Deutſchland vor der Rache der Beſiegten zu ſchützen, mußte die Grenze zurückgeſchoben werden, durften wir niemals freiwillig ein Stück deutſchen Landes an den Erbfeind abgeben.

Bülow erſchien es mit Recht ſchwächlich, die Hoffnung zu nähren, Frankreich wirklich und aufrichtig verſöhnen zu können. Der Gegenſatz zwiſchen Deutſchland und Frankreich war latent immer vorhanden. Trotzdem oder gerade deshalb war vom Standpunkt einer auf Erreichung realer Weltmacht gerichteten deutſchen Politik das Verhältnis zu Frankreich ſorgſam zu pflegen. Wir mußten dem weſtlichen Nachbarn gegenüber feſt, entſchloſſen, aber ohne Überhebung auftreten, ohne „auf Preſtige zu arbeiten.“ Die Politik, die nach Algeciras und unter Herrn v. Bethmann Hollwegs Leitung gar in die Kongoſümpfe führte, war keine glückliche.

Die Marokkopolitik ist in ihrer Phase entscheidend von dem Geheimen Rat von Holstein beeinflußt worden.

Dieser eigenwillige, schrullenhafte, uneigennützige und äußere Ehren verachtende, aber machthungrige Junggeselle hat lange Jahre hindurch im Halbdunkel der diplomatischen Regie eine wichtige Rolle gespielt. Er war schon in jungen Jahren als eine der intimen Hilfskräfte Bismarcks tätig gewesen, der seine Arbeitskraft, seine Erfindungsgabe, seinen glänzenden Stil zu schätzen wußte. Nach dem Rücktritt des Altreichskanzlers trat er in das Lager des neuen Kurses über und war seit seiner Mitwirkung bei der Ablehnung des Rückversicherungsvertrages im Hause Bismarcks verfehmt und geächtet. „Nur im Souterrain zu gebrauchen. Flecken auf der inneren Iris", charakterisierte ihn Bismarck nach 1890. „Endlich die Gelegenheit, de donner sa mesure, endlich zu zeigen, was er aus Eigenem vermag ... so hat er es seit Jahren gewollt, konnte ers erst haben, wenn die beiden Bismarck tot oder geächtet waren," so schildert uns Harden in seiner aus vertrauter Kenntnis der Persönlichkeit Holsteins geschöpften Skizze[1]) die Jubelstimmung des herrenlosen Zauberlehrlings, des endlich an das Ziel seines Sehnens angelangten Hagestolzes. Sein Einfluß war naturgemäß am stärksten, als der neue Kurs einsetzte, der die Sachkenntnisse und langjährige Erfahrung dieses auf seinem ureigenen Gebiete virtuos begabten diplomatischen Technikers nicht entbehren konnte. Mit Marschall, mit dem Botschafter Grafen Paul Hatzfeld in London und dem Fürsten Radolin,

[1]) Harden, Köpfe 1, 91 ff.

Botſchafter in Konſtantinopel, Petersburg und Paris, war Holſtein auch perſönlich intim befreundet. Sein Einfluß in der Kanzlerſchaft Bülow dürfte kaum größer geweſen ſein als in den letzten Jahren der Ära Bismarck, unter Bismarck Vater und Sohn.

In Zurückweiſung von Angriffen eines fortſchrittlichen Abgeordneten, der von dem ſchwer kranken und bald nachher verſtorbenen Geheimrat Holſtein unter Bezugnahme auf früher in der Preſſe erhobene Anſchuldigungen behauptet hatte, daß er in Deutſchland „die Rolle eines kleinen Delcaſſé“ geſpielt habe, nannte Bülow ihn[2]) „einen in langer harter Arbeit unter vier Reichskanzlern ergrauten Beamten, einen Mann von wachſamem und ſtarkem Patriotismus, der während eines Menſchenalters für die deutſchen Intereſſen auf der Breſche geſtanden habe.“ Bülow ſchätzte ſeine ungewöhnliche Arbeitskraft, hervorragende politiſche Befähigung und ſeinen ſelbſtändigen Charakter und machte ſich wie ſeine Vorgänger die Erfahrung Holſteins zu nutze, mit dem er bis zu ſeinem Tode freundſchaftliche Beziehungen unterhielt, bewahrte ſich aber ſeine Selbſtändigkeit und mag ihn ſchließlich, als ſich bei zunehmendem Alter Holſteins Unzuträglichkeiten in ſeinem Verhältnis zu den übrigen Mitarbeitern im Auswärtigen Amt ergaben, „ſanft hinausgedrängt“ haben, wie Harden wohl nicht ganz unzutreffend ſchrieb.

Daß wir nicht gewillt waren, unſere durch den Madrider Vertrag und den deutſch-marokkaniſchen Handelsvertrag wohlerworbenen Rechte in Marokko ohne unſer Befragen und ohne Kompenſation preiszugeben, war ſelbſtverſtändlich und notwendig. Aber die

[2]) Reichstagsſitzung vom 10. Dezbr. 1908, Reden V, 116.

Methode, die wir einschlugen, war verfehlt. Die Person des Kaisers durfte nicht — wie es durch die Landung in Tanger geschah —, eingesetzt werden, wenn man nicht zur letzten Konsequenz entschlossen war. Unsere Lage verbot uns aber damals das Wagnis eines Krieges. So wirkte der diplomatische Rückzug, den wir hinterher antraten, doppelt empfindlich. Aus der Fanfare der Tangerfahrt wurde die Chamade von Algeciras. Der Abgang Delcassés war gewiß ein nicht zu unterschätzender äußerer Erfolg. Mit ihm wurde für Jahre hindurch der Führer der französischen Chauvinisten, die Hoffnung Englands, kaltgestellt. Aber über die in Algeciras zu Tage getretene politische Vereinsamung Deutschlands konnte er nicht hinwegtäuschen.

Die Landung in Tanger war auf Wunsch des von Holstein beratenen Kanzlers erfolgt, die vom Kaiser dort improvisierte Ansprache, in welcher er die deutsche Politik für die Integrität Marokkos festlegte, war weder von Bülow noch Holstein im Programm vorgesehen.

In seiner großen Reichstagsrede vom 14. November 1906 führte der Kanzler in Erwiderung einer Interpellation über die auswärtige Politik aus: „Wenn man auf den Fürsten Bismarck hingewiesen hat, so wird ein eingehendes Studium der Reden wie der Handlungen dieses unvergleichlichen Staatsmannes jeden davon überzeugen, daß seine Größe nicht im Sporenklingen, Kürassierstiefeln und nicht im Kasseln mit dem Pallasch bestand, sondern im rechten Augenmaß für Menschen und Dinge. Das Dogmatisieren des Fürsten Bismarck ist bei uns nicht nur zu einer Manie, sondern beinahe zu einer Kalamität geworden. Wir laborieren an dem mißverstandenen Fürsten Bismarck."

Die schließliche Verständigung mit Frankreich und die Vermeidung eines Präventivkrieges zu einer Zeit

ungenügenden Schutzes durch eigene Macht entsprach in der Tat durchaus den Anschauungen Bismarcks, wie die Stellung des jungen Bismarck zu Olmütz beweist, aber ebenso kann kein Zweifel darüber bestehen, daß Bismarck niemals zu der Lohengrinfahrt nach Tanger geraten haben würde. Auch hätten ihn die Rücksichten auf die Integrität der Türkei und die Stimmungen der mohammedanischen Welt schwerlich abgehalten, eine Verständigung mit England oder Frankreich über Marokko zu suchen. Der Altreichskanzler sah bekanntlich in der kolonialen Expansion Frankreichs ein Mittel zur Ablenkung der Republik von ihren nach dem Elsaß gerichteten Bestrebungen. Daß auch dieser ganz Große nicht unfehlbar war, geht schon daraus hervor, daß Bismarck bei seiner Begünstigung der französischen Kolonialexpansion den erheblichen Zuwachs an militärischer Kraft nicht in Rechnung stellte, den, wie uns seitdem die Erfahrungen des Weltkrieges zeigten, Frankreich aus seinen in Afrika rekrutierten Truppen, seiner „force noire", gezogen hat.

Dem Eingreifen Bülows und seinem Geschick, verfahrene Situationen einzurenken, war es zu verdanken, daß ein offener Bruch vermieden und ein Ausweg in Ehren gefunden wurde. Nachdem sich die erste, von England geschickt geschürte Erbitterung in Frankreich gelegt hatte, trat nach Algeciras eine gewisse Entspannung in den Beziehungen beider Länder ein. Es war doch, wie Hammann[1]) sagt, „in den Jahren nach Algeciras viel mehr guter Wille vorhanden, um Konflikte zu vermeiden oder abzuschwächen. Zu den Symptomen einer versönlicheren Stimmung in Frankreich gehört die Teilnahme französischer Yachten an den Kieler Regatten

[1]) „Der mißverstandene Bismarck", S. 147.

in Kiel 1907. Unter den französischen Gästen befand sich der Vizepräsident der Deputiertenkammer und Leiter des marokkanischen Komitees, Herr Etienne, zu dem der Kaiser in einer längeren Unterredung seinen lebhaften Wunsch nach einer deutsch-französischen Annäherung aussprach. Auch Herr Pichon, damals wie während des Weltkrieges Leiter der auswärtigen Angelegenheiten in einem Ministerium Clémenceau, wirkte beruhigend ein. In einer Rede gegen den alten Chauvinisten Delcassé äußerte er im Januar 1908: „Keine Einmischung in innermarokkanische Angelegenheiten, kein Protektorat! Wir gehen weder nach Fes noch nach Marrakesch."

Das deutsch-französische Sonderabkommen vom 9. Februar 1909, das zur Zeit der bosnischen Krise unter Kiderlens Mitwirkung abgeschlossen wurde, räumte Frankreich den maßgebenden politischen Einfluß in Marokko ein, wahrte aber dem deutschen Handel die „offene Tür".

Die in Algeciras und im Zusatzvertrage vom Februar 1909 gewahrten Rechte Deutschlands in Marokko wurden durch den unter Herrn von Bethmann zustande gekommenen Marokko-Kongovertrag gegen Kompensationen im französischen Kongo preisgegeben. Frankreich hat uns für unser spätes Entgegenkommen keinen Dank gewußt. Seit dem Jahre 1911 datiert die „Renaissance" des französischen Selbstgefühls und der Rachepläne gegen Deutschland.

Es ist dem Fürsten Bülow vorgeworfen worden, daß er im Jahre 1905 den angeblich günstigen Zeitpunkt zur endgültigen Abrechnung mit Frankreich nicht genützt habe. Haller[1]) führt diesen Gedanken in seiner

[1]) Süddeutsche Monatshefte, Januar 1917, S. 416.

Kritik der auswärtigen Politik Bülows näher aus: „Frankreich war nicht gerüstet, das bewies schon der panische Schrecken, der die französischen Minister bei der ersten Kriegsdrohung befiel. Rußland, mit dem größten Teil seines Heeres in der Mandschurei, mit erschöpften Finanzen im Lande, hätte nicht eingreifen können, denn die 100000 Mann, die König Eduard ihnen großartig versprochen hatte, existierten noch garnicht. An der raschen und vollständigen Niederwerfung Frankreichs war kein Zweifel. Nicht nur die militärischen Autoritäten rieten dazu, den Augenblick zu nutzen, auch der letzte Träger der Bismarck'schen Überlieferungen im A. A., Herr v. Holstein, war, wie man weiß, für den Krieg. Wir haben den Krieg dennoch nicht geführt. Auf einen großartig aussehenden Anlauf folgte kein Sprung und aus Marokko wurde Algeciras."

Ein verführerisches Bild, aber nur ein Bild! Die wirkliche Lage war ganz anders. Zum Präventivkriege konnte 1905 nur jemand raten, dem das Ziel der deutschen Politik, eine unabhängige Stellung gegenüber England durch eigene Seegeltung zu erlangen, nicht vor Augen stand. England war damals geneigt, unserer Flotte den Garaus zu machen, und die Absicht war dadurch begreiflich, daß sie, wie Tirpitz bezeugt[1]), für England noch gar kein Risiko in sich schloß. Nur das Unvorbereitetsein Frankreichs bezw. der englischen Armee verhinderte nach seiner Ansicht damals den Zusammenstoß; „das war die Gefahrenzone, die wir nach Bülows und meiner Ansicht zu durchlaufen hatten."[2])

Unsere Haltung in Algeciras war wesentlich beeinflußt worden durch unsere Stellung zur Türkei

1) Erinnerungen. S. 173.
2) Tirpitz, a. a. O. S. 170.

und zum Islam. Bismarck hatte eine gewisse Entschädigung für unsere gefährdete politische und strategische Lage in unserm Desinteressement im Orient gesehen: „Dem Nachteile, den die geographische Lage Deutschlands in der Mitte Europas zwischen den übrigen großen Nachbarmächten mit sich bringt, steht der Vorteil gegenüber, daß die zukünftigen Gestaltungen auf dem brennendsten Gebiet der europäischen Politik, dem orientalischen, Deutschland später berühren als die übrigen am Mittelmeer und im Orient in höherem Maße als Deutschland engagierten Mächte.“[1])

Die ersten Anfänge unseres wirtschaftlichen Eindringens in die Türkei fallen noch in seine Kanzlerzeit. Es handelt sich um die Erwerbung der anatolischen Bahn, die zuerst in englischem Besitz gewesen war. Ihr Übergang in deutsche Hände geschah nach Plehn durch die rege Vermittlung des englischen Botschafters in Konstantinopel, Sir William White. „Dieser erblickte in seiner erfolgreichen Vermittlung des Verkaufs einen großen diplomatischen Erfolg; denn er meinte, hierdurch den Grund zu einer weiteren wirtschaftlichen Betätigung Deutschlands im Orient gelegt und Deutschland dadurch in die Lage gebracht zu haben, sich an der Seite Englands gegen das russische Vordringen nach Süden einzusetzen. Gegen die Begründung wirtschaftlicher Interessen im Orient hat Bismarck gewiß nichts einzuwenden gehabt; aber die deutsche Orientpolitik des neuen Kurses blieb nicht auf das wirtschaftliche Gebiet beschränkt, sie verfolgte je länger, je mehr auch politische Ziele, zunächst im Anschluß an Österreich, später auch selbständig.“[2])

---

[1]) Hofmann, Fürst Bismarck 1890—1898. Deutsche Verlagsanstalt 1914. I, 164. Bismarck, Gedanken und Erinnerungen II, 294.

[2]) Plehn, a. a. O. S. 333.

Auch unter dem vierten Kanzler ist die selbständige deutsche Orientpolitik fortgesetzt worden. Im November 1898 hatte Kaiser Wilhelm II. auf seiner Palästinareise in Damaskus das Wort gesprochen: „Mögen die 300 Millionen Mohammedaner, welche auf der Erde verstreut leben, dessen versichert sein, daß zu allen Zeiten der deutsche Kaiser ihr Freund sein wird.“ Das Bagdadbahnprojekt wuchs aus der im Herbst 1898 unternommenen Palästinareise des Kaisers hervor und sollte nach der Idee seiner Urheber den trockenen Weg nach Indien wieder herstellen, „zwischen dem Mittelländischen Meer und dem Persischen Golf auf den alten Weltströmen Euphrat und Tigris und längs ihrer Ufer deutschem Einfluß und deutschem Unternehmungsgeist die ältesten und ergiebigsten Kulturgebiete der Erde, Gebiete, die an Fruchtbarkeit und großen Zukunftsmöglichkeiten kaum zu übertreffen sind“, eröffnen.[1]) Um der Gefahr zu entgehen, wegen dieser anfangs auf rein wirtschaftliche Expansion gerichteten Eisenbahnpläne mit anderen Mächten zusammenzustoßen, war ihre Angriffnahme auf deutsche Initiative international unter Heranziehung von französisch-russischem Kapital erfolgt. England, das die deutschen Pläne zunächst mit dem stillen Hintergedanken gefördert hatte, Deutschland in Gegensatz zu Rußland zu bringen, setzte später der Ausführung einen Widerstand entgegen, „der einer Verhinderung gleichkam.“[2]) Auch in Rußland, und zwar mehr noch in der von den Panslawisten dirigierten öffentlichen Meinung als in den amtlichen Regierungskreisen, wurde die deutsche Expansion im Orient mit Neid beobachtet. Wie stark die Stimmung der von England und Rußland be-

[1]) Fürst Bülow, Deutsche Politik S. 127.

[2]) Oncken, a. a. O. S. 70.

einflußten russischen Intelligenz unter dem Gedanken einer deutsch-russischen Rivalität im Orient stand, beweist der Brief des Professors Mitrasanoff an Hans Delbrück.[1]) In den während des Krieges im Juli 1916 zwischen Dr. Fritz Warburg und Protopopoff gepflogenen Stockholmer Besprechungen über die Möglichkeiten einer deutsch-russischen Verständigung kamen die russischen Vertreter Protopopoff und Graf Olsufiew sogleich auf die orientalische Frage zu sprechen, die sie als den Hauptgrund des deutsch-russischen Gegensatzes bezeichneten.[2]) Daß während der Amtszeit des Fürsten Bülow dieser Gegensatz nicht stärker hervortrat, lag an der vorsichtigen Behandlung, die dieser der Dardanellenfrage zuteil werden ließ. Bülow, der als junger Diplomat in Petersburg an den Verhandlungen teilnahm, die zum Rückversicherungsvertrage führten, hat in Petersburg zu keiner Zeit einen Zweifel über seine freundliche Haltung gegenüber den russischen Wünschen bezüglich der Dardanellen, deren Berücksichtigung den Kernpunkt des Vertrages gebildet hatte, aufkommen lassen.

In seiner Neujahrsansprache hatte der Kaiser 1909 mit Bezug auf die deutsche Politik im Orient gesagt, daß hier „der letzte und einzige Landweg Deutschlands in die Welt" lag. Es war erklärlich, daß das von allen Seiten eingeklammerte Deutschland sich einen Landweg in die Welt freizuhalten suchte. Wichtiger aber als dieser Landweg war der freie Zugang zum Weltmarkte, den wir uns nur durch eigene Seegeltung gegenüber England zu sichern imstande waren. Bülow

[1]) „Offener Brief über das Verhältnis von Rußland und Deutschland." Juniheft 1914 der „Preußischen Jahrbücher".

[2]) Dr. W. Spickernagel, „Der Kardinalfehler unserer Politik". S. 39. Staatspolitischer Verlag, Berlin 1920.

ſelbſt wies 1916 in ſeiner deutſchen Politik darauf hin, daß der nahe Südoſten uns keinen Erſatz für alle anderen Märkte der Welt bieten könne. So wichtig der Handelsweg nach dem Orient war, ſo lockend die Perſpektive Berlin-Bagdad nicht nur für Kaiſer Wilhelm, ſondern für jeden Deutſchen ſein mochte — im höheren Intereſſe unſeres weltpolitiſchen Hauptziels durften wir nicht durch die Politik Berlin-Bagdad den alten geſchichtlichen Gegenſatz zwiſchen England und Rußland bezüglich der Orientfrage überbrücken helfen, indem wir uns zwiſchen dieſe beiden Mächte ſchoben und uns ihre gemeinſame Gegnerſchaft zuzogen. Der Name Berlin-Bagdad war von demſelben Schimmer jenes romantiſchen Irrtums umwoben, der die Hohenſtaufen einſt nach dem Süden geführt hatte. Mit Sorge blickte deshalb Tirpitz, der konſequente Vertreter des deutſchen Weltmachtgedankens, auf die Beſtrebungen, die uns auf der „Hintertreppe“ der Weltpolitik beſchäftigten und uns von dem Hauptziele ablenkten.

Nur eine ſo geſchickte Perſönlichkeit wie Fürſt Bülow konnte ſich allenfalls zutrauen, die wirtſchaftlich und politiſch nützlichen Beziehungen zur Türkei zu pflegen, ohne die Grenze zu überſchreiten, über die hinaus deutſch-ruſſiſche Beziehungen ernſtlich gefährdet wurden. Der Kernpunkt des Bismarckſchen Rückverſicherungsvertrages war die deutſche Verpflichtung, Rußland in der Dardanellenfrage keine Schwierigkeiten in den Weg zu legen, was Bismarck mit dem Fortbeſtand einer unabhängigen und ſouveränen Türkei für durchaus vereinbar hielt. Bülow nahm denſelben Standpunkt ein und würde u. a. — wie aus ſeinen Briefen an Baſſermann und Eckardt geſchloſſen werden kann, die Miſſion Liman-Sanders gewiß nicht zugelaſſen

haben. Auch hätte gerade er wohl die nötige Schmiegsamkeit besessen, die Karte „Berlin-Bagdad“ zu gegebener Zeit in einer für die deutsche Politik fruchtbringenden Weise auszuspielen!

„Nachdem der Bismarcksche Rückversicherungsvertrag nicht erneuert worden war, lag es nicht im Vermögen und konnte es nicht in der Absicht der deutschen Politik liegen, Rußland von Frankreich zu trennen. Nachdem zwischen Rußland und Frankreich ein Bündnisvertrag abgeschlossen und in das nationale Empfinden beider Völker übergegangen war, war uns die Möglichkeit, Rußland vom französischen Bündnis zu lösen und durch vertragsmäßige Bande an uns zu knüpfen, für absehbare Zeit verbaut. Wohl aber konnten wir die deutschlandfeindliche Spitze des Zweibundes durch Sanierung der deutsch-russischen Beziehungen abstumpfen. Diese Aufgabe war erfüllbar, und sie ist lange erfüllt worden, wesentlich erleichtert durch die zwischen unserem Kaiser und Kaiser Nikolaus bestehenden persönlichen Beziehungen.“[1]) Die vom Kaiser herbeigeführten Monarchenbegegnungen hatten sicherlich für die Erhaltung der alten dynastischen Beziehungen einen größeren Wert als man heute unter der Wirkung der Revolutionspsychose und der anti-monarchischen Propaganda anzunehmen bereit ist. Wenngleich Kaiser Wilhelm seinen persönlichen Einfluß auf den Zaren wie auch dessen Stellung gegenüber seinen Ministern offenbar stark überschätzt hat, so bleibt es doch richtig, daß das Zarentum bei richtiger Behandlung für eine Politik der Wiederannäherung noch immer den stärksten Rückhalt bot.

---

[1]) Fürst Bülow, Deutsche Politik, S. 84.

Die kürzlich veröffentlichten Briefe Kaiser Wilhelms II an den Zaren[1]) lassen erkennen, daß der Kaiser das Verhängnisvolle der unter Caprivi eingeleiteten Politik bald erkannt hatte und nach Kräften bestrebt war, den abgerissenen Draht nach Rußland durch besonders herzliche Pflege seiner persönlichen Beziehungen zu Zar Nikolaus wieder anzuknüpfen. Eine genaue Prüfung der Briefe, von denen ihr Herausgeber mit Recht sagt, daß sie „lauter Zeugnisse seines (des Kaisers) guten Willens und vor allem seiner ehrlichen Friedensliebe" seien, legt den Gedanken nahe, daß ihre Entstehung eine verschiedene ist. Bei einigen Briefen ist es klar, daß sie im Auswärtigen Amt geprüft worden sind, bei manchen, daß sie dort entstanden, bei anderen, daß sie ohne amtliche Kontrolle abgesandt wurden. Ein Brief, der sicherlich keine amtliche Instanz passiert hat, ist z. B. jenes während der Amtszeit des Fürsten Hohenlohe abgegangene Schreiben des Kaisers an den Zaren, in dem er sich in harten Wendungen über den Fürsten Bismarck ergeht. Die Übung, den Briefwechsel der Souveräne oder sonst einflußreicher Persönlichkeiten für die Zwecke der Diplomatie nutzbar zu machen, ist uralt. So benutzte Bismarck mit Vorliebe die regelmäßige eigenhändige Korrespondenz des Großherzogs von Sachsen mit dem Kaiser Alexander, um unverfälschte Mitteilungen direkt an diesen gelangen zu lassen.[2]) Übrigens ist nicht zu vergessen, daß alle Souveräne, insbesondere auch in dem streng konstitutionellen England die Königin Viktoria, ihr Gemahl Prinz Albert und König Eduard VII zahlreiche Briefe abgesandt und Korre-

1) Briefe Wilhelms II an den Zaren 1894-1914, herausgegeben und eingeleitet von Prof. Dr. Walter Goetz. Allstein 1920.

2) Gedanken und Erinnerungen, II S. 109, vgl. ebenda S. 108.

ſpondenzen geführt haben, die nicht zur Kenntnis der Miniſter gelangt ſind.

Die Briefe des Kaiſers müſſen unter dem Geſichtspunkte beurteilt werden, daß ſie auf die Pſyche des Zaren und ſeiner nächſten Umgebung wirken ſollten. Taktik und Freundſchaft gingen hier nebeneinander her. Zutreffend führt ihr Herausgeber aus: „Wenn man an Bismarcks kluge Zurückhaltung in der Frage fürſtlicher Beſuche und an ſeinen erſten Gegenſatz zu Wilhelm II um kaiſerlichen Übereifer willen denkt, ſo fällt es in dieſen Briefen immer wieder auf, wie der Kaiſer einmal über das andere neue Beſuche beim Zaren anbietet, neue Zuſammenkünfte vorſchlägt. Er glaubte feſt an die politiſche Wirkſamkeit ſolcher Beſuche, und es lag ihm, trotz mancher Erfahrung, über die er ſich hätte klar werden können, der Gedanke fern, daß ſie auch das Gegenteil des Beabſichtigten bewirken könnten.“

Wie kaiſerlicher Übereifer dazu angetan war, den erſtrebten guten Zweck zu vereiteln, zeigt die Geſchichte des „Bjorköbertrages“ vom Jahre 1905. Im Einverſtändnis mit dem Kanzler und im Einklang mit den zwiſchen Bülow und Witte gepflogenen Beſprechungen über die Möglichkeit einer kontinentalen Verſtändigung hatte der Kaiſer in ſeinem Briefwechſel mit dem Zaren ſeit Herbſt 1904 auf eine Neubelebung der deutſch-ruſſiſchen Beziehungen hingewirkt, die im Grunde auf eine Wiederherſtellung des Rückverſicherungsvertrages abzielten. Der Zeitpunkt war mit Rückſicht auf die Schwierigkeiten Rußlands in Aſien und ſeinen dadurch bedingten Wunſch einer Rückendeckung im Weſten nicht unglücklich gewählt. Bereits am 31. Oktober 1904 ging im Einverſtändnis mit dem Kanzler ein Bündnisangebot an Rußland ab. Wie Tirpitz in ſeinen

„Erinnerungen“ mitteilt, wurde am 31. Oktober eine Konferenz beim Reichskanzler abgehalten, an der auch Herr v. Holstein teilnahm. Tirpitz und der Staatssekretär des Auswärtigen v. Richthofen hielten die Psychologie Holsteins für falsch, der in seinem Vortrag meinte, der militärische Druck der vereinigten Mächte Deutschland und Rußland würde den Franzosen zum Beitritt veranlassen. Rußland zeigte nach Tirpitz die „kalte Schulter.“ Störend wirkte namentlich späterhin die Auseinandersetzung Deutschlands mit Frankreich über die Marokkofrage. Bei einer vorsichtigen, gerade Rußland gegenüber gebotenen Zurückhaltung wäre wohl eher eine Sanierung der deutsch-russischen Beziehungen zu erreichen gewesen. Auf der Rückfahrt von seiner Nordlandreise lud der Kaiser telegraphisch den Zaren zu einer Zusammenkunft in Bjorkö ein. In den am 23. und 24. Juli 1905 in Bjorkö geflogenen Besprechungen wurde auf Drängen Kaiser Wilhelms ein „Schutz- und Trutzbündnis zur Aufrechterhaltung des Friedens in Europa“ zwischen den beiden Monarchen vereinbart.

Bülow, der von dem Zweck der Besprechungen in Bjorkö nicht unterrichtet worden war, lehnte die Verantwortung für den Vertragschluß vor allem mit Rücksicht darauf ab, daß der Vertrag entgegen seinem ausdrücklichen Ratschlage nicht deutlich den Bündnisfall bei kriegerischen Verwicklungen Rußlands in Asien ausschloß.[1]) Zudem erschien ihm der Zeitpunkt für den Abschluß einer wirklich tragfähigen Vereinbarung mit Rücksicht auf den gerade schwebenden Streit mit dem französischen Bundesgenossen Rußlands nicht geeignet. Der Kaiser hatte dem König von

[1]) Hammann. Der mißverstandene Bismarck. S. 131 ff.

Dänemark vertraulich Kenntnis von dem abgeschlossenen Kaiservertrag gegeben und durchblicken lassen, daß die Ostsee in Zukunft durch diesen Vertrag als ein mare clausum gegen englische Flottenangriffe geschützt sein werde. Die Folge war, daß kurze Zeit darauf ein starkes Détachement englischer Kriegsschiffe in der Ostsee demonstrierte. Der Kanzler, überzeugt, daß die erstrebenswerte Wiederannäherung an Rußland nur durch vorsichtige Zurückhaltung gefördert und jedenfalls durch übereilte und ostentative Schritte nur gestört werden könne, reichte sein Rücktrittsgesuch ein und war nur auf dringende Vorstellungen und Bitten des Kaisers zu bewegen, im Amte zu verbleiben.

Die Geschichte der bosnischen Krise wird von manchen Kritikern der auswärtigen Politik des Fürsten Bülow vorwiegend unter dem Gesichtspunkt behandelt, daß hier die deutsche Macht entgegen den bekannten Bismarckschen Ratschlägen für spezifisch österreichische Balkaninteressen eingesetzt worden sei.[1]) Bei näherer Untersuchung läßt sich die Erledigung der bosnischen Frage doch nicht auf diese einfache Formel bringen.

Österreich-Ungarn besaß durch eine Reihe von Abmachungen mit Rußland, deren erste 1876 getroffen worden war, seit langem die Anwartschaft auf den Besitz von Bosnien und der Herzegowina. Während der Orientkrisis von 1875-1877 war Bismarck selbst mit einem Vorschlage hervorgetreten, nach welchem Bosnien und die Herzegowina an Österreich-Ungarn fallen, wogegen Rußland in Beßarabien und England in Ägypten entschädigt werden sollten.[2]) Dieser praktische Vorschlag Bismarcks scheiterte damals an

[1]) Hamburger Nachrichten v. 14. Juli 1909.
[2]) Plehn. a. a. O. S. 66 ff.

dem Widerſpruch Gortſchakoffs. Aber vor dem Eintritt in den Krieg mit der Türkei erkaufte ſich Rußland die Neutralität Öſterreichs durch die am 15. Januar 1877 in der Königsburg zu Ofen abgeſchloſſene Konvention, kraft deren die Entſcheidung über die Zeit und die Mittel der militäriſchen Okkupation Bosniens und der Herzegowina in die Wahl der Donaumonarchie geſtellt wurde.[1])

Durch ein am 19. Juni 1908 an Ahrenthal gerichtetes Schreiben hatte Iswolski Öſterreich-Ungarn das endliche Inkrafttreten der alten Beſitzanrechte durch die förmliche Annexion angeboten. Er ſchlug ein Zuſammenwirken derart vor, daß Rußland die Durchfahrt durch die Dardanellen, die Donaumonarchie dagegen die Souveränität über Bosnien und die Herzegowina erhalten ſolle. In der denkwürdigen Zuſammenkunft Ahrenthals mit Iswolski vom 16. September 1908 auf dem mähriſchen Schloſſe Buchlau des Grafen Berchthold, deren Verlauf uns Friedjung in ſeinen „Hiſtoriſchen Aufſätzen“ berichtet hat,[2]) wurde dieſer Vorſchlag noch einmal zwiſchen Iswolski und Ahrenthal beſprochen und angenommen.

Strittig war lediglich der Zeitpunkt der vereinbarten Annexion. Ahrenthal wünſchte begreiflicher Weiſe die endgültige Beſitzergreifung der ſeit 1878 von Öſterreich-Ungarn beſetzten und verwalteten Gebiete mit möglichſter Beſchleunigung ins Werk zu ſetzen, umſomehr, als man nach der ſoeben ſtattgefundenen Staatsumwälzung in der Türkei die Ausſchreibung von Wahlen für die ehemals türkiſchen Provinzen befürchten mußte. Iswolski behauptete

[1]) Friedjung, Hiſtoriſche Aufſätze. Cotta'ſche Buchhdlg. Berlin 1919 S. 176 ff.

[2]) a. a. O. S. 189.

ſpäter, man habe vereinbart, daß der öſterreichiſche Miniſter ihm vor der bosniſchen Aktion noch einmal ſchreiben ſolle. Nun hat er nach ſeinem eigenen Bekenntnis die vereinbarte Mitteilung am 3. Oktober in Paris erhalten. Die Proklamation über die Beſitzergreifung wurde aber erſt am 5. Oktober unterzeichnet und am nächſten Tage kundgemacht. „Würde Iswolski alſo das Vorgehen des Wiener Kabinetts für übereilt oder gar für vertragswidrig angeſehen haben," folgert Friedjung,[1]) „ſo hätte er noch drei bis vier Tage Zeit zu einem Proteſte gehabt; die Wirkung wäre gewiß nicht ausgeblieben, ein Aufſchub mußte erfolgen. Er aber ſchwieg — und erſt eine Woche ſpäter ließ er ſich bei ſeinem Beſuche in London durch König Eduard und deſſen Miniſter umſtimmen. Dann erſt atmete er Feuer und Flamme gegen die Unaufrichtigkeit Ahrenthals wie gegen das vertragsbrüchige Öſterreich." Er klammerte ſich daran, daß zu Buchlau beſprochen worden war, die Annexion werde, da ſie eine Änderung des Berliner Friedensvertrages in ſich ſchloß, die formelle Anerkennung durch die Mächte, etwa auf einer europäiſchen Konferenz, finden müſſen. In dem engliſchen Verhalten lag vom Standpunkte der deutſchen Politik der Schwerpunkt der Angelegenheit. Wenn Bismarck in früheren Jahren Öſterreich Zurückhaltung in den orientaliſchen Fragen angeraten hatte, ſo leitete ihn hierbei der Wunſch, daß Rußlands Vorgehen in der Dardanellenfrage England automatiſch auf den Plan rufen werde, und daß Öſterreich dann in England und anderen intereſſierten Mächten wie Italien natürliche Bundes-

[1]) a. a. O. S. 196.

genossen gegen Rußland finden würde. Weil England die Dardanellenfrage nicht in russischem Sinne gelöst wissen wollte, warf es sich 1908 zum schärfsten Gegner der österreichischen Annexion auf und wußte geschickt den Gegensatz zwischen Deutschland und Rußland zu schüren. Dabei hatte seinerzeit Salisbury auf dem Berliner Kongreß den Antrag gestellt, daß Österreich-Ungarn Bosnien und die Herzegowina okkupieren sollte und Lord Beaconsfield hatte selbst durch direkte Drohung die türkischen Vertreter vermocht, der Okkupation von Bosnien durch Österreich zuzustimmen.[1]) Die englische Haltung im Jahre 1908 war vornehmlich von der Gegnerschaft gegen Deutschland bestimmt. Durch eine diplomatische Niederlage Österreichs hoffte man dieses von Deutschland zu trennen. Diese Absicht trat auch in der englischen Presse deutlich hervor, die feindseligere Töne anschlug als die russische! Hätten wir damals Österreich im Stich gelassen, so hätte dieses seinen Anschluß an England gesucht, das bereits 1907 in Ischl lockende Anerbietungen an Kaiser Franz Josef hatte ergehen lassen. Nachdem man einmal das Vorgehen Österreich-Ungarns geduldet hatte, dessen Opportunität umstritten ist — mußten wir in der Unterstützung der Monarchie durchhalten.

Fürst Bülow hat im Vorwort zu seiner „Deutschen Politik“ darauf hingewiesen, daß die auswärtige politische Lage, sowohl hinsichtlich des Problems selbst wie auch hinsichtlich der Mächtegruppierung gelegentlich der bosnischen Krise 1908/09 eine ähnliche gewesen sei, wie die, aus welcher der Weltkrieg hervorgegangen sei. Die Analogie beruht indessen nur auf einer äußerlichen Übereinstimmung. Wenn es 1909 ge-

[1]) Plehn, a. a. O. S. 143.

lang, die drohend heraufsteigende Kriegsgefahr durch diplomatische Mittel zu beschwören, so lag das, abgesehen von der größeren Geschicklichkeit und Tatkraft Bülows, daran, daß einmal Ahrenthal sehr viel geschickter operierte als sein russischer Gegenspieler Iswolski und die Imponderabilien von vornherein auf seiner Seite hatte, und daß andererseits die gegnerische Koalition damals noch nicht zum Kriege bereit war. Nach Rußlands Erholung und der Einführung der dreijährigen Dienstzeit in Frankreich lagen die Dinge ganz anders. Das übersah Bethmann, der 1914 glaubte, das bosnische Spiel wiederholen zu können, ebenso wie er 1911 durch den unglücklichen Pantherſprung die Tangerfahrt zu kopieren versucht hatte. Einmal ist es naiv, zu glauben, daß man dieselben Mittel in der Diplomatie zu beliebigen Malen und in beliebigen Lagen anwenden könne und: Wenn zwei dasselbe tun, so ist es nicht dasselbe!

Durch die bosnische Annexionskrisis war zwar das persönliche Verhältnis des Grafen Ahrenthal zu den ihm früher wohlgesinnten russischen offiziellen Kreisen gründlich verdorben worden, aber keineswegs die Beziehungen des Fürsten Bülow zum russischen Hof wie zur russischen Gesellschaft und ebensowenig die deutsch-russischen politischen Beziehungen. Fürst Bülow erhielt nach dem Ausgang der bosnischen Krisis von Kaiser Nikolaus den Andreasorden mit Brillanten, den außer ihm kein anderer europäischer Staatsmann trug, und bei seinem Scheiden ließ ihm der Zar durch den Minister des Äußeren Iswolski lebhaftes Bedauern über seinen Rücktritt aussprechen. Die nach Lösung der bosnischen Krisis in Bjorkö stattgefundene Begegnung zwischen Kaiser Wilhelm und Zar Nikolaus verlief harmonischer als irgend

eine Zusammenkunft zwischen den beiden Souveränen; und der Nachfolger des Fürsten Bülow konnte sich noch bei der Potsdamer Entrevue wie bei seiner eigenen Reise nach Petersburg und Moskau der durch seinen Vorgänger erreichten guten Beziehungen zwischen Deutschland und Rußland erfreuen und rühmen. Wenn dieses günstige Ergebnis erzielt wurde, so war es vor allem dem Umstande zuzuschreiben, daß Iswolski von Bülow Zusicherungen bezüglich der Stellung der deutschen Regierung zur Dardanellenfrage erhalten hatte, welche den von Bismarck im Rückversicherungsvertrage niedergelegten Anschauungen entsprachen.

Der Ausgang der bosnischen Krisis hatte das Bündnis mit Österreich-Ungarn gekräftigt, unser Ansehen in der Welt ohne Schädigung unserer Beziehungen zu Rußland neu gestärkt. Die politische Einkreisung Deutschlands war indessen durch die Beilegung des bosnischen Konfliktes nicht endgültig zerrissen, sondern nur aufgeschoben. Die gefahrvolle Lage, in der sich Deutschland befand, war noch einmal deutlich erkennbar geworden und legte Deutschland die Pflicht auf, sich auf seine Schicksalsstunde vorzubereiten!

Am 2. Januar 1909 las der Kaiser den zur Neujahrsgratulation versammelten kommandierenden Generalen die in der „Deutschen Revue" erschienene Studie des früheren Generalstabschefs Graf Schlieffen vor, in der die gefährdete politische und strategische Lage Deutschlands vorahnend geschildert wurde: „In der Mitte stehen ungeschützt Deutschland und Österreich, ringsherum hinter Wall und Graben die übrigen Mächte, der militärischen Lage entspricht die politische ... Es ist nicht ausgemacht, daß diese Leidenschaften

und Begehrlichkeiten sich in gewaltsames Handeln umsetzen werden. Aber das eifrige Bemühen ist doch vorhanden, alle diese Mächte zum gemeinschaftlichen Angriff gegen die Mitte zusammenzuführen. Im gegebenen Augenblick sollen die Tore geöffnet, die Zugbrücken herabgelassen werden und die Millionenheere über die Vogesen, die Maas, die Königsau, den Njemen, den Bug und sogar über den Isonzo und über die Tiroler Alpen verheerend und vernichtend hereinströmen. Die Gefahr erscheint riesengroß."

Trotz der klar erkannten Gefahr ist die deutsche Wehrkraft in der Zeit von 1893-1913 nicht in vollem Maße ausgenutzt worden. Während dieses Zeitraumes waren die Heeresverstärkungen in Deutschland, dem Lande des „Militarismus", relativ geringer als in der Mehrzahl der feindlichen Staaten. Dabei sind alle Anträge auf Heeresverstärkungen, die während der ganzen Amtszeit bis zu seinem Abgange 1909 an Bülow gelangten, von dem Kanzler verständnisvoll und tatkräftig gefördert worden. Aber erst 1912 regte der Generalstab die sogenannte große Wehrvorlage an, die im Jahre 1913 bewilligt wurde. Die längst nur noch auf dem Papier stehende allgemeine Wehrpflicht wurde auch jetzt noch nicht in die Tat umgesetzt. Bekanntlich sah die Heeresvorlage von 1913, die im Generalstab von dem damaligen Oberst Ludendorff in seiner Eigenschaft als Chef der Aufmarschabteilung bearbeitet worden war, ursprünglich drei Armeekorps mehr vor. Der Kriegsminister strich diese im ersten Entwurf vorgesehene Mehrforderung aus eingebildeter Furcht vor dem Reichstage ab.[1])

[1]) Dr. Spickernagel, Ludendorff. Staatspolitischer Verlag, Berlin 1919, S. 22 ff.

„Dies reiche Volk, das im Kriege die Milliarden nicht mehr zählen durfte, hat in den Zeiten seines Glückes die Millionen, ja selbst die Tausende zaudernd in der Hand herumgedreht, mit deren Hingabe an die Wehrkraft es am sichersten die Dauer des Friedens und seiner Wohlfahrt hätte sichern können.“[1]) Aus demselben Grunde hat auch der Bau der deutschen Flotte nicht in vollem Maße nach dem Willen ihres Organisators ausgeführt werden können. Der Großadmiral von Tirpitz hat in seinen „Erinnerungen“ dankbar die Unterstützung anerkannt, die ihm Fürst Bülow zuteil werden ließ, der — ohne sich in sein Ressort zu mischen — der Flotte stets die notwendigen Mittel zu ihrer Entwicklung gegeben hat. Der tragische Kampf des Großadmirals um sein Lebenswerk begann erst unter der Kanzlerschaft des Herrn v. Bethmann: „Seit dem Rücktritt des Fürsten Bülow, der der Marine volles Verständnis bewiesen hatte, verfiel sie chronischem Geldhunger. Ich habe um die notwendigsten Mittel mich müde kämpfen müssen, weniger mit dem Parlament, das steigende Einsicht bewies, als mit dem Reichsschatzsekretär und dem Reichskanzler, die, der eine durch Ressortfanatismus, der andere durch politische Träume verblendet, in diesen für die Rüstung Deutschlands entscheidenden Jahren vieles Wünschenswerte unterdrückten, weil Deutschland kein Geld dafür bereit hätte!“[2])

Zwischen Bülow und Schlieffen hat stets ein vertrauensvolles Verhältnis geherrscht. Zu den mancherlei Intriguen, die gegen den Kanzler gesponnen wurden, um seine Rückkehr zu verhindern, gehört auch die

[1]) Tirpitz, Erinnerungen S. 117.
[2]) Tirpitz, Erinnerungen S. 117.

törichte Behauptung, Bülow habe den Rücktritt des Grafen Schlieffen im Jahre 1906 herbeiführen helfen, weil dessen Plan der Vernichtung des Feindes ihm zu grausam gewesen wäre. Der Schriftsteller Eugen Zimmermann, der sich in einer fesselnden Studie mit dem Feldzugsplan Schlieffens befaßt hat, wandte sich wegen dieses Gerüchtes mit einer Anfrage an den Fürsten Bülow, auf die er folgende Antwort erhielt:[1])

„Wir denken Ende des Monats wieder in Berlin einzutreffen, wo ich Ihnen gern zur Verfügung stehe. Vorläufig nur so viel, daß ich nie versuchte, den von mir sehr geschätzten Grafen Schlieffen „unmöglich zu machen", geschweige denn einen so teuflischen Plan ausgeführt habe. Meine Beziehungen zu dem genialen Feldmarschall waren sehr gute. Ich verstehe auch nicht, weshalb die Absicht eines Militärs, den Gegner zu vernichten, „unmenschlich" sein soll. Seit den fernen Zeiten, wo König Agamemnon mit den verbündeten Griechen Troja berannte und Josua im Tale Ajalon gegen die Amoriter kommandierte, pflegt jeder Feldherr mit diesem Projekt auszurücken."

Die Behauptung, er hätte zum Rücktritt des Grafen Schlieffen beigetragen, wies Fürst Bülow in der angebotenen Unterredung nachdrücklich zurück: „Wir standen sehr freundschaftlich miteinander, der geniale Stratege wußte sehr wohl, wie hoch ich ihn schätzte. Er verkehrte als Gast in meinem Hause, außerdem sah ich ihn periodisch zu politischen Besprechungen, deren militärische Auswertung ich getrost dem Grafen Schlieffen überließ, aber er wurde von mir regelmäßig über die politische Lage unterrichtet.

[1]) vgl. Eugen Zimmermann, „Um Schlieffens Plan". Süddeutsche Monatshefte. März 1921. S. 380 ff.

In militärische Einzelheiten habe ich mich nie eingemischt, ebensowenig hat Graf Schlieffen Einfluß auf meine politische Staatsleitung versucht. Graf Schlieffen hat mir auch nicht ein einziges Mal einen Präventivkrieg empfohlen oder mich etwa zum Kriege zu drängen versucht. Das Ziel meiner Politik war ihm bekannt, den Krieg zu vermeiden, bis wir auch zur See und wirtschaftlich so stark wären, daß unsere Gegner vor dem Risiko des Angriffs zurückschreckten und uns als gleichberechtigt bei der weiteren Aufschließung und Bewirtschaftung der Erde anerkannten. Dieser Politik entsprach mein Handeln, ob es das eine oder andere Mal als Schwäche ausgelegt wurde, war mir gleichgültig. Ich habe die Genugtuung, daß ich bis zu meinem Abgange den Erfolg für mich hatte. Was ich vom Grafen Schlieffen gesagt habe, trifft auch für seinen Nachfolger, den General v. Moltke zu. Er wurde von mir unterrichtet, eine gegenseitige Einmischung hat nicht stattgefunden, wir standen im Vertrauensverhältnis zu einander. Bei drohender Kriegsgefahr hätte ich eine erschöpfende Besprechung der Lage und der erforderlichen Maßnahmen herbeigeführt."

Bei rückschauender Betrachtung stellt sich die vom Fürsten Bülow geführte Politik als eine solche der „freien Hand" dar, von der Plehn sagt, daß wohl jeder Staatsmann von großer Überlegenheit ihr den Vorzug geben werde, da sie am besten der Wandelbarkeit der Politik der anderen Mächte entspreche, der eigenen Aktion und Initiative freien Spielraum gewähre und bei jeder Verschiebung der politischen Konstellation die Wahl der vorteilhaften Stellungnahme freilasse.[1]) Eine solche Politik setzt aber neben

[1]) a. a. O. S. 154.

der nötigen Geschicklichkeit eine gesicherte und unabhängige Machtstellung voraus, die Deutschland noch nicht besaß. Wenn sich Fürst Bülow trotzdem für die Politik der freien Hand entschied, so geschah es nicht, weil er in Überschätzung der zur Verfügung stehenden Machtmittel „nach dem Höchsten" hätte greifen wollen.[1] Nachdem die versuchte Wiederanlehnung an Rußland aus den dargelegten Gründen — nicht ohne Schuld der deutschen Politik — gescheitert war, ein Bündnis mit England aber die Selbstaufgabe unserer unabhängigen wirtschaftlichen Entwicklung bedeutet hätte, blieb nach seiner Überzeugung nichts anderes übrig, als im Vertrauen auf unsere rasch zunehmende Bevölkerung und unsere stetig wachsende wirtschaftliche und militärische Stärke durch eine kluge und geschickte Politik an Riffen und Sandbänken vorbeizusteuern. Das ist Jahre hindurch gelungen. „Die Jahrzehnte vor dem Kriege charakterisierten sich für Deutschland durch höchste Blüte und höchste Gefährdung bei hohem, aber noch nicht ganz zureichendem Schutz durch eigene Macht. Bismarck ist in mehreren Phasen seines Waltens als „Jongleur" bezeichnet worden; auch die zweifellos sehr geschickte Persönlichkeit des Fürsten Bülow hat bei ihrem so bedauerlichen Abgang den Ehrennamen „Seiltänzer" mitbekommen. In der Lage Deutschlands konnte nur außerordentliche Anpassung an wechselnde Lagen vor Schaden bewahren. Wir durften es uns nicht erlauben, Fehler zu machen."[2]

Man wird gewiß nicht behaupten können, daß Bülow keine Fehler gemacht habe — von welchem Staatsmanne ließe sich das überhaupt sagen —, aber er war geschickt genug, um in gefährlichen Lagen, wie

[1] Graf Bernstorff, Deutschland und Amerika S. 3.
[2] Tirpitz, Erinnerungen S. 163.

sie in der internationalen Politik nie ausbleiben, rechtzeitig auszubiegen. Er ist nicht in einen Krieg „hineingeschlittert“ (um mit Tirpitz zu sprechen), obwohl während seiner langen Amtsführung die Gefahr eines Krieges mehr wie einmal vorlag. Ein klarer, kühler Kopf — im Sinne von Clausewitz — war er weit entfernt von der Fatalitätstheorie schwacher Naturen. Er glaubte nicht an eine zwangsläufige Entwicklung, sondern war überzeugt, daß mit Kraft und der nötigen Gewandtheit auch aus den bedenklichsten Lagen herauszufinden sei. Er hatte das Mahnwort: „Wenden können!“, das Bismarck so oft seinen Diplomaten zurief, nicht vergessen — und besaß die nötige Kaltblütigkeit. Ein Lieblingswort von ihm war das Goethe'sche: „Heute nur, heute, laß Dich nicht fangen, so bist Du tausendmal entgangen.“

Anläßlich des Rücktritts des Kanzlers wurde in einer englischen Zeitung gesagt, daß „zur Stunde die Stellung des deutschen Reiches in jeder Beziehung glänzender, gedeihlicher und machtvoller sei“, als zur Zeit, da Fürst Bülow sein Amt angetreten habe. Von 1897 bis 1909 hatte die deutsche Flotte eine achtunggebietende Verteidigungsstärke gewonnen, war der Aufstieg Deutschlands zur Weltpolitik nahezu geglückt. Die Politik der freien Hand — des Lavierens durch Untiefen und Riffe — war aber auf die Person des Fürsten Bülow zugeschnitten und barg die Gefahr in sich, daß ein weniger geschickter Nachfolger das Staatsschiff auf Sand setzen würde.

Bülow war nicht nur der einzige Staatsmann großen Formats nach Bismarck, er war auch der einzige unter den Nachfolgern des ersten Kanzlers, der ein internationales Ansehen besaß. In einer 1909 erschienenen Biographie nannte ihn André

Tardieu einen klarblickenden und feinen politiſchen Praktiker von hohem Wert, der zwar nicht über die hellſeheriſche Intuition eines Bismarck, aber über mehr Kunſt und Feinheit in der Ausführung verfügt habe.[1])

Am 1. Oktober 1914 veröffentlichte die angeſehene franzöſiſche Zeitſchrift „Revue des deux mondes" als Leitaufſatz eine längere Beſprechung über den Beitrag, den Fürſt Bülow zu dem bei Reimar Hobbing erſchienenen Sammelwerk[2]) geliefert hatte, das die erſten 25 Jahre der Regierung Kaiſer Wilhelms II. behandelte. Die Kritik der Revue des deux mondes war natürlich erfüllt von dem Geiſt leidenſchaftlicher Gehäſſigkeit und blinder Ungerechtigkeit gegenüber Deutſchland und deutſchen Führern. Trotzdem hieß es in dieſem Aufſatz:

„Diplomate de profession, élève de Bismarck, et le meilleur sans doute, instruit par l'étude, la pratique des hommes, l'expérience des choses et doué d'une parole séduisante, longtemps l'homme de confiance de l'empereur Guillaume, il a été une douzaine d'années chancelier de l'Empire et soit à l'intérieur, soit à l'extérieur, il a dirigé la politique de son pays avec habilité et énergie. On sait somment il a perdu la confiance et la faveur de son maître. Un jour, l'Allemagne a trouvé que

[1]) André Tardieu, le Prince de Bülow. L'homme et le milieu. Paris. Calman-Lévy. 1909 S. 24. „Il a été un praticien politique de haute valeur, laborieux, clairvoyant et souple, sans les intuitions illuminatrices d'un Bismarck, avec plus d'art dans le détail, plus de finesse dans l'exécution."

[2]) Deutſchland unter Kaiſer Wilhelm II. Erſter Band, erſtes Buch „Deutſche Politik". Von Bernhard Fürſt v. Bülow. S. 5—136. Reimar Hobbing, Berlin 1914.

l'Empereur parlait trop et M. de Buelow n'a pas caché que c'était aussi son sentiment. L'Empereur ne lui a su aucun gré de sa loyale franchise et, à la première occasion, qui ne s'est pas fait attendre, il l'a laissé choir sous un vote du Reichstag. Depuis lors, le prince de Buelow passe la plus grande partie de son temps à Rome. D'acteur qu'il était, il est devenu simple spectateur, mais il m'a pas cessé, de suivre avec une grande activité d'esprit les affaires de l'Allemagne et du monde et, n'ayant plus à les conduire, il en donne volontiers son avis."

In demſelben Artikel wurde ausgeführt, wenn Herr v. Bethmann und ſeine Mitarbeiter nicht die Folgen vorausgeſehen hätten, die ihre Politik gegenüber England nach ſich ziehen mußte, dies nicht die Schuld des Fürſten Bülow geweſen wäre, der ihnen aus ſeiner Zurückgezogenheit doch ſo nachdrücklich und ſo klar die Lehren der Geſchichte vor Augen gehalten hätte.

Noch in der politiſchen Chronik der „Revue des deux mondes" vom 15. Dezember 1914 wurde bei Beſprechung der Entſendung des Fürſten Bülow nach Rom hervorgehoben: „Le Prince de Buelow est certainement l'homme politique et le diplomate le plus distingué de l'Empire allemand."

Ein aufmerkſames Studium der auswärtigen Politik des Fürſten Bülow zeigt, wie die verantwortliche Leitung des Deutſchen Reiches vor dem Kriege von dem Beſtreben geleitet war, den Frieden zu erhalten. Dieſe Politik entſprach ebenſo ſehr den Überzeugungen des vierten Kanzlers wie des geſamten deutſchen Volkes, nicht zuletzt auch Kaiſer Wilhelms II. Und

auch der Nachfolger Bülows im Kanzleramte, Herr v. Bethmann, war sicherlich von dem ehrlichen Willen erfüllt, den Frieden zu wahren; wenn ihm auch leider die glückliche Hand und die diplomatischen Fähigkeiten seines Vorgängers gänzlich abgingen. — Waren diejenigen im Recht, welche im Zuge friedlicher deutscher Weltpolitik die Lebensbedingungen für das aufstrebende Siebzigmillionenvolk der Deutschen sichern wollten, oder diejenigen, welche, auf ihre älteren Rechte und ihre Macht pochend, die Welt unter sich zu verteilen und das junge sich rasch vermehrende deutsche Volk von der Tafel der Großen auszuschließen gedachten? So allein wird die Schuldfrage vor dem Richterstuhl der unbestechlichen Geschichte gestellt werden. Demgegenüber wiegen alle Kunstfehler der Diplomaten hüben und drüben federleicht. Gegenüber der Geschichtsfälschung der Sieger gilt es diese Wahrheit mit allen Mitteln zu verfechten! Das deutsche Volk hat trotz allem einen guten, gerechten Kampf gekämpft. Weder der unglückliche Ausgang des Krieges, noch der Umstand, daß unzulängliche Regie uns in den Augen der Welt vielfach zu Unrecht mit dem falschen Scheine der Schuld beladen hat, kann diese Tatsache umstoßen.

III.

Fürſt Bülow über die Vorgeſchichte des Krieges.*)

Berlin, 21. Juni 1919.

Lieber Herr von Eckardt.

Beſten Dank für Ihren Brief. Sie kommen darin noch einmal auf die ſchon mündlich von Ihnen ausgeſprochene Anſicht zurück, daß es in dieſer Zeit des Elends und der Gefahren ein dringendes nationales Erfordernis ſei, bei jedem ſich bietenden Anlaß die in Feindesland ſo oft aufgeſtellte Behauptung zu bekämpfen, daß Deutſchlands Eintritt in die Weltpolitik den Keim zum Weltkrieg gelegt habe. Nur dieſe Erwägung kann mich beſtimmen, jetzt öffentlich zu einigen auf jene Zeit ſich beziehenden Ausführungen meines Nachfolgers das Wort zu nehmen. Herr von Bethmann Hollweg hat die Politik jener Jahre mehrfach zu belaſten verſucht, und wie Sie richtig andeuten, dadurch den vaterländiſchen Wert ſeiner Publikation erheblich beeinträchtigt. Wie Sie wiſſen, bin ich gegenüber der Kritik nie empfindlich geweſen und habe mich ins-

*) Brief an den Chefredakteur des „Hamburger Fremdenblatts", abgedruckt im „Hamburger Fremdenblatt Nr. 429 vom 24. Auguſt 1919."

beſondere während der zehn Jahre, die ſeit meinem Rücktritt verfloſſen ſind, politiſch großer Zurückhaltung befleißigt. Ich würde auch jetzt nicht aus meiner Reſerve hervortreten, wenn ich dies nicht im Intereſſe der hiſtoriſchen Wahrheit und wegen der Konſequenzen, die aus ihr für die Not der Gegenwart zu ziehen ſind, für meine Pflicht hielte.

Wenn Herr von Bethmann in ſeinen jüngſt erſchienenen „Betrachtungen zum Weltkriege“ ſich beſtrebt zeigt, die Verhältniſſe, unter denen er im Juni 1909 die Geſchäfte übernahm, als hoffnungslos hinzuſtellen, ſo muß ich einen ſolchen Verſuch, die Verantwortung auf andere abzuſchieben, ernſtlich zurückweiſen. Gewiß hat jeder Krieg weit, oft ſehr weit zurückliegende Urſachen. Seit dem deutſch-franzöſiſchen Krieg und dem Frankfurter Frieden waren unſere Beziehungen zu Frankreich geſpannte. Die Nichterneuerung des Rückverſicherungsvertrags mit Rußland nach der Entlaſſung des Fürſten Bismarck hatte die ruſſiſch-franzöſiſche Allianz zur ſeitdem unabänderlichen Folge. Durch unſeren wirtſchaftlichen Aufſchwung ſeit der Wiedererrichtung des Reiches war unſer Verhältnis zu England ſchwieriger geworden. Um die gewaltigen Werte zu ſchützen, die Induſtrie, Schiffahrt und Handel dem Meer anvertrauten, ſollte der Ausbau der Flotte in Angriff genommen werden, was die Situation gegenüber England noch verſchärfte. Schon in den 90er Jahren des vorigen Jahrhunderts ließen engliſche Handelskreiſe den Warnruf Made in Germany ertönen. Wenige Wochen, bevor ich vor gerade 22 Jahren die Geſchäfte übernahm, veröffentlichte eine der angeſehenſten engliſchen Wochenſchriften, die Saturday Review, jenen bekannten Artikel, der mit den Worten ſchloß: „Ceterum censeo Germaniam esse

delendam!" Nicht davon zu reden, daß die englische Politik traditionell der jeweils stärksten Kontinentalmacht wirkliches Wohlwollen nicht entgegenzubringen pflegt. Endlich hatte unsere unfreundliche Haltung gegenüber Japan nach dem Frieden von Schimonoseki die früher lebhaften Sympatien der Japaner für Deutschland erheblich abgekühlt. Hinter dieser Erbschaft habe ich mich nie versteckt, sondern mich bemüht, dem deutschen Volk den Frieden zu erhalten. Das ist mir während meiner 12jährigen Amtszeit gelungen, obwohl bei Lebzeiten des Königs Eduard VII. und im ersten Jahrzehnt unseres Flottenbaus die Verhältnisse schwieriger lagen als später.

Es würde zu weit führen, wenn ich im Rahmen dieses Briefes auf alle ungenauen und irrtümlichen Ausführungen meines Amtsnachfolgers eingehen wollte. Wenn Herr von Bethmann im Eingang seiner Betrachtungen meint, daß sich in der Zeit seines Amtsantritts der Verkehr zwischen dem Berliner und dem Londoner Kabinett auf die Erledigung der Formalitäten beschränkt habe, welche die gegenseitigen Beziehungen zweier nicht im Kriege miteinander befindlicher Staaten mit sich bringen, so brauche ich nur daran zu erinnern, daß schon während meiner Geschäftsführung der Grundstein zu zwei sehr bedeutsamen deutsch-englischen Abmachungen, dem Vertrag über die Bagdadfragen und dem Abkommen über die portugiesischen Kolonien, gelegt wurde, die unmittelbar vor ihrer Ratifikation standen, als der Blitz des Ultimatums in Belgrad einschlug. Falsch ist auch, daß der Sturz des Herrn Delcassé dem gallischen Stolz eine besonders schmerzliche Wunde zugefügt habe. Keinesfalls gilt das für die breiten Massen Frankreichs, aus denen schon sehr bald nach Delcassés Rücktritt empörte Vorwürfe darüber laut wurden, daß er das

Land an den Rand des Krieges geführt habe. Jedenfalls wurde dieser Rücktritt in Frankreich nicht annähernd so bitter empfunden wie später der Pantherſprung nach Agadir, befreite uns aber von einem gerade durch ſeine hervorragende Begabung gefährlichen Staatsmann, der für die Intriguen des Königs Eduard ein beſonders brauchbares Werkzeug war. Die Verantwortung für den kaiſerlichen Beſuch in Tanger habe ich nie abgelehnt. Wie man auch über dieſe Epiſode denken mag, ſo hat ſie jedenfalls nicht ſo weitreichende Folgen gehabt wie ſpäter die Entſendung des Panthers nach Agadir, welche den brutalen Vorſtoß des Herrn Lloyd George nach ſich zog. Als unſere Regierung auf dieſe Ohrfeige nicht öffentlich und Zug um Zug reagierte, ſagte mir ein ſeit Jahren mit Frankreich und der franzöſiſchen Pſyche ſehr vertrauter ausländiſcher Diplomat:

„Seit langem hat die Franzoſen nichts ſo ſehr gereizt wie der Coup von Agadir, weder der „Krieg-in-Sicht-Artikel“ von 1875, noch der Schnäbele-Fall, noch der Beſuch in Tanger. Als man überdies bei Ihnen auf eine Herausforderung, wie die Rede des Herrn Lloyd George im Marion-Houſe, keine Antwort fand, hat der Reſpekt, den Sie bis dahin in Frankreich genoſſen, bedeutend abgenommen. In jenen Tagen wurde in Frankreich der esprit nouveau geboren.“

Wie der Erfolg zeigte, hat die feſte und ruhige Zurückweiſung der Chamberlainſchen Ungehörigkeiten nicht geſchadet, ſondern genützt, während unſer Zurückweichen vor Lloyd George mit der Minderung unſeres Anſehens die Kriegsgefahr vergrößerte. Der Marokko-Kongo-Vertrag vom November 1911 koſtete dem geſchickteſten Vertreter paziſiſtiſcher Tendenzen in Frank-

reich Portefeuille und Prestige und brachte einen ausgesprochenen Vorkämpfer der Revancheidee, den gegenwärtigen Präsidenten der französischen Republik, Herrn Poincaré, ans Ruder. Die unglückliche Marokko-Konvention war auch die Geburtsstunde der italienischen Expedition nach Tripolis. Marquis San Giuliano hat mir selbst gelegentlich erzählt, er habe in dem Augenblick, als es ihm zur Gewißheit geworden sei, daß Deutschland sich endgültig und ganz aus Marokko zurückziehe, die Uhr herausgezogen und seinen Sekretären gesagt: „Jetzt entscheidet es sich, daß wir nach Tripolis gehen.“ Daß der glückliche Ausgang der bosnischen Annexionskrisis als ein dem russischen Selbstgefühl angetaner Affront uns gegenüber nachgewirkt hätte, trifft nicht zu. Die Begegnung, die bald nach der Beilegung jener Krise zwischen unserm Kaiser und dem Zaren stattfand, verlief harmonischer als irgend eine vorhergegangene. Anderthalb Jahre später wurde der Zarenbesuch in Potsdam von Herrn von Bethmann selbst im Reichstag als bedeutsames Zeichen guter Beziehungen zu Rußland hingestellt. Wenn mich mein Gedächtnis nicht täuscht, wurde auch die Reise, die einige Zeit später der damalige Reichskanzler nach Petersburg und Moskau unternahm, in der offiziösen Presse als ein weiterer erfreulicher Beweis für das gute Verhältnis zu Rußland gefeiert. Eine andere Frage ist, ob die im Herbst 1913 erfolgte Betrauung des Generals Liman von Sanders mit einem aktiven Kommando an den Dardanellen nicht eine tiefergehende Verstimmung zur Folge gehabt hat. Als Graf Kokowzow, dessen friedliche und so weit deutschfreundliche Gesinnung Herr von Bethmann mit Recht rühmt, mich im Mai 1914 in Rom besuchte, sagte er mir:

„Der Zwischenfall Liman-Sanders habe für die deutsch-russischen Beziehungen recht unerfreuliche Konsequenzen gehabt. Sein eigener Rücktritt sei zum Teil auf diesen unliebsamen Zwischenfall zurückzuführen. Die Berliner politische Leitung habe sich damit entschuldigt, daß die Übertragung eines aktiven Kommandos in Konstantinopel an einen deutschen General ohne ihr Wissen und gegen ihren Willen erfolgt sei und sich sachlich werde redressieren lassen. Ein gutes Stück Mißtrauen werde aber leider doch zurückbleiben. Unsere Zustimmung zu den alten russischen Wünschen in der Meerengenfrage sei ein Hauptpunkt des Bismarckischen Rückversicherungsvertrages gewesen, und auch später habe in Petersburg an unserer freundlichen Haltung gerade in dieser heiklen Frage kein Zweifel bestanden, dies Vertrauen sei jetzt nicht mehr in dem früheren Maße vorhanden."

Es ist mir auch fraglich, ob es ein glücklicher Einfall war, wenn Herr von Bethmann einige Zeit vor dem Weltkriege in feierlicher Reichstagsrede den Gegensatz zwischen Germanentum und Slawentum in den Vordergrund rückte. „Das ausgesprochene Wort ist fürchterlich", hat Goethe einmal gesagt. Ich glaube nicht, daß Fürst Bismarck öffentlich eine solche Antithese konstruiert hätte, auch mit Rücksicht auf unsern habsburgischen Verbündeten, dessen Völker zu einem erheblichen Teil der slawischen Rasse angehörten.

Was die angebliche Möglichkeit einer Allianz mit England angeht, so handelt es sich am Ausgang des 19. wie beim Beginn dieses Jahrhunderts weder um bindende, noch inhaltlich ausreichende Anregungen, die uns nicht die Sicherheit

boten, daß wir im Kriegsfall ernstlich auf Englands Unterstützung würden bauen können, während anderseits ein Eingehen auf diese Vorschläge unser Verhältnis zu Rußland mit Sicherheit noch mehr erschwert haben würde, als dies durch die Nichterneuerung des Bismarckischen Rückversicherungsvertrages ohnedies geschehen war. Auf so schmaler und schwankender Grundlage hätten wir uns der Gefahr ausgesetzt, daß bei einem Konflikt mit Frankreich und Rußland England uns entweder ganz unserm Schicksal überließ oder im besten Falle sich darauf beschränkte, die russische und französische Flotte zu zerstören, die französischen Kolonien einzustecken und die russische Stellung in Asien zu schwächen, während wir die ganze Last des Kontinentalkrieges zu tragen hätten. Frankreich war gegenüber England in einer ganz anderen Lage als wir. Es war weder für England der beneidete Rivale auf dem Gebiet von Handel, Industrie und Schiffahrt, noch der leitende Staat auf dem Festlande, in dem England nun einmal seinen Gegner sieht. Trotzdem hat England erst unmittelbar nach dem Ausbruch des Weltkrieges, als sich ihm die günstigste Chance für einen großen Schlag bot, und nachdem es durch den Einmarsch in Belgien an seiner empfindlichsten Stelle getroffen und der englischen Regierung gleichzeitig der für englisches Denken und die englische öffentliche Meinung plausibelste Kriegsgrund geboten war, ein festes Bündnis geschlossen und neben Frankreich das Schwert gezogen. Jene englische Anregung um die Wende des Jahrhunderts erfolgte in einer Zeit, wo es England erwünscht gewesen wäre, wenn wir 1899 seine schwierige Lage im Burenkrieg erleichtert hätten, indem wir die russischen und französischen Bajonette auf uns ablenkten, und wenn wir später ihm die Dienste erwiesen, die ihm dann Japan

auf den Schlachtfeldern der Mandschurei leistete. Japan war aber Rußland gegenüber weniger verwundbar als wir. Es hatte auch nicht bei jedem Konflikt mit der Feindschaft einer Großmacht wie Frankreich zu rechnen. Das deutsche Interesse gebot, uns weder von Frankreich und Rußland gegen England, noch von England gegen Rußland vorschieben zu lassen. Wir mußten unsere Unabhängigkeit behaupten, uns freie Hand wahren, durften für niemanden die Kastanien aus dem Feuer holen. Wir durften uns auch nicht mit verbundenen Augen der Wiener Führung anvertrauen. Das war der Weg, den Frieden zu wahren, bei dem Deutschland prosperierte, wie es umgekehrt, in einen Krieg hineingezogen, alles zu verlieren hatte!

Durch alle Ausführungen des Herrn von Bethmann zieht sich wie ein roter Faden der Gedanke, der Krieg sei unvermeidlich gewesen. Ich gestehe, daß ich von der Fatalitätstheorie nie viel gehalten habe. Als Napoleon I. einem in Spanien geschlagenen General Vorwürfe machte, erwiderte sich entschuldigend dieser: „La fatalité, Sire"! Worauf der große Korse: „La fatalité, l'excuse des maladroits et des incapables."[1]) Es ist nicht zutreffend, daß England, Frankreich und Rußland sich schon vor zehn Jahren und länger zu einer festen Koalition zusammengeschlossen hätten. Selbst nach den englisch-französischen, englisch-russischen und englisch-belgischen militärischen Besprechungen, die nach dem Zwischenfall von Agadir stattfanden, waren 1914 die Abmachungen zwischen England, Rußland und Frankreich kaum präziser und bindender als es vor dem deutsch-französischen Kriege die damals zwischen Frank-

[1]) Verhängnis? Das ist eine Entschuldigung für Ungeschickte und „Unfähige".

reich, Österreich und Italien getroffenen Stipulationen waren, die dennoch nicht zu einem Bündniskrieg führten.

Die Auffassung, daß die von Herrn von Bethmann 1909 übernommene Situation eine aussichtslose gewesen wäre, ist ihm übrigens erst ex post gekommen. Ein Jahr vor dem Ausbruch des Krieges veröffentlichte ein vertrauter Mitarbeiter des damaligen Reichskanzlers, Legationsrat Riezler, unter dem Pseudonym Ruedorffer und dem Titel „Grundzüge der Weltpolitik in der Gegenwart" eine eingehende Betrachtung über die damalige Lage, die mit Befriedigung und Zuversicht geschildert wurde. Im November 1913 erklärte ein anderer Vertrauter des Reichskanzlers, Professor Dr. Hans Delbrück, in der politischen Korrespondenz der „Preußischen Jahrbücher" speziell über das Verhältnis zu England, dort habe ein erstaunlicher Umschwung stattgefunden, England habe sich in die deutsche Konkurrenz gefunden, der Argwohn gegen Deutschland sei offenbar völlig geschwunden, an den guten Beziehungen zwischen England und Deutschland verdürben auch die Schiffsbauten nichts, überall herrsche Windstille. Und ich kann mich wohl erinnern, daß ein dritter Vertrauter des Kanzlers, der damalige Botschafter in Rom, Herr von Flotow, bei der Kaisers-Geburtstagsfeier am 27. Januar 1914 im Thronsaal des Palazzo Caffarelli vor der deutschen Kolonie ausführte, mit Befriedigung blicke das Auge des patriotischen Staatsbürgers auf unsere günstige internationale Lage, und insbesondere auf die guten Erfolge, die unsere Diplomatie gerade in der letzten Zeit erzielt habe. Alles das klang nicht so, als ob Herr von Bethmann die Lage damals so beurteilt hätte, wie er sie jetzt darzustellen sucht.

Ich will aber bei diesem Anlaß vor allem noch eins feststellen: Was auch unsere Feinde sagen mögen, das deutsche Volk ist, wie seine Geschichte beweist, ein durch und durch friedfertiges Volk. In den 43 Jahren, die zwischen dem Frankfurter Frieden und dem Beginn des Weltkrieges liegen, haben andere Völker, Franzosen und Engländer, Amerikaner und Italiener, Spanier und Russen, kleinere und größere Kriege geführt. Das deutsche Volk hat, von einigen kolonialen Expeditionen abgesehen, während dieses halben Jahrhunderts nie das Schwert gezogen. Es hatte keinen aufrichtigeren Wunsch, als in Frieden seinen Acker zu bestellen. Das deutsche Volk hat diesen Krieg nicht gewollt. Kaiser Wilhelm der II. war, wie ich aus eigener Erfahrung weiß, durchaus friedliebend. Auch mein Amtsnachfolger hat, wie ich gerne anerkenne, sich redlich bemüht, den Frieden zu erhalten. Aber die Politik ist eine Kunst, und von ihr gilt das Wort eines großen Philosophen, daß der gute Wille, der in der Moral alles ist, in der Kunst nicht ausreicht, denn da kommt es auf das Können an.

Es wäre nutzlos, bestreiten zu wollen, daß während der verhängnisvollen Woche vor der Überreichung des Ultimatums in Belgrad wie in den kritischen Tagen zwischen dieser Demarche und dem Ausbruch des Krieges von Seiten unserer politischen Leitung schwere psychologische, diplomatische und politische Fehler begangen worden sind, die mit Unrecht, mit großem Unrecht, unser Volk mit dem falschen Schein der Schuld am Kriege beladen. Unter diesen Fehlern haben wir jetzt zu leiden, sie dürfen aber nicht als

Symptome von Kriegsluſt hingeſtellt werden. Das deutſche Volk hat in ſeiner 2000jährigen Geſchichte nie eine härtere Prüfung, nie bitterere Stunden erlebt als heute. Wir wären aber unſerer Vergangenheit nicht würdig, wenn wir an der Zukunft der Nation verzweifelten. Ein Volk, das der Menſchheit ſo viel gegeben hat, das auf allen Gebieten geiſtiger Tätigkeit ſo Großes leiſtete, kann nicht untergehen. Nie war ein Volk verloren, das an ſich ſelbſt und ſeine Zukunft glaubte. Das Deutſche Volk wird nicht untergehen, wenn es ſeine nationale Einheit aufrechterhält und den Glauben an ſich ſelbſt nicht verliert.

Aufrichtig Ihr

(gez.) Fürſt von Bülow.

IV.

Der Bülowblock.

„Die Übereinstimmung inbetreff dessen, was sie nicht wollen, sondern zu verhindern bestrebt sind, zwischen den staatserhaltenden Fraktionen herzustellen, muß die erste Aufgabe derjenigen Politiker und Parteiführer sein, die den ernstlichen Willen haben, die Unsicherheit und Schädlichkeit der heutigen parlamentarischen Zustände zu beseitigen. Aber leider sind die staatserhaltenden Fraktionen bisher viel eifriger bemüht, die Punkte hervorzukehren, die zwischen ihnen streitig sind, als diejenigen, über welche Einigkeit herrscht. Für Auseinandersetzungen über erstere sollte sich aber leicht eine gefahrlosere und schicklichere Zeit finden . . . Es ist mit dem Kartell,[1]) wie ich es mir denke, ähnlich wie mit dem Dreibunde. Dieser hindert seine Mitglieder ja auch nicht, neben der ihnen gemeinsamen Aufgabe, der Erhaltung des Friedens, ihre Spezialinteressen zu verfolgen."

(Bismarck zu Hofmann, vgl. „Fürst Bismarck 1890/1898" von Hermann Hofmann, Union Deutsche Verlagsanstalt, 1914).

Den äußeren Anlaß zur Bildung des nach französischem Beispiel so genannten „Blocks" der konservativen und liberalen Parteien des Reichstags im Jahre 1907 hatte bekanntlich das Vorgehen des Zentrums gegenüber kolonialpolitischen Forderungen der Regierung im Winter 1906/1907 gegeben. Wie seinerzeit der Beginn des Kulturkampfes für Bismarck vorwiegend durch seine polnische Seite bestimmt

[1]) Fürst Bismarck schwebte ein Kartell der schaffenden Stände vor.

worden war,[1]) so entbrannte auch diesmal die Fehde mit dem Zentrum um eine nationale Frage. Fürst Bülow nahm den Kampf mit einer Entschiedenheit und Entschlußfreudigkeit auf, welche denjenigen Politikern eine Überraschung bereiten mußte, die in ihm bis dahin nur den liebenswürdigen Causeur sehen und ihm den Schneid zum Fechten absprechen wollten. „Der Konflikt, den das Zentrum heraufbeschwor[2]), durfte nicht lediglich für den Augenblick, er mußte im Hinblick auf die Vergangenheit und mit Rücksicht auf die Zukunft gelöst werden. Die Notwendigkeit, eine Mehrheit ohne das Zentrum bilden zu können, bestand im Grunde seit dem Bruch des Bismarck'schen Kartells und war geschaffen durch die Konsequenzen, die das Zentrum aus seiner Unentbehrlichkeit gezogen hatte. Es war also ein altes Problem, das 1907 zur Lösung stand, das durch die vorangegangenen Abstimmungen wieder aktuell geworden, nicht aber erst durch sie gestellt worden war. Nicht eine Mehrheit wider das Zentrum, nicht eine Mehrheit, von der das Zentrum ausgeschlossen sein sollte, sondern eine Mehrheit, stark und in sich fest genug, nationalen Forderungen auch ohne Zentrumshilfe gerecht zu werden." Als die freisinnige Volkspartei bei den Abstimmungen über die Kolonialgesetze den Konservativen und Nationalliberalen zur Seite trat, sah Bülow die Möglichkeit einer neuen Mehrheitsbildung vor Augen. Dem Kanzler schwebte vor allem der Gedanke vor, der Regierung eine feste und zuverlässige Mehrheit zu verschaffen, mit deren Hilfe sich eine Politik auf

---

[1]) Vgl. Gedanken und Erinnerungen II., 127 ff.
[2]) Fürst Bülow, Deutsche Politik, S. 223 ff.

längere Sicht treiben ließ. Mit den wechselnden Mehrheiten, wie man sie bisher genommen hatte, wo man sie gerade fand, ließen sich wohl bestimmte Fragen von Fall zu Fall erledigen, eine programmatische Politik aber ließ sich ohne eine innerlich homogene Mehrheit auf die Dauer nicht treiben[1]). Gelang es dagegen, eine tragfähige Mehrheit unter einem bestimmten Programm für längere Zeit zusammenzufassen, so winkte überdies die Aussicht, die Parteien in stärkerem Maße als bisher zur Mitarbeit und Mitverantwortung heranzuziehen und sie durch solche praktische Arbeit für höhere Gesichtspunkte als jene der reinen Wahltaktik zu gewinnen. Für solche erzieherische Arbeit erschien dem Kanzler ein wenn auch nur zeitweises Zusammengehen der Konservativen und Liberalen besonders glücklich. Eingedenk der alten Wahrheit, die uns Treitschke in seiner „Politik" vor Augen geführt hat, daß ein Staat durch dieselben Kräfte erhalten wird, die bei seiner Bildung mitgewirkt haben[2]), erhoffte er sich gerade von einer engeren Zusammenarbeit konservativer und liberaler Gruppen eine günstige und befruchtende Wirkung für das innerpolitische Leben der Nation. Das Staatsinteresse ging hier insofern mit dem Interesse der beteiligten Parteien parallel, als nach den Erfahrungen der Geschichte Konservative und Liberale immer dann als Parteien am stärksten und parlamentarisch am einflußreichsten gewesen waren, wenn sie zusammengingen. Bülow knüpfte bewußt an das Bismarck'sche

---

[1]) Fürst Bülow, Reden IV., 203.

[2]) „Politik", Vorlesungen Treitschkes, gehalten an der Universität Berlin, herausgegeben von Max Cornicelius, 1. Bd., 4. Aufl. S. 29.

Kartell an[1]). „Der Gedanke, der dem sogenannten Block zu Grunde lag, war ein ähnlicher wie der, der dem Kartell zu Grunde gelegen hatte. Ich möchte sagen: Der Block war die den veränderten Zeitverhältnissen angepaßte modernere Verwirklichung eines alten Gedankens. An eine Wiederholung des Kartells aus Konservativen und Nationalliberalen war schon seit langer Zeit nicht mehr zu denken. Die alten Kartellparteien waren zwischen den Mühlsteinen: Zentrum und Sozialdemokratie zerrieben worden. Um im Notfalle zur Bildung einer Mehrheit die Hilfe des Zentrums entbehren zu können, mußte der Freisinn hinzugezogen werden. Als die Freisinnigen im Jahre 1906 die Hand zur Mitarbeit boten, mußte die Regierung diese Hand ergreifen und sie festhalten."

Die im Wahlkampf unter der nationalen Parole erfochtene Mehrheit vom Jahre 1907 war in ihrer Zusammensetzung buntgewürfelt genug: Den Kern bildeten die Nationalliberalen, auf der Rechten saßen Konservative, Freikonservative, Wirtschaftliche Vereinigung und Antisemiten, auf der Linken freisinnige Vereinigung, freisinnige Volkspartei und deutsche (fortschrittliche) Volkspartei. Das Regenbogenfarbenbild dieses Blocks kennzeichnet besser als lange Darlegungen die politische Unreife und Zersplitterung des wirtschaftlich zielbewußt aufstrebenden deutschen Volkes. Rechnet man die deutsche Eigenbrödelei hinzu, so bekommt man einen ungefähren Begriff davon, wieviel Mut dazu gehörte, mit dieser Mehrheit in den Kampf zu ziehen, wieviel Takt, Geduld und Überredungskunst aufgewandt werden mußte, um mit ihr

[1]) Fürst Bülow, Deutsche Politik, S. 225.

praktische Politik zu treiben. Um so höher müssen die tatsächlich erreichten Erfolge gewertet werden.

Der Winter 1907/08 begann mit einer ernsten Blockkrisis. Unbekümmert um ihre Stellung im Block und zur Regierung fuhren die Parteimänner munter fort, die Regierung und sich gegenseitig zum Gaudium der schwarzroten Minderheit zu bekämpfen. Den Parteien ging noch das Verständnis dafür ab, daß man in einer Koalition, um Höheres zu erreichen, Opfer bringen und zeitweise eigene Wünsche zurückstellen muß. Vergeblich hatte der Kanzler seine Gefolgschaft beschworen, wenigstens im Anfang Mäßigung und gegenseitige Rücksicht zu üben. Schon in den Flitterwochen des Blocks trat Naumann mit seiner Forderung nach sofortiger Einführung des allgemeinen direkten und gleichen Wahlrechts in Preußen hervor, wogegen die Konservativen ihr energisches Veto einlegten. Auch von nationalliberaler Seite wurde die freisinnige Forderung abgelehnt. In einer viel beachteten Rede sprach sich der damals nationalliberale Abgeordnete Schiffer am 18. Oktober 1907 in Magdeburg entschieden gegen eine Übertragung des Reichstagswahlrechts auf Preußen aus: „Es wäre ein politischer Selbstmord, für den gerade die gegenwärtige Zeit, in der der Liberalismus die Flügel regt und zukunftsfroh um sich schaut, die allerungeeignetste wäre. Will man jetzt diesen liberalen Zukunftsflug hemmen, indem man die Schwergewichte des Ultramontanismus und Sozialismus durch ein ihnen günstigeres Wahlrecht noch verstärkt?“

Als nun noch der nationalliberale Abgeordnete Paasche ohne vorherige Fühlungnahme mit dem Kanzler die Regierung, insbesondere den Kriegsminister von Einem, mit einer scharfen Rede angriff,

drohte Bülow den Parteiführern des Blocks mit seinem Rücktritt. Am 4. Dezember 1907 schreibt Bassermann an seine Gattin: „Welch ein Krach! Heute hat mich der Kanzler rufen lassen, um mir mitzuteilen, daß er zurücktreten werde, da der Block nicht funktioniert. Nun folgen Besprechungen über Besprechungen, um wenn möglich, den Riß zu heilen, die Sache ist ernst, Paasche hat meiner Auffassung nach gut gesprochen. Bethmann sagte mir, er würde dann ebenfalls abgehen. Das Zentrum freut sich ... Wenn es zur Auflösung kommt, was ich nicht glaube, dann sage ich Adieu." Man einigte sich darauf, daß die Parteiführer am folgenden Tage im Reichstage beruhigende Erklärungen abgeben sollten, durch welche der Sturm im Wasserglase beschwichtigt wurde. Beruhigt kann Bassermann am 5. Dezember nach Hause berichten: „Nun ist die Sache wieder eingerenkt. Es war eine dramatische Sitzung. Mir ist ein Zentner vom Herzen. Wir waren in einer heillosen Situation, und ich war mit schuld. Der Kanzler hatte sich um 12 Uhr gestern mit mir ausgesprochen und seinen Rücktritt in Aussicht gestellt, falls wir uns nicht vertrügen. Es waren ernste Stunden."

Nach Überwindung dieser Schwierigkeiten konnte der Block praktische, fruchtbringende Arbeit leisten. Aus der parlamentarischen Tätigkeit des Blocks verdienen folgende Gesetze besondere Hervorhebung: Erledigung der Kolonialvorlagen, Milderung der Strafen für Majestätsbeleidigungen, die Börsenreform, ein Gesetz zur Vereinheitlichung des Vereins- und Versammlungsrechtes und schließlich das Gesetz zur Stärkung des Deutschtums in Westpreußen und Posen.

Bülow hat in seiner Ostmarkenpolitik wieder an die Überlieferungen Friedrichs des Großen und Bis-

marcks angeknüpft. Durch die Schwäche Caprivis gegenüber den Polen war die günstige Konjunktur auf dem Gütermarkte zu Beginn der 90iger Jahre ungenützt vorüber gegangen. Die Polen hatten Zeit gewonnen, sich zum Kampf um den Boden zu organisieren. Bülow gelang es, nach Aufschüttung des Ansiedlungsfonds im Jahre 1902, das Ansiedlungswerk in bedeutendem Umfange zu fördern. Es wurden 22000 ha im Jahre 1902, 42000 ha 1903, 33000 ha 1904, 34600 ha 1905, 29670 ha 1906 und nach der Bewilligung neuer Mittel 14000 ha 1908, 21000 ha 1909 für die Ansiedlung erworben. Der Rückgang der deutschen Bevölkerung hatte trotz des größeren polnischen Kinderreichtums aufgehört. Seitdem am Anfang des Jahrhunderts die verstärkte Siedlungspolitik unter Bülow eingesetzt hatte, nahmen die Deutschen im Verhältnis zur polnischen Bevölkerung zu. Aber der Ankauf von Gütern aus polnischem Besitz gestaltete sich immer schwieriger, da die Polen ihr Land festhielten. „Sollte das mit solchen Opfern und um den Preis schwerer Kämpfe unternommene Ansiedlungswerk nicht zur schließlichen Resultatlosigkeit verurteilt sein", führt der Kanzler in seiner „Deutschen Politik" [1]) aus, „so mußte ein Gedanke verwirklicht werden, den Bismarck schon 1886 ausgesprochen hatte und der später wieder und wieder erörtert worden ist; der Gedanke der Enteignung. Das Gesetz von 1908 gab dem Staat das Recht, Ansiedlungsland im Wege der Enteignung zu erwerben, es war die logische Konsequenz der im Jahre 1886 begonnenen Ansiedlungspolitik."

Unter dem Einfluß des Zivilkabinetts ist die praktische Anwendung des Gesetzes verhindert worden;

[1]) a. a. O., S. 282.

der Kaiſer verfügte, daß ihm jeder Enteignungsfall zur Genehmigung vorgelegt würde. Bülow ſelbſt hatte Anweiſung gegeben, daß von dem Geſetz nur in ſolchen Fällen Gebrauch gemacht werden ſollte, in denen es ſich nicht um alten Familienbeſitz handelte oder der Beſitzer dauernd im Auslande lebte.

Nach Bülows Entlaſſung wurde unter Herrn von Bethmann Hollweg ähnlich wie zu Caprivis Zeiten wieder ein polenfreundlicher Kurs eingeſchlagen. Durch dieſe Politik der Nachgiebigkeit und Schwäche iſt das Gegenteil der erhofften Wirkung erzielt worden. In dem klaſſiſch geſchriebenen Kapitel „Oſtmarkenpolitik“ ſeines Kriegsbuches hat Fürſt Bülow überzeugend dargelegt, daß nichts ſo verhängnisvoll für den Lebenskampf des Deutſchtums in der Oſtmark geworden iſt, wie das ewige Hin- und Herſchwanken unſerer Politik.

Warnend hatte er in dem 1916 erſchienenen Buche ſeine Stimme gegen die geplante Proklamation eines Königreichs Polen erhoben: „Wir dürfen jedenfalls nicht vergeſſen, daß die preußiſche Monarchie durch den Zerfall der polniſchen Republik groß geworden iſt und daß der ſchwarze Adler, — „ſchwer iſt ſein Flug — er trägt die Weltgeſchichte“ — ſtieg im Kampfe mit dem weißen Adler“ . . . „Was das deutſche Schwert mit deutſcher Kraft und deutſchem Blut für die polniſche Sache erkämpft, darf in der Folge nicht dem preußiſchen Staat und dem Deutſchtum Schaden bringen!“ Vergeblich verwies er in jener Stunde diejenigen, die es anging, noch einmal auf die denkwürdige Tatſache, daß der Gründer des Reiches allezeit ein ſelbſtſtändiges polniſches Staatsweſen für unvereinbar mit unſerem Lebensintereſſe gehalten und in einem ſelbſtändigen Polen den ge-

borenen Alliierten von Frankreich, England und jedem anderen unserer Gegner gesehen hatte.

Heute ernten wir und unsere deutschen Brüder in dem von Bethmann Hollweg proklamierten Polenreiche den Dank für die Schwäche und Gefühlsseligkeit des deutschen Michels.

Seinen eigentlichen Bewährungsnachweis hatte der Block noch zu erbringen: Durch die Erledigung der im Jahre 1908 eingebrachten Vorlage zur Reichsfinanzreform. Es galt 4-500 Millionen Mark, eine für damalige Begriffe gewaltige Summe, durch neue Steuern aufzubringen, um Fehlbeträge im Staatshaushalt zu decken. In der Vorlage der Regierung befand sich neben einem Bouquet von indirekten Steuern auch der Entwurf einer Reichserbschaftssteuer. Die Behandlung der Finanzreform, die durch eine großzügige Propaganda in der Öffentlichkeit gut vorbereitet worden war, wurde dadurch erschwert, daß der Kanzler sich infolge starker Inanspruchnahme durch anderweitige Aufgaben (bosnische Krisis, Daily Telegraph-Affaire) den Einzelheiten der Vorlage sowie ihrer parlamentarischen Behandlung nicht so eingehend widmen konnte, wie dies unter normalen Zeitläuften der Fall gewesen wäre.

Die Wirtschaftspolitik des Fürsten Bülow ist alles in allem erfolgreich und für die deutsche Wirtschaft segensreich gewesen. Man darf ohne Übertreibung sagen, daß unser Wirtschaftsleben seine hohe Blüte zu einem wesentlichen Teil den unter dem Kanzler zustandegekommenen Zolltarifen und Handelsverträgen verdankt. Ohne die Wirkung des Zolltarifs von 1902 wäre unsere Wirtschaft nicht imstande gewesen, der Blockade unserer Feinde während des Krieges so lange standzuhalten. Mit voller Berechtigung konnte

nach dem Rücktritt des Fürsten Bülow der Generaldirektor der Hamburg-Amerika-Linie, Herr Ballin, an den scheidenden Kanzler telegraphieren: Euerer Durchlaucht Kanzlerzeit hat die stärkste Entwicklung und reichste Blüte von Industrie, Handel und Verkehr gesehen, die Deutschland jemals erlebt hat. Und bis zuletzt haben Eure Durchlaucht verhindert, daß die schlimmsten Anschläge auf die Freiheit und Kraft unseres Wirtschaftslebens Gesetz geworden sind. Wenn Eure Durchlaucht nunmehr aus Ihrem hohen Amte scheiden, so finden wir darin den Beweis, daß Sie eine verkehrsfeindliche Politik, wie sie auch in den jetzt genehmigten Steuern gegen Handel und Wandel zum Ausdruck kommt, nicht führen können und wollen. Für diese Ihre Fürsorge für Deutschlands wirtschaftliche Interessen daheim und in der Welt bleiben Euerer Durchlaucht die Vertreter von Handel, Gewerbe und Industrie zu unwandelbarer Dankbarkeit verpflichtet. Zum Gedächtnis dessen werde ich der Hamburg-Amerika-Linie vorschlagen, den nächsten größeren Dampfer durch den Namen „Fürst v. Bülow" zu ehren."[1])

Auch auf dem Gebiete der Finanzpolitik hat der Fürst schließlich weiter gesehen als seine Gegner, und seine Prophezeiungen auch auf diesem Gebiet, namentlich hinsichtlich der Ablehnung der Erbschaftssteuer haben sich ja leider nur zu wörtlich erfüllt.[2]) Der Kanzler hat die großen Gesichtspunkte bei den an ihn herantretenden Wirtschaftsfragen intuitiv erkannt, seine Stärke lag aber nicht in der sachlichen Beherrschung der Einzelfragen. Für das Schicksal des Blocks war dieser Umstand insofern von verhäng-

[1]) Reden V, 229 ff.
[2]) Reden V, 205.

nisvoller Bedeutung, als der Ressortminister Sydow kein unbedingter Anhänger des Blocks war und wohl, wie Bassermann bezeugt, von vornherein die Möglichkeit ins Auge gefaßt hatte, im Bedarfsfalle das Gesetz auch mit einer anderen Mehrheit zu machen. Am 30. November 1907 klagt Bassermann in einem Briefe: „Bülow hat heute gut gesprochen, er läßt aber doch wieder die Zügel schleifen; vertraut seinem Glück.“ In einem Briefe vom 26. Januar 1909 berichtet der nationalliberale Führer über ein Gespräch mit Bülow: „Er will sich nun um die Finanzreform kümmern.“ Daily Telegraph-Affäre und bosnische Krisis hatten Bülows Zeit zu lange in Anspruch genommen. Ohne feste Zügelführung, ohne ständige Kontrolle und unablässiges Eingreifen des leitenden Staatsmannes waren aber die widerwillig zusammengekuppelten Pferde nicht zusammenzuhalten. Die Linke bekämpfte die in der Regierungsvorlage vorgesehene Banderolensteuer aus doktrinärer Abneigung gegen Monopole,[1]) die Rechte lehnte mit Nachdruck den Gedanken der Reichserbschaftssteuer ab, ihr Mißtrauen gegen die Blockpolitik des Kanzlers war von dem Tage an gewachsen, da sie von einer Absicht Kenntnis erhalten hatte, durch eine wenn auch gemäßigte Vorlage das Klassenwahlrecht in Preußen zu ändern. Die Nationalliberalen selbst, die Treuesten im Bunde, haben die Finanzreform auch nicht mit dem gebotenen Nachdruck gefördert. Bassermann, der sich über mangelnde Zügelführung seitens des Kanzlers beklagte, hatte die Führung in den wichtigen Kommissionsberatungen

[1]) Bülow war wie Bismarck ein Anhänger des Tabakmonopols. Vgl. Sigmund Münz, „Von Bismarck bis Bülow“, Georg Stilke, Berlin, 1912. S. 254.

seinem Fraktionskollegen Paasche überlassen. Die nationalliberale Fraktion hatte in dem neugewählten Abgeordneten Dr. August Weber (Löbau) einen begabten und rührigen Wirtschaftspolitiker gewonnen, der die Fraktion in den Finanzkommissionssitzungen vertrat. Im engen Zusammenarbeiten mit dem ihm befreundeten und beruflich nahestehenden Abgeordneten Mommsen führte er einen zähen Kampf für die Durchsetzung seiner Ansichten, namentlich auf dem Gebiete der Branntweinbesteuerung. Seine einseitige Fühlungnahme mit dem Freisinn, die jede politische Rücksicht auf den konservativen Blockgenossen vermissen ließ, führte zu einer immer stärker werdenden Spannung auf konservativer Seite, der von Bassermann zu spät begegnet wurde. Umso eifriger war das Zentrum bemüht, sich die Schwächen und Blößen der Gegner zu nutze zu machen.

Den Konservativen war bekannt, daß Bülows Stellung beim Monarchen durch die Daily Telegraph-Affäre und die damit im Zusammenhang stehenden Intriguen erschüttert war, daß der Monarch seinen Kanzler nicht unter allen Umständen auch gegen konservative Opposition halten würde. Zudem hatte Bülow ihnen im Frühjahr 1909 offen erklärt, daß er nicht gegen sie auflösen werde. Vom Standpunkt parlamentarischer Taktik wäre es gewiß klüger gewesen, das Damoklesschwert der Reichstagsauflösung über den Konservativen schweben zu lassen. Es erschien aber dem Fürsten würdiger, grade mit dieser Partei offene Karten zu spielen, er wollte ihnen gegenüber nicht diplomatisieren oder bluffen, obwohl ihm auch diese Kunst zur Verfügung stand. Als Staatsmann, der auf keine Parteifahne eingeschworen, in wesentlichen Fragen aber konservativ gerichtet war,

wollte er den Konservativen gegenüber nicht zu solchen Mitteln greifen. Er legte ihnen damals ganz offen seinen Standpunkt dar: Wenn sie die Erbschaftssteuer verwürfen, würde er nicht die Auflösung des Reichstages beantragen. Er hielte das für zu gefährlich für das Reich und insbesondere für Preußen. Er würde aber auch unter solchen Umständen nicht bleiben können: Nicht mit Rücksicht auf seine Vergangenheit und auf die von ihm nach den letzten Reichstagswahlen eingeleitete Politik und nicht im Hinblick auf die Zukunft, weil er die Verantwortung für die Folgen, welche eine solche Haltung der konservativen Partei seines Erachtens nach sich ziehen müßte, nicht mit seinem Namen decken wolle! Er hielt eine innere Entwicklung für gefährlich, bei der nur Konservative und Zentrum auf der einen Seite stünden, weil dann alle Liberalen auf die andere Seite gedrängt würden. Die Monarchie durfte nach seiner Überzeugung nicht nur auf „Ritter und Heilige“ gestellt werden. Deshalb hatte er Zolltarif und Volksschulgesetz seinerzeit nicht nur mit Konservativen und Zentrum, sondern unter Heranziehung auch der Nationalliberalen gemacht. Als sich die drei Pferde nicht mehr zusammenspannen ließen, war er zur konservativ-liberalen Gruppierung übergegangen. Er war weiter der Überzeugung und sprach das gerade konservativen Männern gegenüber offen aus, daß Preußen, um schweren inneren Erschütterungen vorzubeugen, nicht reaktionär regiert werden dürfe. Das Beamtentum bedurfte seiner Auffassung nach der Auffrischung. Die notwendige Modernisierung wollte er unter voller Wahrung der inneren Kraft und Stellung Preußens und unter weiterem vollen Schutz der Landwirtschaft durchführen. Eine Überspannung des agrarischen Standpunktes,

drohte Bülow den Parteiführern des Blocks mit seinem Rücktritt. Am 4. Dezember 1907 schreibt Bassermann an seine Gattin: „Welch ein Krach! Heute hat mich der Kanzler rufen lassen, um mir mitzuteilen, daß er zurücktreten werde, da der Block nicht funktioniert. Nun folgen Besprechungen über Besprechungen, um wenn möglich, den Riß zu heilen, die Sache ist ernst, Paasche hat meiner Auffassung nach gut gesprochen. Bethmann sagte mir, er würde dann ebenfalls abgehen. Das Zentrum freut sich ... Wenn es zur Auflösung kommt, was ich nicht glaube, dann sage ich Adieu.“ Man einigte sich darauf, daß die Parteiführer am folgenden Tage im Reichstage beruhigende Erklärungen abgeben sollten, durch welche der Sturm im Wasserglase beschwichtigt wurde. Beruhigt kann Bassermann am 5. Dezember nach Hause berichten: „Nun ist die Sache wieder eingerenkt. Es war eine dramatische Sitzung. Mir ist ein Zentner vom Herzen. Wir waren in einer heillosen Situation, und ich war mit schuld. Der Kanzler hatte sich um 12 Uhr gestern mit mir ausgesprochen und seinen Rücktritt in Aussicht gestellt, falls wir uns nicht vertrügen. Es waren ernste Stunden.“

Nach Überwindung dieser Schwierigkeiten konnte der Block praktische, fruchtbringende Arbeit leisten. Aus der parlamentarischen Tätigkeit des Blocks verdienen folgende Gesetze besondere Hervorhebung: Erledigung der Kolonialvorlagen, Milderung der Strafen für Majestätsbeleidigungen, die Börsenreform, ein Gesetz zur Vereinheitlichung des Vereins- und Versammlungsrechtes und schließlich das Gesetz zur Stärkung des Deutschtums in Westpreußen und Posen.

Bülow hat in seiner Ostmarkenpolitik wieder an die Überlieferungen Friedrichs des Großen und Bis-

marcks angeknüpft. Durch die Schwäche Caprivis gegenüber den Polen war die günstige Konjunktur auf dem Gütermarkte zu Beginn der 90iger Jahre ungenützt vorüber gegangen. Die Polen hatten Zeit gewonnen, sich zum Kampf um den Boden zu organisieren. Bülow gelang es, nach Aufschüttung des Ansiedlungsfonds im Jahre 1902, das Ansiedlungswerk in bedeutendem Umfange zu fördern. Es wurden 22000 ha im Jahre 1902, 42000 ha 1903, 33000 ha 1904, 34600 ha 1905, 29670 ha 1906 und nach der Bewilligung neuer Mittel 14000 ha 1908, 21000 ha 1909 für die Ansiedlung erworben. Der Rückgang der deutschen Bevölkerung hatte trotz des größeren polnischen Kinderreichtums aufgehört. Seitdem am Anfang des Jahrhunderts die verstärkte Siedlungspolitik unter Bülow eingesetzt hatte, nahmen die Deutschen im Verhältnis zur polnischen Bevölkerung zu. Aber der Ankauf von Gütern aus polnischem Besitz gestaltete sich immer schwieriger, da die Polen ihr Land festhielten. „Sollte das mit solchen Opfern und um den Preis schwerer Kämpfe unternommene Ansiedlungswerk nicht zur schließlichen Resultatlosigkeit verurteilt sein", führt der Kanzler in seiner „Deutschen Politik" [1]) aus, „so mußte ein Gedanke verwirklicht werden, den Bismarck schon 1886 ausgesprochen hatte und der später wieder und wieder erörtert worden ist; der Gedanke der Enteignung. Das Gesetz von 1908 gab dem Staat das Recht, Ansiedlungsland im Wege der Enteignung zu erwerben, es war die logische Konsequenz der im Jahre 1886 begonnenen Ansiedlungspolitik."

Unter dem Einfluß des Zivilkabinetts ist die praktische Anwendung des Gesetzes verhindert worden;

[1]) a. a. O., S. 282.

der Kaiſer verfügte, daß ihm jeder Enteignungsfall zur Genehmigung vorgelegt würde. Bülow ſelbſt hatte Anweiſung gegeben, daß von dem Geſetz nur in ſolchen Fällen Gebrauch gemacht werden ſollte, in denen es ſich nicht um alten Familienbeſitz handelte oder der Beſitzer dauernd im Auslande lebte.

Nach Bülows Entlaſſung wurde unter Herrn von Bethmann Hollweg ähnlich wie zu Caprivis Zeiten wieder ein polenfreundlicher Kurs eingeſchlagen. Durch dieſe Politik der Nachgiebigkeit und Schwäche iſt das Gegenteil der erhofften Wirkung erzielt worden. In dem klaſſiſch geſchriebenen Kapitel „Oſtmarkenpolitik“ ſeines Kriegsbuches hat Fürſt Bülow überzeugend dargelegt, daß nichts ſo verhängnisvoll für den Lebenskampf des Deutſchtums in der Oſtmark geworden iſt, wie das ewige Hin- und Herſchwanken unſerer Politik.

Warnend hatte er in dem 1916 erſchienenen Buche ſeine Stimme gegen die geplante Proklamation eines Königreichs Polen erhoben: „Wir dürfen jedenfalls nicht vergeſſen, daß die preußiſche Monarchie durch den Zerfall der polniſchen Republik groß geworden iſt und daß der ſchwarze Adler, — „ſchwer iſt ſein Flug — er trägt die Weltgeſchichte“ — ſtieg im Kampfe mit dem weißen Adler“ . . . „Was das deutſche Schwert mit deutſcher Kraft und deutſchem Blut für die polniſche Sache erkämpft, darf in der Folge nicht dem preußiſchen Staat und dem Deutſchtum Schaden bringen!“ Vergeblich verwies er in jener Stunde diejenigen, die es anging, noch einmal auf die denkwürdige Tatſache, daß der Gründer des Reiches allezeit ein ſelbſtſtändiges polniſches Staatsweſen für unvereinbar mit unſerem Lebensintereſſe gehalten und in einem ſelbſtändigen Polen den ge-

borenen Alliierten von Frankreich, England und jedem anderen unserer Gegner gesehen hatte.

Heute ernten wir und unsere deutschen Brüder in dem von Bethmann Hollweg proklamierten Polenreiche den Dank für die Schwäche und Gefühlsseligkeit des deutschen Michels.

Seinen eigentlichen Bewährungsnachweis hatte der Block noch zu erbringen: Durch die Erledigung der im Jahre 1908 eingebrachten Vorlage zur Reichsfinanzreform. Es galt 4-500 Millionen Mark, eine für damalige Begriffe gewaltige Summe, durch neue Steuern aufzubringen, um Fehlbeträge im Staatshaushalt zu decken. In der Vorlage der Regierung befand sich neben einem Bouquet von indirekten Steuern auch der Entwurf einer Reichserbschaftssteuer. Die Behandlung der Finanzreform, die durch eine großzügige Propaganda in der Öffentlichkeit gut vorbereitet worden war, wurde dadurch erschwert, daß der Kanzler sich infolge starker Inanspruchnahme durch anderweitige Aufgaben (bosnische Krisis, Daily Telegraph-Affaire) den Einzelheiten der Vorlage sowie ihrer parlamentarischen Behandlung nicht so eingehend widmen konnte, wie dies unter normalen Zeitläuften der Fall gewesen wäre.

Die Wirtschaftspolitik des Fürsten Bülow ist alles in allem erfolgreich und für die deutsche Wirtschaft segensreich gewesen. Man darf ohne Übertreibung sagen, daß unser Wirtschaftsleben seine hohe Blüte zu einem wesentlichen Teil den unter dem Kanzler zustandegekommenen Zolltarifen und Handelsverträgen verdankt. Ohne die Wirkung des Zolltarifs von 1902 wäre unsere Wirtschaft nicht imstande gewesen, der Blockade unserer Feinde während des Krieges so lange standzuhalten. Mit voller Berechtigung konnte

nach dem Rücktritt des Fürsten Bülow der Generaldirektor der Hamburg-Amerika-Linie, Herr Ballin, an den scheidenden Kanzler telegraphieren: Euerer Durchlaucht Kanzlerzeit hat die stärkste Entwicklung und reichste Blüte von Industrie, Handel und Verkehr gesehen, die Deutschland jemals erlebt hat. Und bis zuletzt haben Eure Durchlaucht verhindert, daß die schlimmsten Anschläge auf die Freiheit und Kraft unseres Wirtschaftslebens Gesetz geworden sind. Wenn Eure Durchlaucht nunmehr aus Ihrem hohen Amte scheiden, so finden wir darin den Beweis, daß Sie eine verkehrsfeindliche Politik, wie sie auch in den jetzt genehmigten Steuern gegen Handel und Wandel zum Ausdruck kommt, nicht führen können und wollen. Für diese Ihre Fürsorge für Deutschlands wirtschaftliche Interessen daheim und in der Welt bleiben Euerer Durchlaucht die Vertreter von Handel, Gewerbe und Industrie zu unwandelbarer Dankbarkeit verpflichtet. Zum Gedächtnis dessen werde ich der Hamburg-Amerika-Linie vorschlagen, den nächsten größeren Dampfer durch den Namen „Fürst v. Bülow" zu ehren."[1])

Auch auf dem Gebiete der Finanzpolitik hat der Fürst schließlich weiter gesehen als seine Gegner, und seine Prophezeiungen auch auf diesem Gebiet, namentlich hinsichtlich der Ablehnung der Erbschaftssteuer haben sich ja leider nur zu wörtlich erfüllt.[2]) Der Kanzler hat die großen Gesichtspunkte bei den an ihn herantretenden Wirtschaftsfragen intuitiv erkannt, seine Stärke lag aber nicht in der sachlichen Beherrschung der Einzelfragen. Für das Schicksal des Blocks war dieser Umstand insofern von verhäng-

[1]) Reden V, 229 ff.
[2]) Reden V, 205.

nisvoller Bedeutung, als der Ressortminister Sydow kein unbedingter Anhänger des Blocks war und wohl, wie Bassermann bezeugt, von vornherein die Möglichkeit ins Auge gefaßt hatte, im Bedarfsfalle das Gesetz auch mit einer anderen Mehrheit zu machen. Am 30. November 1907 klagt Bassermann in einem Briefe: „Bülow hat heute gut gesprochen, er läßt aber doch wieder die Zügel schleifen; vertraut seinem Glück.“ In einem Briefe vom 26. Januar 1909 berichtet der nationalliberale Führer über ein Gespräch mit Bülow: „Er will sich nun um die Finanzreform kümmern.“ Daily Telegraph-Affäre und bosnische Krisis hatten Bülows Zeit zu lange in Anspruch genommen. Ohne feste Zügelführung, ohne ständige Kontrolle und unablässiges Eingreifen des leitenden Staatsmannes waren aber die widerwillig zusammengekuppelten Pferde nicht zusammenzuhalten. Die Linke bekämpfte die in der Regierungsvorlage vorgesehene Banderolensteuer aus doktrinärer Abneigung gegen Monopole,[1]) die Rechte lehnte mit Nachdruck den Gedanken der Reichserbschaftssteuer ab, ihr Mißtrauen gegen die Blockpolitik des Kanzlers war von dem Tage an gewachsen, da sie von einer Absicht Kenntnis erhalten hatte, durch eine wenn auch gemäßigte Vorlage das Klassenwahlrecht in Preußen zu ändern. Die Nationalliberalen selbst, die Treuesten im Bunde, haben die Finanzreform auch nicht mit dem gebotenen Nachdruck gefördert. Bassermann, der sich über mangelnde Zügelführung seitens des Kanzlers beklagte, hatte die Führung in den wichtigen Kommissionsberatungen

[1]) Bülow war wie Bismarck ein Anhänger des Tabakmonopols. Vgl. Sigmund Münz, „Von Bismarck bis Bülow“, Georg Stilke, Berlin, 1912. S. 254.

seinem Fraktionskollegen Paasche überlassen. Die nationalliberale Fraktion hatte in dem neugewählten Abgeordneten Dr. August Weber (Löbau) einen begabten und rührigen Wirtschaftspolitiker gewonnen, der die Fraktion in den Finanzkommissionssitzungen vertrat. Im engen Zusammenarbeiten mit dem ihm befreundeten und beruflich nahestehenden Abgeordneten Mommsen führte er einen zähen Kampf für die Durchsetzung seiner Ansichten, namentlich auf dem Gebiete der Branntweinbesteuerung. Seine einseitige Fühlungnahme mit dem Freisinn, die jede politische Rücksicht auf den konservativen Blockgenossen vermissen ließ, führte zu einer immer stärker werdenden Spannung auf konservativer Seite, der von Bassermann zu spät begegnet wurde. Umso eifriger war das Zentrum bemüht, sich die Schwächen und Blößen der Gegner zu nutze zu machen.

Den Konservativen war bekannt, daß Bülows Stellung beim Monarchen durch die Daily Telegraph-Affäre und die damit im Zusammenhang stehenden Intriguen erschüttert war, daß der Monarch seinen Kanzler nicht unter allen Umständen auch gegen konservative Opposition halten würde. Zudem hatte Bülow ihnen im Frühjahr 1909 offen erklärt, daß er nicht gegen sie auflösen werde. Vom Standpunkt parlamentarischer Taktik wäre es gewiß klüger gewesen, das Damoklesschwert der Reichstagsauflösung über den Konservativen schweben zu lassen. Es erschien aber dem Fürsten würdiger, grade mit dieser Partei offene Karten zu spielen, er wollte ihnen gegenüber nicht diplomatisieren oder bluffen, obwohl ihm auch diese Kunst zur Verfügung stand. Als Staatsmann, der auf keine Parteifahne eingeschworen, in wesentlichen Fragen aber konservativ gerichtet war,

wollte er den Konservativen gegenüber nicht zu solchen Mitteln greifen. Er legte ihnen damals ganz offen seinen Standpunkt dar: Wenn sie die Erbschaftssteuer verwürfen, würde er nicht die Auflösung des Reichstages beantragen. Er hielte das für zu gefährlich für das Reich und insbesondere für Preußen. Er würde aber auch unter solchen Umständen nicht bleiben können: Nicht mit Rücksicht auf seine Vergangenheit und auf die von ihm nach den letzten Reichstagswahlen eingeleitete Politik und nicht im Hinblick auf die Zukunft, weil er die Verantwortung für die Folgen, welche eine solche Haltung der konservativen Partei seines Erachtens nach sich ziehen müßte, nicht mit seinem Namen decken wolle! Er hielt eine innere Entwicklung für gefährlich, bei der nur Konservative und Zentrum auf der einen Seite stünden, weil dann alle Liberalen auf die andere Seite gedrängt würden. Die Monarchie durfte nach seiner Überzeugung nicht nur auf „Ritter und Heilige" gestellt werden. Deshalb hatte er Zolltarif und Volksschulgesetz seinerzeit nicht nur mit Konservativen und Zentrum, sondern unter Heranziehung auch der Nationalliberalen gemacht. Als sich die drei Pferde nicht mehr zusammenspannen ließen, war er zur konservativ-liberalen Gruppierung übergegangen. Er war weiter der Überzeugung und sprach das gerade konservativen Männern gegenüber offen aus, daß Preußen, um schweren inneren Erschütterungen vorzubeugen, nicht reaktionär regiert werden dürfe. Das Beamtentum bedurfte seiner Auffassung nach der Auffrischung. Die notwendige Modernisierung wollte er unter voller Wahrung der inneren Kraft und Stellung Preußens und unter weiterem vollen Schutz der Landwirtschaft durchführen. Eine Überspannung des agrarischen Standpunktes,

namentlich in Steuerfragen, könnte indessen für die Landwirtschaft leicht zu einem Rückschlag führen. Daß der Bund der Landwirte die Erbschaftssteuer ablehnte, erschien ihm erklärlich, er warnte aber die konservative Partei davor, sich von einer Berufsvertretung ins Schlepptau nehmen zu lassen, in der naturgemäß die Extremen das große Wort führten. Noch hätten die Konservativen es in der Hand, einer unheilvollen Entwicklung der Dinge vorzubeugen. Bülow sagte ihnen ungefähr: „Geben Sie eine Erklärung im Reichstag ab, in welcher Sie meinetwegen Ihre Bedenken gegen die Erbschaftssteuer kraß hervorheben können. Verkleinern Sie, wenn Sie wollen, auch die von der Regierung gebotenen Bürgschaften für eine maßvolle Anwendung der Erbschaftssteuer, obwohl sie dem ganzen Bundesrat ausreichend erscheinen. Aber erklären Sie, daß Sie als Patrioten trotzdem bereit wären, das Opfer zu bringen und die Erbschaftssteuer anzunehmen, sofern die Liberalen 400 Millionen an indirekten Steuern übernehmen. Dann bleiben nur zwei Möglichkeiten. Entweder die Liberalen versagen: In diesem Falle und mit den Konservativen auf meiner Seite löse ich den Reichstag auf und immer wieder auf, bis die Finanzmisere beseitigt ist. Wenn sich die Konservativen dem Verdacht entziehen, als ob gerade sie keine Opfer bringen wollten, und bei dem Bedürfnis der verbündeten Regierung, endlich ihre Kassen zu füllen, haben wir dann eine gute Wahlparole und einen festen Rückhalt am Bundesrat. Ein klarer Weg liegt vor uns, den wir mit gutem Mute gehen können; oder aber, was mir wahrscheinlicher ist, die Liberalen versagen nicht. In diesem Falle kommt die Reichsfinanzreform unter Aufrechterhaltung des Blocks als nationales Werk

zustande, bei dem die Konservativen gut abgeschnitten haben. Das wird eine Stimmung und eine Lage hervorrufen, die eine zu berechtigten konservativen Grundsätzen in Widerspruch stehende Gesamtpolitik wie eine radikale Wahlrechtsreform in Preußen von vornherein ausschließen." Er verhehlte den Konservativen nicht, daß er für den Fall der Sprengung des Blocks durch Ablehnung der Erbschaftssteuer ein starkes Anschwellen der roten Flut voraussehe. Nun wisse er wohl, daß es Konservative gebe, die ein solches Anschwellen gar nicht ungern sehen würden, in der Hoffnung, daß dann vielleicht der Augenblick für eine gewaltsame Unterdrückung der Sozialdemokratie gekommen sei. Er hielt diese Auffassung für irrig. Jeder Rechtsbruch sei sehr bedenklich bei einem Volke, dem das Recht so heilig sei wie dem deutschen. Er glaubte auch nicht, daß die Sozialdemokratie mit Gewalt dauernd zu überwinden wäre. Gewiß müsse ihr, wenn sie die öffentliche Ordnung stören sollte, mit Entschlossenheit entgegengetreten werden. Aber Polizei, Säbel und Flinte reichten für ihre Bekämpfung nicht aus. Dem Präsidenten des Reichstages, Graf Udo zu Stolberg-Wernigerode, der aus der konservativen Partei hervorgegangen war, sagte Fürst Bülow damals, daß von der Entscheidung der Konservativen ein gutes Stück der zukünftigen deutschen und preußischen Geschichte abhängen würde. Am 16. Juni 1909 hielt er im Reichstag seine letzte Rede, in welcher er keinen Zweifel darüber ließ, daß er dem Kaiser sein Rücktrittsgesuch unterbreiten würde, wenn die Dinge einen Gang nehmen sollten, den er nach seiner Überzeugung für verderblich hielt und nach seiner politischen Vergangenheit nicht mitmachen konnte und wollte. Trotzdem lehnten die Konservativen im Bunde mit Zentrum

und Polen die Deszendenten- und Ehegattensteuer ab und führten damit seinen Rücktritt herbei.

Es ist dem Kanzler oftmals vorgehalten worden, daß ja keine zwingende Notwendigkeit zu einer Demission vorgelegen habe, da wir im alten Deutschen Reiche kein strengparlamentarisches Regiment hatten, das den Rücktritt des leitenden Staatsmannes notwendig macht, sobald ihn seine Mehrheit bei einer Abstimmung im Stiche läßt. In einem Leitaufsatz[1]) aus Anlaß des Rücktritts des Fürsten Bülow führten die „Hamburger Nachrichten" damals treffend aus, wie ungünstig, wie unerträglich sich die innerpolitische Lage für den Kanzler gestalten mußte, wenn er nach allem, was vorhergegangen war, bleiben wollte! „Er wäre dann auf die Unterstützung der Parteien angewiesen, die seinen Sturz gewollt haben und die, da dieser nicht erreicht worden ist, doch die unausbleibliche Schwächung des besiegten Kanzlers an Einfluß, Macht und Autorität für ihre Sonderabsichten ausbeuten könnten. Schweren Demütigungen wäre er dann ausgesetzt gewesen und immer tiefer in das Abhängigkeitsverhältnis zu denen geraten, die ihm jetzt die Niederlage zugefügt haben. Wohl scheidet Fürst Bülow als Besiegter, aber freiwillig, aus der Erkenntnis heraus, daß dem allgemeinen Wohle und dem nationalen Gedanken besser gedient werden kann, wenn jetzt ein anderer die Bürde seiner Stellung übernimmt. Er beweist damit, daß er Charakter hat, daß er Selbstkritik übt und Selbsterkenntnis besitzt, daß er nicht an seinem Amte klebt. In würdiger Haltung kann er so von der politischen Schaubühne abtreten."

---

[1]) Hamburger Nachrichten v. 13. Juli 1909, 1. Morgenausgabe.

Gegen den Radikalismus stellte der Block eine wirksame Abwehr- und Kampfformation dar. Die Roten waren bei den Wahlen von 1907 glatt halbiert worden und fanden im Reichstage am Regierungstische — solange Bülow am Ruder war — auch rednerisch ihren Meister. Die Lektüre der Reden, die Bülow zur Abwehr sozialdemokratischer Angriffe im Reichstag gehalten hat, bietet auch heute noch einen hohen Genuß. Er verfügte als Debatter über wertvolle Bundesgenossen: Humor und Satire, und wußte durch die schlagfertige Abfertigung gegnerischer Reden und Zwischenrufe die Lacher auf seine Seite zu bringen. Manches prophetische Wort hat der Kanzler den Sozialdemokraten entgegengerufen. Man lese heute nur einmal die Rede nach, die Bülow am 10. Dezember 1903[1]) gehalten hat, in der er Angriffe des Abgeordneten Bebel mit sachlicher Schärfe und überlegenem Humor widerlegte. Bülows Behandlung der Sozialdemokratie war von dem Bestreben geleitet, den Radikalen das Wasser abzugraben, um dadurch die gemäßigten Elemente zu stärken und für den Staatsgedanken zu gewinnen. Dabei hatte der Kanzler, wie uns Hammann[2]) bezeugt, für ehrliche Hitzköpfe wie Bebel volles menschliches Verständnis, „wie er überhaupt zwischen dem rein Menschlichen und dem Politischen zu unterscheiden pflegte und jenes nicht von diesem erdrücken ließ."

Bekanntlich ist es auch auf das persönliche Eingreifen des Fürsten Bülow zurückzuführen, daß einer der bedeutendsten sozialdemokratischen Theoretiker und Politiker, Eduard Bernstein, die Erlaubnis zur Rückkehr nach Deutschland erhielt.

[1]) Reden III, 16.

[2]) Hammann, Der neue Kurs, S. 18.

Durch die mit Energie und im richtigen Augenblick eingeleitete Auflösung des Reichstages wie durch die geschickte Leitung des Wahlkampfes wurde der größte Erfolg des nationalen Gedankens seit den Kartellwahlen des Jahres 1887 erfochten. Die Sozialdemokratie wurde von 81 Sitzen auf 43 zurückgedrängt. 1912 zog sie mit 110 Mandaten als die stärkste Partei in den Reichstag, der bis zum November 1918 die Geschicke des Reiches maßgebend beeinflussen sollte. Die Parteien der Rechten aber sanken von 113 Mandaten, die sie 1907 erobert hatten, auf 69 Plätze im Jahre 1912 herab, und dem Liberalismus brachten die Wahlen von 1912 die bisher schwächste Vertretung im Reichstag überhaupt! Was die Konservativen betrifft, so wird heute niemand leugnen wollen, daß Fürst Bülow leider Recht behielt, wenn er ihnen in seiner letzten Rede, die er am 16. Juni 1909 im deutschen Reichstag[1]) hielt, warnend zurief: „Ihr Unannehmbar, meine Herren, würde die Erbschaftssteuer vielleicht in diesem Augenblick zu Fall bringen, für die Zukunft aber nur neuen Erbschaftssteuern den Weg bahnen, die ohne Sie und gegen Sie kommen und den Gesichtspunkten, den Wünschen der konservativen Partei weniger Rechnung tragen werden, als die Ihnen heute vorgeschlagene Besteuerung. Die Haltung der konservativen Partei wird einen tiefen Eindruck machen auf das deutsche Volk ... Es kann dadurch einem Radikalismus der Weg geebnet werden, den zu begünstigen weder Sie noch ich vor der Nachwelt verantworten können!“

Die Blockpolitik hat auch nach dem Zerfall des Blocks noch ihre Früchte getragen. Die Linksliberale

[1]) Reden V, 205.

ralen waren endgültig für Flotten-, Heer- und Kolonialforderungen gewonnen. Auch das Zentrum hätte wohl schwerlich die Finanzreform und spätere Wehrvorlagen so glatt bewilligt, wenn es nicht aus der Auflösung von 1906 gelernt hätte. Bülow hat des öfteren betont, daß es nie seine Absicht gewesen wäre, das Zentrum dauernd auszuschalten. Eine spätere Heranziehung des Zentrums zum Block wäre schon deshalb durchaus möglich gewesen, weil der Kanzler katholische Rechte und Gefühle nie verletzt und stets gute Beziehungen zum Episkopat wie zur Kurie aufrecht erhalten hatte.

In England wechseln seit Jahrhunderten Whigs und Torys in der Regierung ab — in Deutschland liegt die Bildung einer großen rechten und linken Partei angesichts unserer politischen Zerrissenheit in weitem Felde. Wie das Reich auf föderalistischer Grundlage und unter kluger Schonung bundesstaatlicher Besonderheiten begründet wurde, so wird auch die innerpolitische Einigung des deutschen Volkes nicht auf dem Wege der Verschmelzung der bestehenden Parteien erreicht werden können — so wünschenswert diese an sich sein mag — sondern auf dem Wege der Koalition bestehender Parteigruppen. Bei der praktischen politischen Arbeit wird man vernünftigerweise auf den Erfahrungen der Vergangenheit fußen. Jede Koalition von Parteien, welche die Staatsnotwendigkeiten bejahen, wird dann, wenn auch in einer den veränderten Zeitläuften angepaßten Form, zuletzt immer wieder auf die Grundgedanken zurückkommen, welche dem Bismarck'schen Kartell wie dem Bülowblock in gleicher Weise zugrunde gelegen haben.

V.

November 1908.
(Die Daily Telegraph-Affäre.)

In den grauen Novembernebeln des Jahres 1918 brach nach mehr als vierjährigem ruhmreichen Verteidigungskampfe gegen eine Welt von Feinden das deutsche Kaiserreich im Innern zusammen.

Genau 10 Jahre früher datiert eine folgenschwere politische Krise im deutschen Verfassungsleben. Ein im Jahre 1909 erschienenes — damals viel gelesenes, heute längst vergessenes — Pamphlet nannte jene Vorgänge in sensationeller Übertreibung „die deutsche Novemberrevolution". Zwischen den Novemberereignissen des Jahres 1908 und des Jahres 1918 besteht ein tieferer psychologischer Zusammenhang als es die äußerliche Übereinstimmung der Monatsdaten und Jahreszahlen erraten läßt — allerdings in einem anderen Sinne, als er dem Verfasser[1]) jener Flugschrift vorschwebte! Die Geschichte wird die Daily Telegraph-Affaire des Jahres 1908 als eins der wichtigsten und verhängnisvollsten, aber auch psychologisch interessantesten Kapitel der innerpolitischen Entwicklung Deutschlands vor dem Kriege bezeichnen. Der Kampf, der damals für und gegen die Krone geführt wurde, ist in hohem Maße entscheidend für deren Schicksal geworden.

[1]) Rudolf Martin, Fürst Bülow und Kaiser Wilhelm II. Leipzig 1909.

Eine weitgehende Legendenbildung hat sich aus dem Bedürfnis innerpolitischer Agitation jener Novembervorgänge bemächtigt, und so verbinden sich mit der sogenannten Daily Telegraph-Affaire vielfach Vorstellungen und stehende Redensarten, die alles andere als geschichtlich wahr sind und sachlicher Prüfung nicht standhalten.

Der englische Journalist Harold Spender hatte eine Reihe von Äußerungen, die der Kaiser während eines Besuches in England bei verschiedenen Anlässen gegenüber englischen Freunden und Bekannten gemacht hatte, zu einem Interview zusammengestellt. Der englische General a. D. Stuart Wortley, Besitzer des Schlosses Highcliffe, das der Kaiser bei seinem Aufenthalt auf der Insel Wight bewohnte, hielt die Veröffentlichung anscheinend für geeignet, Wilhelm II. als den wärmsten Freund der Engländer erscheinen zu lassen, und sandte den Aufsatz an den Kaiser mit der Bitte, den Abdruck genehmigen zu wollen. Über die nun folgende Komödie der Irrungen hat Otto Hammann, der langjährige Pressechef der Reichskanzlei, in seiner Schrift „Um den Kaiser“ [1]) einen kurzen Tatsachenbericht gegeben: Danach war das Manuskript von London direkt an den Kaiser gesandt, der sich in Rominten befand. „Dem Kaiser gefiel die Zusammenstellung von Äußerungen aus seinen vorjährigen Gesprächen in England. Alles war richtig und versprach nach Ansicht des Kaisers eine günstige Wirkung in der Öffentlichkeit. Auf den Rat des Vertreters des Auswärtigen Amts am Hoflager, Gesandten von Rücker-Jenisch, ließ er sich bestimmen,

[1]) Otto Hammann, „Um den Kaiser“, Erinnerungen aus den Jahren 1906—1909. Verlag von Reimar Hobbing in Berlin 1919.

nicht sogleich die Veröffentlichung des Manuskriptes zu genehmigen, sondern vorher die Ansicht des Reichskanzlers zu hören. In dem Begleitbriefe zu der Sendung nach Norderney regte der Gesandte sorgfältige Prüfung an. Der zur Dienstleistung beim Reichskanzler befohlene Gesandte von Müller trug den Eingang vor, ohne den Inhalt der Maschinenschrift durchgelesen zu haben, und Fürst Bülow verfügte kurzerhand, das Auswärtige Amt in Berlin solle den Inhalt prüfen und berichten, „welche Zusätze, Änderungen, Weglassungen angezeigt wären!“ Im Auswärtigen Amt kam das Schriftstück an den Geheimen Legationsrat Klehmet, einen sehr gewissenhaften Beamten, der in enger, zu enger Beschränkung seines Auftrages auf etwaige tatsächliche Irrtümer den Artikel Zeile für Zeile durchlas, einige Ungenauigkeiten notierte und, weil es sich um eine geheime Kaisersache handelte, keinen Kollegen beteiligte, etwa den englischen Referenten, damals Freiherrn v. d. Busche-Haddenhausen, oder den Pressereferenten, der sich aber in den kritischen Tagen auf dem Lande befand. Darauf legte das Corpus delicti rückwärts dieselben Stationen unangefochten wieder zurück, wie es hergekommen war: Klehmet, Stellvertretender Staatssekretär,[1]) Gesandter von Müller, zur Dienstleistung in Norderney befohlen, der Kanzler, der Gesandte am Hoflager von Rücker-Jenisch, der Kaiser. Wenn nur einer der Beamten außer Klehmet in dem Manuskript geblättert hätte! Schuldig wollte keiner sein, jeder nahm an, daß die Hauptsache, die politische Zweckmäßigkeit eines solchen Artikels, schon vom Vordermann genügend geprüft sei.“

Im Oktoberheft 1920 der „Deutschen Revue“ hat G. Klehmet auf Grund von Aufzeichnungen seines

[1]) Unterstaatssekretär Stemrich.

inzwiſchen verſtorbenen Bruders, des bereits genannten Geheimen Legationsrats Klehmet, eine Darſtellung der November-Vorgänge gegeben, welche ſich insbeſondere mit der Rolle des Geheimrats Klehmet befaßt. Aus dieſer Darſtellung iſt hervorzuheben, daß nach Angabe Klehmets der engliſche Oberſt Stuart Wortley die Kaiſergeſpräche auf eigene Verantwortung hin bekanntgeben wollte, die Voranfrage in Deutſchland ſollte ſtrenges Geheimnis bleiben. Dann war es möglich, die Veröffentlichung, falls ſie nicht den Erwartungen entſprechend aufgenommen wurde, als unmaßgeblich zu behandeln oder doch Richtigſtellungen, wie ſie z. B. demnächſt die Reichstagsrede des Kanzlers brachte, mit voller Wirkung vorzunehmen. Entgegen der urſprünglichen Abſicht und gegen Klehmets Votum wurde aber der engliſche Bericht unmittelbar nach ſeinem Erſcheinen *ohne Rückfrage beim Reichskanzler, und ohne deſſen Ermächtigung noch Kenntnis* durch W. T. B. und die „Norddeutſche Allgemeine Zeitung“ in halbamtlicher Form bekanntgegeben und damit als echt anerkannt. Aus den Mitteilungen von Klehmet erfahren wir ferner, daß der mit der Schreibmaſchine geſchriebene Entwurf des Daily Telegraph-Artikels im Oktober 1908 dem Auswärtigen Amte mit folgender, von der Hand des Fürſten Bülow ſelbſt mit Blauſtift geſchriebenen Verfügung zugegangen war: „Ich bitte, den anliegenden Artikel *ſorgſam zu prüfen*, den Artikel ſodann auf gebrochenem Bogen mit Kanzleihand oder noch beſſer mit Schreibmaſchine abſchreiben und die wünſchenswerten *Korrekturen, Zuſätze und Weglaſſungen* mit derſelben Handſchrift am Rande eintragen zu laſſen. Ferner ſoll eine Abſchrift mit dem veränderten Text zurückbehalten werden. Ich bitte um ſtrengſte Geheim-

haltung und möglichſte Beſchleunigung der Sendung an mich.“ [1])

Der Sendung war nach der Angabe Klehmets ein vom Kanzler mit vielen Strichen und Zeichen verſehener, folglich von ihm geleſener Brief des Freiherrn von Rücker-Jeniſch beigefügt. In dieſem Briefe war auf die Wichtigkeit der Sache hingewieſen und zugleich mitgeteilt, daß der Kaiſer auf Veröffentlichung entſchieden beſtehe und mit der vorherigen Mitteilung an den Reichskanzler perſönlich nur bezwecke, zu etwa dem letzteren erwünſchten Abänderungen einzelner Stellen die Möglichkeit zu bieten. Ferner war darin ausdrücklich geſagt, daß der Kaiſer nicht wünſche, daß das Auswärtige Amt überhaupt mit der Sache befaßt werde. Die Veröffentlichung der aufſehenerregenden Mitteilungen über die Stellung des Kaiſers zum Burenkrieg und über die Vereitelung des ruſſiſchen Interventionsvorſchlages erſchien Klehmet unbedenklich, weil dieſe Angaben im weſentlichen bereits im Septemberheft der „Deutſchen Revue“ in dem Artikel „Eines Wiſſenden“ veröffentlicht worden waren.

Wie man ſieht, waltete die vielberufene „Tücke des Objekts“ ganz beſonders hartnäckig in dieſer verſchlungenen Begebenheit. Das Verhalten des Kanzlers in dieſer erſten Phaſe der Angelegenheit war gewiß nicht tadelfrei. War Fürſt Bülow auch damals durch Ereigniſſe der äußeren und der inneren Politik, durch die grade in ein akutes Stadium getretene bosniſche Kriſe wie durch die mühſame Vorbereitung der großen Finanzreform in hohem Grade in Anſpruch genommen; und mochte ſein Intereſſe an den häufigen ähnlichen

[1]) Die Worte „ſorgſam zu prüfen“ hatte der Kanzler dick unterſtrichen, ebenſo die Worte „Korrekturen, Zuſätze und Weglaſſungen“.

Zusendungen des Kaisers auch bis zu einem gewissen Grade abgestumpft sein, so trug er doch im letzten Ende die Verantwortung für die Kurzsichtigkeit oder Nachlässigkeit der ihm unterstellten Beamten. Er hätte dafür sorgen müssen, daß eine absolut zuverlässige und hinreichend umsichtige Persönlichkeit für ihn las und genau Bericht erstattete. Treffend hob Bassermann in seiner Rede zur Begründung der von ihm aus Anlaß der Daily Telegraph-Affäre eingebrachten Interpellation hervor, daß derartige Dinge nicht passiert wären, wenn diese Prüfung anstelle offenbar ungeeigneter Personen im Auswärtigen Amte beispielsweise tüchtigen Offizieren des deutschen Generalstabes oder Admiralstabes übertragen worden wäre. Das mangelhafte Funktionieren des Auswärtigen Amtes, bezw. das Versagen der persönlichen Umgebung des Kanzlers fiel aber letzten Endes auf diesen zurück! Der Kanzler war sich seiner Verantwortung bewußt und hat das auch in seiner Antwortrede auf die Interpellation vom 10. November 1908 im Reichstage ausdrücklich hervorgehoben:[1]) „Für den Fehler, der bei der Behandlung des Manuskripts jenes Artikels des Daily Telegraph gemacht worden ist, trage ich, wie ich schon in der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung habe sagen lassen, die ganze Verantwortung. Auch widerstrebt es meinem persönlichen Empfinden, Beamte, die ihr Leben lang ihre Pflicht getan haben, deshalb zu Sündenböcken zu stempeln, weil sie sich in einem Falle zu sehr darauf verlassen haben, daß ich meist alles selbst lese und im letzten Ende entscheide ... Als der Artikel des Daily Telegraph erschienen war, dessen verhängnisvolle

[1]) Reden III, 139 ff.

Wirkung mir nicht einen Augenblick zweifelhaft sein konnte, habe ich mein Abschiedsgesuch eingereicht. Dieser Entschluß war geboten, und er ist mir nicht schwer geworden. Der ernsteste und schwerste Entschluß, den ich in meinem politischen Leben gefaßt habe, war, dem Wunsche des Kaisers folgend, im Amte zu bleiben; ich habe mich hierzu nur entschlossen, weil ich es für ein Gebot der politischen Pflicht ansah, gerade in dieser schwierigen Zeit Seiner Majestät dem Kaiser und dem Lande weiter zu dienen. (Lebhaftes Bravo.) Wie lange mir das möglich sein wird, steht dahin."

Als der am 28. Oktober 1908 im Daily Telegraph veröffentlichte Aufsatz in Deutschland bekannt wurde, verursachte er in der öffentlichen Meinung des Landes eine gewaltige Erregung, die auch in einer bis dahin nicht erlebten scharfen Kritik an dem persönlichen Hervortreten des Kaisers zum Ausdruck kam. Die seit der Entlassung des Fürsten Bismarck, seit fast zwei Jahrzehnten, aufgespeicherte Unzufriedenheit machte sich in dem allgemeinen Entrüstungssturm Luft. Freilich lag ein gut Stück Heuchelei in dieser Haltung der öffentlichen Meinung, insofern als unser Volk dem Kaiser bei früheren ähnlichen Kundgebungen immer kritiklos zugejubelt hatte. Beispielsweise war die Entlassung Bismarcks von einem großen Teil der Presse und weiten Volkskreisen mit unverhohlener Genugtuung begrüßt worden.

Anstoß erregten insbesondere folgende vier Punkte des Daily Telegraph-Artikels, die Hammann a. a. O. aufzählt:

1. Der Kaiser habe es seinerzeit abgelehnt, die in Holland und Frankreich gefeierten Abgesandten der Buren zu empfangen.

2. Er habe, als der Burenkrieg auf der Höhe war, es ferner abgelehnt, durch Einmischung in den Krieg an der Seite Rußlands und Frankreichs England „bis in den Staub zu demütigen“, auch dem König von England von seiner ablehnenden Antwort Kenntnis gegeben.

3. In den schwarzen Wochen der britischen Waffen habe er einen Feldzugsplan ausgearbeitet und nach Prüfung durch seinen Generalstab seiner Großmutter geschickt, und dieser Plan sei dem glücklichen Plan von Lord Roberts sehr nahe gekommen, endlich

4. die machtvolle deutsche Flotte sei nötig, um in kommenden, vielleicht nicht fernen Tagen bei der Lösung der Frage des stillen Ozeans mitzusprechen. „Abgesehen von dem letzten Gedanken, der nur eine schädliche Tirade enthielt, war in jeder Angabe etwas richtiges, und doch im ganzen falsch“, bemerkt hierzu Hammann.

Es muß noch heute unbegreiflich erscheinen, daß keiner der mit der Prüfung des Inhalts beauftragten Beamten das Gefährliche dieser indiskreten und die deutsche Politik kompromittierenden Mitteilungen empfand. Die Kritik an dem Verhalten des Kaisers wurde besonders auch in rechtsstehenden Kreisen laut, die von vaterländischer Sorge um die Zukunft des Landes und der Monarchie erfüllt waren. Konservative Blätter schlugen vielfach einen sehr scharfen Ton an. Der freikonservative Politiker, Freiherr von Zedlitz, kritisierte die Umgebung des Kaisers im „Tag“ mit den Worten: „Eine treibhausartige Entwicklung höfischen Byzantinismus.“[1]) Der Gesandte Raschdau trat in einer Ver-

[1]) Mit Recht weist Hammann am angegebenen Orte darauf hin, daß sich in der Umgebung des Kaisers auch aufrechte und selbstlose Männer befanden, unter denen er u. a. den verdienten Hofmarschall August zu Eulenburg hervorhebt.

ſammlung des konſervativen Vereins in Hirſchberg gerade im Intereſſe einer ſtarken Monarchie energiſch gegen die Wiederkehr ſolcher Ereigniſſe ein und ſagte warnend ein zweites Olmütz voraus: „Machen wir uns keine Illuſionen, wir wandeln an einem Abgrund.“ Alle Miniſter waren einmütig der Anſicht, daß jetzt oder nie der Augenblick gekommen ſei, um den perſönlichen Eingriffen in die Politik ein für alle Mal ein Ende zu machen. Der damalige Staatsſekretär des Innern und Stellvertreter des Reichskanzlers, Herr von Bethmann, erwiderte dem Kanzler, der ihm gegenüber geltend machte, was ſich zu Gunſten des Kaiſers geltend machen ließ: „Vergeſſen Euer Durchlaucht doch bitte nicht, daß Sie nicht Hof-, ſondern Reichskanzler ſind.“ Dieſelbe Stimmung herrſchte im Bundesrat. Man erwog, ob die deutſchen Fürſten nicht in corpore nach Berlin kommen ſollten, um zu erklären, daß es ſo nicht weiter ginge.

Wenn man dieſe ſeitdem vielfach in Vergeſſenheit geratenen Umſtände in Betracht zieht, wird man anerkennen müſſen, daß ſich Bülow am 10. November ſeiner überaus ſchwierigen Aufgabe mit ebenſoviel Takt wie Feſtigkeit entledigte. Er nahm die ganze Verantwortung auf ſich und war andererſeits mit Erfolg beſtrebt, durch ſeine Berichtigungen die ſchädlichen inner- und außenpolitiſchen Wirkungen des Interviews abzuſchwächen und die hochgehenden Wogen der Erregung zu glätten. Gleichzeitig wußte er mit diplomatiſchen Mitteln und auf diplomatiſchem Wege die in London, Tokio und Petersburg durch die kaiſerlichen Auslaſſungen hervorgerufenen Verſtimmungen zu beruhigen.

Hatte Bülow auf der einen Seite alles vorgebracht, was man unter obwaltenden Umständen zur Entlastung des Kaisers sagen konnte, so hatte er doch auch in nicht mißzuverstehender Weise seine Absicht kundgetan, im Interesse von Krone und Reich dem allzuhäufigen Hervortreten des Monarchen ohne die ministeriellen Bekleidungsstücke vorzubeugen: „Meine Herren, die Einsicht, daß die Veröffentlichung dieser Gespräche in England die von Seiner Majestät dem Kaiser gewollte Wirkung nicht hervorrufen, in unserem Lande aber tiefe Erregung und schmerzliches Bedauern verursacht hat, wird — diese feste Überzeugung habe ich in diesen schweren Tagen gewonnen — Seine Majestät den Kaiser, dahin führen, fernerhin auch in Privatgesprächen jene Zurückhaltung zu beobachten, die im Interesse einer einheitlichen Politik und für die Autorität der Krone gleich unentbehrlich ist (Bravo! rechts). Wäre dem nicht so, so könnte weder ich, noch einer meiner Nachfolger die Verantwortung tragen." (Bravo! rechts und bei den National-Liberalen.) Am Schluß der Bülow'schen Rede vom 10. November verzeichnet der stenographische Bericht: „Lebhafter Beifall rechts. Zischen bei den Sozialdemokraten."

Der 11. November brachte eine Wiederholung von Angriffen auf das persönliche Regiment. Der Kanzler hatte eine kurze Antwortrede vorbereitet, in der ungerechte Angriffe auf die Krone abgewehrt und die Parteien zur Einigkeit und zur Treue zur Monarchie ermahnt wurden. Von vielen Seiten wurde dem Kanzler zugeredet, ein Schlußwort zu sprechen. Dietrich Hahn rief ihm warnend zu: „Es wird Ihnen gehen wie Bötticher!" Der Staatssekretär von Bötticher hatte im Frühjahr 1897 eine Rede des freisinnigen

Führers Eugen Richter im Reichstage unerwidert gelaſſen und trat bald darauf zurück (vgl. Otto Hammann a. a. O. S. 108). Andere rieten ab mit Rückſicht auf die Erfahrung, die Kiderlen gemacht hatte, deſſen Eintreten für das Auswärtige Amt ſchlecht aufgenommen und verlacht worden war; den Ausſchlag gaben — Ironie des Schickſals! — die dringenden Vorſtellungen des damaligen Staatsſekretärs von Bethmann Hollweg, der Bülow beſchwor, keine weitere Rede zu halten, um nicht den günſtigen Eindruck der Rede vom vorhergehenden Tage abzuſchwächen. Man werde ein erneutes Entſchuldigen der Daily Telegraph-Affaire im Lande als einen Umfall anſehen und vermuten, daß der Kanzler „nach Potsdam ſchiele“, daß ſeine Erklärungen ihn ſchon reuten und daß alſo auf dieſe nicht zu bauen ſei. Am 17. November nahm der Kaiſer den Vortrag Bülows entgegen. Der Reichskanzler ſchilderte die im Anſchluß an die Veröffentlichung des Daily Telegraph im deutſchen Volke hervorgetretene Stimmung und ihre Urſachen; er erläuterte ferner ſeine Haltung, die er in den Verhandlungen des Reichstages über die Interpellationen eingenommen hatte. Der Kaiſer nahm die Darlegungen des Reichskanzlers mit großem Ernſt entgegen und gab, wie es in der offiziöſen Verlautbarung hieß, ſeinen Willen dahin kund: „Unbeirrt durch die von ihm als ungerecht empfundenen Übertreibungen der öffentlichen Kritik, erblicke er ſeine vornehmſte kaiſerliche Aufgabe darin, die Stetigkeit der Politik des Reichs unter Wahrung der verfaſſungsmäßigen Verantwortlichkeit zu ſichern. Demgemäß billigte der Kaiſer die Ausführungen des Reichskanzler im Reichstage und verſicherte dem Fürſten von Bülow ſeines fortdauernden Vertrauens.“

Als der erste und niederschlagende Eindruck des plötzlichen und so heftigen Ausbruchs der deutschen öffentlichen Meinung aller Kreise, aller Parteien verflogen war, regten sich beim Kaiser andere und in ihrer Art natürliche Empfindungen. Er fühlte sich vom Kanzler im Stich gelassen, da er doch gerade in der Daily Telegraph-Affaire ganz konstitutionell gehandelt zu haben glaubte, er sah sich vor allem getäuscht in der Stimmung des deutschen Volkes, das ihm bis dahin nur immer zugejubelt hatte und jetzt zum ersten Male so offen und leidenschaftlich seine Unzufriedenheit zum Ausdruck brachte. Er sah nicht, daß die Daily Telegraph-Episode nur der äußere Anlaß zu der allgemeinen Erregung war, daß die tieferen Gründe des November-Sturms in der Besorgnis der Besten im deutschen Volke lagen, mit der Art des persönlichen Eingreifens in die Führung der Politik müßten Krone und Reich auf die Dauer Not leiden. Er begriff nicht, welchen Dienst Bülow ihm und der Dynastie dadurch geleistet hatte, daß er die verfassungsmäßige Stellung des Kaiseramtes und die Machtfülle der preußischen Krone ungeschmälert und unversehrt durch die Krise durchgebracht hatte. Es fanden sich bald genug Lakaienseelen, die den Kaiser in seiner Ansicht bestärkten, ihm die Meinung beibrachten, daß Bülow ihn „verraten“ habe. Es waren vielfach dieselben Leute, die vorher sich nicht genug tun konnten in Klagen über die „Schwäche“ gegenüber dem Kaiser. Das Schweigen Bülows am 11. November wurde zu einem planvollen Preisgeben des Kaisers verdreht. Es ist nie bekannt geworden, daß Herr v. Bethmann Hollweg solchen Auslegungen entgegengetreten wäre, was doch grade seine politische wie persönliche Anstandspflicht war. Es wurde sogar behauptet, daß Bülow

den Inhalt des Daily Telegraph-Artikels genau gekannt und die Affäre planmäßig inszeniert habe, um die Monarchie zu schwächen und sich eine Stellung zu erringen, wie sie einst im merowingischen Reiche die Hausmeier einnahmen. Hin und wieder wurde auch unterstellt, daß Bülow mit seiner Blockpolitik die Republik und ein rein parlamentarisches System einführen wolle, um selbst Präsident dieser Republik zu werden. Artikel, die derartigen Humbug verbreiteten, sollen in ausländische Blätter lanciert und diese dem Kaiser in die Hand gespielt worden sein. In ähnlicher Weise war ja auch einst Bismarck des Strebens nach Hausmeiertum, Parlamentsherrschaft und Atheismus bezichtigt worden.

Die wahren Freunde der Monarchie sind es wohl nicht gewesen, die damals dazu beitrugen, die Kluft zwischen Kaiser und Kanzler zu vertiefen. Die wirklich königstreuen Männer standen auf der Seite Bülows, sie traten gegen das persönliche Regiment auf, nicht um die Macht der Kaiserkrone zu schwächen und Parlamentsherrschaft einzuführen, sondern um im Gegenteil die Krone dem Tagesstreit und dem Meinungskampf der Parteien zu entrücken und ihr Ansehen dadurch nur umso fester im deutschen Volke zu verankern. Nachträglich ist auch die These aufgestellt worden, Bülow hätte erklären sollen, daß er den Aufsatz gelesen und gebilligt habe. Was wäre damit im Ernste erreicht worden? Hätte der so kompromittierte Kanzler auch nur einen Tag im Amte bleiben können? Und wenn Bülow seinen Abschied genommen hätte; wer würde dieser Version Glauben geschenkt haben, ganz abgesehen davon, daß der wahre Sachverhalt dann vermutlich sehr bald durch

Indiskretion bekannt geworden wäre! Wäre die Belastung für den Kaiser dann nicht eine viel stärkere gewesen? Wie man die Dinge auch drehen und wenden mag, nachdem das Unglück einmal geschehen, war die von Bülow gesuchte und gefundene Lösung von allen denkbar möglichen noch immer die beste. Voraussetzung für ihren Erfolg war allerdings, daß alle in Frage kommenden Persönlichkeiten die Verpflichtung in sich fühlten, das Mißtrauen zwischen Kaiser und Kanzler, zwischen Krone und Volk zu beseitigen, anstatt es durch Intriguen und Verleumdungen zu vertiefen.

Der ehemalige österreichisch-ungarische Außenminister Graf Czernin, der Gelegenheit hatte, den Kaiser in jener für sein Leben so wichtigen Phase aus nächster Nähe zu studieren, schildert in seinem Kriegsbuche „Im Weltkriege“ [1]) seine Eindrücke mit folgenden Worten:

„Ich hatte das Gefühl, in Wilhelm II. einen Menschen zu sehen, der mit vor Entsetzen geweiteten Augen zum ersten Male in seinem Leben die Welt so sieht, wie sie wirklich ist. Er sah am Horizont die brutale Wirklichkeit aufsteigen, die ihm wie eine häßliche Fratze erschien. Vielleicht zum ersten Male in seinem Leben fühlte er ein leises Beben unter den Füßen seines Thrones. Er hat die Lehre zu schnell vergessen. Wäre der überwältigende Eindruck, der durch mehrere Tage vorgeherrscht hat, ein nachhaltiger geblieben, vielleicht hätte es ihn dazu bewogen, aus den Wolken, in welche ihn seine Umgebung und sein

[1]) Ullstein Verlag. Berlin-Wien 1919, S. 72 ff.

Volk hinauf gehoben hatte, herunterzusteigen und wieder festen Boden unter den Füßen zu suchen.“ So viel Wahres die Beobachtungen Czernins enthalten mögen, seine Folgerungen treffen den Kern der Frage nicht: der Kaiser ist durch die November-Ereignisse nachhaltig beeindruckt worden. Er hat fortan — im großen und ganzen — konstitutionell regiert und konnte, wie Czernin selbst sagt, in den letzten Jahren seiner Regierung als ein Vorbild konstitutionellen Vorgehens gelten. Unter der Kanzlerschaft des Herrn v. Bethmann Hollweg ist nur leider der Segen nicht wirksam geworden. Der Kaiser hat, so absurd das heute klingen mag, in gewisser Beziehung während des Krieges zu konstitutionell regiert, indem er Herrn v. Bethmann oftmals wider bessere Einsicht gewähren ließ und diesen Kanzler, über dessen Unzulänglichkeit er sich klar sein mußte, gegen seine innere Überzeugung neben sich duldete. Das Selbstvertrauen des Kaisers ist durch die November-Ereignisse des Jahres 1908 erschüttert worden. Die Kabinette und das Parlament haben infolgedessen einen viel größeren Einfluß und darum auch eine viel größere Verantwortung für die Leitung der politischen Geschäfte gehabt, als die öffentliche Meinung in Deutschland und vor allem in der Welt anzunehmen geneigt ist. Es fragt sich, ob diese Faktoren selber sich ihrer Macht und ihrer Verantwortung im vollen Maße bewußt gewesen sind!

Die unglücklichste Folge der Daily Telegraph-Affaire war die Entfremdung zwischen dem Kaiser und seinem Kanzler, die geflissentlich von interessierter Seite verschärft wurde. Die Kenntnis von diesem Verhältnis blieb nicht ohne Rückwirkung auf die Haltung der Parteien, insbesondere auf Zentrum und

Konſervative und hat ſo ſchließlich indirekt zur Entlaſſung des Fürſten und damit zur Sprengung des Bülow-Blocks geführt. Mit dem Block, der durch die unpolitiſche Haltung des extremen Flügels der Konſervativen, wie durch den unbelehrbaren Doktrinarismus der Freiſinnigen ſcheiterte, wurde zugleich die wirkſamſte politiſche und parlamentariſche Schlachtordnung gegen den Umſturz zerſtört. Die Reformen, die Bülow mit Hülfe des Blocks und unter ſpäterer Zuziehung des Zentrums durchzuführen gedachte, würden nicht nur den radikalen Elementen unendlich viel Agitationsſtoff entzogen, ſondern vor allem auch zu einer politiſchen Erziehung des deutſchen Bürgertums und damit zu einer ſtärkeren Durchdringung der bürgerlichen Parteien mit Verantwortlichkeitsbewußtſein geführt haben, die dann wohl nicht ſo hülf- und wehrlos vor der Gefahr von links kapituliert hätten. Mit den ſchwankenden Mehrheiten des Herrn v. Bethmann, mit ſeinem ängſtlichen Beſtreben „über den Parteien zu ſchweben“, war ſolche Wirkung nicht zu erreichen. Ein Vergleich der Wahlerfolge im Jahre 1907 und im Jahre 1912 liefert den augenfälligen Beweis!

Mag man Bülow für einen Staatsmann oder nur für einen diplomatiſchen Routinier halten, Freund und Feind werden darin übereinſtimmen, daß kaum ein anderer Miniſter den Kaiſer ſo klug zu nehmen und deſſen ihm von Jugend auf bekannte Perſönlichkeit, wie ſie nun einmal war, mit ihren Vorzügen und Schwächen, in den Dienſt der deutſchen Politik und damit auch des Hohenzollernhauſes zu ſtellen verſtand wie er. Vor allem aber war Bülow der einzige, der nachbismarckiſchen Reichskanzler, der die Fähig-

keiten besaß, das Schiff der von ihm erfolgreich eingeleiteten deutschen Weltpolitik durch die Riffe und Untiefen der Gefahrenzone hindurchzusteuern. Die ihn stürzen halfen, drückten Herrn v. Bethmann in der Schicksalsstunde des Reiches das Steuer in die Hand.

Es führt eine Linie vom November 1908 zum November 1918!

Aus Briefen Bassermanns an seine Gattin.[1])

Aus der Zeit der Daily Telegraph-Affaire.

Reichstag, den 3. November 1908.

Den Reichskanzler hatte ich von der Tatsache der Interpellation in Kenntnis gesetzt, daraufhin Einladung auf abends 6 Uhr zu Loebell.[2]) Loebell hat mir alles erzählt. Der Kanzler hat, weil er durch Orientpolitik überlastet, das[3]) nicht gelesen, sondern sein Todesurteil ungelesen unterschrieben. (Vier haben es gelesen, zwei Gesandte, ein Unterstaatssekretär, ein Rat) und haben es unverfänglich befunden. Solche Nullen, Esel sitzen im Auswärtigen Amt. Bülow bleibt. Er will die Interpellation beantworten. Ob er dauernd bleibt, ist mir zweifelhaft. Schön ist anscheinend schon gefallen, weil er nicht verstand, das Amt zu organisieren. Dabei sind die Zeiten offenbar ernst, wie mir Loebell sagt: Casablanca, französische Note. Ausschuß wegen

---

1) Aus dem Archiv des verstorbenen Reichstagsabgeordneten Ernst Bassermann habe ich mit freundlicher Genehmigung seiner Gattin solche Briefauszüge zusammengestellt, welche auf die Novemberkrise 1908 Bezug haben. Der Wert dieser Mitteilungen, die Bassermann seiner Gewohnheit gemäß in den tagtäglichen Briefen an seine Gattin machte, beruht darin, daß sie unter dem unmittelbaren Eindruck des frischen Erlebnisses niedergeschrieben worden sind.

2) Der nachherige Staatsminister von Loebell war zu jener Zeit Chef der Reichskanzlei.

3) Zu ergänzen: Manuskript des Daily Telegraph-Aufsatzes.

Führers Eugen Richter im Reichstage unerwidert gelassen und trat bald darauf zurück (vgl. Otto Hammann a. a. O. S. 108). Andere rieten ab mit Rücksicht auf die Erfahrung, die Kiderlen gemacht hatte, dessen Eintreten für das Auswärtige Amt schlecht aufgenommen und verlacht worden war; den Ausschlag gaben — Ironie des Schicksals! — die dringenden Vorstellungen des damaligen Staatssekretärs von Bethmann Hollweg, der Bülow beschwor, keine weitere Rede zu halten, um nicht den günstigen Eindruck der Rede vom vorhergehenden Tage abzuschwächen. Man werde ein erneutes Entschuldigen der Daily Telegraph-Affaire im Lande als einen Umfall ansehen und vermuten, daß der Kanzler „nach Potsdam schiele", daß seine Erklärungen ihn schon reuten und daß also auf diese nicht zu bauen sei. Am 17. November nahm der Kaiser den Vortrag Bülows entgegen. Der Reichskanzler schilderte die im Anschluß an die Veröffentlichung des Daily Telegraph im deutschen Volke hervorgetretene Stimmung und ihre Ursachen; er erläuterte ferner seine Haltung, die er in den Verhandlungen des Reichstages über die Interpellationen eingenommen hatte. Der Kaiser nahm die Darlegungen des Reichskanzlers mit großem Ernst entgegen und gab, wie es in der offiziösen Verlautbarung hieß, seinen Willen dahin kund: „Unbeirrt durch die von ihm als ungerecht empfundenen Übertreibungen der öffentlichen Kritik, erblicke er seine vornehmste kaiserliche Aufgabe darin, die Stetigkeit der Politik des Reichs unter Wahrung der verfassungsmäßigen Verantwortlichkeit zu sichern. Demgemäß billigte der Kaiser die Ausführungen des Reichskanzler im Reichstage und versicherte dem Fürsten von Bülow seines fortdauernden Vertrauens."

Als der erste und niederschlagende Eindruck des plötzlichen und so heftigen Ausbruchs der deutschen öffentlichen Meinung aller Kreise, aller Parteien verflogen war, regten sich beim Kaiser andere und in ihrer Art natürliche Empfindungen. Er fühlte sich vom Kanzler im Stich gelassen, da er doch gerade in der Daily Telegraph-Affaire ganz konstitutionell gehandelt zu haben glaubte, er sah sich vor allem getäuscht in der Stimmung des deutschen Volkes, das ihm bis dahin nur immer zugejubelt hatte und jetzt zum ersten Male so offen und leidenschaftlich seine Unzufriedenheit zum Ausdruck brachte. Er sah nicht, daß die Daily Telegraph-Episode nur der äußere Anlaß zu der allgemeinen Erregung war, daß die tieferen Gründe des November-Sturms in der Besorgnis der Besten im deutschen Volke lagen, mit der Art des persönlichen Eingreifens in die Führung der Politik müßten Krone und Reich auf die Dauer Not leiden. Er begriff nicht, welchen Dienst Bülow ihm und der Dynastie dadurch geleistet hatte, daß er die verfassungsmäßige Stellung des Kaiseramtes und die Machtfülle der preußischen Krone ungeschmälert und unversehrt durch die Krise durchgebracht hatte. Es fanden sich bald genug Lakaienseelen, die den Kaiser in seiner Ansicht bestärkten, ihm die Meinung beibrachten, daß Bülow ihn „verraten“ habe. Es waren vielfach dieselben Leute, die vorher sich nicht genug tun konnten in Klagen über die „Schwäche“ gegenüber dem Kaiser. Das Schweigen Bülows am 11. November wurde zu einem planvollen Preisgeben des Kaisers verdreht. Es ist nie bekannt geworden, daß Herr v. Bethmann Hollweg solchen Auslegungen entgegengetreten wäre, was doch grade seine politische wie persönliche Anstandspflicht war. Es wurde sogar behauptet, daß Bülow

Triumph Bülows. Noch am letzten Dienstag waren die Minister unsicher, wie die Audienz ausfallen würde.

Reichstag, den 24. November 1908.

Stolberg erzählte mir, daß die Umgebung des Kaisers gegen Bülow hetzt. Er war darüber sehr entrüstet. Zu Reicke hat der Kaiser gesagt: „Wir zwei sind die einzigen modernen Menschen, nur nimmt man mir es übel.“ Heute ist Radbodkatastrophe. Bethmann spricht ausgezeichnet und sieht grauenvoll aus. Die Leute arbeiten sich zu Schanden.

Reichstag, den 28. November 1908.

Der Kaiser ist ernster Stimmung, aber wie ich höre, über seine Verkennung der Stimmung des deutschen Volkes. Bei den Verfassungsfragen, welche alle an eine Kommission gehen, wird ein Ministerverantwortlichkeitsgesetz und eine Änderung der Geschäftsordnung, daß bei Interpellationen Anträge gestellt werden können, herauskommen, und das werden wir mitmachen.

Reichstag, den 7. Dezember 1908.

Bei Schwabach war gestern mittag großes Fest, viel Personen aller Art . . . Harnack ließ sich mir auch vorstellen und erzählte mir vom Kaiser; er nennt ihn eine naive Natur, der Groll gegen Bülow scheint aufzusteigen, er sagt, Bülow hätte mir das früher sagen müssen. Dabei hätte er ihn hinausgeworfen, wenn Bülow früher gekommen wäre, ehe der Daily Telegraph einwirkte! Die Kronprinzessin soll auch ernste Worte mit dem Schwiegervater gesprochen

und Amerika gegen England ausgesprochen und die Amerikaner vor England gewarnt haben. Es gelang, der Veröffentlichung des Interviews mit Hale vorzubeugen.

haben. Dann sprach ich lange mit Raschdau, einem früheren Gesandten: eine entsetzliche Zeit. Holstein war wirklich der letzte, der etwas konnte. Heute ist die Luft schon wieder voller Krisengerüchte, die Mißstimmung gegen Bülow sei im Wachsen. Marschalls Aussichten seien im Steigen, ein General komme nicht in Frage.

Reichstag, den 21. Januar 1909.

Bethmann verhandelt mit mir, Finanzreform geht schlecht, keiner traut dem andern, und Sydow traut auch niemand, da er eventuell mit Zentrumsunterstützung arbeiten will. Bülows Fehlen beim Ordensfest hat keine Bedeutung, er ist dauernd dispensiert. Der Kaiser soll gestern bei der Kur miserabel ausgesehen haben.[1]) Es waren nur ca. zwanzig Abgeordnete da. Bülow habe ich nicht gesprochen; er ist unsichtbar. Der Kaiser war gestern im Reichstag, eine große Auszeichnung für Dernburg. Ob Bülow durchhält, das ist die große Frage, ob er Herr wird über die Intriguen und ob ein Nachfolger da ist.

Reichstag, den 25. Januar 1909.

Bülow macht mobil, er hat mich für heute abend geladen, es ist aber auch nötig. Die Finanzreform ist auf einem toten Punkt.

Reichstag, den 26. Januar 1909.

Gestern war ich über eine Stunde bei Bülow. Ich fand ihn in bester Stimmung. Offenbar ist zur Zeit alles in Ordnung. Der Kaiser sei in guter Stimmung, ernster als früher, lese jetzt alles, was ihm Bülow schicke. Auswärtige Politik alles gebessert.

[1]) Der Kaiser war durch die Novemberereignisse seelisch sehr nachhaltig beeindruckt worden.

Der Beſuch des Königs von England wird gut wirken. Ich habe mich ſehr gut mit ihm unterhalten. Er wird ſich nun um die Finanzreform kümmern. Die Konſervativen ſind anſcheinend führerlos. Jeder arbeitet auf eigene Fauſt. Das fördert natürlich das Zentrum, in dem die Richtung Herold im Landtag konſervativer Couleur iſt, während bei uns Erzberger befiehlt.

Reichstag, den 27. Januar 1909.

Kaiſers Geburtstag: alles feſtlich geſchmückt. Bülow geſtern im Schloß, vom Kaiſer ſehr liebenswürdig behandelt. Kriſis iſt trotz konſervativer Intrigue[1]) erledigt. (Morgen eſſe ich beim Kanzler. Friedberg hat geſtern glänzend geſprochen, hat aber nichts genützt.)

Reichstag, den 26. April 1909.

Eine Stunde bei Bülow. Vorläufig wird nicht aufgelöſt, da Hoffnung, daß die Konſervativen noch auf Erbſchaftsſteuer einſchwenken . . .

Reichstag, den 23. Juni 1909.

Nun fällt morgen die Entſcheidung über die Erbanfallſteuer in zweiter Leſung. Das Reſultat iſt zweifelhaft. Große Debatten gibt es nicht. Die Entſcheidungen fallen in der dritten Leſung. Der Kaiſer ſchwankt, ob er auflöſen ſoll. Was wird

[1]) Bezieht ſich nach Lage der Dinge augenſcheinlich auf Privatperſonen, nicht auf Geſamtpartei oder Parteileitung. Der Führer der konſervativen Partei, Herr v. Heydebrand, hat am 10. Juli 1909 dem ſcheidenden Kanzler im Reichstage namens ſeiner politiſchen Freunde ausdrücklich den Dank für ſeine „mannhafte und feſte Art“ ausgeſprochen, mit der er ſo oft für die Perſon des Kaiſers und Königs eingetreten ſei. In ähnlicher Weiſe hatten ſich auch Graf Weſtarp und andere führende Konſervative wie Graf Kaniß-Podangen, Graf Udo Stolberg, Graf Schwerin-Löwiß ausgeſprochen. —

werden? Eine traurige Rolle spielt Bethmann. Dieser weichherzige Mann, Flaumacher, will vielleicht Kanzler werden.

Reichstag, den 14. Januar 1910.

Mein Eindruck von Bethmann ist kein besserer geworden. Das ist ein Mann, der nicht über der Sache steht, sondern der kleinmütig, ohne Frische, ohne Humor und ohne jede Spur von Genialität von den Schwierigkeiten bedräut und erdrückt wird. Eine Gedankenarmut! Keine Ziele, was er einräumt, indem er sagt: „Alle großen Aufgaben fehlen“. Nur das sich ewig wiederholende Hoffen auf die . . . .[1]) der Parteien, die nicht ist und sein kann. Welch ein Kontrast gegen Bülow und seine überlegene Weltanschauung.

In welchen Händen ist dies aufstrebende Reich!

---

[1]) unleserlich.

VI.

Bülow und Baſſermann.

Die Geſchichte nennt die Namen Bismarck und Bennigſen mit Recht in einem Atem. „Wir ſind nicht immer in demſelben Geleiſe gefahren," ſchreibt der Altreichskanzler zum 70. Geburtstage Bennigſens an ſeinen „ſehr geehrten Freund", „aber unſer Ziel war das gleiche." Dankbar hat Bismarck alle Zeit die wertvollen Dienſte des großen Parlamentariers für die politiſche Einigung und innere Ausgeſtaltung des neuen Deutſchen Reiches anerkannt. Bennigſen iſt einer der Wegbereiter des eiſernen Kanzlers geweſen. Zu einer Zeit, da Bismarck von allen Seiten befeindet und angegriffen wurde, da er einſam ſein großes Werk gegen den Widerſtand der öffentlichen Meinung durchführte, hat Bennigſen in der Öffentlichkeit, in Verſammlungen, in der Preſſe und im Parlament unermüdlich aufklärend für ſeine Politik gewirkt. Die Gründung des Deutſchen Reiches iſt Bismarcks ureigenſtes Werk, aber der Begründer des Deutſchen Nationalvereins hat Steine und Hinderniſſe aus dem Weg geräumt, hat die Bahn frei gemacht für die Realpolitik des großen Staatsmannes, hat ſchon als hannoverſcher Abgeordneter für die Idee eines deutſchen Bundesſtaates mit preußiſcher Spitze geworben, und

in dem neugegründeten Deutschen Reich hat er seine Partei als nie versagende Kerntruppe im Kampf gegen reichsfeindliche Mächte in den Dienst der Bismarckschen Politik gestellt. Und auch dann noch, als sich die Beziehungen Bismarcks zur nationalliberalen Partei lockerten, hat Bennigsen, ohne sich jemals das Recht der Kritik verkümmern zu lassen, die Wege für die von ihm als notwendig erkannten Forderungen des ersten Kanzlers geebnet und selbst gegen die Angriffe der unter Lasker nach links strebenden Elemente der eigenen Partei verteidigt. Bei aller individuellen Selbständigkeit standen sich die beiden Männer innerlich und äußerlich nahe. Beide Sprossen niedersächsischer Uradelsgeschlechter, Ritter ohne Furcht und Tadel, wurden durch Neigung und seltene geniale Veranlagung vom Schicksal bestimmt, Führer des deutschen Volkes zu Einheit und Freiheit zu werden. Ging auch Fürst Bismarck von ganz anderen politischen Anschauungen aus, stand er auch zunächst den liberalen politischen und wirtschaftlichen Gedanken Bennigsens und seiner Freunde fremd gegenüber, so hat er sich doch gerade bei der inneren Ausgestaltung des Reiches zu jener klugen Vermählung konservativer und liberaler Gedanken verstehen können, weil er, wie Bennigsen, Realpolitiker war. Beide behandelten die Politik eben nicht als Doktrin, sondern als eine praktisch zu übende Kunst.

Wie Bennigsen als der parlamentarische Träger der Bismarckschen Kartellpolitik gelten darf, so kann man seinen Nachfolger Bassermann als den parlamentarischen Vertreter der Bülowschen Politik ansprechen.

Karola Baſſermann hat die mit liebevollem Einfühlen geſchriebene Lebensgeſchichte ihres Vaters „Das Lebensbild eines Parlamentariers aus Deutſchlands glücklicher Zeit“[1]) genannt. Mit gleicher Berechtigung könnte ein Biograph des Fürſten Bülow ſeiner Darſtellung den Titel geben: „Das Lebensbild eines Kanzlers aus Deutſchlands glücklicher Zeit“. In die glückliche, heute traumhaft ferne Zeit deutſchen Aufſtiegs nach der Reichsgründung hatte das Schickſal den Reichskanzler von Bülow und den Parteiführer Baſſermann an hervorragende Stellen des politiſchen Lebens der Nation berufen und ihnen hier bedeutungsvolle Aufgaben zugewieſen, bei deren Durchführung die beiden Männer nicht nur politiſch, ſondern vor allem auch menſchlich in nahe Beziehungen zu einander getreten ſind. Schon frühzeitig bildete ſich zwiſchen ihnen ein Vertrauensverhältnis heraus, das in gegenſeitiger perſönlicher Wertſchätzung und einer weitgehenden Übereinſtimmung ihrer Grundanſchauungen über zeitbewegende Fragen der Politik, Wirtſchaft und Kultur begründet war. Bülow und Baſſermann waren — in ihren Vorzügen und Schwächen — kongeniale Naturen!

Ernſt Baſſermann, Badenſer, hinausgewachſen über die lokalen Kämpfe ſeiner engeren Heimat, aber immer ein treuer Sohn des „Muſterländle“, das die Wiege konſtitutioneller Einrichtungen in Deutſchland war, liberal im beſten Sinne des Wortes, ein würdiger Repräſentant des liberalen deutſchen Bürgertums. Bülow, der Sproß eines alten niederdeutſchen Adelsgeſchlechts, durch und durch und vielleicht mindeſtens ebenſo ſehr mit dem Gefühl als mit dem Verſtande

[1]) Verlag der Druckerei Dr. Haas, Mannheim 1919.

Preuße, in vielen und großen Fragen im wesentlichen konservativ gerichtet, aber in keine Parteischablone einzuzwängen, frei von Vorurteil und Engherzigkeit! Der nationalliberale Führer, der in seiner Art ein Lebenskünstler war, trotz ernster Berufsarbeit immer Zeit und Lust fand, vom goldenen Überfluß des Schönen in der Welt zu genießen, ein feinsinniger Sammler, der gleich Bülow seine Mußestunden gerne mit geschichtlichen und kulturgeschichtlichen Studien ausfüllte, war von der vielseitigen Bildung, der unvoreingenommenen Betrachtungsweise des Fürsten und vor allem seiner in Deutschlands führenden Schichten seltenen Kunst der Menschenbehandlung bezaubert. Wie er in seinem Tagebuch den „freien und vorurteilslosen Geist" Bülows rühmt, so nennt umgekehrt der Kanzler seinen parlamentarischen Mitarbeiter in einem Briefe an einen Bekannten „einen vortrefflichen Mann, durch und durch Patriot, eine edle und ideal gerichtete Natur". Beiden gemeinsam war auch die Verehrung für Bismarck, zu dem sie als ihrem großen Vorbilde pietätvoll emporsahen. Die öffentliche Kritik hat frühzeitig auf die in die Augen fallende geistige Verwandtschaft der beiden Männer hingewiesen. In der ersten Reichstagssitzung seiner Kanzlerschaft führte sich Bülow mit einer Rede zur Lage in China ein. Für die Nationalliberalen sprach Bassermann. Eine Pressestimme sagte damals: „Die beiden Herren sind Zwillinge des Geistes, Kassengenossen des Temperaments." Und auch die Witzblätter fanden etwas Gemeinsames — den Scheitel in der Mitte des Haupthaares!

Bülow wurde sehr bald auf den nationalliberalen Führer aufmerksam. Was der Kanzler besonders an Bassermanns Reden schätzte, war die Gabe,

politiſche Tagesereigniſſe in ihrem geſchichtlichen Zuſammenhang zu begreifen und in den Rahmen der großen Politik einzuordnen. Welchen Wert Bülow auf die Mitarbeit des nationalliberalen Führers legte, zeigte ſich 1907, als Baſſermann wieder einmal genötigt war, ſich nach einem neuen Wahlkreiſe umzuſehen. Der Kanzler, der ihn im Reichstage nicht miſſen wollte, gab dem befreundeten Grafen Arnim von der Reichspartei einen Wink, auf den hin dieſer Baſſermann in ſeinem Wahlkreiſe als Nachfolger empfahl.[1]) Konſervative, Reichspartei, Nationalliberale und Freiſinnige einigten ſich auf die Kandidatur Baſſermanns, ſo daß ſich der Wahlkampf nur gegen die Sozialdemokratie wandte. Baſſermann beurteilte den „Block", wie Karola Baſſermann bezeugt, in den erſten Wochen ſeines Beſtehens ziemlich ſkeptiſch; er zweifelte, ob Konſervative, Nationalliberale und Freiſinn eine arbeitsfähige Gemeinſchaft bilden würden, wurde aber nach den erſten gemeinſamen Aktionen zuverſichtlicher. Trotz grundſätzlicher Übereinſtimmung über die große Linie ſtand er der Bülowſchen Politik keineswegs kritiklos gegenüber. Vielmehr hat Baſſermann gelegentlich durch ſeine Interpellationen, ſo beiſpielsweiſe durch jene vom 14. November 1906 (Marokko) und vom 10. November 1908 (Daily Telegraph-Affäre) die Initiative zu kritiſcher Beleuchtung der amtlichen Politik ergriffen. Aber alles in allem war er doch der entſchiedenſte und treueſte Vertreter der Bülowſchen Politik im Reichstage. Wenn es Fürſt Bülow im Zuſammenwirken mit dem Admiral v. Tirpitz gelang, die werdende Flotte mit glücklicher Hand durch die „Gefahrenzone" hindurchzuſteuern, ſo hat

[1]) Karola Baſſermann a. a. O., S. 135.

Bassermann, den ein herzliches Verhältnis auch mit Tirpitz verband, unendlich viel dazu beigetragen, den Gedanken deutscher Welt- und Seegeltung volkstümlich zu machen und den berechtigten Forderungen der Regierung im Reichstage Gehör zu verschaffen. Mit vollem Rechte hat einmal der Freisinnige Naumann bezeugt, daß Bassermann vor allem das politische Verständnis für die deutsche Macht ins deutsche Volk getragen habe.

Bülows Stellung zum Block glich insofern derjenigen Bassermanns zu seiner Partei, als beiden gegenüber den verschiedenen Strömungen und Gegensätzen innerhalb ihrer Gefolgschaft die nicht immer leichte Aufgabe der taktischen Vermittlung — und des Kompromisses oblag.

Langjährige gemeinsame Arbeit hat Bülow und Bassermann verbunden. Ungern sah der nationalliberale Führer den Kanzler scheiden. Er schätzte, wie uns seine Tochter berichtet, „die feine Geschicklichkeit und Weltklugheit des Kanzlers, der Deutschland aus mancher heiklen Situation glücklich herausgeführt hatte“ . . . „Den neuen Kanzler, Herrn von Bethmann Hollweg, der ihm als Staatssekretär des Innern längst bekannt war, sah Bassermann voll Sorge an Bülows Stelle treten. Er fürchtete seine Unerfahrenheit in der auswärtigen Politik, seinen Mangel an frischer Tatkraft, seine weltfremde Art.“

Auf die im herzlichen Tone gehaltenen Abschiedstelegramme Bassermanns erwiderte der Kanzler am 17. Juli 1909 u. a.: „. . . Ohne die treue und verständnisvolle Unterstützung der Nationalliberalen wären meiner inneren Politik die Erfolge nicht beschieden

[1]) Vergl. Karola Bassermann a. a. O., S. 143 bis 144.

gewesen, deren ich mich rückblickend erfreuen darf. Dazu rechne ich vor allem auch heute noch die Ergebnisse gemeinsamer Arbeit der konservativen und liberalen Fraktionen, die in großen nationalen Fragen für unser politisches Leben immer wieder notwendig werden wird, mögen auch zeitweilige Gegensätze sie verhindern ..."

Es soll hier nicht der alte unfruchtbare Streit erneuert werden, auf welcher Seite die größere Schuld dafür lag, daß die Mahnung des Fürsten in der Folge nicht immer beherzigt wurde, daß Konservative und Nationalliberale so oft — zum Schaden der nationalen Sache — gegeneinander gefochten haben. Aus Stresemanns Rede zum Gedächtnis des 1917 heimgegangenen Parteiführers haben wir vernommen, daß Bassermann ihm gegenüber betont hat, das Reich könne nur durch die Kräfte erhalten bleiben, die es geschaffen haben, und daß er gerade in der Kriegszeit wiederholt die Mahnung an seine Parteifreunde gerichtet hat, in nationalen Fragen die Konservativen nicht zu isolieren!

Bassermann hat auch nach dem Rücktritt des Kanzlers die Verbindung mit ihm aufrecht gehalten und hat auf Norderney in manchem Sommer Stunden anregendster Unterhaltung in Bülows schöner Villa am Meer verbracht, häufig begleitet von seiner geistvollen und anmutigen Tochter Lisbeth. Auch in Rom hat Bassermann den Fürsten gelegentlich aufgesucht. Ein reger brieflicher Gedankenaustausch hielt in der Zeit der Trennung die geistige Verbindung aufrecht.

Dieser Briefwechsel zwischen Bülow und Bassermann erscheint in doppelter Hinsicht für den

Geschichtsforscher und Politiker beachtenswert: einmal gewährt er einen Einblick in die persönlichen und politischen Beziehungen des Kanzlers zu dem nationalliberalen Parteiführer. Wer manche Reden Bassermanns aus den Jahren nach dem Abgange Bülows mit diesen Briefen aufmerksam vergleicht, wird unschwer erkennen, welchen Einfluß der politische Gedankenaustausch auf Bassermann ausgeübt hat. Die hauptsächliche Bedeutung dieses Briefwechsels liegt indessen in einer anderen Richtung.

Herr von Bethmann Hollweg hat in dem ersten Bande seiner Erinnerungen den Versuch unternommen, das Scheitern seiner Politik mit dem Hinweis auf die von ihm 1909 übernommene politische Erbschaft zu entschuldigen. In den dem ersten Kriegskanzler nahestehenden Kreisen wird geflissentlich der Gedanke verbreitet, daß die Konstellation des Weltkrieges und sein katastrophaler Ausgang das Ergebnis einer gewissermassen zwangsläufigen Auswirkung der unter dem Fürsten Bülow betriebenen Politik darstelle. Diese Geschichtsschreiber glauben übersehen zu können, daß zwischen dem Abgang des Fürsten Bülow und dem Ausbruch des Weltkrieges immerhin noch fünf lange und, wie man zugeben wird, ereignisreiche Jahre lagen und daß während dieser langen Zeit in der Führung der deutschen Politik nicht nur Bülows auch von seinen Gegnern unbestrittene taktische Geschicklichkeit fehlte, sondern daß während dieser Jahre auch eine Reihe von schwerwiegenden politischen Aktionen vor sich ging, die im schroffen Widerspruch zu den Anschauungen und Methoden des Fürsten Bülow stand. Vor allem wollen wir nicht vergessen, daß Herr von Bethmann es nie für angezeigt gehalten hat, seinen ihm an Erfahrung wie

an Kenntnis der internationalen Beziehungen und maßgebenden Persönlichkeiten weit überlegenen Vorgänger auch nur um Rat zu fragen. Es gibt in Deutschland, wie außerhalb unserer Grenzen wohl wenige, die nicht davon überzeugt wären, daß Fürst Bülow in der tragischen letzten Juliwoche 1914 wie im weiteren Verlaufe des Krieges nicht so viele und so schwere Fehler aufeinander getürmt hätte wie sein Nachfolger! Durch seine unglückliche Regie hat Herr v. Bethmann unsere Politik mit dem falschen Schein einer angeblichen Schuld beladen und es so den feindlichen Staatsmännern leicht gemacht, die Verantwortung für die Folgen des Krieges von den wahren Kriegstreibern im feindlichen Lager in pharisäerhafter Weise auf das deutsche Volk abzuschieben. Wir spielen heute durch seine Schuld die wenig beneidenswerte Rolle des Schafes im Wolfspelz. Niemand kann nachträglich feststellen, ob der Krieg auch dann unvermeidlich geblieben wäre, wenn Fürst Bülow das Staatsruder in der Hand behalten hätte. Als sicher aber darf man annehmen, daß sich die Vorbedingungen zu einem solchen Waffengang unter seinen geschickteren Händen ungleich glücklicher gestaltet hätten.

Alle nachträglich niedergelegten Betrachtungen über die Führung der Politik vor dem Kriege und während des Krieges begegnen leicht dem verständlichen Einwande, daß man klüger sei, wenn man vom Rathause komme. In dem vorliegenden Briefwechsel ist dagegen die kritische Stellungnahme des Fürsten Bülow zu wichtigen politischen Ereignissen der Zeit vor dem Kriege und während des Krieges durch datenmäßig belegte Äußerungen erhärtet. Ihre Beweiskraft wäre daher mit

ſolchem Einwande nicht zu erſchüttern und darum bilden dieſe Briefe wertvolle Urkunden zur politiſchen Geſchichte des Krieges.

Rom, den 19. Januar 1911.

Sehr verehrter Herr Baſſermann.

Ihre ſo gütigen Glückwünſche zu unſerer Silberhochzeit waren meiner Frau und mir eine Freude. Wir erwidern ſie mit herzlichen Wünſchen für Ihr und aller Ihrigen Wohlergehen. Dieſe meine Wünſche erſtrecken ſich auch auf das politiſche Gebiet, nicht nur in dankbarer Erinnerung an die Unterſtützung, die ich bei Ihnen in großen und ernſten Fragen gefunden habe, ſondern auch in aufrichtiger Wertſchätzung Ihrer Bedeutung für unſer politiſches Leben.

Der von Uhland beſungene Geiſt, zugleich ein Sänger und ein Held, würde, wenn er heute herniederſtiege, in unſerer inneren Politik wohl wieder manchen Grund zur Unzufriedenheit finden.

Meine Frau trägt mir herzliche Grüße an Sie und die Ihrigen auf. Sagen Sie dem reizendſten Doktor,[1]) den ich diesſeits und jenſeits der Alpen kenne, wie ſehr es uns freuen würde, wenn wir einmal Gelegenheit fänden, ihm unſer Winterheim, die Villa Malta, zu zeigen.

Hamburg, Hotel Atlantic, den 17. Oktober 1911.

Sehr geehrter Herr Baſſermann.

Beſten Dank für Ihre freundlichen Zeilen, die mir ein neuer Beweis Ihrer vornehmen Denkungsart und Ihrer freundlichen Geſinnung für mich ſind. Ich möchte nicht annehmen, daß Bethmann und Kiderlen klein-

[1]) Baſſermanns Tochter Eliſabeth hatte in Straßburg zum Doktor promoviert.

lichen Rankünen dienen werden, indem sie gehässige und unwahre Angriffe gegen mich unerwidert lassen, geschweige denn begünstigen. Es gibt nichts Kläglicheres, als wenn eine Regierung in schwieriger Lage ihre Verteidigung darin sucht, daß sie Fehler ihrer Vorgänger konstruiert. In den Schwierigkeiten, die ich 1897 vorfand, als ich zur Anbahnung der Weltpolitik und für den Ausbau unserer Flotte nach Berlin berufen wurde, habe ich niemals meine Vorgänger belastet, obwohl die Nichterneuerung des Rückversicherungsvertrages mit Rußland, die Krüger-Depesche und der ostasiatische Dreibund ernste Hindernisse meiner Politik bedeuteten. Im vorliegenden Falle handelt es sich um tendenziöse Verdrehungen und Erfindungen. Die Behauptung von einem Geheimvertrag über Marokko gehört in das Reich der Fabel.

Dabei möchte ich die ausdrückliche Bitte aussprechen, S. M. den Kaiser nicht in eine Debatte über auswärtige Politik, speziell über Marokko hineinzuziehen. Den Besuch in Tanger decke ich nach wie vor mit meiner Verantwortung, daher sollen auch die Folgen der in Tanger gehaltenen Rede Sr. M. nicht zur Last gelegt werden, ebenso wenig, daß wir in Algeciras nicht alles erreicht haben, was ich dort anstrebte. Die Hauptsache bleibt, daß wir in Algeciras tatsächlich dennoch mehr durchgesetzt haben, als namentlich in der ersten Zeit nach der Konferenz in Deutschland vielfach angenommen wurde. Wenn von konservativer Seite meine auswärtige Politik jetzt kritisiert werden sollte, so kann ich darauf hinweisen, daß die Konservativen bis zu meinem Rücktritt (durch den Mund von Kanitz, Richthofen usw.) meine auswärtige Politik anerkannt und unterstützt haben, und daß das Zentrum selbst nach der Reichstagsauflösung von 1906 (ich

verweise insbesondere auf die Reden von Hertling) sich mit meiner auswärtigen Politik einverstanden erklärte.

Hoffentlich sind Sie nicht allein in Berlin eingetroffen, sondern in Begleitung Ihrer lieben Tochter, die Ihnen dort zur Seite stehen und über Ihre Gesundheit wachen soll.

Montreux, Palace-Hotel, den 1. November 1911.

Sehr geehrter Herr Bassermann.

Besten Dank für Ihre freundlichen Zeilen von gestern, die mich vor meiner Weiterreise nach Rom noch in Montreux erreichten. Die Situation, wie sie 1905 nach dem (von uns herbeigeführten) Rücktritt von Delcassé lag, muß nach den damaligen Verhältnissen und Konjunkturen beurteilt werden. Bei unseren Beziehungen zur Türkei, den großen wirtschaftlichen und politischen Vorteilen, die wir aus diesen Beziehungen zogen, und den noch größeren Vorteilen, die von der Türkei für uns zu erwarten waren (Bagdadbahn usw.), bei unserer ganzen Stellung zum Islam und auch im Hinblick auf die von Sr. M. in Tanger gehaltene Rede würden wir jeden Kredit in Konstantinopel wie in der mohammedanischen Welt verloren haben, wenn wir damals mit Frankreich ein Separatabkommen auf der Basis von Gebietsabtretungen in Marokko abgeschlossen hätten. Ob die Franzosen, als sie uns auf dieses Terrain zu locken suchten, die ernstliche Absicht hatten, uns einen Teil von Marokko zu überlassen, ob sie uns wirklich wertvolle Zugeständnisse machen und ob sie uns namentlich gegenüber dem damals mit Sicherheit zu erwartenden Einspruch von England (Eduard VII. und die Torys waren in England am Ruder!) den Rücken gedeckt hätten, ist wohl sehr zweifelhaft. Aus diesen Gründen

war 1905 die internationale Regelung der Marokko-Fragen geboten. Das Abkommen von Algeciras beeinträchtigte weder unsere Beziehungen zur Türkei (die, damals geschont, sogar die bosnische Annexionskrisis von 1908/09 ganz unversehrt überstanden haben), noch unsere internationale Stellung. Letztere wurde überdies durch den Sturz von Delcassé gefestigt, der unser Prestige erhöhte, für unsere Feinde eine Lektion war, uns England gegenüber Luft machte und uns in Frankreich selbst für Jahre von einem unserer gefährlichsten Gegner befreite, der erst nach meinem Rücktritt wieder auf der Bildfläche erschien. Darüber hinaus war der Algeciras-Vertrag gegenüber allen Tunisifikationsbestrebungen in Marokko ein fester Riegel, sobald solche Bestrebungen drohten, eine Klingel, die wir jederzeit ziehen konnten. Ich glaube, daß Ihr Freund, der Reichstagsabgeordnete Arning, ebenso wie unsere kolonialen Kreise diese Bedeutung der Algeciras-Akte wiederholt anerkannt haben. Auf die Gründe, aus denen wir in Algeciras nicht alles erreicht haben, was ich anstrebte, will ich hier nicht eingehen, und ich bitte Sie, darüber in der Öffentlichkeit nichts verlauten zu lassen. Alles in allem haben wir auch so in Algeciras keine schlechten Geschäfte gemacht. Was wir jetzt erreichen, mag es nun viel oder wenig sein, verdanken wir unserem Vorgehen von 1905/06. Das Abkommen vom Frühjahr 1909 hielt sich im Rahmen des Algeciras-Vertrages. Nach meinem Rücktritt trat bei den Franzosen mehr und mehr die Tendenz hervor, sich von dem Algeciras-Abkommen zu befreien, das ihnen natürlich von Anfang an unbequem gewesen war. Ein französisches Protektorat über Marokko, d. h. also die Tunisifikation von Marokko — wäre ein vollständiges Novum und für die Franzosen

ein sehr großer politischer, wirtschaftlicher und moralischer Gewinn. Ob dem die Gegenleistungen der Franzosen an uns entsprechen, kann ich nicht beurteilen, da sie noch nicht bekannt sind.

Rom, Villa Malta, d. 17. November 1911.

Sehr verehrter Herr Bassermann!

Haben Sie besten Dank für Ihre freundlichen Zeilen, wie für die freundschaftliche, tapfere und kluge Art, mit der Sie tendenziöse und ungerechte Angriffe gegen mich zurückgewiesen haben. Sie meinen mit Recht, daß die Zerfahrenheit und Verfahrenheit der Lage deutlicher als alles beweist, welchen Fehler (um nicht mehr zu sagen) diejenigen begangen haben, die seinerzeit die Erbschaftssteuer verwarfen und dadurch meinen Rücktritt herbeiführten. Dabei möchte ich in Parantheſis einschalten, daß es irreführend ist, wenn in der „Magdeburger Zeitung“ Professor Bornhak meint, ich würde zurückgetreten sein, auch wenn ich die Reichsfinanzreform in der von mir vorgeschlagenen Form durchgebracht hätte. Wäre die Reichsfinanzreform nach meinen Vorschlägen durchgeführt worden, so hätte sich S. M. schwerlich von mir getrennt. Ich halte es für richtig, daß auf die wahre Ursache aller gegenwärtigen Schwierigkeiten, den Bruch der Konservativen mit den Nationalliberalen, hingewiesen wird. Ich halte es auch nach wie vor für richtig, daß ich für meine Person aus der Sprengung des Blocks die nötigen Konsequenzen zog. Das war auch nicht die Anerkennung eines rein parlamentarischen Systems, das wir nicht haben, sondern damit habe ich einfach als charaktervoller Mann gehandelt. Für einen Minister, und erst recht für einen Reichskanzler, darf die Parole nicht lauten: „Es geht auch so.“ Er darf

nicht heute weiß und morgen schwarz sagen, darf überhaupt nicht immer schwanken und umfallen, sondern mit seiner Überzeugung soll er stehen und fallen. Geschieht das nicht, so wird die Verwirrung immer größer werden, und es verschwindet schließlich aus unserem öffentlichen Leben das, was zum Führen und zum Führer befähigt, nämlich der Charakter.

Für Bethmann persönlich freut es mich, daß er seine geschwächte Stellung wieder befestigt hat. Eine andere Frage ist es, ob die Art und Weise, wie dies geschah, nicht in der Zukunft verhängnisvoll werden kann. Die Wahlkämpfe von 1887 und 1907 sind im Zeichen der nationalen Parole ruhmvoll durchgefochten worden. Wird das nach solchen Erklärungen vom Regierungstisch, wie wir sie jetzt hören, später noch möglich sein? Ich fürchte, es ist (ähnlich wie seinerzeit unter Caprivi mit dem Verzicht auf den Welfenfonds, dem Einlenken gegenüber den Polen, der allgemeinen Versöhnungspolitik usw.) ein momentaner Vorteil mit einem dauernden Schaden erkauft worden. Überhaupt erinnert mich Bethmann manchmal an Caprivi, in mancher vortrefflichen Eigenschaft, aber auch in gewissen Mängeln. In der auswärtigen Politik können die rührendsten Rettungsversuche ganz und halb offiziöser Federn nicht darüber weg helfen, daß der Ausgang des Marokkostreits überall als ein Triumph für Frankreich und England aufgefaßt wird, während wir nach der bosnischen Kampagne von 08/09, nach der Entfernung von Delcassé und auch nach Algeciras als die Sieger dastanden. An unserer jetzigen Niederlage würde sich nicht viel ändern, wenn wir (was ich hoffe) wenigstens noch Muni und Fernando Po zubekommen. In der Presse wird von einem bevorstehenden kolonialen Abkommen auch mit

England gesprochen. Der richtige Moment für ein solches wäre im Sommer 1909 gewesen, unmittelbar nach unserm Erfolg in der bosnischen Kampagne. Die Italiener sind nicht so deprimiert, wie dies nach den Korrespondenzen deutscher Blätter den Anschein hat. Sie hoffen mit dem Widerstand in Tripolis fertig zu werden, und sind mit Recht stolz auf die Leistungen ihrer Soldaten. Unvermeidlich ist freilich, daß Italien, einmal in Tripolis installiert, auf seine beiden dortigen Nachbarn Frankreich und England mehr Rücksicht wird nehmen müssen, als früher. Daß wir übrigens die Italiener schon vor dreißig Jahren, schon in der Bismarck'schen Zeit, auf Tripolis hingewiesen und schon Anfang der 90er Jahre ihnen in dieser Richtung Zusicherungen gemacht haben, dürfte Ihnen bekannt sein. Allerdings fragt es sich, ob die Italiener ohne unser Herausgehen aus Marokko und den Coup von Agadir ihre theoretischen Ansprüche auf Tripolis gerade jetzt in die Praxis umgesetzt haben würden.

Rom, den 6. Januar 1912.

Sehr verehrter Herr Bassermann.

Haben Sie besten Dank für Ihre freundlichen Wünsche zum Neuen Jahr, die meine Frau und ich für Ihre verehrte Frau Gemahlin und für Ihre liebe Tochter von Herzen erwidern. Mögen freundliche Sterne über Ihrem Hause leuchten. Möge Ihnen in Ihrer politischen Tätigkeit der Erfolg beschieden sein, den Ihre warme Vaterlandsliebe, Ihre auf hohe Ziele gerichtete Arbeit verdienen.

Es läßt sich leider nicht bestreiten, daß der Ausgang der jüngsten Phase der Marokkofrage als ein deutscher Mißerfolg betrachtet wird. Frankreich hat außer dem lange vergeblich erstrebten Protektorat

über das reiche und zukunftsreiche Marokko eine Verbesserung seiner europäischen Stellung und eine erhebliche Stärkung seines Selbstvertrauens erreicht, die sich schon jetzt bemerkbar machen. Daß wir infolge des englischen Quos ego unsere ursprünglichen Forderungen reduziert, uns von der Küste des Kongolandes auf das wertlose Innere zurückgezogen und auf die Abtretung des französischen Vorkaufsrechts auf den belgischen Kongo verzichtet haben, wird überall angenommen.[1]) Trotz dieses Rückzuges erscheint das Verhältnis zu England verschlechtert, wenn auch die Engländer zur Zeit aus naheliegenden Gründen (Persien. Tripolis, Türkei usw.) über den tiefer gewordenen Riß einen Schleier ziehen und uns hier und da nach den Krallen wieder das Sammetpfötchen zeigen. Viele Fragezeichen stehen auf der Schwelle dieses Jahres. Wo sind klare Ziele? Wenn wir die heutige innere Lage mit der vor fünf Jahren vergleichen, so ist es schwer, nicht bitter zu werden. Je mehr die Zeit fortschritt, umso deutlicher zeigten sich die Erfolge der vor fünf Jahren eingeleiteten Politik, wie die nachteiligen Folgen, die ihre gewaltsame Unterbrechung gezeitigt hatte. Die Blockpolitik hat erzieherisch auch auf ihre Gegner gewirkt und innerhalb der Sozialdemokratie die gemäßigte Richtung gefördert. Das sind Früchte, die blieben. Daß die Reichsfinanzreform wenigstens quantitativ zustande kam, war der durch den Block geschaffenen Konstellation zu danken. Der Schaden, den das Land durch die Sprengung des Blocks erlitt, zeigt sich freilich auch mehr und mehr. Nicht nur in der Flut,

[1]) Diese Satzwendung bezieht sich auf die damalige Drohrede von Lloyd George und den wesentlich durch diese uns abgetrotzten Marokko-Kongo-Vertrag.

die wieder auf die sozialdemokratische Ebbe gefolgt ist, sondern vor allem in viel Enttäuschung, Verstimmung, Depression und Unzufriedenheit. Ich habe, wie Sie wissen, nie das Zentrum ganz und für immer ausschalten wollen. Der Sozialismus, so weit er staatsfeindlich ist, kann nur überwunden werden, wenn an seiner Überwindung die Liberalen mitarbeiten. Das können sie aber nicht, wenn ihnen nicht ein ihrer Bedeutung entsprechender Platz eingeräumt wird.

Engländer und Franzosen haben es durch geschickte Preßmache verstanden, sich hier auf unsere Kosten Sympathien zu erwerben. Meines Erachtens ist nicht daran zu denken, daß die Italiener den Dreibund nicht erneuern sollten. Solche Schroffheiten und Plötzlichkeiten liegen nicht in der italienischen Art.

Mannheim, den 3. April 1912.[1])

Euer Durchlaucht.

Nun sind die Ferien da, aber die Osterstimmung fehlt. Die Prophezeiung Euer Durchlaucht ist erfüllt. Der Tag von Philippi ist erschienen. Im Reichstag unleidliche Zustände, Zentrum und Sozialdemokraten finden sich, die Ostmarkenzulage ist gefallen. In der Wilhelmstraße gänzliche Hilfslosigkeit und kein Glück. Alles mißlingt. Wermuth, „der beste Mann", ging, er ging, weil der Kanzler den Grundsatz: „Keine Ausgabe ohne Deckung" schon heute preisgibt und sich fürchtet vor der Erbanfallsteuer, vor Herrn von Hertling und tutti quanti. Kühn, ein total verbrauchter Mann, sein Nachfolger, da wäre es wohl besser gewesen, Herrn Erzberger oder Paasche zu

[1]) Der Abgeordnete Bassermann pflegte, wie man mir gesagt hat, nur in seltenen Fällen Kopien seiner Briefe anzufertigen, sodaß leider nur ein geringer Teil von ihnen erhalten blieb.

wählen. Ein System, das an die verantwortlichen Stellen gänzlich einflußlose Männer beruft, ist nicht haltbar. Herr von Bethmann hat gewiß einen guten Willen, aber keinerlei Widerstandsfähigkeit, und so taumelt das Staatsschiff vor dem Winde und hat seinen Kurs verloren.

Das ist alles unerfreulich und lähmt die politische Energie. In solchen Zeiten kriecht auch in den Parteien, die zwischen links und rechts gestellt sind, das Gewürm hervor. Ich habe schwere Zeiten in der Partei, werde aber durchhalten und siegen.

Wenn die nationalliberale Partei in dem Kielwasser Heydebrands und Erzbergers fährt, hat sie iede Bedeutung und jede Zukunft verloren.

Ob die Kieler Woche Änderungen in höchsten Stellen bringt, oder ob der Marasmus sich bis in den Herbst hineinzieht, wer kann es wissen.

Jedenfalls mehrt sich die Sehnsucht bei den Besten nach den Zeiten des Bülow-Blocks, und es zeigt sich immer mehr, welche Verblendung die Konservativen in das schwere Verschulden der Zerstörung dieses Blocks verstrickt hat. Heute ist die konservative Partei zur vollständigen Bedeutungslosigkeit herabgesunken, und Zentrum und Sozialdemokratie sind maßgebend.

Philippi ist da!

Indem ich Euer Durchlaucht vergnügte Ostern wünsche, verbleibe ich

mit vorzüglicher Hochachtung

Ernst Bassermann.

Rom, den 13. April 1912.

Sehr verehrter Herr Bassermann.

Haben Sie besten Dank für Ihren freundlichen Ostergruß, den meine Frau und ich mit den herzlichsten Wünschen für Sie und die lieben Ihrigen erwidern. Möge Ihnen in Ihrer Häuslichkeit und auf der Agora nur Gutes beschieden sein. Wie geht es Ihrer Tochter? Wir reden oft von ihr, die in ungewöhnlichem Maße weibliche Anmut mit männlichem Geist verbindet.

Was Sie über unsere politische Lage schreiben, klingt wenig erfreulich, stimmt leider aber mit dem überein, was ich sonst aus der Heimat höre. Daß meine Warnungen und Voraussagungen sich erfüllt haben, gereicht mir in keiner Weise zur Genugtuung. Gern würde ich als falscher Prophet gelten, wenn die Dinge im Vaterland günstiger stünden. Der Fall der Ostmarkenzulage beleuchtet die rückläufige Bewegung, in der wir uns befinden. Vor 4 Jahren ging im Reichstag der Paragraph 7 des Reichsvereinsgesetzes mit ansehnlicher Mehrheit durch! An den Vogesen sieht es offenbar nicht besser aus als an der Weichsel. Hier wie da geht die nationale Idee nicht vorwärts. Das Ausscheiden von Wermuth bedeutet eine weitere Schwächung der Regierung, zumal mancher andere Rücktritt vorausgegangen war. Wir verbrauchen viel gutes Material, der Ersatz ist meistens nicht gleichwertig, und im Gegensatz zu anderen Ländern kehren die Ausgeschiedenen nicht zurück. Solcher Raubbau ist auf die Länge bedenklich.

Mazarin pflegte, wenn ihm ein Kandidat für einen wichtigen Posten genannt wurde, zu fragen: „Est il heureux?“ Meine besten Wünsche begleiten nach wie vor den armen Bethmann auf seinem schwierigen Wege: aber ich fürchte, er hat kein Glück.

Was über die deutsch-englischen Verhandlungen verlautet, klingt nicht sehr erbaulich. Ich habe den Eindruck, daß das Verhältnis zu England sich nicht verbessert hat, obwohl die Voraussetzungen für eine solche Wendung aus persönlichen und sachlichen Ursachen zur Zeit günstig liegen. Daß in Frankreich das Selbstbewußtsein gestiegen ist und mit ihm die Revanchestimmung, zeigt jeder Blick in die französische Presse und wird mir von allen Seiten bestätigt. Die Italiener hatten sich, indem sie durch die Annexion von Tripolis alle Brücken hinter sich abbrachen, diplomatisch in eine heikle Lage gebracht, die aber von dem Lande mit Würde und Patriotismus getragen wird.

Wie schwierige Zeiten Sie in Ihrer Partei durchzumachen haben, kann ich Ihnen nachfühlen. Ich bin aber sicher, daß Sie über die Quertreibereien und die Intriguen siegen werden, die vom politischen Leben nun einmal unzertrennlich sind. Wir hoffen, daß Ihre Tochter,[1]) die für ihren Vater so viel Hingebung und Verständnis besitzt, Ihnen auch jetzt treu zur Seite steht, alles erleichtert, verschönert und erhellt.

Rom wimmelt von Fremden, darunter (zu unserer Freude) viele Landsleute. Meine Frau, die mit mir Ihnen und Ihrer Tochter herzliche Grüße sendet, teilt ihren Tag zwischen Musik und Garten. Schon in Berlin pflegte der seitdem verstorbene Tiergartendirektor Geitner — seine Büste steht in der Nähe des „Kleinen Sterns“ — zu ihr zu sagen, es sei schade, daß sie einen Reichskanzler und nicht einen Gärtner geheiratet hätte, die Gärtnerei sei ihr wahrer Beruf. Ich lese viel Geschichte und wundere mich immer

[1]) Elisabeth v. Koon, geb. Bassermann.

wieder, wie recht Hegel hat, wenn er ſagt, daß die Individuen und die Völker ſo wenig aus der Geſchichte lernen.

Norderney, den 18. Juli 1912.

Sehr verehrter Herr Baſſermann.

Ihre freundlichen Zeilen aus Düſſeldorf waren uns eine Freude. Haben Sie beſten Dank für alles, was Sie ſchreiben, und insbeſondere für die anhängliche Geſinnung, die Sie mir bewahren. Es iſt erfreulich, daß ſich ſtaatsmänniſche Gedanken bei einem verſtändigen und vorwärtsſtrebenden Volke, wie es das unſrige iſt, auch gegen Unverſtand und Böswilligkeit durchſetzen. In dieſer Richtung hat ſich bewahrheitet, was ich in einer meiner letzten Reden im Reichstag ausführte, daß politiſche Ideen ihr eigenes Daſein führen, daß ihre Berechtigung nicht immer abhängig ſei von den oft unvollkommenen Formen, in die ſie die Erſcheinung quetſcht, und daß ſie immer wieder auferſtänden. Ohne Ihre einſichtige und tätige Mitwirkung würde dieſe Auferſtehung wohl nicht ſo bald erfolgt ſein. Es gereicht mir zur Genugtuung, daß der Freiſinn in den Tagen der konſervativ-liberalen Paarung endgültig die alte Richterſche intranſigente Antiflotten-, Antimilitär- und Antikolonialpolitik ad acta gelegt hat. Das iſt ein Fortſchritt. Ich gehe noch weiter und glaube, daß ohne die an jenem entſcheidenden Wendepunkt eingeſchlagene Politik die Reichsfinanzreform nicht einmal quantitativ zuſtande gekommen wäre. Schmerzlich bleibt natürlich, daß die Niederlage, welche durch richtige Vorarbeit im Parlament, Vorgehen im rechten Moment und richtige Wahlparole 1907 der Sozialdemokratie beigebracht worden war, durch das Auseinandergehen des Blocks

nicht alle Früchte getragen hat, die sie für eine dauernde Gesundung unserer inneren Verhältnisse hätte tragen können. Auch in der Frage der allgemeinen Besitzsteuer werde ich wohl Recht behalten. In längerer, zu voller Übereinstimmung führender Unterredung setzte mir vor Jahren Ihr ausgezeichneter engerer Landsmann Buchenberger die Gründe auseinander, aus denen eine starke Anspannung der indirekten Steuerkraft ohne Beigabe einer allgemeinen Besitzsteuer unpolitisch wäre; aus der letzteren Kategorie sei aus mancherlei Ursachen für die Einzelstaaten die Erbschaftssteuer alles in allem die annehmbarste Form der Besteuerung. Das trifft wohl noch heute zu.

Ich freue mich, daß Sie die jüngsten inneren Vorgänge in Ihrer Partei als Stürme im Wasserglas bezeichnen können. Es wäre schlimm, wenn die Mittelparteien geschwächt würden und nur die Extremen von rechts und links sich gegenüberständen, was noch jedem Lande zum Unsegen gereicht hat. Einigkeit empfiehlt sich um so mehr, als Ihre Partei, wenn sie einig ist, weder von rechts noch von links als quantité négligeable behandelt werden kann.

Rom, den 30. Dezember 1912.

Sehr verehrter Herr Bassermann.

Für Ihre freundlichen Wünsche und interessanten Zeilen vom 20. d. Mts. sage ich Ihnen besten Dank. Aufrichtig erwidern meine Frau und ich Ihre guten Wünsche. Das vergangene Jahr hat Ihnen in der Politik viel Streit und Unruhe, in Ihrem Hause eine schmerzliche Trennung gebracht. Möge das neue Jahr politisch für Sie ein recht glückliches sein, Ihrem Familienkreis nur ungetrübte Freude bringen. Das ist unser herzlichster Wunsch.

Möge 1913 für unser Vaterland ein gutes Jahr werden! An einen europäischen Krieg denkt hier niemand, schon weil England jetzt einen solchen nicht will, dessen Stellung in den letzten Jahren eine überragende geworden ist, was sich ja auch äußerlich darin zeigt, daß die Regelung der orientalischen Verhältnisse, die in den 50er Jahren in Paris, Ende der 70er Jahre in Berlin vor sich ging, sich jetzt in London und unter englischem Präsidium vollzieht. Der Erdrutsch auf der Balkanhalbinsel hat unseren Gegnern den erwünschten Anlaß geboten, unser militärisches Prestige durch Verdächtigung unserer in der Türkei tätigen Instrukteure, unser diplomatisches durch Hinweis auf die durch die Bildung des Balkanbundes uns gewordene unliebsame Überraschung zu schädigen. Es liegt auf der Hand, daß die frühere Situation, wo wir in der Türkei eine wirtschaftlich nützliche, politisch gegen Rußland wie gegen die Westmächte gleich verwertbare Karte besaßen, für uns angenehmer war als die jetzige. Die Balkanstaaten, die in Europa das Erbe der Türkei antreten, fühlen sich durch demokratische Institutionen und liberale Tendenzen zu den Westmächten hingezogen, während Religion und alte Traditionen sie mit Rußland verbinden. Dazu kommt die schwierige Lage, in die unser österreichischer Bundesgenosse durch die Umwälzung im Orient gerät. Die Schicksalsfrage, die im vorigen Jahrhundert in Italien und in Deutschland an die habsburgische Monarchie herantrat, nähert sich ihr jetzt von Osten. Wird man es in Wien verstehen, die Südslawen geschickter zu behandeln, als weiland Italiener und Deutsche? Wird Österreich mit Serbien besser fertig werden, als einst mit Piemont und Preußen? Gewiß ist Pasitsch nicht Cavour noch Bismarck, Serbien nicht

Piemont oder Preußen. Aber vor 60 Jahren sah es auch nicht aus, als ob Österreich in Deutschland und in Italien die Partie verlieren würde. Die Bedeutung und unter Umständen die Gefahr von Serbien für Österreich besteht in der Anziehungskraft, die es auf die sechs bis sieben Millionen österreichisch-ungarischer Südslawen ausübt. Wird es gelingen, mit dem Divide et impera Serben und Rumänen, Bulgaren und Griechen auseinander zu halten? Ganz sicher dürfte das nicht sein, wo nicht einmal die Bildung des Balkanbundes verhindert wurde, die wegen jahrhunderfjähriger und tief gewurzelter Gegensätze noch vor kurzem als eine ganz unwahrscheinliche Sache erschien, und die doch zustande gekommen ist. Von den genannten Balkanvölkern können Serben und Rumänen auf Österreichs Kosten gewinnen, und der dritte Dreibundsgenosse, Italien, ist in der gleichen Lage. Schade, daß es nicht gelungen ist, den Status quo ante aufrecht zu erhalten, bei dem wir uns in jeder Beziehung besser standen, und der insbesondere auch für unseren österreichischen Bundesgenossen viel günstiger war. Schade auch um alle von uns auf die Türkei und auf unsere Beziehungen zu ihr verwandte Arbeit und Mühe.

Wenn die Engländer jetzt keinen Krieg wollen, so hängt das wohl nicht allein mit den Schwierigkeiten der inneren englischen Politik und auch nicht nur mit den Verhältnissen in Indien und Kanada zusammen, sondern ist wohl zum Teil auch darauf zurückzuführen, daß man in England hofft, die Gesamtsituation in der Welt werde sich noch mehr zu Gunsten Englands und seiner Freunde und zu unseren Ungunsten verschieben. Hoffentlich wird die gegenwärtige friedliche Disposition in England von uns mit Geschick und Entschlossenheit

ausgenutzt, um die Beziehungen zwischen den Entente-Genossen zu lockern und auch um unsere Stellung in der asiatischen Türkei zu sichern und auszubauen, nachdem uns in der europäischen Türkei die Felle weggeschwommen sind. Auch in Ostasien, wo uns große Zukunftsaussichten winken, müssen wir unsern Platz an der Sonne behaupten. Die bosnische Krisis von 1908/09 endigte in einer Stärkung unserer Stellung und Hebung unseres Ansehens in der Welt. Diesmal sind die Aspekte leider wenig günstig. Und doch wäre uns schon deshalb in der auswärtigen Politik wieder einmal ein Erfolg zu wünschen, weil die innere Lage wenig erfreulich ist. Die Entwicklung der Dinge in unserer Ost- wie in unserer Westmark muß Besorgnisse einflößen, es zeigt sich wieder die alte Erfahrung, daß es in Deutschland ohne entschlossene Führung nicht geht.

Berlin, den 12. Februar 1913.

Euer Durchlaucht!

sage ich meinen verbindlichsten Dank für den liebenswürdigen Brief.

Die Dinge spitzen sich nun hier zu. In logischer Folge schloß sich an Agadir Tripolis und der Balkankrieg. Für uns brachte diese Politik Minderung des Ansehens und die Militärvorlage des Jahres 1912, verbunden mit einer Flottenvorlage. Heute stehen wir vor einer neuen Militärvorlage, welche einen Jahresaufwand von mindestens 100 Millionen erfordert; dabei ist das Zentrum wegen der Jesuiten gegen den Reichskanzler erbittert und wird versuchen, ihn zur Nachgiebigkeit zu zwingen oder zu stürzen. Ob eine Nachgiebigkeit für diesen Reichskanzler ohne Einbuße des letzten noch vorhandenen Ansehens

möglich ist, erscheint mehr als zweifelhaft, zumal die Ungeschicklichkeit und Hölzernheit im Verhandeln ihren Höhepunkt erreicht hat. Daß aber das Zentrum unversöhnt und ohne Konzession die Durchführung der allgemeinen Wehrpflicht und eine allgemeine Besitzsteuer bewilligen wird, erachte ich für ebenso ausgeschlossen, als es bei der letzten Finanzreform ausgeschlossen war, das Zentrum zur Bewilligung der Erbschaftssteuer zu veranlassen. Dafür war der Haß des Zentrums wegen der Reichstagsauflösung zu groß. Ich nehme an, daß das Zentrum dem Kanzler eine reichlich verstümmelte Militärvorlage offerieren und ihn so vor die Frage der Reichstagsauflösung stellen wird. So hört man auch bereits schon da und dort in Regierungskreisen das Wort „Auflösung" aussprechen. Freilich wird ein solcher Wahlkampf recht schwierig sein, da die Wiederherstellung des alten Blocks unmöglich ist. Ein solcher Wahlkampf würde starke Regierungsnerven und den unerschütterlichen Entschluß, die Wehrvorlage durchzusetzen, erfordern. Diese Eigenschaften fehlen aber zur Zeit vollständig. Liegt die Sache aber so, dann ist die Möglichkeit eines Kanzlerwechsels nicht ausgeschlossen. Es wäre wohl eine lockende Aufgabe, die drei Dinge zu kombinieren: Wehrvorlage in großem Stil, Erbschaftssteuer und Aufhebung des Jesuitengesetzes. Diese Politik von Zentrum und Liberalen, bei der Erbschaftssteuer unterstützt durch die Sozialdemokraten gegen die Konservativen, müßte natürlich verbunden werden mit der Durchsetzung der Wahlreform in Preußen. Das sind natürlich Phantasien, an deren Verwirklichung ich nicht glaube. Dazu fehlt es an festen und klaren Zielen an maßgebender Stelle. Immerhin können die inneren Schwierig-

keiten in Deutschland so riesengroß werden, daß man sie mit dem heutigen System nicht mehr überwinden kann. Kühn ist reichlich hilflos, er arbeitet an einer Vermögenszuwachssteuer, welche unendliche Schwierigkeiten schon im Bundesrat erzeugt, und muß sich heute seine Pläne konterkarieren lassen durch Zwischenspiele des Grafen von Schwerin-Löwitz, der mit der Übertragung der Stempelsteuer auf das Reich operiert, um damit die allgemeine Besitzsteuer zu beseitigen.

Auch in der auswärtigen Politik sieht es nichts weniger als erfreulich aus. Wir werden wohl leer ausgehen, mit der angenehmen Aussicht, demnächst mit großen Schwierigkeiten in Kleinasien beglückt zu werden.

An die englischen Verhandlungen glaubt niemand recht, wenigstens, was einen Erfolg anbelangt. In Konstantinopel macht unser Botschafter türkenfreundliche Politik auf eigene Faust und stört damit die Kreise der hiesigen Zentralleitung. Es soll darüber zu erheblichen Auseinandersetzungen gekommen sein.

Die Signatur ist überall: Unklarheit und Unsicherheit, und die Zeit nach Ostern wird wohl große Stürme bringen.

Rom, den 28. Februar 1913.

Sehr verehrter Herr Bassermann!

Besten Dank für Ihre freundlichen und interessanten Zeilen vom 12. d. Mts. Es ist nicht zu bestreiten, daß die Militärvorlage das Eingeständnis einer Verschlechterung unserer Lage involviert. Auf dem Wege, der von Agadir über Tripolis zum Balkankriege führte, haben wir in zwei rasch aufeinander folgenden Krisensommern materielle Werte verloren, auch die Gesamtsituation ist prekärer geworden, und unser An-

sehen hat gelitten. Das fühlt die Nation, und darum drängt sie die Regierung, die aus Scheu vor den Schwierigkeiten der Deckungsfrage und auch wohl in der Besorgnis, nach außen als Störenfried zu erscheinen, kein besonderes Verlangen nach einer großen Militärvorlage trug, halb gegen ihren Willen dazu, die in Europa eingetretene Verschiebung der Kräfte durch umfassende militärische Verstärkungen auszugleichen.

Durch diese Verschiebung hat Österreich an Aktionsfähigkeit und damit an Wert als Bundesgenosse für uns eingebüßt. Es war verhängnisvoll, daß Wien dem Orientkrieg nicht entweder vorbeugte, was bei der unkriegerischen Natur der meisten Balkanfürsten wohl möglich gewesen wäre, oder wenigstens, bevor der Krieg ausgebrochen war, mit den Balkanvölkern zu einer klaren Verständigung kam. Unter allen Umständen mußte Österreich nach Ausbruch des Krieges den Sandschak besetzen und sich die Straße nach Saloniki sichern, die nicht nur das Tor zur Levante und ein Handelsweg von eminenter Bedeutung, sondern auch die Basis für die Vormachtstellung auf der Balkanhalbinsel ist. Nichts von allem geschah, und Österreich steht nun im Orient vor einer funditus veränderten und in pejus veränderten Situation, die durch eine schikanöse Politik gegenüber Serben und Montenegrinern nicht besser wird.

Solche unerfreuliche Entwicklung der Dinge war die Folge der unrichtigen Einschätzung der Verhältnisse auf dem Balkan. Wie Napoleon III. seine Taktik 1866 auf eine von ihm fälschlich vorausgesetzte Überlegenheit der Österreicher über Preußen basierte und erst durch Sadowa aus seinen Illusionen gerissen wurde, so beruhte die Haltung Österreichs vor dem

Balkankrieg auf der unzutreffenden Voraussetzung, die Türkei werde ihre Gegner mit Leichtigkeit niederrennen. In dieser irrigen Annahme, in der sich Wien und Berlin begegneten, wurde dem Ausbruch der Feindseligkeiten nicht energisch vorgebeugt; man ließ die Türken in dem Glauben, daß an den status quo keinesfalls gerührt werden würde, und ermutigte sie zum Kampf, bis der Kanonendonner von Kirkkilisse, Kumanowo und vor Saloniki das Verfehlte des ganzen Kalküls bloslegte und gleichzeitig zeigte, daß die Politik der Triple-Entente derjenigen der Zentralmächte ebenso überlegen gewesen war, wie die Waffen der Balkanvölker der türkischen Strategie und Organisation.

Auch die Voraussetzungen, die uns veranlaßten, 1911 aus Marokko heraus und in die Kongosümpfe hineinzugehen, haben sich nicht erfüllt. Die uns damals in Aussicht gestellte Verbesserung unserer Beziehungen zu Frankreich ist nicht eingetreten. Nach Konzessionen, Avancen und Liebenswürdigkeiten aller Art ist die Stimmung in Frankreich gegen uns gehässiger, als sie wohl je seit 1871 war. Sie zeigt sich in gewaltigen, bis dahin kaum für möglich gehaltenen militärischen Anstrengungen der Franzosen und tritt prägnant in der Entsendung von Delcassé nach St. Petersburg hervor, die, wenigstens im Ausland, im Gegensatz zu unseren abwiegelnden offiziösen Pressestimmen, als ein bedeutsames Sympton eingeschätzt wird. Die in den letzten Jahren selbstbewußter gewordene Stimmung der Franzosen wirft ihre Schatten auch auf Elsaß-Lothringen. Hoffen wir, daß wenigstens Graf Wedel[1]) dort belassen wird, der ein tüchtiger

[1]) Der spätere Fürst Wedel.

und wenn es hart auf hart käme, entschlossener Mann ist. Auch von den angeblich glänzenden Erfolgen der vorjährigen Kanzlerreise nach Baltischport, St. Petersburg und Moskau ist nicht viel übrig geblieben. Daß Rußland jetzt keinen Krieg will, ist klar, denn es ist mit seinen Rüstungen noch nicht fertig und hofft, bis sie fertig sind, Österreich mit Hilfe der Südslawen, Rumänen und vielleicht auch der Italiener noch besser einzuschnüren. Für eine deutsch-englische Verständigung liegen die Verhältnisse jetzt an und für sich günstig, da einer solchen Eduard VII. nicht mehr im Wege steht, während wir andererseits im ersten Jahrzehnt des neuen Jahrhunderts die Gefahrzone glücklich durchschritten haben, wo uns vor dem Ausbau der deutschen Flotte England ohne größeres Risiko für sich hätte angreifen können. Es kommt aber natürlich darauf an, wie die Verständigung ausfällt.

Der Gedanke, die drei pendenten Hauptfragen der inneren Politik zu kombinieren, ist staatsmännisch empfunden und könnte, von einer zielbewußten Regierung mit Entschlossenheit durchgeführt, wohl den Erfolg für sich haben. Ohne klare Ziele und festen Willen werden wir nicht aus dem Fortwurschteln herauskommen, das schon in Österreich unter seinem Erfinder Taafe keine glänzenden Früchte zeitigte und der Natur und Geschichte unseres Volkes noch weniger entspricht als derjenigen der Donaumonarchie. Materieller Wohlstand kann nicht über die Einbuße hinwegtäuschen, die bei schwächlicher Zügelführung das Land moralisch erleidet, denn der Mensch lebt nicht vom Brot allein, und tritt einmal eine ungünstige wirtschaftliche Konjunktur ein, so werden die ideellen Schäden doppelt fühlbar.

Rom, den 15. Mai 1913.

Sehr verehrter Herr Bassermann!

Ihre freundlichen Glückwünsche zu meinem Geburtstag haben uns sehr gefreut. Wir danken Ihnen herzlich für Ihr Gedenken. Wir erinnern uns gern Ihres Besuches in Rom. Sagen Sie das auch Ihrer verehrten Frau Gemahlin, und daß wir auf eine Wiederholung Ihres Besuches hoffen. Wir können noch viel schöne Ausflüge zusammen machen, denn schon Belisar schrieb an Totilas, daß von allen Städten, so viele die Sonne bescheine, Rom als die merkwürdigste gelte. Als der byzantinische Feldherr dies dem Gothenhäuptling schrieb, leitete er die Verteidigung Roms von jener Höhe des Pincio, wo jetzt die Villa Malta steht.

Es ist eine Freude, zu sehen, wie entschlossen die Stimmung des deutschen Volkes für das Prinzip der Militärvorlage ist, und ich hoffe, daß sie glatt durchgehen wird. In der Deckungsfrage haben Sie die Gewißheit, daß nichts gegen Sie und etwas Vernünftiges nur mit Ihnen gemacht werden kann. Hier kommt es wohl darauf an, alte Grundsätze und eine gesunde Weiterentwicklung nicht Augenblickserwägungen zu opfern.

Meine Überzeugung, daß der europäische Friede diesmal nicht ernstlich gefährdet war, hat sich als richtig herausgestellt. Es fragt sich sogar, ob wir unsere Friedensliebe nicht zu oft betont haben. Da Rußland und England jetzt keinen Krieg wollen, standen die Chancen für die Aufrechterhaltung des Friedens von Anfang an wie 9 : 1. Die Franzosen haben wir freilich weder durch Agadir erschreckt noch durch die Preisgabe von Marokko gewonnen. Sie sind uns nicht einmal dankbar dafür, daß wir ihnen

die Kongosümpfe abnahmen, und betrachten den Ausgang des Balkankrieges als eine militärische und diplomatische Blamage für uns. Hinsichtlich Baltischport und der Kanzlerreise nach Petersburg und Moskau hatte sich Kiderlen nie großen Hoffnungen hingegeben und damit Recht behalten. Das Kanzlerwort von dem Gegensatz zwischen Germanen- und Slawentum hat, obwohl es nachträglich zurückgenommen oder wenigstens erläutert wurde, in Rußland und auch in Österreich nicht günstig gewirkt. In Wien ist die Stimmung flau, schlechte wirtschaftliche Verhältnisse, fast eine Milliarde in Rüstungen ohne realen Erfolg verpulvert, steigender Wirrwarr im Innern, auch eine gewisse Gereiztheit gegen uns, weil wir Österreich nicht richtig orientiert hätten. Statt solchen Erwägungen nachzuhängen, sollten die Österreicher lieber ihre Rüstungen verstärken, damit wir mehr von ihnen haben. Daß England jetzt, wo wir zu See verteidigungsfähig geworden sind, und König Eduard nicht mehr regiert, leichter zu behandeln ist, unterliegt keinem Zweifel. Es kommt darauf an, daß wir eine substantiierte Verständigung mit England bekommen, für die vielerlei Möglichkeiten vorliegen. Daß die Engländer für die griechischen Wünsche hinsichtlich der Sporaden eintreten, hängt auch damit zusammen, daß sie auf die Türkei weniger Rücksicht nehmen, seitdem der Vizekönig von Indien die Ansicht vertritt, England könne sich auf die dortigen Mohammedaner unter allen Umständen verlassen, da der schärfer gewordene Gegensatz zu den Hindus die indischen Muselmänner unter allen Umständen an England kette. Wenn es England trotzdem fertig bekommt, einerseits als Beschützer der Balkanvölker dazustehen und anderseits die Türkei zur Anerkennung seiner Vorrechte am

Persischen Golf zu bewegen, so ist das ein glänzender Beweis für die Geschicklichkeit der englischen Diplomatie. Natürlich würden Bagdadbahn und Mesopotamien ohne Ausgang zum Mittelmeer und zum Persischen Golf an Wert für uns verlieren. Die Italiener sehen der weiteren Entwicklung der Dinge mit Ruhe entgegen, nicht, als ob sie an die Lebensfähigkeit von Albanien glaubten, sondern, weil sie überzeugt sind, daß, so lange dies problematische Staatswesen existiert, ihr dortiger Einfluß dem österreichischen überlegen sein wird, und daß sie auch bei den Balkanvölkern immer leichter Anschluß finden werden als die habsburgische Monarchie. Es wird angenommen, daß Giolitti bei den Wahlen trotz Erweiterung des Wahlrechts eine Mehrheit finden wird. Der Balkan macht ihm keine Schwierigkeiten, und die Sozialisten hat er zum größeren Teil zu sich und zur Monarchie herübergezogen, zum kleineren zur Bedeutungslosigkeit herabgedrückt.

Berlin, den 19. März 1914.

Euer Durchlaucht.

Schwerfällig und unlustig schleppen sich die Verhandlungen des Reichstags hin. Heute steht fest, daß der Militäretat nicht einmal in der Budgetkommission vor Ostern zur Verhandlung kommt. Das war noch nicht da.

Eine Planlosigkeit sondergleichen ist Signatura. Jede Woche wird ein neues Gesetz vorgelegt, wir zählen heute 28 Kommissionen, das hat die Folge, daß in dieser Hypertrophie alles erstickt. Jedes Ressort arbeitet auf eigene Faust, und der letzte Rest des Einflusses der Regierung auf die Parteien und die innere Politik ist geschwunden. Das hängt zum Teil auch damit zusammen, daß Undankbarkeit ein

Charakteristikum des Kanzlers ist, daß er Mitarbeiter nur kennt, wenn irgend eine parlamentarische Situation ihm Unbequemlichkeit macht oder gar seine Stellung bedroht; dann heißt es: „Samiel hilf!“ Ist nun durch das Parlament dem ungeschickten Reiter über Graben und Hecken geholfen, dann heißt es: „Grüß mich nicht Unter den Linden, denn Dein Gruß könnte mich bei den Triariern und der Hofgesellschaft kompromittieren!“ „Sich halten“ ist das oberste Ziel Bethmannscher Politik. Das rächt sich natürlich und bringt diese dumpfe Mißstimmung aller Kreise, einschließlich der Konservativen.

Jüngst frug mich der Chef des Marinekabinetts, wie lange sich Bethmann wohl noch halten könne; so unsicher faßt die Umgebung des Kaisers die Lage auf. Der Schwerpunkt liegt wohl in der Nachfolge. Die Abneigung des Kaisers gegen Änderungen hält Bethmann im Amt.

Ob der Kaiser sich entschließen könnte, seinen bewährten Ratgeber zurückzurufen, ob, wenn dazu der Entschluß fehlt, die Abneigung gegen Tirpitz überwunden wird? Wer kann es wissen?

Erzberger ist, seitdem Hertling, Schädler, Fritzen ausgeschieden, Spahn einflußlos geworden und Gröber seinen schwäbischen Schild über den Landsmann hält, Beherrscher der Lage. Wenn er nicht will, stehen ihm Zentrum nebst Affiliierten und Sozialdemokraten mit beinahe zwei Dritteln des Reichstags zur Verfügung, und da er über alles, kraft tausend Zuträgern, bis in die intimsten Einzelheiten orientiert ist, schreckt er die Geheimen Räte. Das ist die Folge Heydebrandtscher Politik.

In der auswärtigen Politik wirkt französische Hetzarbeit auf der ganzen Linie. Bethmanns russische

Versöhnungspolitik ist total gescheitert. Die „Kölnische“ hat die Wahrheit gesagt. Die schönen Tage von Potsdam und Baltischport sind vorüber, und rauher Ostwind bläst über die Grenze.

Auf England steht unsere Hoffnung! Ob sie nicht auch zuschanden wird? Das Kleinasienabkommen bringt Enttäuschungen. Über Angola wird mit Portugal direkt über unsere wirtschaftliche Expansion verhandelt.

Es ist davon die Rede, daß Jagow für Schön nach Paris, Wedel für Tschirschky nach Wien gehe. Tatsache ist, daß Zimmermann nach Tokio geht und Busche an seine Stelle tritt.

Mit Grausen erwartet man etwaige Kündigung von Handelsverträgen. Wie schwer fiel es Euer Durchlaucht, gute Handelsbeziehungen zustande zu bringen; heute fehlt die geschickte Hand, um die Fäden zum kunstvollen Gewebe zusammenzufügen.

Ein melancholisches Bild, ich glaube aber nicht, daß ich zu schwarz male.

Dazu die Statthalter-Tragikomödie!

Rom, den 14. April 1914.

Verehrter Herr Bassermann.

Ihre freundlichen und mir sehr interessanten Zeilen vom 19. März, für die ich Ihnen bestens danke, gaben mir ein trübes Bild von Stimmung und Lage in der lieben Heimat. Leider kann ich nicht leugnen, daß das, was ich hier von Landsleuten aus allen Teilen des Vaterlandes und jeder politischen Richtung höre, Ihre Schilderungen bestätigt. In einer solchen allgemein dumpfen Mißstimmung liegt eine Gefahr. Daß diese Mißstimmung öffentlich nicht mehr zum Ausdruck kommt, ist ein Beweis der (in Zeiten des Niederganges nicht selten beobachteten) politischen

Teilnahmslosigkeit wie auch der Geschicklichkeit des Preßbüros. Die Geschichte lehrt aber, daß das Erwachen aus solchen Zuständen gewöhnlich kein angenehmes ist. Wenn die Zügel am Boden schleifen, pflegt auch bei langsamer Fahrt der Wagen schließlich irgendwo anzufahren, nicht zur Freude der Insassen, die zu spät die Situation erkennen.

John Bright hat einmal in den 60er Jahren sein politisches Programm in die Worte zusammengefaßt: „The less government, the better." Für Deutschland trifft das aber nicht zu. Die Verschlechterung unserer Beziehungen zu Rußland wird natürlich hier wie überall beobachtet. Die groben russischen Unfreundlichkeiten machen um so stärkeren Eindruck, als sie auf deutsche Schalmeienklänge folgten, mit denen die Besuche von Kokowzow und Sasonow, die Kanzlerfahrt nach Baltischport, Petersburg und Moskau und das (sogenannte) Potsdamer Abkommen bei uns begrüßt wurden. Quo promessa cadunt et somnia Pythgoraea! Für die nächste Zeit ist wohl deshalb nichts zu befürchten, weil Rußland mit seinen Rüstungen noch nicht fertig ist. Es hieße aber Politik treiben, welche vom Vogel Strauß ihren Namen hat, wenn wir die Augen vor den Gefahren schließen wollten, mit denen uns diese kolossalen russischen Rüstungen in der Zukunft bedrohen. Auch gibt es doch eine Grenze, wo wir auf wiederholte Fußtritte reagieren müssen. Haben uns die Russen etwa die Mission Liman Sanders übel genommen? Diese mit etwas viel Tam-Tam inszenierte Mission scheint aber für uns ein Fiasko zu werden.

Alle Konzessionen, die wir im Marokko-Kongo-Abkommen den Franzosen machten, hatten nur den Erfolg, die französische Stimmung uns gegenüber zu

verschlechtern. Daß Rußland aus dem ihm günstigen Umschwung auf dem Balkan — Verkrüppelung der Türkei, Lahmlegung von Bulgarien, Entfremdung zwischen Österreich und Rumänien, Stärkung von Serbien — große Vorteile zieht, stimmt es uns gegenüber übermütiger, als es je gewesen ist. Hoffentlich sind die Nachrichten übertrieben, die französische Blätter über das französisch-türkische Abkommen bringen. Wenn Frankreich wirklich im Norden und Osten von Kleinasien solche Konzessionen erhält und gleichzeitig seinen Einfluß in Syrien befestigt, bleibt von unserem lange Jahre mit Konsequenz und schönen Aussichten verfolgten Bagdadbahn-Unternehmen, namentlich, wenn England diesem auch noch den Kopf abbeißt, nicht viel übrig. Es hieß freilich schon seit einiger Zeit, daß unsere frühere große Stellung in Konstantinopel auf die Franzosen übergehe.

Mögen wir wenigstens mit England gut abschneiden. Hier liegt die Situation für uns so leicht, daß wir diese Hoffnung nicht aufgeben wollen. Die in das Stadium höchsten Ernstes getretene Irenfrage, die wachsende Unbotmäßigkeit in Indien, Schwierigkeiten in und mit Amerika, die in England aufdämmernde Erkenntnis, daß sich dieses mit seiner Feindschaft gegen Deutschland in das eigene Fleisch schneidet, und die Tatsache, daß wir zur See verteidigungsfähig geworden sind, machen unsere Lage gegenüber Albion jetzt so günstig, wie sie kaum je war, es erscheint schwer denkbar, daß wir daraus nicht Nutzen ziehen sollten.

Hoffentlich wird die Straßburger Statthalterfrage endlich erledigt. Daß sie so lange pendent blieb (und das nach Zabern), fördert nicht unser Prestige. Die in Straßburg zu lösende Aufgabe ist eine schwere. Nachdem Elsaß-Lothringen Zugeständnisse gemacht

worden sind, wie dies mit der Verleihung der Verfassung der Fall war, läßt sich in der alten Weise der beiden Hohenlohe nicht mehr regieren. Um unter den jetzigen Verhältnissen und bei der jenseits der Vogesen eingetretenen Renaissance der Revanchestimmung eine wirkliche und dauernde Besserung der Lage in Elsaß-Lothringen zu erreichen, bedarf es dort einer festen und geschickten Hand.

Wir haben einen guten Winter verlebt, freuen uns aber auf den Sommer im Vaterland, den meine Frau benutzen wird, um unser neues Heim an der Unterelbe einzurichten. Wir wollen deshalb aber Norderney doch nicht untreu werden, wo wir hoffentlich die Freude haben werden, Sie wiederzusehen.

Berlin, Hotel Adlon, den 10. Dezember 1914.

Lieber Herr Bassermann.

Ihre freundlichen Zeilen vom 7. Dezember waren mir eine Freude, ebenso wie Ihr Telegramm nach Hamburg. Grade weil ich weiß, wie schwierig die mir bevorstehende Aufgabe ist, sind solche Zeichen des Vertrauens eines bewährten und umsichtigen Patrioten mir doppelt wertvoll! Man hätte mich vier Monate früher nach Rom schicken sollen. Seitdem ging dort viel Terrain verloren. Die Verhältnisse liegen übler und kritischer als es äußerlich den Anschein hat. Die Engländer und Franzosen rechnen mit Bestimmtheit darauf, daß Italien sich ihnen im Frühjahr anschließen wird. Es sollen schon diesbezügliche Vorbesprechungen und Verabredungen stattgefunden haben. Ich gleiche dem Arzt, den man spät, sehr spät ans Krankenbett ruft. Das soll mir aber ein Sporn sein zu tun, was ich vermag, um Verlorenes zurückzugewinnen und

wenigstens das Schlimmste abzuwenden. Das ist ja leider die Signatur der Gesamtlage, daß das Volk und die Armee wieder gutmachen sollen, was die diplomatisch-politische Leitung im Kleinen und Großen in den letzten Jahren und insbesondere beim Kriegsausbruch verdorben hat. Ich habe grenzenloses Vertrauen zu der heroischen Entschlossenheit und Opferwilligkeit unseres Volkes, das sich jetzt so herrlich zeigt, wie wohl kein Volk seit den Tagen von Marathon und Platäa, zu unserem unvergleichlichen Heer, in dem jeder Mann ein Held ist. Aber es ist schmerzlich zu sehen, wie viel Blut fließen muß. Wir fühlen beide, wie alles darauf ankommt, daß aus diesem Kampfe ein Frieden hervorgeht, würdig so riesenhafter Anstrengungen und riesenhafter Opfer der Nation. Bethmann schien mir in dieser Richtung noch ohne bestimmte Ziele, sehr geneigt, Frieden zu schließen, aber schwankend hinsichtlich der Grundlagen eines solchen. Während er mir im August von der Hoffnung sprach, daß aus diesem Kriege ein besseres Verhältnis zu England und Frankreich hervorgehen werde und ein Bund der Kulturvölker gegen das barbarische Rußland, dem seine westlichen Provinzen entrissen und zu einem Polenreich „von Libau bis Odessa" gemacht werden sollten, soll er jetzt geneigt sein, sich auch mit unserem östlichen Feind zu versöhnen. Die Hauptsache bleibt, daß wir, wenn möglich, schon vor dem Friedensschluß und jedenfalls bei den Friedensverhandlungen Rußland und England spalten, deren Interessen vielfach divergieren, und die erst die Art und Weise, wie dieser Krieg entstand, ganz zusammengeschweißt hat. Das ist natürlich eine Frage kluger Menschenbehandlung.

In Hamburg besuchte ich die Verwundeten. Ich kann Ihnen garnicht sagen, mit welcher Rührung,

ich möchte ſagen, mit welcher Ehrfurcht mich ihre Haltung erfüllt.

Natürlich kommt es für die Erfüllung meiner Miſſion in Rom in hohem Grade darauf an, daß ich von Bethmann und Jagow, die beide mich nur ungern und mehr von der öffentlichen Meinung gezwungen dorthin ſenden, auch loyal unterſtützt werde.

Rom, den 1. Januar 1915.

Lieber Herr Baſſermann.

Es iſt mir ein Bedürfnis, Ihnen bei dieſem ernſten Jahreswechſel unſere Wünſche und Gedanken zu übermitteln. Unſere herzlichen Wünſche für Sie und alle Ihrigen, für Ihre liebe Frau und Ihre Tochter, unſer beider herzliche Wünſche für unſer teures, geliebtes Vaterland, dem Gott weitere Siege und dann einen Frieden beſchere, würdig der unvergleichlichen Tapferkeit unſeres Heeres und unſerer Flotte, würdig auch ſo ſchmerzlicher und ungeheurer Opfer.

Hier eingetroffen, habe ich zunächſt leider konſtatieren müſſen, wie viel Terrain wir in den letzten fünf Monaten verloren haben. So übel hatte ich mir die Situation doch nicht gedacht, trotz aller ungünſtigen Nachrichten, die aus Italien eingelaufen waren. Es wird nicht leicht ſein, das hier Verlorene einigermaßen wieder einzuholen. Man hätte mich früher nach Rom ſenden ſollen. Ich werde aber tun, was ich kann, um die Situation zu verbeſſern und wenigſtens das Schlimmſte abzuwenden.

Mannheim, den 24. März 1915.

Euer Durchlaucht.

Der Reichstag iſt zu Ende und hat, abgeſehen von dem Narrentanz Ledebours, einen befriedigenden Verlauf genommen.

Die Behandlung der Sozialdemokratie, die in Ihrer Reichskanzlerperiode einsetzte und von Delbrück fortgesetzt wurde, hat sich bewährt. Schwere Konflikte mit den unverbesserlichen Radikalen werden der Sozialdemokratie nicht erspart bleiben. Im übrigen manche schwarze Sorgen. Zunächst Italien. Euer Durchlaucht haben einen schweren Stand, der, wie ich höre, durch unsern Botschafter in Wien nicht leichter gemacht wird. Die deutschen Patrioten hoffen, daß es der bewährten Staatskunst Euer Durchlaucht gelingen wird, Italien in Ruhe zu halten. Freilich werden große Opfer gebracht werden müssen, und Österreich muß sie, angesichts der Schwäche seiner Armee, bringen.

Für uns schließt dieser Krieg mit einer Verstimmung der Donaumonarchie gegen uns ab, und damit wird eine kriegerische Auseinandersetzung zwischen Österreich und Italien nicht ausbleiben. Der Haß ist zu groß geworden.

Die Vertagung der italienischen Kammer auf Mai erachte ich für ein günstiges Zeichen. Das Bedauern, daß Euer Durchlaucht nicht Monate früher gerufen wurden, ist ein allgemeines.

Die zweite Sorge ist Rumänien und die damit zusammenhängende Munitionsknappheit der Türken. Ich hatte jüngst eine lange Unterredung mit dem türkischen Botschafter in Berlin, der mir sein Herz und seine Sorgen ausschüttete. Daß Österreich gegenüber Serbien vollständig versagte, und daß wir nicht, was ich für einen großen Fehler halte, dort militärisch eingriffen, hat im Balkan die Meinung hochgebracht, daß Deutschland nicht stark genug ist, um zu helfen. In Rumänien herrschen Korruption und Bestechung, und ob deutsche Noten dagegen aufkommen, er-

scheint mir recht zweifelhaft, wenn auch Zimmermann und Busche ihr Möglichstes tun. Es ist unendlich schwer, durchzudringen und Wandel zu schaffen. Es fehlt an der Energie der obersten Leitung, gegen welchen Mangel Zimmermann oft vergeblich ankämpft.

Im Osten ist manches nicht geglückt. Die russische Heerführung und Übermacht haben durchgreifende Erfolge verhindert. So sind wir nicht rechtzeitig durch den Karpathenschnee hindurchgekommen, um die galizische Festung entsetzen zu können. Wir hoffen, daß es gelingt, Warschau einzuschließen und zu nehmen. Welch ein Glück, daß wir Hindenburg haben.

Entgegen den ersten Monaten ist die feindliche Heerführung und die Qualität der Truppen eine bessere geworden. Von Friedensverhandlungen ist es stille geworden. Man wird jedenfalls den Ausgang der Dardanellenaktion und den Erfolg des Hungerkriegs abwarten wollen. In letzterer Beziehung haben die Verhandlungen der Budgetkommission ein befriedigendes Ergebnis gezeitigt. Ich denke, wir werden gut ausreichen. Unser Volk ist bewunderungswert. Niemand verzagt, und immer neue Formationen entströmen dem unerschöpflichen Reservoir deutscher Volkskraft.

Ich sehe an der Spitze problematische Naturen, die, von des Gedankens Blässe angekränkelt, unsicheren Schrittes durch die große Zeit gehen, und gegen uns ein Heer raffinierter Diplomaten.

Ich höre authentisch, daß man beim Friedensschluß jedenfalls Hindenburg zuziehen will, um sich damit gegen eingeworfene Fenster in der Wilhelmstraße zu sichern.

Ich werde nach Antwerpen nicht zurückkehren. Der Wirkungskreis als Adjutant eines militärischen

Gouverneurs ist ein sehr enger. Ich erhalte eine militärische Stellung in Berlin. Ich habe auch gefunden, daß es dort wenigstens gelegentlich möglich ist, in der Richtung einer energischen Politik mitzuwirken. Wenn mir Euer Durchlaucht gelegentlich einen vertraulichen Rat geben könnten, würde ich zu großem Danke verpflichtet sein. Ich bewundere die Opferwilligkeit und Vaterlandsliebe, mit der Sie sich für diese schwere Aufgabe zur Verfügung gestellt haben. Indem ich Sie bitte, mich der Fürstin bestens zu empfehlen, verbleibe ich Euer Durchlaucht treu ergebener

gez. Bassermann.

Rom, 31. März 1915.

Lieber Herr Bassermann!

Vielen wärmsten Dank für Ihre freundlichen und mir sehr interessanten Zeilen vom 24. März, ebenso wie für den vorhergegangenen, mir wertvollen Brief vom 5. Januar. Hier ist die Situation immer noch eine recht kritische. Ich bin leider zu spät nach Rom geschickt worden. Als ich eintraf, war ein italienisches Vorgehen gegen Österreich nur noch durch ein geschicktes Eingehen auf die italienischen Trentinowünsche zu verhindern, die, während 50 Jahren latent, durch den Krieg in ein akutes Stadium getreten waren. Ohne das endlich, in zwölfter Stunde, erfolgte Einlenken von Österreich würden wir den Krieg zwischen Italien und Österreich schon haben. Aber auch so sind noch viele und große Schwierigkeiten zu überwinden: Teils, weil die Österreicher durch Zaudern und Schwanken, ihre ganze Verschleppungstaktik und ihre oft recht ungeschickten Ausflüchte hier tiefes Mißtrauen großzogen, teils aber auch, weil durch die österreichischen Mißerfolge in Serbien, die Räumung

von Belgrad und endlich der Fall von Przemysl das österreichische Prestige sehr gelitten hat. Nachdem ich ohne Zögern und Reserven diese Mission übernommen habe, deren Schwierigkeiten niemand besser zu ermessen wußte als ich, werde ich mein Bestes dransetzen, um einen Zusammenstoß zwischen Italien und Österreich zu verhindern, der für Österreich und für uns 1,5 Millionen neuer Feinde bedeuten würde. Erzberger, der einige Tage hier war, hat die Wichtigkeit der Neutralität von Italien sofort erkannt. Er hat ein großes Verdienst daran, daß man sich endlich in Berlin über die hiesige Lage klar wurde und zu der längst erforderlichen Einwirkung auf Wien entschloß. So lenkte denn Österreich endlich, endlich in der Trentinofrage ein, hoffentlich nicht zu spät, wie schon mehr wie einmal in seiner Geschichte, in der bekanntlich versäumte Gelegenheiten und zu spät gefaßte Entschlüsse eine verhängnisvolle Rolle spielen.

Herrlich ist die Haltung unseres Volkes, und wer angesichts mancher deutscher Erbfehler sich früher der Sorge nicht enthalten konnte, neigt heute schweigend sein Haupt vor der Größe der Nation. Unvergleichlich ist der Heldenmut unserer Truppen auf den polnischen Schneefeldern und in den flandrischen Schützengräben. Aber ich fürchte, wir werden noch schwer zu tragen haben an den diplomatischen Fehlern, die bei dem Kriegsausbruch begangen wurden, und an der mangelhaften diplomatischen Vorbereitung des Krieges. Bei einer richtig geleiteten Politik mußten Italien und Rumänien mitgehen. Italien war durch österreichische Ungeschicklichkeiten (Triester Dekrete, kleinliche Polizeischikanen in Südtirol usw., Triester Universitätsfrage) unmittelbar vor dem Kriege verprellt worden. Als es dann von dem Ultimatum nicht einmal verständigt

wurde und wir so operierten, daß wir formal die Angreifer waren, hielt Italien sich für berechtigt, beiseite zu treten. Als wir Österreich nicht verhinderten, Rumänien beim Bukarester Frieden in die Suppe zu spucken, setzten wir uns dem bald nachher eingetretenen Abschwenken von Rumänien aus. Gar nicht davon zu reden, daß wir 1912/13 die Türkei, einen wertvollen Faktor für uns, hatten entzweischlagen lassen und bald nachher zugaben, daß auch Bulgarien das einzige für Österreich sichere Balkanvolk, zum Krüppel geschlagen wurde, während seit unserem völligen Rückzug aus Marokko die panislamitische Idee ihre frühere Flügelkraft verloren hatte. Das waren Fehler, unter denen wir jetzt leiden.

Hier nimmt man an, daß der Krieg noch lange dauern kann. Für den Krieg wie für den Frieden kommt alles auf den Weitblick und vor allem auf die Energie, die Entschlossenheit und Schlagkraft der politischen Zentralstelle, also in erster Linie des Kanzlers, an. Wenn wir Deutsche im Auslande den Namen Hindenburg hören, so schlägt uns das Herz höher. Gott gebe ihm weitere herrliche Siege. Aber es ist klar, daß die Friedensunterhandlungen der Staatsmann und Diplomat führen muß, also in unserm Falle der Reichskanzler. Was würde man gesagt haben, wenn Bismarck, statt die Friedensunterhandlungen selbst zu führen, sie Steinmetz oder Werder übertragen hätte! So lange die Welt steht, haben Heldenkraft und Opfermut nicht ausgereicht, mit Intriguen der Feinde fertig zu werden, wenn nicht die Kraft von der Geschicklichkeit unterstützt wurde. Auch darin ist Bismarck ein so herrliches Vorbild, dem Entschlossenheit und Findigkeit, Schlagkraft und

Beweglichkeit, alle Ressourcen der diplomatischen Kunst gleichmäßig zur Verfügung standen.

Ich freue mich, daß Sie jetzt der Zentrale näher sein werden und dort nützlich wirken können. Kühn und fest nach außen, weitherzig im Innern und in allem großzügig und entschlußfreudig, das muß jetzt die Losung sein.

VII.

Fürſt Bülow im Weltkriege.

A. Bei Kriegsausbruch.

Die Schriftleitung der „Hamburger Nachrichten“ hatte ſich bei Kriegsbeginn an Fürſt Bülow mit der Bitte gewandt, ſich in der entſcheidungsvollen Stunde mit ein paar Worten an ſeine Hamburger Freunde zu wenden. Die Antwort des Fürſten wurde in der Abendausgabe vom 6. Auguſt 1914 veröffentlicht:

„Am 1. April 1885, am 70. Geburtstage des Fürſten Bismarck, hörte ich, wie der gewaltige Kanzler zu ſeinem Sohne Herbert ſagte: „Die großen Erfolge meines Lebens verdanke ich im Grunde dem, daß ich mich immer an den Vers gehalten habe:

Und ſetzet Ihr nicht das Leben ein,
Nie wird Euch das Leben gewonnen ſein.“

Dieſe Worte des Schiller'ſchen Reiterliedes gelten in dieſem Augenblick für jeden Deutſchen, ſie gelten für die ganze Nation. Heute geht es um Haus und Hof, um Gegenwart und Zukunft, um die materiellen und um die viel koſtbareren ideellen Güter; es geht um Alles: Um die Früchte von 1870, um das, was unſere Väter vor hundert Jahren erkämpften, es geht nicht nur um das junge Reich, unter deſſen Schutz wir ſeit 43 Jahren leben, es geht auch um das alte

Preußen, für das der große König sieben Jahre im Felde stand, es geht um die ganze ruhmvolle deutsche Vergangenheit bis in die fernsten Tage unserer zweitausendjährigen Geschichte. Für das alles kämpfen wir heute. Es kann nicht sein und wird nicht sein, daß so viel Heldenkraft und Opfermut, so viel Wille und Geist, wie sie aus der preußischen und deutschen Geschichte sprechen, umsonst aufgewandt sein sollen. Nicht vergeblich haben große und edle Geister für uns gedacht und gekämpft, gearbeitet und gelitten. Heer und Flotte werden sich schlagen, wie sich seit den Tagen des Cheruskers bis Leuthen, Leipzig und Sedan der Deutsche immer und überall geschlagen hat. Die Nation muß mit unbeugsamem Willen, unerschütterlich und geschlossen, ruhig und mutig hinter unserer Führung gegen die feindliche Übermacht stehen. Wir sind im Recht, wie wir es 1870 waren, damals galt es, dem deutschen Volke die Freiheit zu erstreiten, sich sein Haus nach seinem eigenen Ermessen und Gutdünken zu bauen, statt sich die Einrichtung von Fremden vorschreiben zu lassen, wie im westfälischen Frieden, auf dem Rostocker und Wiener Kongreß. Jetzt handelt es sich darum, den Platz in der Welt zu behaupten, auf den das deutsche Volk nach seiner Arbeitskraft und nach seinen Leistungen für die Menschheit einen Anspruch hat, den Platz, den man uns nicht gönnt und bestreiten will. Je mehr Feinde uns umgeben, je widerwärtiger Ungerechtigkeiten und Haß und vor allem Neid emporzüngeln und sich gegen uns wenden, umso fester sei unser Mut. Denken wir an die erhabene Gestalt unseres alten Kaisers, blicken wir auf

Bismarck, wie er, die Hände um den Griff des Schwertes gelegt, über dem Hamburger Hafen steht. Erinnern wir uns an alles, was die Propheten und Herolde der nationalen Idee von Körner, Arndt und Fichte bis zu Treitschke uns gepredigt und gelehrt haben. Denken wir an das Ziel, das wir erreichen müssen: Einen Frieden, wert der ungeheuren Opfer, die das Vaterland in dieser Stunde fordert. Den Blick auf dieses Ziel gerichtet, lassen wir uns weder durch Erfolge, die Gott geben möge, in Sicherheit wiegen, noch durch Mißerfolge, die Gott verhüte, entmutigen. Heute sind wir einig, dank dem Reifen, den Bismarck um uns schmiedete, dank auch dem Haß unserer Feinde, der uns noch fester zusammenhämmert. Die Unterschiede der Parteien sind entschwunden. Wir empfinden jetzt, wie gering diese Unterschiede sind, gemessen an dem, was uns gemeinsam ist. Die Haltung des deutschen Volkes in dem Augenblick, wo plötzlich und unvermutet ein schweres Gewitter über uns niedergeht, ist über jedes Lob erhaben. Das anzuerkennen, ist nicht nur die Pflicht der Regierungen, die Pflicht der Welt, wenn sie gerecht sein will, es ist auch die Pflicht aller derjenigen, denen deutsche Eigenarten, die uns in der Vergangenheit Schaden brachten, Sorgen für die Zukunft einflößten. Heute müssen sich alle neigen vor der Größe des deutschen Volkes. Und wenn die Welt voll Teufel wär', unser Volk wird seinen Platz an der Sonne verteidigen und behaupten!"

B. Die römische Mission des Fürsten Bülow.

Dem Fürsten Bülow!

Wir hatten wohl, in längst vergangenen Tagen,
Im lieben, alten deutschen Vaterland
Bald über dies, bald über das zu klagen,
Da noch das Staatsschiff lenkte Deine Hand.
Natürlich war's, daß wir zu tadeln fanden,
Vielleicht auch, wo nicht viel zu tadeln war,
Weil „besser" wir als Du Dein Amt verstanden —
Nicht wahr, das war auch Dir schon lange klar?

Und doch — als Du von Deinem Amt gegangen,
Da fühlten alle wir so was wie Schmerz;
Urplötzlich trug nach Dir ein still Verlangen
Im deutschen Lande jedes deutsche Herz.
Du aber, los und ledig aller Bürde,
Gingst in das Land, wo die Citronen blüh'n,
Und alle sahen eine edle Würde
Wie eine Krone um die Stirn Dir glüh'n.

Du kehrst zurück in großer, schwerer Stunde,
Nimmst auf die Schultern große, schwere Last;
Und sieh' mit Jubel hörten wir die Kunde,
Daß Du geopfert wohlverdiente Rast. —
Geh' hin in's Land der Lorbeern und Citronen,
Die alte Freundschaft festige auf's neu!
Einst kommt der Tag, da wir dem Freunde lohnen,
Denn nimmer zweifeln wir an seiner Treu!

Paul Warncke

(„Kladderadatsch" vom 13. Dezember 1914)

„So hat uns die schlechte Politik im Kriege in das Nichts geschleudert ... trotz aller ruhmreichen Siege auf den Schlachtfeldern ... Jetzt zu klagen und über die Folgen der Niederlage entsetzt zu sein, nützt nichts. Aber für die Zukunft soll das Volk aus dem Unglück lernen. Es soll erkennen, woran es zu Grunde ging, und wo es daher die Ursachen bessern muß."

General d. Inf. v. Kraus: „Die Ursachen unserer Niederlage".

Bei der Mehrheit des deutschen Volkes herrscht die Meinung vor, daß Italien mindestens seit 1902 durch heimliche Abmachungen mit den Dreiverbands-Mächten seinen Abfall vom Dreibunde vorbereitet und die Absicht gehegt habe, sich im Ernstfalle seiner Bündnispflichten zu entledigen. Die sogenannten „Extratouren" werden als Beweise für diese Auffassung angeführt. In Wahrheit hat sich Italien weder in Algeciras noch mit der Tripolis-Expedition, noch kurz vorher in Racconigi von uns trennen wollen. Das geheime Abkommen, welches Prinetti vor 20 Jahren mit Frankreich traf[1]), besagte nach dem, was über seinen Inhalt durchsickerte, daß Italien Frankreich nicht angreifen, noch sich an einem Angriffskriege gegen Frankreich beteiligen, dagegen Frankreich Italien eintretendenfalls nicht an der Besitzergreifung von Tripolis verhindern würde. Die Ähnlichkeit dieser

[1]) Vgl. die Ausführungen des Grafen Wedel in der „Kreuzzeitung" vom 25. November 1920.

Vereinbarung mit dem berühmten Bismarck'schen Rückversicherungsvertrag springt in die Augen. Rebus sic stantibus war für unsere Politik umsomehr Umsicht und Vorsicht geboten, und insbesondere durften wir nicht den Fehler begehen, Frankreich wie Rußland von uns aus den Krieg zu erklären und damit Italien wie Rumänien auch formal von seiner Bündnispflicht zu befreien. Es ist richtig gesagt worden, daß das österreichisch-italienische Bündnis schließlich mehr eine Assekuranz gegen gegenseitige Angriffe geworden sei. Ein bedeutender italienischer Staatsmann, der Botschafter Graf Nigra, äußerte einmal zu dem Fürsten Bülow: „Österreich und Italien können nur Alliierte oder Feinde sein." Um so behutsamer mußte die österreichische Politik gegenüber Italien in einer Lage operieren, wo nicht nur italienische Gefühlsmomente in Frage kamen, sondern auch die Halbinsel den Buchstaben des Vertrages auf ihrer Seite hatte. Infolge der unfreundlichen Haltung der französischen Presse und auch der französischen Politik gegenüber Italiens Tripolis-Expedition hatte der Dreibundgedanke in Italien gerade vor dem Kriege an innerer Kraft gewonnen. Die vor Ausbruch des Krieges vorzeitig erfolgende Erneuerung des Dreibundvertrages wurde in allen Ländern mit Recht als ein Zeichen des guten Einvernehmens zwischen Italien und seinen Verbündeten gewertet. Italiens führende Staatsmänner waren damals von der Notwendigkeit des in langen Friedensjahren erprobten Bündnisses durchdrungen. San Giuliano sah die geschichtliche Sendung Italiens in der Wahrung und Stärkung seiner Stellung im Mittelmeer, die nur im Verein mit den Dreibund-Genossen zu sichern war. Für die Adria hatte der italienische Außenminister bei verschiedenen Anlässen

ausdrücklich den Grundsatz der Gleichberechtigung aufgestellt, allerdings auch niemals einen Zweifel darüber gelassen, daß jede Veränderung des Gleichgewichts in der Adria und auf dem Balkan nur nach vorheriger Verständigung mit Italien vor sich gehen dürfe. Eine Forderung, die aus § 7 des Dreibund-Vertrages abgeleitet werden konnte, in welchem sich die Verbündeten ausdrücklich den status quo auf dem Balkan garantierten und sich gegenseitig verpflichteten, vor jeder Aktion den Verbündeten in Kenntnis zu setzen und bei etwa vorgesehenen Machtverschiebungen dem anderen Teil eine entsprechende Kompensation zu gewähren,

Noch im Sommer 1913 hatte Italien seinen Standpunkt in dieser Frage unzweideutig zur Geltung gebracht. Damals beabsichtigte Österreich-Ungarn eine energische Unternehmung gegen Serbien einzuleiten und erbat sich hierzu das Einverständnis des Bundesgenossen in Rom. Italien lehnte den Vorschlag mit dem Hinweise ab, daß die geplante Aktion weder mit dem Wortlaute noch dem Geiste des Dreibund-Vertrages in Einklang zu bringen sei. Es ließ keinen Zweifel darüber, daß bei einem Vorgehen Österreichs gegen Serbien der Bündnisfall nicht vorliege. Deutschland hat im Sommer 1913, italienischen Vorstellungen folgend, seinen Einfluß in Wien dahin geltend gemacht daß die beabsichtigte Demarche unterblieb.

Spätestens seit dem Sommer 1913 war also in Berlin und Wien bekannt, daß ein eigenmächtiges Vorgehen Österreich-Ungarns gegen Serbien ohne vorherige Verständigung mit Italien das Bündnis gefährde, und daß an die Mitwirkung des römischen Bundesgenossen ohne entsprechende Kompensationen nicht zu denken war. Auch der rein

defensive Charakter des Dreibundes war bei dieser Gelegenheit den Beteiligten mahnend ins Gedächtnis zurückgerufen worden.

Augenscheinlich hatte Fürst Bülow die in § 7 des Dreibund-Vertrages niedergelegten Bestimmungen im Auge, als er im Jahre 1913 in seinem Beitrage zu dem Sammelwerk „Deutschland unter Kaiser Wilhelm II."[1]) mit Bezug auf die voraussichtliche Haltung Italiens in einem etwaigen Kriege seine Ansicht in die Worte kleidete: „Alles Weitere wird davon abhängen, wie eine eventuelle Konfliktsfrage in Europa gestellt, mit welchem Nachdruck sie militärisch von uns vertreten und mit welchem Erfolge sie militärisch und diplomatisch durchgeführt wird."

Hält man sich die oben dargelegte Stellungnahme Italiens, wie sie sich aus § 7 des Vertrages herleiten ließ und die besondere aus Rücksicht auf die Volksstimmung erklärliche italienische Empfindlichkeit in allen serbischen Fragen vor Augen, so wird die ungeschickte Art, mit der unsere politische Leitung im Juli 1914 die Konfliktsfrage gestellt und vor allem aber diplomatisch durchgeführt hat, erst in ihrem vollen Umfange klar. Sie bildet einen Beweis dafür, daß unsere politische Leitung, die selbst den Krieg nicht wollte, auch nicht an den ernsthaften Kriegswillen der Gegner geglaubt haben kann.

Die österreichisch-ungarische Demarche in Belgrad wurde dem italienischen Verbündeten bis zuletzt verheimlicht. Dem italienischen Gesandten Bollati in Berlin, einem aufrichtigen Anhänger des Dreibundes gegenüber, der sich in den kritischen Julitagen

[1]) Deutschland unter Kaiser Wilhelm II., Verlag von Reimar Hobbing, Berlin. S. 31.

über die in diplomatischen Kreisen kursierenden Gerüchte von einem bevorstehenden österreichischen Coup gegen Serbien beunruhigt zeigte, bestritt Herr von Jagow noch bis zum Vorabend der Überreichung des Ultimatums in Belgrad, auch nur das Geringste über derartige Wiener Absichten zu wissen. Ein solcher Mangel an Voraussicht und Psychologie mußte sich rächen und hat sich gerächt.

Bekanntlich sah der Dreibund-Vertrag die Bündnispflicht ausdrücklich nur für den Fall als gegeben an, daß ein unprovozierter Angriff gegen die Verbündeten vorlag. Ungeachtet der Warnungen von Falkenhayn, Tirpitz, Ballin beeilte sich Herr von Bethmann Hollweg, durch die überflüssigen Kriegserklärungen an Rußland und Frankreich das Odium des Angreifers auf uns zu laden, während wir doch offensichtlich die Angegriffenen waren und die Feinde sich in vollem Aufmarsche gegen unsere Grenze befanden. Mit Recht bezeichnet es Graf Czernin in seinen Erinnerungen als gänzlich unverständlich, daß wir unseren ehemaligen Bundesgenossen Italien und Rumänien die Rolle des Abfallens so erleichtert haben, daß wir sie mit dem Ultimatum vor eine vollendete Tatsache stellten, anstatt sie dafür zu gewinnen — sie mit hinein zu verwickeln.

Nach einer vielfach verbreiteten Version soll Paris durch eine Indiskretion schon in den letzten Julitagen darüber unterrichtet gewesen sein, daß man nach dem Wortlaut des Dreibund-Vertrages auf Italiens Neutralität rechnen dürfe, falls es gelinge, die Initiative der formalen Kriegserklärung dem Deutschen Reiche und seinem österreichischen Verbündeten zuzuschieben. Wir haben unseren Feinden bereitwilligst den Gefallen getan. Frankreich konnte beruhigt seine südlichen Grenzkorps und die marokkanische Division nach dem

Norden abtransportieren und noch rechtzeitig an der Marne einsetzen! —

Für den italienischen Entschluß zur einstweiligen Neutralität mögen, abgesehen von der Verärgerung über die diplomatische Aktion Österreich-Ungarns : eigene ungenügende Kriegsbereitschaft, die Besorgnisse vor der englischen Flotte und vor einer möglichen Revolution im Innern maßgebend gewesen sein. Ob die Waffenhilfe Italiens in den entscheidenden Julitagen 1914 zu haben gewesen wäre, wenn man sich in Wien zu dem Entschluß aufgerafft hätte, aktive Politik zu treiben, rechtzeitig und in großzügiger Weise Welsch-Tirol als Opfer zu bringen, wird nachträglich schwerlich festzustellen sein. Psychologisch wäre dem italienischen Volke eine Unterstützung Österreichs schwer gefallen. Andererseits standen die Mittelmächte — vor der Marneschlacht und den österreichischen Niederlagen in Rußland und Serbien — noch im vollen Glanze ihres damals gewaltigen militärischen Prestiges. San Giuliano lebte noch, die Nationalisten traten für die Bejahung der Bundespflicht ein und selbst Sonnino erklärte sich in einem viel bemerkten Artikel seines publizistischen Organs für den Eintritt in den Krieg an der Seite der Bundesgenossen. Aber in Wien war man weit entfernt davon, der durch die eigenen unbegreiflichen Fehler so kritisch gestalteten Lage Rechnung zu tragen, und saß auf hohem Pferde, und in Berlin vertraute man sich mit verbundenen Augen der Wiener Führung an. Während es im Generalstab Grundsatz gewesen war, alle militärischen Eventualitäten bis zu Ende durchzudenken und sich für alle Fälle zu rüsten, lebte man im Auswärtigen Amt während der Ära Bethmann-

Jagow von der Hand in den Mund, ließ sich tatenlos von den Ereignissen treiben und gab sich einer verhängnisvollen Unterschätzung der italienischen Gefahr hin.

Um so eifriger bearbeiteten die Dreiverbandsmächte das Feld. Mit allen Mitteln der Überredung und Drohung, unterstützt von einer seit Jahren glänzend vorbereiteten Propaganda und der Arbeit der romanischen Freimaurerlogen bereiteten der französische Botschafter Barrère und der englische Vertreter Kenel Rodd den Abfall Italiens vom Dreibunde in der Stimmung des italienischen Volkes vor. Was dagegen von deutscher Seite aus geschah, war nur recht unzulänglich. Die deutschen Flugschriften gaben zwar dem Gebildeten Material, fanden aber keinen Anklang beim Volke, da sie für den Geschmack der Massen in einem zu anspruchsvollen und wenig leidenschaftlichen Tone geschrieben waren. „Es ist sonderbar," klagte der dreibundfreundliche Deputierte Marchese Carlo Centurione im Frühjahre 1915 in einer Zuschrift an das „Berliner Tageblatt", „daß ein organisatorisch so hoch begabtes Volk, wie das deutsche, in diesem Punkt hinter dem französischen zurückgeblieben ist, das alle Mittel zu benutzen verstanden hat, um sich bei der öffentlichen Meinung in Gunst zu setzen. Warum hat Deutschland es sich nicht ebenfalls angelegen sein lassen, neben der Herausgabe von Druckschriften öffentliche Vorträge zu veranstalten, warum hat es nicht durch Vorführung von Lichtbildern die großen Waffentaten seines Heeres und die errungenen Siege vor Augen geführt?" Die während des Krieges von deutscher Seite ins Leben gerufenen Blätter wurden z. T. von kompromittierten oder völlig einflußlosen Journalisten geleitet.

Was auf diesem Gebiete im Frieden und insbesondere im Sommer und Herbst 1914 versäumt worden war, konnte jetzt so rasch nicht eingeholt werden. Ein Bruchteil des für deutsche Propaganda verwendeten Geldes hätte im Frieden wertvolle Dienste leisten können!

Als Fürst Bülow im Dezember 1914 die von ihm als die Aufgabe eines Arztes, der an ein Totenbett gerufen wurde, bezeichnete römische Mission übernahm, war es reichlich spät. Aus kleinlichen persönlichen Motiven hatte man in Berlin seine Berufung so lange wie möglich hinauszuschieben verstanden.

In den ersten Tagen des Dezember 1914 traf bei dem damals in Hamburg weilenden Fürsten Bülow die Bitte des Herrn v. Bethmann ein, der Fürst möge im Hinblick auf die ernste Lage des Vaterlandes wie der deutsch-italienischen Beziehungen die Leitung unserer Botschaft in Rom übernehmen. Fürst Bülow begab sich sofort nach Berlin, wo er die notwendigen Rücksprachen mit Reichskanzler und Staatssekretär sowie dem italienischen Botschafter nahm, vom Kaiser empfangen wurde und sich im Auswärtigen Amt über die allgemeine Lage und insbesondere über unser Verhältnis zu Italien informierte, was um so notwendiger war, als er seit fünf Jahren den politischen Geschäften fern gestanden hatte und über die Entstehung des Krieges, das Ultimatum an Serbien, wie über die Haltung der deutschen Politik gegenüber Italien während der kritischen Julitage völlig im Dunkeln gehalten worden war. Am 15. Dezember reiste der Fürst nach Rom, wo er am 17. eintraf. Die gelegentlich erhobene Behauptung, Fürst Bülow habe seine Berufung nach Rom selbst eifrig betrieben, ist einfach grotesk. Welchen Grund sollte ein Staats-

mann, der 21 Jahre vorher denselben Botschafterposten bekleidet hatte und inzwischen 12 Jahre Leiter der deutschen Politik gewesen war, wohl gehabt haben, sich zu einer Mission zu drängen, die dank der völlig verfahrenen internationalen Lage doch sicherlich mehr Dornen als Rosen versprach?

Vielleicht wäre es den außergewöhnlichen diplomatischen Fähigkeiten des Fürsten, dem seine guten Beziehungen in seiner zweiten Heimat Italien bei Durchführung der ihm gestellten heiklen Aufgabe zu statten kamen, doch noch in zwölfter Stunde gelungen, das Verhängnis abzuwenden, wenn seine Tätigkeit in Berlin und Wien mit dem erforderlichen Nachdruck unterstützt worden wäre.

Seinen Vorschlag, durch eine sofortige, den nationalen Aspirationen der Italiener entgegenkommende Regelung der Trentinofrage die Quelle unaufhörlicher Reibungen zwischen den Verbündeten zu beseitigen, was vor der Überreichung des Ultimatums hätte geschehen sollen, um uns dadurch die Neutralität Italiens sicherzustellen, wies Baron Burian zunächst glatt zurück. Er verharrte in völliger Verkennung der Lage auch dann noch auf seinem intransigenten Standpunkt, als die Generalstabschefs der verbündeten Heere erklärten, daß der Eintritt Italiens in den Krieg an der Seite der Feinde möglicher Weise den Verlust des Feldzuges für uns bedeute. Für Österreich war gewiß der Gedanke schmerzlich, auf einen, wenn auch nur den von italienischer Bevölkerung bewohnten Teil Südtirols kampflos zu verzichten, aber jeder weitsichtige österreichische Staatsmann mußte sich sagen, daß es wichtiger war, den Bestand der gesamten Monarchie als den eines ihrer Teile zu retten.

Der halsſtarrige, ſelbſtmörderiſche Widerſtand Wiens wurde durch die Annahme verſtärkt, daß der vorgeſchlagene Vergleich eine eigenmächtige Sonderpolitik des Fürſten Bülow darſtelle und beim Auswärtigen Amte keinen Rückhalt finde.[1])

Der Kanzler von Bethmann Hollweg ſchwankte entſchlußlos, wie das in ſeiner Art lag, zwiſchen der Erkenntnis von der Richtigkeit der Bülow'ſchen Vorſchläge und dem ihm von Jagow, Flotow, dem Grafen Montes und anderen nahegelegten Wiener Standpunkt wie Buridans Eſel hin und her. In dieſem Dilemma verfiel er auf den Ausweg, den Abgeordneten Erzberger als Schiedsrichter nach Rom zu entſenden. Der vielgewandte Zentrumsdemokrat, deſſen wachſender Einfluß ſpäter ſo verhängnisvoll für das Deutſche Reich werden ſollte, hat ſich ſeiner Aufgabe in Rom in einer Weiſe angenommen, die auch der politiſche Gegner anerkennen muß. Treffend hat Graf Wedel Erzbergers Rolle mit folgenden Worten gekennzeichnet:[2]) „Der damalige Abgeordnete Erzberger, der ſich mit Eifer in den Dienſt des Vaterlandes ſtellte und auch für eine ſtarke Politik und Kriegführung eintrat, darf mit dem ſpäteren Staatsſekretär nicht verwechſelt werden.“ Der überlegenen Autorität des Fürſten Bülow ordnete er ſich willig unter, in Berlin, wo er keinen überlegenen Gegenſpieler fand, wuchs er ſeinem Herrn und Meiſter über den Kopf. Sein Entſchluß, die Bülow'ſche Politik zu unterſtützen,

---

[1]) Vgl. hierzu die Aufſatzſerie „Aus Geheimberichten an den Grafen Hertling, 1915—1917“ von Franz von Stockhammern, Miniſterialdirektor im Reichsfinanzminiſterium, in den „Grenzboten“ Nr. 23/24, 25, 26, 27, 31/32, 42/43, Jahrg. 1920. Verlag von K. F. Köhler, Leipzig.

[2]) „Kreuzzeitung“ v. 5. Oktober 1920.

wurde durch den Umstand erleichtert, daß auch die Kurie aus kirchenpolitischen Erwägungen heraus eine Verständigung zwischen Österreich-Ungarn und Italien wünschen mußte, Erzberger hat, als er im Frühjahr 1915 dreimal mit Zustimmung des Herrn v. Bethmann in Rom angereist kam, sich jedesmal redliche Mühe gegeben, seine vatikanischen Beziehungen der deutschen Sache nutzbar zu machen. Durch seine robuste Methode hat er die deutsche Politik auch in Rom in mancher Hinsicht kompromittiert; alles in allem aber zur Zeit der römischen Mission nützliche Dienste geleistet.

Als Österreich sich endlich zum Nachgeben entschloß, war es längst zu spät! Die hinhaltende Politik der Österreicher mußte umso verhängnisvoller werden, als der Umfang der von Cadorna energisch betriebenen Rüstungen zu einer militärischen Aktion in irgend einer Richtung drängte. Die Italiener fühlten sich von den Österreichern genasführt, und da von österreichischer Seite aus nichts Entscheidendes geschah, um die öffentliche Meinung in Italien umzustimmen, konnten die Dreiverbandsfreunde ungehemmt die Zeit benutzen, um die Straße für ihre Politik mobil zu machen. Einer der Hauptgründe für das italienische Mißtrauen und damit für das Eintreten Italiens in den Krieg lag in der italienischen Überzeugung, daß Österreich nach einem Siege einen Abtretungsvertrag über das Trentino nicht halten würde. Erhöht wurde dieses Mißtrauen durch törichte und unbesonnene Äußerungen österreichischer Diplomaten, die eine solche Absicht schon im voraus ankündigten. Hätte Österreich die Konzessionen, zu denen es sich schließlich in zwölfter Stunde und widerstrebend nötigen ließ, wenige Monate früher gegeben,

so wäre nach menschlichem Ermessen der Eintritt Italiens in den Krieg an der Seite des Dreiverbandes vermieden und damit dem ganzen Krieg eine andere Wendung gegeben worden. Man halte sich hierbei vor allem die Tatsache gegenwärtig, daß die militärische Lage der Mittelmächte zur Zeit der entscheidenden Verhandlungen bedeutend ungünstiger war, als sie sich im Sommer 1915 durch den erfolgreichen Feldzug im Osten und Südosten gestaltete.

Aus einem auf Veranlassung Nittis im „Resto del Carlino" veröffentlichten Briefe des italienischen Botschafters in London geht hervor, daß Italien bereits im März entschlossen war, mit der Entente in den Krieg einzutreten, und nur noch über weitere Zugeständnisse unterhandelte. Anfang April sagte aber der König einer bekannten Persönlichkeit: „Wenn sie (die Österreicher) uns nur vor einem Monat die Hälfte geboten hätten!"

Napoleon I. soll einmal gesagt haben, Österreich sei immer entweder mit einer Armee oder mit einer Idee im Rückstande. Was im Sommer 1914 wahrscheinlich, um die Jahreswende 1914/15 vielleicht noch den kriegerischen Zusammenstoß zwischen Deutschland und Italien verhindert hätte, kam im Mai 1915 zu spät. Unter den politischen Fehlern und Ungeschicklichkeiten, welche die damaligen Leiter unserer Politik 1914 sich zu schulden kommen ließen, war einer der allerschwersten, daß wir Österreich einen Blankowechsel ausstellten, ohne vorher Italien und Rumänien gesichert zu haben. Wir haben uns wegen Österreichs gegenüber Rumänien, Montenegro, Serbien, Italien verblutet, ohne daß die Österreicher je auf Engländer

oder Amerikaner einen Schuß abgegeben hätten, und nachdem wir solche Opfer gebracht hatten, wurden wir zu guterletzt von dem Wiener Kabinett und dem Habsburger Hof verkauft und verraten.

Die aufopferungsvolle und wahrhaft vaterländische Hingebung, mit der sich Fürst Bülow auf verlorenem Posten seiner undankbaren Aufgabe widmete, wurde vielleicht am stärksten von den Feinden anerkannt, in deren Presse es trotz aller Gegnerschaft doch nie an Ausdrücken der höchsten Bewunderung für die Persönlichkeit des Fürsten gefehlt hat. Aber auch der damalige Generalstabschef von Falkenhayn hat die Wirksamkeit des Fürsten Bülow in Rom in seinen Denkwürdigkeiten[1]) gebührend gewürdigt.

Wir werden gut tun, uns bezüglich der italienischen Politik keinen übertriebenen Hoffnungen hinzugeben. Um unserer schönen Augen willen wird Italien ebenso wenig wie irgend ein anderes Volk einen Finger für uns rühren. Auch ist Italiens Handlungsfreiheit gerade nach dem Siege in vieler Beziehung eingeschränkter als vor dem Kriege. Aber die Möglichkeit eines gedeihlichen Zusammenwirkens auf politischem und wirtschaftlichem Gebiete ist doch für uns bei Italien eher gegeben, als bei der Mehrzahl der übrigen europäischen Staaten. Trotz aller willkürlichen Veränderungen, die das Friedensdiktat von Versailles in die Landkarte Europas eingezeichnet hat, bestehen eben immer noch eine Anzahl jener natürlichen Interessengemeinschaften zwischen den beiden Völkern fort, die einst dem Dreibunde seinen inneren Wert gegeben haben. Die Erkenntnis dieser Inter-

[1]) „Die Oberste Heeresleitung 1914—1916", Mittler & Sohn, Berlin 1920. S. 81 ff.

essengemeinschaften wiederzuerwecken und für die Politik fruchtbar zu machen, ist die Aufgabe der Gegenwart.

Frei von Illusionen, aber auch frei von Irrtümern und Verbitterungen der Vergangenheit wollen wir unser Verhältnis zu Italien gestalten und uns hier wie überall, lediglich von den Interessen des in seiner Zukunft schwer bedrohten deutschen Volkes leiten lassen.

C. Aus den Berichten des deutſchen Militärattachés in Rom.

Die nachfolgende Niederſchrift des Militärattachés von Schweinitz, deren Kern Auszüge aus ſeinen Berichten an den Generalſtab bilden, ſoll die Darſtellung der römiſchen Miſſion des Fürſten Bülow nach der militärpolitiſchen Seite ergänzen. Major von Schweinitz wurde 1873 als Sohn des Botſchafters von Schweinitz, des bekannten Mitarbeiters Bismarcks, geboren. Anfang Oktober 1914 war er zum Militärattaché in Rom ernannt worden. Er blieb dort bis zum Abbruch der diplomatiſchen Beziehungen dienſtlich tätig und hat alſo die Ereigniſſe aus nächſter Nähe beobachten können. Seine Berichte liefern einen wertvollen Beitrag zu dem vielumſtrittenen Problem „Politik und Kriegführung.“

Bis zu meiner Kommandierung nach Rom war mir der Krieg eine rein militäriſche Angelegenheit geweſen. In Rom wurde er für mich zur außenpolitiſchen. Ich bin nicht mit der Abſicht in Rom angekommen, Politik zu treiben. Die Paſſivität der Botſchaft hat mich aber dazu gezwungen. Wenn man Kleines mit Großem vergleichen darf, hatte meine damalige Lage Ähnlichkeit mit der unſerer Oberſten Heeresleitung. Mit der Ankunft des Fürſten

Bülow entfiel für mich die Notwendigkeit, mir den Kopf des Auswärtigen Amts zu zerbrechen. Ich war seither nur Organ der Botschaft. Meine Hauptaufgabe bestand darin, ihr einen Rückhalt am Generalstabschef zu verschaffen.

Ich schreibe hier nicht die Geschichte der römischen Mission des Fürsten Bülow. Wird sie bekannt gegeben, werden Deutsche und Italiener erfahren, wieviel Dank sie dem Fürsten schulden. Ein Grund zu dauernder Entfremdung zwischen dem italienischen und deutschen Volk liegt nicht vor.

Am 18. Oktober 14 kam ich in Rom an. Mit so unzulänglichen Spezialkenntnissen hat wohl kein deutscher Militär-Attaché seinen Posten angetreten, da ich mich nie mit der italienischen Armee befaßt hatte. Um so beschlagener auf diesem Gebiet war der K. u. K. Militär-Attaché, Hauptmann Baron Viktor Seiller, bei dem ich mich gründlich orientierte. Er ist mir ein treuer und lieber Kamerad gewesen und hat sich tapfer für unsere gemeinsame Überzeugung eingesetzt. Als dritter im Bunde schloß sich später der türkische Militär-Attaché uns an. Das Marine-Ressort lag bei meinem Kollegen Baron Grancy in den besten Händen. Ich bin deshalb auf die einschlägigen Fragen in meinen Berichten an den Generalstab nicht eingegangen. Die meiste politische Anregung empfing ich vom Botschaftssekretär Graf Berchem, einem noch jungen, aber geborenen Diplomaten von militärischer Entschlußfähigkeit. Zu den neutralen Missionen ließen sich bald Beziehungen anknüpfen.

Am 23. Oktober 14 schrieb ich meinen ersten Militärbericht: „Man ist hier zur Zeit wenig unternehmungslustig. Die letzten Erfolge der Zentralmächte haben beruhigend gewirkt, besonders der nicht erwartete

Österreichs in Galizien. Bestände die Kriegspartei nur aus Nationalisten, so hätte sie mehr Aussicht durchzudringen. Sie rekrutiert sich aber zum großen Teil aus Radikalen, die den Krieg aus innerpolitischen Gründen wollen. Viele besonnene Elemente dürften ihr deshalb trotz Sympathie für die Groß-Italiener entgegenarbeiten. In Libyen ist längst noch nicht Ruhe geschaffen. Italien wird also wohl bis auf weiteres neutral bleiben. Mittlerweile sucht es seine Kriegsbereitschaft zu erhöhen. Einem Menschen, der an die Möglichkeit einer Parteinahme Italiens für uns glaubt, bin ich noch nicht begegnet. Wenn Italien aus der Neutralität heraustritt, wird es sich also wohl zu unseren Feinden schlagen." Meine damalige Lagebeurteilung war noch die der sich ganz passiv verhaltenden Botschaft.

Die Ereignisse mit im Schoß gefalteten Händen auf mich zukommen zu lassen, widersprach jedoch meiner Natur und militärischen Erziehung. Es tauchten mir auch bald Zweifel an der völligen Hoffnungslosigkeit unserer Situation auf. Bis zum 3. November war ich mit mir im Reinen. Den Ausschlag hatte die Wirkung der türkischen Kriegserklärung auf Italien gegeben. Noch keinmal während des bisherigen Kriegsverlaufs war den Italienern das tua res agitur so handgreiflich geworden. Ich schrieb daraufhin an die Zentralabteilung des Generalstabs des Feldheeres: „Als ich herkam, ließ ich mich von dem bei der Botschaft herrschenden Pessimismus anstecken. Ich glaube ihn aber, ohne in das entgegengesetzte Extrem zu fallen, abstreifen zu dürfen. Es ist noch nicht zu spät, hier positive Politik zu treiben. Mein Versuch, vom Botschafter zu erfahren, ob er eine Direktive hat und welche, blieb ergebnislos. Der

Generalstab muß für die Botschaft beim Auswärtigen Amt die Parole erwirken, auf die bewaffnete Parteinahme Italiens für uns hinzuarbeiten. Die italienische Regierung hat bisher zweckmäßig operiert und dürfte es weiterhin tun. Dazu muß sie seiner Zeit aus der Neutralität heraustreten. Diese Einsicht verallgemeinert sich hier, seit der Kriegseintritt der Türkei unmittelbare italienische Interessen in Mitleidenschaft gezogen hat. Italien wird also kämpfen müssen, es fragt sich nur, auf welcher Seite. Ich glaube bestimmt, daß diese Frage noch offen ist. Ein italienischer Industrieller mit ausgesprochener Abneigung gegen Österreich sagte mir kürzlich: „Italien kann im Verein mit den Mittelmächten deren schnellen Sieg herbeiführen. Durch Anschluß an den Verband würde es den Krieg gegen das eigene Interesse verlängern und zwar ohne Gewähr dafür, daß die Entscheidung zu seinen Gunsten fällt." Warum sollte die italienische Regierung nicht dieser Ansicht beitreten?"

Am 14. November zeigte mir der Botschafter einen Erlaß des Auswärtigen Amts, der unter Verkennung der allgemeinen und römischen Lage verlangte, die Botschaft solle Italien zum sofortigen Losschlagen für uns veranlassen. Herr von Flotow hielt diesen Auftrag mit Recht für nicht durchführbar. Ich erzählte ihm dessen Vorgeschichte und erbot mich, einen Militär-Bericht mit meiner Stellungnahme im Entwurf vorzulegen. Der betreffende Bericht, mit dem der Botschafter einverstanden war, ist am 16. November abgegangen. „Es ist wahrscheinlich, daß Italien seine Neutralität im Frühjahr aufgibt, und möglich, daß dies zu unseren Gunsten geschieht. Eine Aufgabe, die über die Verwirklichung dieser Möglichkeit hinausgeht, möchte ich unserer hiesigen Militärpolitik nicht gestellt wissen.

Der Versuch, die bewaffnete Parteinahme Italiens für uns von heute auf morgen zu erzwingen, ist aussichtslos. Eine Politik im schroffen Gegensatz zur öffentlichen Meinung ist in Italien ausgeschlossen. Wie jedoch die Regierung von der öffentlichen Meinung gemacht wird, macht sie ihrerseits wieder, wenn sie es richtig anfängt, die öffentliche Meinung. Diese läßt sich aber nur ganz allmählich ummodeln. Das neue Kabinett Salandra bekennt sich wie das abgedankte zur bewaffneten Neutralität. Es scheint aber stark damit zu rechnen, daß sie ein Ende nimmt. Sonst wären die ungeheuren Ausgaben für Heereszwecke unverständlich. Im Frühjahr hofft man schlagfähig zu sein. Die Iden des März könnten wieder zum historischen Datum werden. Noch schwieriger als die Frage, ob man losschlagen soll, ist die Frage, für wen. Man hat Angst, auf das falsche Pferd zu setzen. Der Italiener ist, obgleich leidenschaftlicher Wallungen fähig, im Grunde Verstandesmensch. Die Entscheidung darüber, für wen er Partei nimmt, wird mit dem Kopf und nicht mit dem Gefühl getroffen werden. Das Interesse Italiens spricht, soweit ich es beurteilen kann, für Anschluß an die Mittelmächte. Daß die Regierung diese Überzeugung gewinnt, ist nicht unwahrscheinlich. Die Konsequenzen aus ihr zu ziehen, wird ihr aber erst nach gründlicher Vorarbeit möglich sein. Gegen das verhaßte Österreich kann Italien einen Volkskrieg inszenieren. Gegen den Verband nur einen Kabinettskrieg und auch das nur, wenn die öffentliche Meinung allmählich an diesen Gedanken gewöhnt worden ist. Hierbei kann man die italienische Regierung deutscherseits unterstützen. Den Haupttrumpf muß die Armee ausspielen. Aber selbst, wenn alles nach Wunsch geht, muß man sich

bis zum Frühjahr gedulden. Vorher will und kann Italien, wenigstens nicht als unser Verbündeter, in den Krieg eintreten."

Die militärischen Hoffnungen, mit denen ich aus dem Großen Hauptquartier nach Rom gekommen war, hatten sich nicht erfüllt. Im Westen waren bis Mitte November die beiderseitigen Versuche, den Nordflügel der Grabenlinie zu umfassen, gescheitert. Schon einen Monat früher war die Aussichtslosigkeit der Weichsel-Offensive erkannt und der Rückzug eingeleitet worden. Aus ihm heraus wurde die Masse des deutschen Ostheeres zu einem neuen Vorstoß nach der Gegend von Hohensalza verschoben. Nach anfänglichen Erfolgen stellte sich für die Heeresleitung bis zum 25. November heraus, daß Durchschlagendes nicht zu erreichen war. Von der italienischen Presse wurden unsere Erfolge angezweifelt und die gegnerischen übertrieben. „Wir kommen uns hier vor", schrieb ich am 27. Nov., „wie ein schlechtes Börsenpapier, das jeden Tag anders notiert wird." Für den 3. Dezember war die Kammer einberufen. Vorher wollte sich die italienische Regierung durch mündliche Aussprache mit ihren Botschaftern über die Lage unterrichten. Es stand zu erwarten, daß bei der Konferenz wichtige Entschlüsse gefaßt würden. Um so bedauerlicher war es, daß unsere beabsichtigte positive Politik noch nicht in die Erscheinung getreten war. Die Hoffnung, daß unser Botschafter sie in Angriff nehmen würde, hatte ich aufgegeben. Er war ihr nur mit dem Kopf, nicht mit dem Körper gewachsen. Dazu kam, daß seine Stellung durch Berliner Intriguen geschwächt wurde. Nach allem hielt ich es für nötig, die Lage zu klären: Ich machte dem Botschafter eine schriftliche Meldung über einschlägige Äußerungen eines deutschen Geschäfts-

mannes, der sich vorübergehend in Rom aufhielt, und benutzte sie, um die Frage seiner Beurlaubung anzuschneiden. Er sprach sich daraufhin ganz offen über sie aus nnd sagte dem Sinne nach, er halte zwar einen Erfolg der von ihm verlangten aktiven Politik für nicht ganz ausgeschlossen, fühle sich jedoch dieser Aufgabe gesundheitlich nicht gewachsen. Ich drahtete nach dieser Aussprache am 29. November an den Generalstabschef, es sei Gefahr im Verzuge und Fürst Bülow meines Ermessens die gegebene Persönlichkeit für Rom. Schon am 1. Dezember bekam ich die Antwort, daß Fürst Bülow nach Rom käme, und teilte dies dem Botschafter mit, der noch keine Nachricht hatte. Da mir mein Wunsch so schnell erfüllt wurde, darf ich mir leider nicht schmeicheln, daß ich zur Ernennung des Fürsten beigetragen habe. Wer sie durchgesetzt hat, ist mir nicht bekannt. Leicht wird es infolge der Angst vor Bülow redivivus, nämlich davor, daß der Vorgänger zum Nachfolger des Kanzlers werden könnte, nicht gewesen sein.

Am 30. November war mir das Ersuchen des Chefs der Nachrichten-Abteilung des Generalstabs des Feldheeres zugegangen, bei Bearbeitung der britischen Armee mitzuhelfen. Außerdem stellte mir der Abteilungschef anheim, mich ihm gegenüber nach Bedarf in Briefen, die er dem Generalstabschef vorlegen würde, mit voller Offenheit auszusprechen. Hiervon machte ich am 4. Dezember zum ersten Mal Gebrauch, um den von mir angestrebten österreichisch-italienischen Vergleich vor dem Hintergrund einer gegen England gerichteten Mittelmeer-Kriegführung plastisch herauszuarbeiten. „England, das Reich — nicht die Insel, ist für uns der Hauptfeind. Seine debellatio kommt

wegen der Unterlegenheit unſerer Flotte nicht in Frage. Wir können aber die Weltlage zu Englands Ungunſten umgeſtalten. Dieſe Hauptaufgabe wird aber nicht von allen, die an ihr mitarbeiten ſollten, erfaßt. Insbeſondere werden unſere militärpolitiſchen Aktionen in den Umländern des Mittelmeeres nicht einheitlich im Hinblick auf ſie geleitet. England-Aegypten-Indien bilden den Rumpf des britiſchen Reichs. Seine Achillesferſe liegt im Mittelmeer. Dieſen Schwächepunkt müſſen wir zum Angriffspunkt machen. Darauf iſt auch unſere italieniſche Politik einzuſtellen. Nach einem Siege des Verbandes wäre Italien „bottled up“ in der Adria. Mittelmeerzukunft hat es nur von einem Siege der Zentralmächte zu erwarten, der die Umländer des Mittelmeers einbegreift. Andererſeits brächte uns Italiens Neutralität um die Möglichkeit, die Engländer aus dem Mittelmeer zu entfernen. Trotzdem wollten wir uns bis vor kurzem mit ihr begnügen. Als Siegespreis winkt dem Römer das imperium maris mediterranei. Er ſoll für ſich, nicht für uns kämpfen. Das könnte ihm einleuchten. Vorbedingung für ſein Zuſammengehen mit den früheren Verbündeten iſt jedoch ein verbeſſertes Verhältnis zu Öſterreich. Läuft eine einſchlägige Aktion in Öſterreich nicht mit derjenigen der hieſigen Botſchaft, Italien für uns zu gewinnen, parallel, ſo prophezeie ich der letzteren einen glatten Mißerfolg. Der gegebene Wiener Sonderbotſchafter iſt der Hausminiſter Graf Eulenburg. Ergreift das Auswärtige Amt nicht die Initiative in dieſer Angelegenheit, muß der Generalſtab es tun. Von Öſterreich müſſen wir außerdem verlangen, daß es baldigſt den Weg für unſere Munitionsſendungen nach der Türkei frei macht. Ich komme jetzt zum Ausgangspunkt zurück. Italien und

die Türkei sind für uns nur Mittel zum Zweck, die englische Herrschaft im Mittelmeer zu brechen."

Ich möchte hier mit einer Zwischenbemerkung der weiteren Entwicklung vorgreifen. Der Hauptgrund dafür, daß Italien schließlich gegen uns in den Krieg eingetreten ist, dürfte seine Furcht vor der englischen Flotte gewesen sein. Die vom Großadmiral v. Tirpitz befürwortete Aktivität unserer Hochseeflotte hätte vermutlich zu Erfolgen geführt, die Italien nicht nur von der Furcht vor englischen Angriffen und wirtschaftlichen Repressalien befreit, sondern ihm auch Mut und Möglichkeit gemacht hätten, im Zusammenwirken mit der k. und k. Flotte und unseren Unterseebooten das Mittelmeer von Verbandsschiffen zu säubern. Die gegenteilige Wirkung mußte der „wohlwollende Krieg", zeitigen, den Herr von Bethmann gegen die Engländer geführt wissen wollte, die man nur ja nicht reizen dürfe. Diesen Hintergedanken der deutschen Politik haben die Italiener natürlich herausgefühlt und sich gehütet, es mit einer Macht zu verderben, auf die das große Deutschland derartige Rücksichten glaubte nehmen zu müssen.

Die militärischen Ereignisse der ersten Dezemberhälfte waren unerfreulich. Die Vernichtung unserer Kreuzer traf zeitlich mit der österreichischen Niederlage in Serbien zusammen. „Den Leuten hier," schrieb ich am 11. Dezember, „schwillt von alledem der Kamm und sie überlegen sich schon, ob sie so gnädig sein sollen, Trient anzunehmen, das der Weihnachtsmann Bülow ihnen natürlich mitbringen muß!" Als dann die Serben am 14. Dezember wieder in Belgrad einzogen, wurde es in Italien Mode, die Monarchie als „Kadaver" zu bezeichnen. Bis zum gleichen Zeitpunkt hatten sich unsere Offensiven in Galizien und

Polen totgelaufen. Daß es sich nur um Gegenangriffe einer strategischen Verteidigung handelte, die des russischen Riesenangriffs durch sie Herr geworden war, wollten oder konnten die Italiener nicht begreifen. Unter diesen Umständen bekehrte ich mich zur Trentino-Politik, die mir natürlich unsympathisch war und gegen die ich mich reichlich lange gewehrt hatte.

Am 17. Dezember traf Bülow in Rom ein. Auf meinen Brief an den Chef der Nachrichten-Abteilung vom 4. Dezember war noch nicht reagiert worden. Er war dem Abteilungschef, wie ich später hörte, auf den südöstlichen Kriegsschauplatz nachgereist. Am 18. Dez. schrieb ich deshalb erneut wegen der Wiener Parallel-Aktion, deren Notwendigkeit inzwischen noch handgreiflicher geworden war. „Fürst Bülow ist Gott sei Dank angekommen. Damit haben wir in Rom einen diplomatischen 42 cm-Mörser aufgefahren. Wir schaffen es aber nicht mit dem einen, sondern brauchen einen zweiten in Wien. Der italienisch-österreichische Gegensatz muß schnell und gründlich beseitigt werden. Das ist nur noch durch die Abtretung des Trentino zu erreichen. Fürst Bülow wird sich kaum ganz frei über das für Wien Notwendige aussprechen können. Da muß also der Generalstab einspringen. Er muß sich überhaupt mehr als bisher für die Zusammenarbeit mit der Diplomatie interessieren. Wir brauchen im Auswärtigen Amt noch während des Krieges eine Reform an Haupt und Gliedern."

Am 21. Dezember schrieb ich in derselben Angelegenheit an den Reichskanzler. Ich knüpfte an eine Äußerung meines Vaters zu Alexander III. an: „Majestät, eine langjährige Erfahrung hat mich gelehrt, daß es Dummheiten gibt, deren nur die Österreicher fähig sind." Derartige Dummheiten haben uns um die Waffen-

hilfe Italiens und Rumäniens gebracht. Weitere werden diese möglichen Verbündeten ins Lager der Feinde drängen, wenn wir Wien nicht fest in die Hand nehmen. Was wir erreichen wollen, muß bis zum 15. Februar erreicht sein. Läßt sich bei Eröffnung der Kammer kein befriedigendes Verhältnis zu Österreich konstatieren, wird es der Regierung nicht mehr möglich sein, sich für uns umzustellen. Daß ich mir erlaubte, die Entsendung eines Sonderbotschafters nach Wien anzuregen, rechtfertigte ich damit, diese Frage sei so delikater Natur, daß sie von keinem Untergebenen des Auswärtigen Amts und erst recht nicht vom Fürsten Bülow mit rückhaltloser Offenheit besprochen werden könne. Natürlich bekam ich keine Antwort. Dem Fürst-Botschafter habe ich erst nachträglich gemeldet, was ich wegen der Wiener Parallelaktion an Generalstab und Kanzler geschrieben hatte. Man spiele durch, wie die Dinge sich vermutlich entwickelt hätten, wenn der Hausminister in Wien und der Alt-Reichskanzler in Rom mit Rückhalt an Kaiser und Kanzler und im Benehmen mit einander die Trentino-Aktion um die Jahreswende 14/15 in Angriff nahmen. Österreich befand sich zu diesem Zeitpunkt unter Hochdruck. Nur mühsam erwehrte es sich eines russischen Angriffs auf die Karpathen, zu dem der Großfürst nach dem Scheitern seiner Gesamtoffensive noch die Kraft aufgebracht hatte. Die Gunst der Stunde wurde aber von unserer Reichsleitung nicht ausgenutzt. Ich knüpfe hier nachher wieder an.

In der Folgezeit lieferten mir die Rüstungen Italiens reichlichen Stoff zur Berichterstattung. In einem Militärbericht vom 24. Dezember stellte und beantwortete ich die Fragen: Über wie viel Mannschaften verfügt Italien für einen Feldzug im Früh-

jahr 1915? Wie viel Mann hatte es seit Beginn des Krieges jeweilig unter den Waffen? und: Was kann Italien im Frühjahr 1915 an aktiven, Mobilmiliz- und Territorialmiliz-Verbänden aufstellen? In einem weiteren Bericht von demselben Tage beleuchtete ich den Wert der Waffenhilfe Italiens für Deutschland im Hinblick auf England. Ich wünschte mir einen baldigen Angriff der Osmanen auf den Suez-Kanal, um dort die Etappenlinie England-Indien zu durchschneiden und dadurch das britische Prestige in Afrika und Asien zu erschüttern. Ein italienischer Angriff auf die Türkei mußte ihn ausschließen. Hoffnung auf eine frühzeitige Parteinahme der Italiener für uns machte ich mir nicht. Ein Rumäne hatte kürzlich geäußert: „Italien will gerade noch rechtzeitig ankommen, um die Leiche begraben zu helfen. Mit uns Rumänen ist es übrigens auch nicht viel anders."

Die Orientierung des Chefs der Nachrichten-Abteilung über die Entwicklung der Lage setzte ich fort. Am 30. Dezember 14 schrieb ich ihm unter anderem: „Die Faktoren, mit denen hier zu rechnen ist, haben sich mir erst allmählich herausgeschält. Im allgemeinen sah ich aber schon richtig, als ich eine unzweideutige Parole für die Botschaft erbat. Seither sind zwei Nova eingetreten: die Beteiligung der Türkei am Kriege und die Niederlage in Serbien. Jene vermindert die Aussicht auf unbegrenzte Dauer der Neutralität Italiens, diese die Aussicht, daß es für uns in den Krieg eintritt. Österreich muß sich vor dem 15. Februar zur Hergabe des Trentino entschließen. Nach Abschluß der Rüstungen gleicht die hiesige Armee einem geladenen Gewehr. Es wird fast von allein losgehen und zwar, wenn Österreich ihm keine andere Richtung gibt, gegen uns." Ich

kam dann auf den für mich springenden Punkt unserer Gesamtlage: „In der Leitung unserer Auswärtigen Angelegenheiten muß ein System- und Personenwechsel eintreten. Die Initiative des Generalstabs in Einzelfällen kann die fehlende außenpolitische Zentrale nicht ersetzen. Eine Militärpolitik, die ausschließlich von der Armee gemacht wird, die eigentlich nur ausführendes Organ sein dürfte, muß immer Stückwerk bleiben. Wir brauchen unbedingt eine Stelle, die den unmittelbaren Eindrücken des Krieges entrückt, mit Militär und Diplomatie einheitlich auf ein klar erkanntes Ziel hinarbeitet. Die Armee muß dafür sorgen, daß sie geschaffen wird."

Um die Jahreswende war die Lage Österreichs besonders mißlich. Das kam natürlich, dem österreichischen Naturell entsprechend, sofort in der Stimmung der K. u. K. Diplomaten in Rom zum Ausdruck. Während das Trentino bisher in unseren Unterhaltungen totgeschwiegen worden war (zwischen Seiller und mir allerdings nicht), wurde ich nunmehr von verschiedenen österreichischen Herren darauf angesprochen. Schließlich schickte mir sogar der Botschafter Baron Macchio seinen Militär-Attaché mit der Bitte, mich rückhaltlos zur Situation zu äußern. Ich tat dies zunächst mündlich und anschließend in einem Brief vom 4. Januar 15, den Seiller an seinen Generalstabschef, General v. Conrad, weitergab. Meine Ausführungen schlossen mit periculum in mora. Einer schnellen Erledigung der Trentino-Angelegenheit standen hauptsächlich die Anhänger der Bluff-Theorie im Wege, die behaupteten, der italienische „Erpresser" werde nicht losschlagen. Zu ihnen gehörte die Mehrzahl der Österreicher, die den „Katzelmacher" nur in Momenten besonderer Depression

ernst nahmen. Zu ihnen gehörte aber auch eine Reihe von maßgebenden Persönlichkeiten unseres Außendienstes. Über diese Irrlehre schrieb ich am 3. Januar an den Chef der Nachrichtenabteilung: „Es bleibt nicht ganz ausgeschlossen, daß uns Italien nur blufft; um sicher zu gehen, müssen wir aber die Working hypothesis beibehalten, daß Italien etwa im März für oder gegen uns in den Krieg eintritt."

Der entsprechende Passus in meinem Brief vom 4. Januar an Seiller lautete: „Ob es die derzeitige italienische Regierung auf einen Krieg mit Österreich ankommen lassen oder nur bluffen will, ist ziemlich gleichgültig. Die italienische Armee gleicht im Frühjahr einem geladenen Gewehr. Die öffentliche Meinung wird eventuell auch gegen den Willen der Regierung Feuer reißen." Durch Verzögerung des Vergleichs wurde es außerdem immer schwieriger. Fürst Bülow erinnerte mich an die Geschichte von den Sibyllinischen Büchern. In meinem oben angezogenen Schreiben vom 3. Januar sagte ich über die österreichischen Kompensationen: „Worin sie schließlich bestehen werden, hängt vom Kriegsverlaufe ab. Valona hat sich Italien schon genommen. An Vorwänden, Südalbanien zu besetzen, wird es nicht fehlen. Südalbanien und das Trentino werden sich also wohl den Römern nicht vorenthalten lassen. Die verspätete Bereitwilligkeit Österreichs, zu verhandeln, wird übrigens nach seinen neuerlichen Niederlagen keinen durchschlagenden Erfolg mehr haben. Italien schraubt seine Aspirationen von Tag zu Tag höher und träumt bereits von der Adria als italienischem Binnenmeer. Die Massen sind aber nicht von tiefgehender Begeisterung für die Adria-Ideale durchdrungen. Die Presse darf ungehindert hetzen. Es liegt Elektrizität in der Luft. Ungeschick

oder böser Wille könnten sie zur Entladung bringen. Wir haben die Dinge etwas lange laufen lassen. Es wird alles darauf ankommen, von wem und wie zwischen Österreich und Italien verhandelt wird. Jedenfalls muß es unter deutscher Ägide und im Hinblick auf die Rekonstruktion des Dreibundes geschehen."

Ein Eingang der Botschaft vom 6. Januar ergab, daß man in Berlin mit der Möglichkeit rechnete, Italien durch die Zedierung des Trentino zu einer sofortigen drohenden Haltung oder gar Kriegserklärung gegen Frankreich zu veranlassen, und an diese Eventualität weitergehende Hoffnungen knüpfte. Ich drahtete an den Generalstab, daß bei der derzeitigen Stimmung Italiens sofortige Gegenleistungen für die Abtretung des Trentino überhaupt nicht zur Diskussion ständen, und führte dies in einem Brief an den Chef der Nachrichten-Abteilung näher aus. Am 18. Januar nahm ich zu dieser Frage in einem Militärbericht Stellung: „Ich bin noch immer der Ansicht, daß uns die hiesige Botschaft, wenn sie ausreichend unterstützt wird, die Waffenhülfe Italiens verschaffen kann. Man darf aber nicht versuchen, den ersten Schritt vor dem zweiten zu tun. Der erste ist die Beseitigung des akuten Gegensatzes zwischen Österreich und Italien, der zweite die Hinarbeit auf die bewaffnete Parteinahme Italiens für uns. Entschließt sich Österreich nicht bald, das Trentino abzutreten, so bedeutet das zu Frühjahr 1½ Millionen neuer Feinde. Diese Mehrbelastung muß unserer Armee erspart werden. Österreich scheint allerdings va banque spielen zu wollen. Dies mitzumachen, läßt sich nicht einmal der Nibelungentreue zumuten. Österreich muß begreifen, daß wir uns nicht mit in das Grab legen, das es sich gräbt. Im August war für das Trentino noch die

Waffenhülfe, heute ist dafür nur die Neutralität Italiens zu haben. Es ist aber Gefahr im Verzuge, die einschlägige Arbeit ist in der Hauptsache in Wien zu leisten. Wird dort nicht der erste Schritt getan, kommt der zweite nicht in Frage. Es steht nicht zu erwarten, daß Italien nach Abtretung des Trentino sofort eine ausgesprochene Dreibundpolitik treibt. Dazu ist die öffentliche Meinung zu verhetzt. Sie wird sich aber abwiegeln und umstellen lassen. Vorbedingung hierfür ist jedoch, daß sich der Glaube an den Sieg der Zentralmächte wieder belebt. Er ist hier nämlich erloschen. Man bewundert uns, sagt sich aber: „Die Deutschen haben nach Paris, Calais und Warschau gewollt, sind aber nicht hingekommen, ihre Verbündeten sind geschlagen.“ Verbessert sich unsere militärische Lage, wird die Wirkung auf Italien nach vorheriger Beseitigung seines akuten Interessengegensatzes zu Österreich nicht ausbleiben. Der Sieg des Dreiverbandes brächte es um seine Mittelmeerzukunft, hätte außerdem einen Ruck nach links zur Folge. Heer und Flotte sind gerüstet und wollen sich betätigen. Ich halte es deshalb für möglich, daß wir nach dem ersten auch noch den zweiten Schritt tun werden.“ Am Tage, wo ich dies schrieb, wurde mir mitgeteilt, daß Fürst Wedel in Sondermission nach Wien ginge.

Der von mir angeregte Vorschlag des Fürst-Botschafters, mich dem Fürsten Wedel vorübergehend beizugeben, wurde abgelehnt. Um trotzdem meine Ansicht in Wien erneut an den Mann zu bringen, schrieb ich am 17. Januar an meinen Freund Seiller: „Ich setze voraus, daß sich unsere Herren Missionschefs mit voller Offenheit aussprechen. Gewisse Rücksichten sind aber wohl im diplomatischen Verkehr zu nehmen. Wir Soldaten dürfen und müssen das Kind

beim richtigen Namen nennen. Ich drahtete kürzlich an das Große Hauptquartier, daß es hier jetzt um die Wurst geht. Der Ausdruck ist banal, kennzeichnet aber die Lage. Italien steht vor einer weltgeschichtlichen Entscheidung, hat sich aber der Wahlfreiheit begeben. Ursprünglich wollte es wohl das Trentino ohne Krieg erlangen. Um einen Druck auf Wien auszuüben, hat das Kabinett die öffentliche Meinung, das heißt die Minorität, die in romanischen Ländern über Krieg und Frieden entscheidet, so erregt, daß es entweder über den friedlichen Erwerb des Trentinos berichten oder uns im Frühjahr den Krieg erklären muß. Da sich Rumänien nach Italien richten will, bedeutet die italienische Kriegserklärung 1½ Millionen neuer Feinde. Dieser Mehrbelastung sind die verbündeten Heere nicht gewachsen. Sie wäre übrigens aus geographischen Gründen hauptsächlich von Österreich zu tragen. Rußland würde wieder angreifen, die Türkei müßte Frieden schließen, Bulgarien könnte nichts gegen Serbien unternehmen, das der verdienten Strafe entginge. Trotz allem ließe sich Deutschlands Besitzstand vielleicht wahren. Es wäre aber beim besten Willen außerstande, genügende Kräfte an Österreich abzugeben, um es zur Verteidigung seiner Grenzen gegen die feindliche Übermacht zu befähigen. Der Friede würde von einem Kongreß diktiert werden. Auf ihm könnte selbst ein Metternich die Monarchie nicht vor Gebietsverlust bewahren, der ihre Großmachtstellung gefährden müßte. Ganz anders werden sich die Dinge gestalten, wenn Österreich seinen akuten Interessengegensatz zu Italien aus der Welt schafft. Italien ist nicht kriegslustig. Es würde gelingen, die öffentliche Meinung abzuwiegeln, wenn das Trentino abgetreten wird. Daß dies noch möglich wäre, wenn

der Verzicht erst nach Eröffnung der Kammer erfolgt, glaube ich allerdings nicht. Um den Preis des Trentino ist zunächst nur die Neutralität Italiens zu erkaufen. Die Annäherung an Österreich würde jedoch Italien sofort in einen gewissen Gegensatz zur Entente bringen. Dieser ließe sich vertiefen. Kommen dann Erfolge auf den Kriegsschauplätzen hinzu, ist es nicht ausgeschlossen, daß die Italiener noch mit den Waffen für uns Partei nehmen. Bleiben sie nämlich bis zum Kriegsende neutral, so hätten sie es mit allen verdorben. Den Verlust des Trentino könnte Österreich durch Gebietszuwachs in Polen und Serbien wettmachen. Ich bemerkte aber schon neulich: periculum in mora. Dies Wort unterstreiche ich heute. Nach zuverlässigen Nachrichten sollen die italienisch-rumänischen Abmachungen in Bälde zu einer Militärkonvention ausgebaut werden. Wird die Trentino-Frage nicht vorher erledigt, so ist die Möglichkeit dafür vermutlich verpaßt. Italien könnte Rumänien versprechen, daß es keine Kompensationen annimmt, ohne gleichzeitige für Rumänien zu erwirken."

Auch dieser Brief wurde, wie mein vorheriger, mit beipflichtendem Kommentar an den K. und K. Generalstab weitergegeben.

Während die Österreicher Anfang Januar sehr schwarz gesehen hatten, schlug ihre Stimmung gegen die Mitte des Monats in einen nicht berechtigten Optimismus um. Bis zu diesem Zeitpunkt waren nämlich die in der zweiten Dezemberhälfte begonnenen Angriffe auf unsere Westfront gescheitert und der russische Karpathen-Angriff im Schnee stecken geblieben. Ab Mitte Januar wurden dem Feldmarschall von Hindenburg vier neue deutsche Armee-Korps für eine Offensive aus Ostpreußen überwiesen, und gleich-

zeitig mit ihnen sollten die aus der deutschen Ostfront verstärkten Österreicher über die Karpathen vorstoßen.

Am 20. Januar meldete ich der Nachrichten-Abteilung, daß der Botschafter Baron Macchio wieder auf dem Standpunkt stände, daß Italien uns bluffe. Die Villa Malta triebe in majorem gloriam des Fürsten Bülow italienische Politik. Die jeweilige Haltung des Botschafters spiegelte immer die des Ballplatzes wieder.

Am 27. Januar ging er so weit, dem Gottesdienst zur Feier von Kaisers Geburtstag fern zu bleiben und seinen Herren die Beteiligung zu verbieten. Seiller und der K. und K. Marine-Attaché waren außer sich. Ein österreichischer Sekretär äußerte: „Ihr müßt uns drohen!“ Wir hätten aber auch ohne Drohung in Wien Erfolg gehabt, wenn wir es richtig angefangen hätten. Das war jedenfalls die Überzeugung, die mir Fürst Wedel später ausgesprochen hat.

Am 25. Januar depeschierte ich dem Generalstabschef in folgendem Sinne: „Die Eingänge der Botschaft ergeben, daß zwischen dem Reichskanzler und Fürst Wedel auf der einen und den Herren von Jagow und von Tschirschky auf der anderen Seite eine Meinungsverschiedenheit über die Trentino-Angelegenheit besteht. Die letztgenannten verkennen noch immer den Ernst der Lage. Alle Beteiligten müssen unbedingt vom Reichskanzler mit gebundener Marschroute versehen werden. Dringen wir in Wien nicht bis zur hiesigen Kammereröffnung durch, ist das italienische Kabinett der Kriegspartei ausgeliefert. Die hierfür Verantwortlichen hätten den Verlust des Krieges auf dem Gewissen.“ Was ich hiermit zur Sprache brachte, wußte man nirgends besser als in Wien.

Hieraus erklärt sich die Ergebnislosigkeit der Fürst Wedelschen Mission.

Am 28. Januar wurde ich durch ein Telegramm des Generalstabschefs nach Berlin befohlen. General von Falkenhayn stellte mir mehrere Fragen, die ich nach vierundzwanzigstündiger Überlegung beantworten sollte. Die Hauptpunkte waren, ob man sich durch Vergleich mit Rom der Rumänen versichern könne, ohne auch sie zu kompensieren, und wie ich mir die Technik unserer Vermittlung zwischen Österreich und Italien dächte. Eine Niederschrift für den Generalstab vom 4. Februar gibt das wieder, was ich dem General von Falkenhayn vortrug: „Die italienische öffentliche Meinung ist auf das Trentino versessen. Sie bekäme es am liebsten ohne Krieg, wird aber, wenn dies mißlingt, die Regierung vor die Alternative: Revolution oder Krieg mit uns stellen. Daran kann selbst ein Fürst Bülow nichts ändern. Erklärt uns Italien den Krieg, wird Rumänien seinem Beispiel folgen. Daß es ohne Italien in den Krieg gegen uns eintritt, ist unwahrscheinlich. Die italienische Kriegserklärung bedeutet deshalb für uns 1½ Millionen neuer Feinde. Sie zwänge die Türkei, von Deutschland abgeschnitten, Frieden zu schließen, und Bulgarien, neutral zu bleiben. Ihre Wirkung wäre für Österreich katastrophal. Uns brächte sie um den in Aussicht stehenden ganzen Erfolg. Die Armee muß deshalb von den Diplomaten fordern, daß sie die italienisch-rumänische Gefahr beschwören. Es ist zunächst festzustellen, wofür wir die wohlwollende Neutralität Italiens erkaufen können. Ich glaube, daß sich der Preis auf eine Grenzkorrektur am Isonzo und das alte Fürstbistum Trient beschränken läßt. Der Rumänen würden wir uns damit mitversichern.

Hierzu hat unsere Diplomatie noch genau vierzehn Tage Zeit. Es ist sehr erwünscht, daß Ministerpräsident Salandra in der Eröffnungsrede (der Kammersitzung) die zum Friedensschluß versprochene Zedierung des Trentino in irgend einer mit Wien vereinbarten Formel andeutungsweise proklamieren kann. Bis zu diesem Zeitpunkt ist nämlich die Abtretung des Trentino noch unter Wahrung des Gesichts möglich. Nach verletzenden Kammerreden und gar angesichts einer italienischen Probemobilmachung wäre dies nicht mehr der Fall. Daß die Zedierung in einer für Österreich wenig beschämenden Form erfolgt, ist nämlich für die Moral der K. u. K. Armee von Wichtigkeit. Es ist außerdem die Vorbedingung dafür, daß wir uns später noch die Waffenhilfe von Italien und Rumänien verschaffen. Daß wir in Wien mit der Forderung des Trentino bei ausreichender Brutalität durchdringen, wird von niemand bezweifelt. Die österreichischen Staatsleute wollen in diesem Fall von uns genotzüchtigt werden, um das Odium der Zedierung auf uns abzuwälzen. Das können wir ruhig in Kauf nehmen.

Die Technik einer diplomatischen Aktion überlassen wir Soldaten den Herren vom Fach. Wir haben aber, wo es sich um vitale Interessen der Armee handelt, die Berechtigung gegen eine Technik zu protestieren, die das gesteckte Ziel unmöglich erreichen kann. Dies liegt bei den halben Maßnahmen der bisherigen Trentino-Aktion auf der Hand. In Wien und Rom reden österreichische und italienische Diplomaten an einander vorbei, ohne das Wort Trentino über die Lippen zu bringen. Baron Burian will den „psychologischen Moment“ abpassen, um die Kompensationsfrage anzuschneiden. Er wird ihn aber

bestimmt verpassen und zwar nicht nur für Österreich, sondern für uns mit. Die Verantwortung hierfür träfe unsere Regierung. Es ist jetzt der letzte Augenblick, in dem sie die Rolle des ehrlichen Maklers zwischen Wien und Rom noch mit Aussicht auf Erfolg übernehmen kann. Das Tempo der Trentino-Aktion ist unbedingt zu beschleunigen. Hierfür sehe ich keine andere Möglichkeit, als daß der Herr Reichskanzler für Deutschland von Österreich und Italien ein Vermittlermandat erbittet und dann die weiteren Verhandlungen unter deutscher Ägide von bevollmächtigten Vertretern der beiden Mächte, etwa in Rom, führen läßt." Als General von Falkenhayn mich entließ, gab er mir die Hand darauf, nach Kräften im Sinne des Fürst-Botschafters auf die Leitung unserer Auswärtigen Angelegenheiten einwirken zu wollen. Das hat er auch getan. Aus meinen Unterhaltungen im Auswärtigen Amt ist mir nur eine Äußerung des Unterstaatssekretärs Zimmermann im Gedächtnis geblieben. Seine Erwiderung auf meine Darlegung schloß dem Sinne nach wie folgt: „Von Ihrer Voraussetzung ausgehend, daß Italien losschlägt, wenn es nicht von Österreich kompensiert wird, würde ich zu denselben Folgerungen gelangen, wie Sie. Ich halte Ihre Voraussetzung aber nicht für richtig." Nach einem nächtlichen Spaziergang in den Straßen Berlins trennte sich der italienische Militär-Attaché von mir mit den Worten, der Krieg erscheine ihm ohne „satisfaction territoriale" für Italien unvermeidlich.

Nach Rom zurückgekehrt, meldete ich der Nachrichten-Abteilung am 9. Februar: „Unser Druck auf Wien war gerade stark genug, um einen Gegendruck auszulösen. Man ist dort obstinater als je. Mein K. und K. Kollege teilte mir mit, der Generalstabschef

Conrad habe ihn wegen seiner Berichterstattung gerüffelt. Von der Abtretung des Trentino könne gar keine Rede sein. Die Besprechungen zwischen Baron Macchio und Sonnino sind eingeschlafen. An der erhöhten Intransigenz Österreichs ist zum Teil unsere verbesserte militärische Lage schuld. Ungünstig wirken auch die günstigeren Nachrichten aus Rumänien. Hier hat sich nicht nur der jetzige Ministerpräsident, sondern auch Giolitti dem Volke gegenüber auf das Trentino festgelegt." Am 10. Februar erfuhr ich, daß wir durch Herrn von Tschirschky von Wien ein Mandat zur Vermittlung zwischen dort und Rom erbeten und von Burian einen Korb bekommen hatten. Die Zedierung Trients sei ausgeschlossen. Diese „Intransigenz-Erklärung" des österreichischen Außenministers war der Anfang vom Ende des Bülow'schen Kampfes um Rom. Die Meldung des Botschafters von Tschirschky über seinen Mißerfolg war vom Auswärtigen Amt ohne Kommentar an den Fürsten geschickt worden. Ich bedauerte, einen solchen nicht dienstlich von mir geben zu können. Stattdessen regte ich bei unserem Generalstabschef an, den General von Conrad umzustimmen. Am 16. Februar schrieb ich Militär-Berichte über die Artillerie der italienischen Feldtruppen, die italienische Mobilmachung und die Aufstellung von Einheiten zweiter und dritter Linie in Italien. Durch Schilderung der italienischen Rüstungen ließ sich die Bluffheorie am schnellsten ad absurdum führen.

Am 19. Februar, einen Tag nach Eröffnung der italienischen Kammer, berichtete ich an die Nachrichten-Abteilung: „In Italien will fast niemand den Krieg. Für Krieg auf Seiten des Dreiverbandes sind wenige Fanatiker: Republikaner, weil sie vom Sieg Frankreichs

den ihrer Prinzipien erhoffen; Nationalisten aus Haß gegen Österreich und Begeisterung für ein größeres Italien. Für Krieg überhaupt sind die ehrgeizigen Berufsoffiziere. Die Masse der Gebildeten und des Volks ist friedliebend. Erdbeben, Wasserschaden und Teuerung haben ihre geringe Unternehmungslust noch vermindert. Andererseits verlangt jeder Italiener von seiner Regierung, daß sie die Notlage des österreichischen Erbfeindes zur Verwirklichung der nationalen Aspirationen ausnutzt. Mit Vernunftgründen ist gegen diesen Monoideismus nicht aufzukommen. Salandra hat obendrein das Seine getan, die Italiener auf eine Grenzberichtigung im Norden scharf zu machen. Giolitti hat sich mit seinem bekannten Brief im gleichen Sinne festgelegt. Die Regierung befindet sich in einer zum Teil selbstverschuldeten Zwangslage. Sie muß, oder glaubt dies wenigstens, wenn man ihr keine Grenzkorrektur zugesteht, zwischen Krieg und Revolution wählen. Auch der König ist dieser Ansicht. In Erkenntnis hiervon hat Deutschland seine Trentino-Aktion eingeleitet. Sie sollte bis gestern Herrn Salandra eine Formel liefern, um die Zedierung des Trentino zum Friedensschluß anzudeuten. Hätte man in Wien beim ersten Ansatz durchgedrückt, wäre heute die italienische Gefahr beseitigt und die Balkanlage zu unseren Gunsten geklärt. Obgleich jedoch die Regierung sich gestern über ihr Verhältnis zu Österreich ausschweigen mußte, ist dieser kritische Tag ohne Zwischenfall vorübergegangen. Salandra hofft eben noch, daß wir in Wien obsiegen. Seine Sprache ist aber schon deutlicher geworden. Auf die griechischen Kalenden will er sich nicht vertrösten lassen. Er schickt sich an, schärfere Seiten aufzuziehen. Zum 15. März ist die Rekrutenausbildung abzuschließen. Italien hat

dann 600000 ausgebildete Mannſchaften, gleich drei Vierteln der Kriegsſtärke ſeines Feldheeres bei der Fahne. Der Reſtbedarf iſt durch zwei Reſervejahrgänge zu decken. Die Infanterie- und Artillerie-Einheiten für 12 Reſerve-Diviſionen ſind aufgeſtellt. Dieſe werden ſich deshalb faſt ebenſo ſchnell mobiliſieren laſſen wie die 24 aktiven Infanterie-Diviſionen, mit denen ſie zuſammen das Feldheer bilden. Die Iden des März appellieren an die italieniſche Phantaſie. Der Gedanke liegt in der Luft, für dieſen Tag die Mobilmachung anzuordnen. Sie dürfte zunächſt nur als Preſſionsmittel gedacht ſein. Man wird ihr vielleicht ein Mäntelchen umhängen, ſie als Probemobilmachung bezeichnen oder große Manöver anſagen. Trotzdem bedeutet ſie das Ende der Trentino-Aktion. Unter militäriſchem Druck darf Öſterreich nicht nachgeben. Italien kann nicht zurück. Der Krieg, den Niemand wollte, iſt da."

Am 20. Februar meldete ich dem Generalſtabschef: „Der Abgeordnete Erzberger befindet ſich in Rom. Er iſt vom Reichskanzler hergeſchickt, um ſich ein Urteil über die Lage zu bilden. Herr von Bethmann iſt ſich nämlich nicht ſchlüſſig, ob er der Lagebeurteilung der Herren v. Jagow und v. Flotow oder der des Fürſten Bülow beitreten ſoll. Ich wollte ein Zuſammentreffen mit dem Abgeordneten vermeiden und ſagte deshalb ein Diner beim Geſandten von Mühlberg ab, bei dem ich ihn treffen ſollte. Heute vormittag forderte mich jedoch der Fürſt auf, mich mit dem Abgeordneten über die hieſige Lage zu unterhalten. Ich habe mich infolgedeſſen für morgen mit Herrn Erzberger zuſammen einladen laſſen." Am 24. Februar fügte ich dem hinzu: „Herr Erzberger hat ſich davon überzeugt, daß Fürſt Bülow die Lage richtig beurteilt, und will

alles tun, um das Nötige von Wien zu erreichen.“ In einem Familienbrief vom 25. Februar sagte ich über die Erzberger-Mission: „Daß unsere Regierung sich von diesem robusten, übrigens nicht unsympathischen Volkstribun abhängig macht, ist eine Schande. Hier nennen sie ihn das wandelnde Armutszeugnis. Ich sagte ihm, daß ich sein politischer Feind sei und seine Sendung für unglaublich hielte. Er nahm es richtig auf, sodaß wir recht freimütig verhandeln konnten.“ Die Betrauung eines Parlamentariers mit dem Schiedsrichteramt zwischen dem Auswärtigen Amt und ihm wurde vom Fürsten Bülow ignoriert. Aber auch Herr Erzberger benahm sich einwandfrei und ließ das Unmögliche seines Verhältnisses zum Fürsten nicht in die Erscheinung treten. Er fand sich sofort in die gegebene Rolle des Gehülfen und hat, soweit ich es beurteilen kann, in Rom und anderswo bis zur italienischen Kriegserklärung loyal, wenn auch auf seine Art, und mit erheblichen Teilerfolgen für die Bülow'sche Politik gewirkt.

Bis Ende Februar stellte sich für die Heeresleitung, wenn auch noch nicht für den Zeitungsleser heraus, daß unsere taktischen Erfolge in Masuren sich nicht operativ auswerten ließen. Aus der Karpathen-Offensive war überhaupt nichts geworden. Am 23. Februar hatte ich bereits melden können: „Sogar Baron Macchio, der bisher an Bluff glaubte, hält nunmehr den Krieg für sicher, wenn seine Regierung nicht nachgibt.“ Am 2. März erfuhr ich, daß Conrad sich zu derselben Ansicht bekehrt hatte. Unter diesem Datum berichtete ich an die Nachrichten-Abteilung: „Man hält hier die Aussichten des Verbandes auf die Einnahme von Konstantinopel für günstig und rechnet infolgedessen mit der Möglichkeit, daß die Türkei unter

unſere Feinde aufgeteilt wird. Der Wunſch, hierbei mit bedacht zu werden, fällt bei der Entſcheidung Italiens für oder gegen die Neutralität ſchwer ins Gewicht. Ich kann deshalb keine Gewähr dafür übernehmen, daß die italieniſche Neutralität noch heute für das Trentino zu erkaufen iſt. Natürlich muß man nur um ſo mehr auf Wien drücken, darf aber nicht überraſcht ſein, wenn ſich herausſtellt, daß wir den Zeitpunkt für den öſterreichiſch-italieniſchen Ausgleich verpaßt haben. Die allgemeine Nervoſität nimmt zu, und die Dinge drängen zur Entſcheidung. Da man bereits nahezu mobil iſt und Truppenverſchiebungen unter dem Vorwand von Feldübungen im gemiſchten Verband als Abſchluß der Rekrutenausbildung unauffällig vornehmen kann, werden wir eines Tages vor dem fait accompli der Mobilmachung ſtehen. Wir rechnen mit ihr, wie ſchon mehrfach gemeldet, um Mitte dieſes Monats oder zu Anfang April.“ In einem Militärbericht vom 4. März führte ich etwa daſſelbe aus und fuhr dann fort: „Die Hoffnung des Kabinetts, durch uns mit Öſterreich verglichen zu werden, iſt im Schwinden. Hier wurde neulich ein Wort kolportiert, das ſich zwar ſchlecht anhört, die Anſicht der betreffenden Kreiſe aber kennzeichnet: „à Vienne on est bête et à Berlin on est faible!“ Widerlegen wir den Schlußſatz innerhalb der nächſten Tage, iſt die italieniſche Neutralität vermutlich noch für das Trentino zu haben. Gelingt uns dies nicht, wird Italien unter gleichzeitiger Mobilmachung erhöhte und vielleicht mit Abſicht nicht erfüllbare Forderungen ſtellen. Die Herren Generalſtabschefs der Feldheere von Deutſchland und Öſterreich haben in Teſchen erklärt, daß der Eintritt Italiens in den Krieg gegen uns für die

Zentralmächte den Verlust des Feldzuges bedeutet. Trotz dieses Votums ist Österreich intransigent geblieben. Lassen wir ihm seinen Willen, so verwickelt es uns in einen aussichtslosen Kampf, in dem es schlappmachen und uns im Stich lassen wird."

Am 9. März wurde mir aus Berlin telegraphisch zum Erfolge gratuliert. Angeblich hatten wir unseren Willen in Wien durchgesetzt. Ich bemerkte in einem Privatbrief: „Flaggen tue ich noch nicht." Als Unterlage für meinen Vortrag bei der Botschaft machte ich mir nachstehende Notizen: „Wien soll umgefallen sein. Ob noch rechtzeitig, steht dahin. Dies vorausgesetzt, kommt es darauf an, der Berliner Konferenz den richtigen Drall zu geben. Wie die Österreicher über die Kompensationsfrage denken, ergibt eine Äußerung des Baron Macchio: Die militärische Lage mache es erwünscht, die Italiener abzufinden. Dies werde ihr Verhältnis zu Österreich aber weiter verschlechtern. Er verspricht sich von der Trentino-Aktion also nur die Beseitigung der derzeitigen Kriegsgefahr. Deutschland muß sich auf einen höheren Standpunkt stellen. Wir wollen nicht nur negative, sondern positive Politik treiben. Unser Ziel ist die Neubelebung des Dreibunds. Hieraus ergeben sich für die Leitung der Konferenz folgende Richtlinien: 1. Wir dürfen auf ihr nicht das moralische Pferd reiten. Die Geschichte wird nachweisen, daß nicht nur die italienischen Staatsmänner für das Nichtmitgehen Italiens verantwortlich sind. Man lasse deshalb die Vergangenheit ruhen. Gegenwärtig sind wir daran interessiert, daß Italien das Trentino erhält. 2. Wir müssen praktisch auf den endgültigen Vergleich zwischen Österreich und

Italien hinarbeiten. Hierfür ist der Dreibundvertrag keine brauchbare Basis, da Österreich vorläufig nichts auf dem Balkan unternimmt. Um zu verhindern, daß es, hinter Paragraphen verschanzt, Obstruktion treibt, müssen wir als ehrliche Makler fragen, was Italien für seine Neutralität verlangt, vielleicht einiges abhandeln und Österreich die betreffenden Abtretungen durch Geld oder Land vergüten. Die ganze Aktion muß des Gefühlsmäßigen entkleidet werden. Es ist zu erreichen, daß Österreich nicht nur schnell, sondern mit einer gewissen Grazie gibt." Trotz meiner Skepsis, war ich noch immer zu optimistisch gewesen. Sobald man Burian zum Nachgeben gebracht hatte, mußte das Übrige Schlag auf Schlag gehen. Stattdessen schien man sich in Berlin auf seinen Lorbeeren ausruhen zu wollen. Aus dieser Besorgnis entstand mein Militär-Bericht vom 12. März: „Wir haben den prinzipiellen Widerstand Wiens gegen Vergleichsverhandlungen mit Italien gebrochen, die akute Kriegsgefahr besteht weiter, bis wir unseren Teilerfolg zum ganzen Siege ausgebaut haben. Ich erfahre von deutsch-freundlicher militärischer Seite, daß man die Lage in den hiesigen maßgebenden Kreisen für sehr ernst hält. Noch ist zu hoffen, daß wir bei einiger Ernergie ans Ziel gelangen. Es ist aber Gefahr im Verzuge. Durch Indiskretion hat die italienische Presse vorzeitig erfahren, daß wir zwischen Wien und Rom vermitteln. Mit dem fait accompli des fertigen Vergleichs hätten sich auch die uns feindlichen Blätter abfinden müssen. So können sie die öffentliche Meinung erregen, das, was wir bieten, in ihren Augen entwerten und auf die Gefahr einer Verstimmung der Entente hinweisen. Dadurch wird es der Regierung erschwert, mit uns abzuschließen. Läßt

man der Hetzpresse noch viel Zeit, und ereignen sich uns ungünstige Zwischenfälle, ist es denkbar, daß sich Salandra trotz guten Willens nicht mit uns verständigen kann. Es mag schwer sein, sich in Berlin die hier herrschende Erregung vorzustellen; für den an Ort und Stelle Beobachtenden ist es fraglos, daß sie einen Grad von Spannung erreicht hat, den romanische Nerven auf die Dauer nicht aushalten."

Am 18. März mißglückte ein Großangriff der Verbandsflotte auf die Dardanellen. Dafür hatte sich aber unsere Ostlage verschlechtert. Bis Mitte März war die russische Front der Zentralmächte wieder in die Abwehr gedrängt. Schwierigkeiten machte diese allerdings nur bei den Österreichern. Am 16. März war die Karpathen-Lage besonders ernst und blieb es bis in den April hinein. Trotzdem schien mir in Rom nach Übernahme der Vermittlung durch uns eine gewisse Entspannung eingetreten zu sein. Dies kam in einem Militär-Bericht vom 18. März zum Ausdruck: „Daß Italien in nächster Zeit mobil macht, ist möglich, aber nicht wahrscheinlich. Die Mobilmachung sollte die ultima ratio der bisher befolgten Politik und gegebenenfalls den Übergang zu einer uns feindlichen bilden. Trotz der fast indiskutabeln Forderungen Italiens scheint auf beiden Seiten der Wille zum Vergleich vorhanden zu sein. Die Verhandlungen könnten aber an Ungeschicklichkeiten der Beteiligten scheitern. Unter die, deren Italien sich schuldig machen könnte, fiele der etwaige Versuch, Österreich durch militärische Machtentfaltung zu schnellerem Nachgeben zu bringen. Um dem vorzubeugen, habe ich mich dem italienischen Generalstab gegenüber zu dieser Frage geäußert. Sobald mich die Botschaft über die italienischen Forderungen unter-

richtet hatte, bat ich einen mir bekannten höheren Generalstabsoffizier um eine Unterredung. Er kam zu mir ins Hotel und ich sagte ihm folgendes: „Oberstleutnant Bongiovanni sagte mir in Berlin, er sehe nicht ein, wie sich der Krieg ohne satisfaction territoriale für Italien verhindern lasse. Sie ist jetzt in Reichweite gerückt. Die Gefahr liegt aber vor, daß sich Italien um seinen Erfolg bringt. Man mißtraut der bona fides unseres Bundesgenossen. Damit tut man ihm und uns unrecht. Unsere beiden Generalstäbe wollen den Vergleich im Hinblick auf jetzt und auf Neubelebung des Dreibundes für die Zeit nach dem Kriege. Von mala fides kann also ganz und gar keine Rede sein. Aus dem ungerechtfertigten Mangel an Vertrauen könnten sich verfehlte Pressionsmittel auf Österreich ergeben. Zum Beispiel eine Probemobilmachung. Es liegt auf der Hand, daß Österreich nie nachgeben wird, wenn man ihm die Pistole auf die Brust setzt. In diesem Fall wäre Deutschland damit einverstanden, daß es die Verhandlungen abbricht. Der Italiener wiederholte meine Ausführungen und sagte beim Weggehen mit einer gewissen Feierlichkeit: „Ich versichere Ihnen, daß wir uns zwar auf alle Eventualitäten vorbereiten, daß wir aber zur Zeit nichts Außergewöhnliches, wie Mobilmachung oder gar Aufmarsch vorhaben."

Im obigen Schreiben erwähnte ich zum ersten Mal das Gerücht, der Generalstabschef Graf Cadorna arbeite auf den Krieg hin, weil er sich nur von ihm die Regeneration Italiens verspreche. Es wurde mir von unterrichteter Seite mit dem Hinzufügen bestätigt, der Graf glaube nur an die Möglichkeit eines Kriegs auf Seiten des Verbands. Von dieser Ansicht wollte ich ihn durch den Fürsten Bülow ab-

bringen lassen. Zu der unsererseits beabsichtigten Fühlungnahme ist es aber nicht mehr gekommen. Ich hatte zu Papier gebracht, was sich dem Generalstabschef etwa sagen ließe. Ich teile es mit, weil sich daraus ergibt, wie ich die Möglichkeiten Italiens am 22. März beurteilte: „Die Neutralitätserklärung Italiens wurde in Deutschland zunächst gefühlsmäßig beurteilt. Jetzt wird begriffen, daß sie vom italienischen Standpunkte aus verständlich ist, wenn sie auch unserer Ansicht nach dem Interesse Italiens nicht gerecht wurde. Die Zeit der nutzlosen Rekriminationen ist also vorbei. Es war im Frieden leider versäumt worden, die latenten Gegensätze zwischen Österreich und Italien aus der Welt zu schaffen. Während des Krieges hat sich nun herausgestellt, daß sich der Dreibund nur beleben läßt, wenn Österreich einen Teil der nationalen Aspirationen Italiens befriedigt. Hierzu ist es im wohlverstandenen eigenen Interesse und aus Loyalität gegen uns bereit. Die Monarchie will ihr Verhältnis zu Italien nicht nur im Hinblick auf die nächste Zukunft, sondern endgültig sanieren. Hierfür liegt die Garantie der verbündeten Monarchen vor. Italien kann also seine völkischen Ziele ohne Schwertstreich erreichen und sich gleichzeitig seine Stelle im Dreibund wieder verschaffen. Es muß sich allerdings bei den Verhandlungen vor Augen halten, daß es bei ihnen weder Sieger noch Besiegte geben darf. Der Versuch, Österreich durch militärischen Druck unmögliche Zugeständnisse abzupressen, wäre verhängnisvoll. Österreich verschenkt Gebiete, die es verschenken kann, weil es sie besitzt, und fordert als Gegenleistung nur Neutralität. Der Verband bietet für die Waffenhülfe Italiens Kompensationen, über die er erst nach

einem siegreichen Kriege verfügen kann. Für Leute, die ohne Krieg möglichst viel einheimsen wollen, versteht sich die Annahme des österreichischen Angebots von selbst. Nur ein Soldat, der sich vom Kriege die Regeneration seines Volkes verspricht, könnte schwanken.

Die gegenwärtige Stimmung in Italien läßt ihm anscheinend nur die Wahl zwischen Neutralität und Krieg auf Seiten des Verbandes. Er wird sich fragen müssen, ob die Nachteile eines Entente-Sieges nicht den erwarteten Vorteil wettmachen. In der Türkei und Österreich würde das Bollwerk niedergerissen, das Italien und seine Mittelmeerinteressen gegen die Slawen schützt. Von Österreich würde es kaum mehr bekommen, als heute angeboten wird. Besitz auf dem östlichen Adria-Ufer ließe sich dem erstarkten, von Petersburg abhängigen Südslawentum gegenüber nicht behaupten. Von der türkischen Beute fiele vielleicht dies oder jenes ab. Mit Italiens Mittelmeer-Zukunft wäre es aber vorbei. In der Adria würden die Südslawen die erste Rolle spielen. Herren des Mittelmeers wären Russen, Engländer und Franzosen, denen sich Italien mit gebundenen Händen ausgeliefert hätte. Im Innern wäre ein Ruck nach Links unvermeidlich. Mit diesen Folgen hätte man die etwaige regenerative Wirkung eines Krieges wohl überzahlt. Demgegenüber ist es wenigstens als Doktorfrage von Interesse, was Italien von einem miterfochtenen Sieg der Zentralmächte erwarten darf. Es bliebe mit der bewaffneten Parteinahme für uns auf der Linie, die ihm seine größten Staatsmänner gezogen haben, und würde den baldigen Sieg herbeiführen. Neben den von Österreich abgetretenen Gebieten hätte es auf Tunis zu rechnen. Es stände ebenbürtig neben seinen alten Verbündeten unter einer neugefertigten, auf

Armee und Kirche basierten Monarchie, die es einer der Erben des alten Roms würdigen Mittelmeerzukunft entgegenführen würde. Ganz ohne praktische Bedeutung dürften diese Erwägungen aber doch nicht sein. Ein Weg über die Verständigung mit Österreich zum Bruch mit dem Verband ließe sich schon finden. Zwischenfälle würden nicht ausbleiben. Gravamina gegen den Verband sind schon jetzt genügend vorhanden, um die öffentliche Meinung umstellen zu können. Nach allem steht Italien vor drei Möglichkeiten: Es kann für den Verband fechten und dadurch uns, sich selbst aber im gleichen Maße schädigen. Es kann sich mit dem Trentino begnügen und bis Kriegsende neutral bleiben. Schließlich kann es an unserer Seite in den Krieg eintreten. Damit wäre für Italien und uns der ganze Erfolg sichergestellt."

Neben dem Grafen Cadorna beschäftigte mich nach Beginn der österreichisch-italienischen Verhandlungen die Persönlichkeit des Baron Sonnino, der für mich immer hinter den Kulissen geblieben ist. Meine Phantasie malte ihn sich als italienischen Holstein. Am 20. März schrieb ich der Nachrichten-Abteilung: „Die Zeit zwischen der Intransigenz-Erklärung des Baron Burian und dem Wiederbeginn der Trentino-Verhandlungen war noch kritischer als ich annahm. Baron Sonnino hatte fast alle Hoffnung verloren, das Trentino in gutem zu erlangen, und arbeitete auf eine schnelle Klärung der Lage hin. Sie sollte nach allgemeiner Annahme durch die Mobilmachung herbeigeführt werden. Die erneuerten Verhandlungen fanden bei ihm wenig Entgegenkommen. Angesichts unserer Garantie kann er sein Mißtrauen aber kaum aufrecht erhalten. Bei einiger Geschicklichkeit auf beiden Seiten wird man also wohl zusammen kommen. Natürlich

haben die Italiener zwei Eisen im Feuer. Verhandlungen mit der Gegenseite laufen neben denen mit Österreich her."

Am 23. März berichtete ich an dieselbe Stelle: „Die Kammer ist in die Osterferien gegangen. Minister Sonnino tut nichts, um die Unterhandlungen mit Wien zu beschleunigen. Mir sind deshalb wiederholt Zweifel daran gekommen, ob er den Vergleich mit uns noch will. Er könnte die Besprechungen mit uns dazu ausnutzen, höhere Angebote von der Gegenseite zu erreichen. Mein Verdacht dürfte aber doch wohl nicht gerechtfertigt sein. Seit die Italiener wissen, daß sie sich mit uns verständigen können, haben sie es nicht mehr eilig. In unserem Interesse liegt es dagegen, möglichst schnell handelseinig zu werden." Auch noch am 27. März stand ich auf demselben Standpunkt: „Die Aussichten der Verteidigung von Konstantinopel werden hier pessimistisch beurteilt. Das mag Baron Sonnino mit dazu veranlassen, die Trentino-Verhandlungen zu verschleppen."

Am 31. März war es mit meiner Vertrauensseligkeit vorbei. Angesichts der Tatsache, daß aus mehreren Korpsbezirken Truppenzüge nach Nordost-Italien rollen, drahtete ich an die Nachrichten-Abteilung: „Ich rate, dem Oberstleutnant Bongiovanni in einer Form, die nicht als Drohung mißdeutet werden kann, mitzuteilen, daß wir Truppen gegen Italien bereitstellen." Es ist kein leichter Entschluß, eine derartig alarmierende Depesche abzuschicken. Gegen die handgreiflichen militärischen Tatsachen, die sie veranlaßten, war aber nicht aufzukommen. Der Botschaft machte ich die gleiche Meldung in folgender Fassung: „Die gemeinsame Prüfung der uns vorliegenden militärischen Nachrichten hat meinen K. und K. Kollegen und

mich zur Überzeugung gebracht, daß die italienischen Rüstungen neuerdings einen für Österreich bedrohlichen Charakter annehmen. Angesichts der nach Nordost-Italien rollenden Züge mit Truppen und Kriegsmaterial ist es uns nicht mehr möglich, an die bona fides des Ministers Sonnino zu glauben. Es wurde schon immer angenommen, daß er ein zweites Eisen im Feuer hat und die Trentino-Verhandlungen verschleppt, um sie, falls es uns schlecht gehen sollte, abzubrechen. Daraus, daß er jetzt die Rüstungen steigert und ihnen eine Spitze gegen Österreich gibt, schließe ich nunmehr, daß er unsere Verbündeten für geschlagen hält und sich dem Sieger in die Arme werfen will. Die Aussichten der Dardanellen-Verteidigung sind jedoch günstig. Die Österreicher haben an den bedrohten Punkten der Karpathen-Front ausreichende Unterstützungen erhalten. Unsere Armee, die in Nordpolen wegen des Tauwetters nicht weiter vorgehen kann, wird vermutlich bald an einem anderen Punkt der Ostfront entscheidend eingreifen. Sonnino's Lagebeurteilung ist also falsch. Kommen wir ihm weiter entgegen, wird er erst recht annehmen, daß es uns schlecht geht. Lassen wir ihn ohne Kontrolle weitermachen, so werden wir vermutlich bald dem fait accompli des Aufmarsches gegenüberstehen, aus dem sich der Krieg ergeben muß. Ich schlage deshalb vor, durch Interpellation des Herrn Salandra und Sonnino festzustellen, wohin gesteuert wird."

Die Oberste Heeresleitung verlangte natürlich umgehend eine ausführliche Begründung meines Telegramms vom 31. März. Sie lag für mich in den von mir bereits weitergegebenen rein militärischen Meldungen. Herrn Sonnino kannte ich nicht. Ich war deshalb außerstande zu beurteilen, ob er an der

seit dem Fall von Przemysl eingetretenen und durch dies Ereignis nicht ausreichend motivierten Verschlechterung der Stimmung uns gegenüber mitschuldig war, oder ob sie auf ihn abgefärbt hatte. In letzterem Fall mochte ich ihm mit meinem Verdacht Unrecht getan haben. Die plötzlichen Stimmungsumschläge in Rom hatten mir schon die ganze Zeit viel zu schaffen gemacht. Am 6. Januar schrieb ich: „Ich glaube weniger Stimmungen unterworfen zu sein, wie meine hiesigen Mitarbeiter. Der Fürst mit seinen beneidenswerten Nerven bildet eine Klasse für sich. Trotzdem erscheine ich mir in meiner Berichterstattung als zwischen Optimismus und Pessimismus hin- und herschwankend. Das beruht aber auf einer optischen Täuschung. Nicht mein Auge, sondern die Lage verändert sich andauernd. Die öffentliche Meinung, mit der wir es in der Hauptsache zu tun haben, ist eben ein Proteus. Dazu kommt, daß sie die Welt durch die Lügenbrille der Presse betrachtet, von der man nie weiß, bis zu welchem Grade sie die Ereignisse verzerren wird.“ In einem Militärbericht vom 2. April brachte ich das Folgende vor, um die neuerliche Verdüsterung des römischen Himmels zu erklären: „Die Phantasie des Italieners geht gern durch. Nach dem Fall von Przemysl sah man hier die Russen schon in Ungarn oder gar vor Wien. Mit dem ersten Kanonenschuß auf die Dardanellen-Forts begann die Aufteilung der Türkei. Zur Zeit bezeichnet man Österreich und die Türkei mit Vorliebe als „Kadaver“. Dies erleichtert es den Hetzblättern, gegen den Vergleich Stimmung zu machen. Ein weiterer Grund für die seit einer Woche bemerkbare Wendung zu unseren Ungunsten ist ein starker Druck, den England ausübt. Es arbeitet, in hoffentlich etwas zu roher Weise, mit

Zucker und Peitsche." Über das Gespräch des Fürsten Bülow mit Salandra meldete ich, daß der Ministerpräsident zugab, Generalstabschef Cadorna wolle den Krieg. Die Entscheidung über Krieg und Frieden liege jedoch nicht bei der Generalität, sondern beim Kabinett.

An der weiteren Tätigkeit unserer Botschaft war ich in der Hauptsache nur als interessierter Zuschauer beteiligt. Ihre Schilderung nähme es mit einem spannenden Roman auf. Ich fühle mich aber nicht dazu berechtigt, sie zu liefern. Mein Mißtrauen gegen Baron Sonnino nahm weiter zu. Das schien mir aber kein Grund, unser Spiel verloren zu geben. Ich glaubte im Gegensatz zu einem italienischen Staatsmann, der Anfang April die Befürchtung aussprach, sein Land treibe einer Katastrophe entgegen, der gesunde Menschenverstand des Italieners werde in letzter Minute, nötigenfalls über Salandra-Sonnino hinweg, seinen Vorteil wahrnehmen. Meine Parole blieb deshalb: Beschleunigung der Ausgleichsverhandlungen!

Am 23. April hatte der Fürst-Botschafter die Frage des Staatssekretärs zu beantworten, wie sich seiner Ansicht nach die italienische Kriegserklärung am sichersten um weitere vier Wochen hinausschieben ließe. Meine Stellungnahme war wie folgt: „Ich wäre für dilatorische Behandlung der Vergleichsangelegenheit, wenn es feststände, daß der Krieg unvermeidlich ist. Diese Voraussetzung liegt aber nicht vor. Das Hinhalten kann erstens leicht mißlingen und bedeutet zweitens den Verzicht auf einen ganzen Erfolg, der noch möglich sein kann. Ich bin deshalb für Hinarbeit auf beschleunigten Vergleich, Hierfür

ist zu verlangen, daß Österreich uns das Maximum der möglichen Kompensationen, dabei Valona und Desinteressement an Albanien, mitteilt. Mit ausreichendem Angebot in der Hand können wir vielleicht mit der Regierung Salandra-Sonnino abschließen. Daß Italien um überspannter Forderungen willen — dalmatinische Inseln — fechten wird, ist nicht anzunehmen." In einem Militärbericht vom gleichen Tage meldete ich, die Mitteilung des Generalstabschefs an den italienischen Militär-Attaché, daß wir Österreich nachdrücklich unterstützen werden, habe wie eine kalte Dusche gewirkt, ohne zu verstimmen, und gab dann eine Unterhaltung wieder, die ich am Tage vorher mit einem italienischen Diplomaten gehabt hatte. Der Betreffende war voller Bewunderung für unsere militärischen Leistungen und innerpolitische Organisation. Sehr skeptisch beurteilte er dagegen die Widerstandskraft unserer Verbündeten, besonders der Österreicher. Daß die größte Gefahr Italien von den Slawen drohe, gab er mir zu. Desgleichen, daß es irrsinnig wäre, in Österreich und in der Türkei den Schutzwall gegen sie zu zertrümmern und ihnen den Weg ins Mittelmeer und zur Adria zu erschließen. Ich gewann jedoch den Eindruck, daß er den Einsturz dieses Walles als vollzogene Tatsache betrachte, mit der sich Italien abfinden müsse. „Wenn wir sicher wären", sagte er, „daß Österreich sich in Dalmatien behaupten könnte, würden wir die dalmatinischen Inseln niemals fordern, daß sie aber den Slawen in die Hände fallen, können wir nicht zulassen." Aus der erwähnten Unterhaltung ist mir noch erinnerlich, daß ich für eine Mittelmeergegen die Adria-Politik Italiens eintrat. „Sie vergessen," wurde mir erwidert, „daß wir nicht über die Machtmittel Englands oder Deutschlands

verfügen und uns deshalb nur ein beschränktes Ziel stecken dürfen."

Am 1. Mai meldete ich dem Generalstab, der Fürst-Botschafter rechne neuerdings mit der Wahrscheinlichkeit eines Abbruchs der italienisch-österreichischen Verhandlungen. Das Novum, auf Grund dessen die Botschaft zu dieser pessimistischen Auffassung gelangt sei, bilde der anscheinend einwandfrei festgestellte Abschluß eines Abkommens zwischen Italien und dem Verband, dem angeblich nur noch die Unterschriften fehlten. Am gleichen Tage schickte ich eine kurze Zusammenstellung über die italienische Armee in das Große Hauptquartier. Am Schluß besprach ich die Aussichten einer deutsch-österreichischen Offensive gegen Italien: „Sie hat zunächst eine Gebirgs- und Festungsmauer zu durchbrechen. Dabei sind sehr schwere natürliche und künstliche Hindernisse zu überwinden. Alpini und Gebirgsartillerie, die sie verteidigen, halte ich für erstklassig." Den Widerstand der Feldtruppen schätzte ich weniger hoch ein. Wir rechneten damals nicht mehr damit, daß Rumänien gleichzeitig mit Italien in den Krieg eintreten würde. Für den Fall des Kriegseintritts von Italien hielt ich es für erwünscht: 1) Rumänien und dadurch eine Verbindung mit Konstantinopel zu gewinnen; 2) die Offensive gegen Rußland unter Hinarbeit auf einen Separatfrieden durchzuführen und 3) Italien durch eine entscheidungsuchende Offensive abzutun. Ob sich die Balkanlage gleichzeitig oder erst später vereinigen ließ, blieb für mich dahingestellt. Wesentliche Erfolge im Orient schienen mir nicht mehr in Frage zu kommen.

An der Tätigkeit unserer römischen Botschaft konnte man damals als Soldat und Politiker seine

reine Freude haben. Statt angesichts der fast hoffnungslosen Lage zu kapitulieren, wurde auf der bisherigen Linie mit verdoppelter Energie weitergearbeitet. Anfeuernd wirkte natürlich der 2. Mai mit dem Durchbruch des Feldmarschalls Mackensen bei Tarnow-Gorlice. Ich konnte dem Fürst-Botschafter nur dadurch sekundieren, daß ich beim Generalstab immer wieder darauf drängte, die Österreicher möchten das Maximum ihrer Konzessionen sofort und zwar nicht tropfenweise, sondern als Ganzes und mit schöner Geste anbieten. Da man in Wien angesichts unseres militärischen Erfolges wieder optimistisch und gleichzeitig intransigent zu werden schien, ging ich am 3. Mai auf vertrauliche Bitte des österreichischen Botschaftsrats zum Baron Macchio. Als Vorwand benutzte ich die Gratulation zum deutsch-österreichischen Siege. Im Anschluß an sie führte ich aus, daß wir trotz dieses Erfolges außerstande seien, die Mehrbelastung mit Italien und dem Balkan auszuhalten. Sie bedeute die Katastrophe.

Am 8. Mai meldete ich der Nachrichten-Abteilung: „Das Kabinett hat gestern über den Krieg abgestimmt. Ein Minister stimmte mit Nein. Wie sich die Regierung mit dieser vorläufig latenten Krisis abfindet, steht dahin. Der Vertrag mit der Entente verfällt angeblich, wenn nicht bis zum 20. losgeschlagen wird. Italien wird nach allgemeiner Annahme zunächst gegen die Türkei vorgehen. Das Ministerium soll seinen Entschluß, mit uns zu brechen, wie folgt begründen: Einigt sich Italien mit Österreich, so siegen die Zentralmächte und zwar so durchschlagend, daß Österreich in der Lage ist, seine Konzessionen übers Jahr zurückzuerobern. Schließt sich dagegen Italien an die Gegenseite an, so wird diese zwar siegen, aber so geschwächt aus dem Kriege hervorgehen, daß man

die Italien gemachten Konzessionen nicht rückgängig machen kann. Es scheint, daß dieser Tage alle ausgebildeten Wehrpflichtigen namentlich einberufen werden. Danach wäre die Mobilmachung in vollem Gang, wie es der Aufmarsch schon seit einiger Zeit ist. Auf die Absicht, Truppen gegen uns in Frankreich einzusetzen, läßt nichts schließen. Kommt es zum Kriege mit Italien, ist Rumänien vielleicht noch zu gewinnen. Man müßte ihm zu diesem Zeitpunkt ein großzügiges Angebot machen. Wir können dann zeigen, daß wir aus der Trentino-Aktion gelernt haben."

Am 9. Mai meldete ich der Botschaft: „Die allgemeine Mobilmachung ist, vermutlich seit dem 5. Mai, im Gange. Ich möchte sie als „stille Mobilmachung" bezeichnen, da die Gestellungspflichtigen nicht durch öffentliche Ankündigung, sondern namentlich von den Ortsbehörden einberufen werden. Zu den rund 700 000 Mann, die sich unter Waffen befanden, treten bis etwa zum 20. Mai alle übrigen gedienten Wehrpflichtigen in Stärke von rund 800 000 Mann. Dadurch erreicht die Armee im Mutterlande einen Stand von 1,5 Millionen, von denen rund 900 000 Mann auf die Feldarmee entfallen. Die Einberufung der nichtgedienten Wehrpflichtigen in Stärke von etwa einer halben Million ist noch nicht verfügt. Gleichzeitig mit der Mobilmachung vollzieht sich der Aufmarsch. Zur Zeit befinden sich rund 300 000 Mann der Feldarmee im Norden. Diese Zahl reicht aus, um die Grenze bis zur Beendigung des Aufmarsches zu halten. Auf österreichischer Seite dürften die Dinge ähnlich liegen. Vor zwei Wochen kommt eine italienische große Offensive nicht in Frage, vermutlich sogar erst Anfang Juni. Die beabsichtigte Gruppierung des italienischen Feldheeres läßt sich schon annähernd

überſehen. Es iſt aus ihr zu ſchließen, daß man gegen das Trentino defenſiv bleiben und mit der Maſſe über den Iſonzo angreifen will. Die Gruppe Bari ſoll jenſeits der Adria eingeſetzt werden."

Am 12. Mai meldete ich dem Generalſtab: „Das Kabinett wackelt. Die vom Kolonialminiſter beantragte Kündigung des Lauſanner Friedens iſt nicht durchgegangen. Das Abkommen mit der Entente dürfte erſt nach dem 20. verfallen." Die nicht durch ſeine Schuld verſpäteten Bemühungen hatten von einem Tag zum andern eine konkrete Unterlage für den Vergleich geliefert, die von Giolitti in ſeinem bekannten Brief an den Abgeordneten Peano als ausreichend bezeichnet worden war. Am 14. Mai trat das Kabinett zurück.

Am 16. Mai mußte ich jedoch telegraphieren: „Der Fürſt hat die letzte Hoffnung aufgegeben. Der Zeitpunkt für das Angebot an Rumänien iſt gekommen." Giolitti war nämlich aus Rom abgereiſt; Salandra und Sonnino waren an das Staatsruder zurückgekehrt. Am 17. Mai berichtete ich hierüber an die Nachrichten-Abteilung: „Die Kugel iſt aus dem Lauf. Noch in letzter Stunde hatte Fürſt Bülow das Unmögliche möglich gemacht und dem Monarchen die Entſchlußfreiheit wiedergegeben. Ehre und Intereſſe Italiens forderten die Erneuerung des Dreibunds. Der Weg zu ihr war durch die großen Zugeſtändniſſe Öſterreichs geebnet. Unſere verbeſſerte Kriegslage lud mehr als je dazu ein, ihn einzuſchlagen. Giolitti, der erſte Staatsmann Italiens und Führer der Kammermajorität, hatte dies offen ausgeſprochen. Aus faſt allen Landesteilen lagen Kundgebungen für den Frieden vor. Der Verſtand mußte deshalb mit der Entſcheidung des Königs für den Frieden rechnen. Es war ihm

aber in letzter Zeit in uns feindlichem Sinn hart zugesetzt worden. An ehrlichen und offenen Gegenvorstellungen hat es allerdings nicht gefehlt. Sie wurden aber von der Straße totgeschrieen. Politisch und wirtschaftlich ist Italiens Kriegseintritt von den bedauerlichsten Folgen. Militärisch ausschlaggebend kann er werden, wenn es nicht gelingt, Rumänien auf unsere Seite zu bringen. Auch unsere neueste politische Niederlage wird sich also einigermaßen von der Armee wettmachen lassen. Notwendig war sie aber nicht. Im Gegenteil, hätte das Auswärtige Amt vor einem Vierteljahr auf den Fürsten Bülow gehört, so war uns der Erfolg sicher. Ich halte es für meine Pflicht, dies, bevor ich in die Front zurücktrete, nochmals zu unterstreichen. Die Armee kann nur Schlachten, aber keinen Krieg gewinnen. Sorgt die Armee nicht für umgehende Reform, so wird uns das Auswärtige Amt diesen Krieg verlieren."

Am 24. Mai 1915 abends fuhren wir aus Rom ab.

D. Fürſt Bülow über die politiſche Kriegführung.

Bei Bülow.[1])

Berlin, den 7. September 1916.

Wir unterhielten uns über den Kriegsausbruch. Die kritiſche Woche war die Juliwoche 1914, in der wir uns mit dem öſterreichiſchen Ultimatum einverſtanden erklärten. Hätte man Bülow gerufen und ihm die Sache vorgelegt, ſo wäre ſicher ein Ausweg zu finden geweſen. Man wollte den Krieg nicht und dachte, nach dem Rezept Bülows bei der bosniſchen Annexion Rußland zu bluffen. Dabei war man nicht orientiert. Der bekannte Brief Jagows an Lichnowski, worin er ihm ſchreibt: er ſolle ſich keine grauen Haare wachſen laſſen, es käme kein Krieg mit Rußland, liefert den Beweis. Pourtalès hat erſt in den letzten Tagen erkannt, wie die Dinge in Rußland ſtehen, und Tſchirſchky in Wien war gleichfalls überzeugt, daß ein Weltkrieg ausgeſchloſſen ſei; ſo iſt man in den Krieg hineingetaumelt, ohne ihn vorzubereiten, und ließ Italien und Rumänien, die ſofort hätten eingreifen müſſen, bei Seite.

---

[1]) Aufzeichnungen Baſſermanns nach einer Unterredung mit dem Fürſten.

Der Kanzler ist in Rußland äußerst verhaßt; man verargt ihm die Veröffentlichung der Telegramme des Zaren, die gegen jeden diplomatischen Gebrauch ist. Bülow hat den Kanzler seinerzeit bei dessen Reise[1]) warm empfohlen, man schrieb ihm zurück, man habe ihn „naif et ennuyeux“ gefunden. Die Reden, die er über Rußland hielt, sind verfehlt. Wozu — nachdem wir Rußland fehlerhafter Weise den Krieg erklärt haben, statt Rußlands Kriegserklärung abzuwarten — nun Rußland seine Zertrümmerung in Aussicht stellen? Das ist aus Gründen der inneren Politik geschehen; es ist aber gänzlich falsch, auswärtige und innere Politik in der Weise zusammenzuwerfen.[2])

Der Hauptfehler des Jahres 1916 ist die österreichische Offensive gegen Italien, das äußerst aufreizende Manifest des Erzherzogs Friedrich und die Niederlage der Österreicher, und alles war vorbei. Was Verdun anlangt, so behauptet man heute, daß es wie eine Saugpumpe auf die französische Armee wirke. Die Hoffnung auf Frankreichs Zusammenbrechen ist eitel.

Was die polnische Frage anbelangt, so ist dieselbe von uns unter dem Gesichtspunkt des Grenzschutzes zu behandeln.

Der Kanzler gibt sich bezüglich Englands Illusionen hin. Er hat Bülow gesagt, daß, wenn er eine halbe Stunde mit Asquith und Grey an demselben Tisch

---

[1]) Reise des Kanzlers von Bethmann Hollweg nach Petersburg und Moskau.

[2]) Vergl. hierzu von demselben Verfasser „Der Kardinalfehler unserer Politik“. Berlin 1920.

säße, der Friede gemacht sei. Bülow hat ihn darauf aufmerksam gemacht, daß dies sehr unwahrscheinlich sei, und wenige Tage darauf erfolgten die Reden der englischen Minister, in denen der Kanzler beschimpft wurde. Der U-Bootkrieg hätte England zum Erliegen gebracht, heute ist die Sache viel schwieriger, da die Engländer fieberhaft an Abwehrmaßregeln arbeiten.[1])

---

[1]) Fürst Bülow hat sich natürlich nie Täuschungen über die Folgen eines Bruchs mit den Vereinigten Staaten und über die Gefahr hingegeben, die es für uns haben mußte, wenn ein Volk von über hundert Millionen in für uns unangreifbarer Lage, mit unermeßlichen Hilfsquellen, einer kräftigen und waghalsigen Art, sich unseren Feinden zugesellte. Jedenfalls aber mußte nach seiner Ansicht, wenn wir dies gewaltige Risiko laufen wollten, der U-Bootkrieg entsprechend den Ratschlägen der maßgebenden Fachleute spätestens 1916 eingesetzt werden, und nicht, nachdem Amerika wie England Zeit gehabt hatten, alle Abwehrmaßregeln zu treffen! —

VIII.

Schlußwort.

(Zur Kanzlerkrisis des Jahres 1917.)

Die französische Zeitung „Opinion" schrieb in ihrer Ausgabe vom 22. September 1917 in einer Kritik der Persönlichkeit des neu ernannten Kanzlers Michaelis: „Tatsache bleibt: Fürst Bülow soll den Frieden machen. Mißtrauen wir dem Tage, an welchem er wieder zur Macht gelangen wird, — es ist der Tag des Schlußgefechts. . . Bülow ist unser großer Gegner von morgen!"

Die Sorge der Gegner war unbegründet. Im deutschen Lager wurden alle Hebel in Bewegung gesetzt, um den Fürsten Bülow von dem Platze Bismarcks fernzuhalten. Aus den von General Ludendorff herausgegebenen Urkunden der Obersten Heeresleitung erfahren wir authentisch, daß Hindenburg und Ludendorff nach dem Abschiedsgesuch des Herrn von Bethmann am 10. Juli 1917 den Fürsten Bülow zum Nachfolger vorgeschlagen haben. Damit dürfte ein für allemal das Märchen abgetan sein, die Heeresleitung habe den Kanzler Michaelis „gemacht". Sie wurde im Gegenteil von seiner Ernennung überrascht. Andererseits taucht die Frage auf, welche Umstände die Kanzlerkandidatur des Fürsten Bülow

zu Fall gebracht haben. Außer der Heeresleitung waren auch hervorragende politische Persönlichkeiten aus den verschiedensten Parteilagern für die Kandidatur eingetreten. Daß diese an dem Einspruch des Kaisers gescheitert sei, wie vielfach angenommen wird, trifft nicht zu. Auch höfische Einflüsse haben damals nicht gegen ihn gearbeitet. Höfische Einflüsse waren bei der Stellenbesetzung im Kaiserreich nicht in demselben Grade maßgebend wie die persönlichen Beziehungen der Parteimänner bei der Beuteverteilung in der Republik. Sowohl die Kaiserin wie auch der Hofmarschall Graf August zu Eulenburg traten im wohlverstandenen Interesse des Ganzen stets für die Wiederberufung des Fürstkanzlers ein. Vergeblich!

Einen Fingerzeig für des Rätsels Lösung gibt der folgende Aktenauszug aus den Urkunden der O. H. L.[1])

Telegramm des Generalstabschefs v. Hindenburg an Generaloberst v. Plessen vom 10. Juli 1917:

„Sollte wirklich Kanzlerwechsel eintreten, möchte ich bemerken, daß ich zwar den Fürsten Bülow kaum kenne, und daher auch kein Interesse an seiner etwaigen Ernennung habe, daß er mir aber von vielen Seiten als derjenige bezeichnet worden ist, der allein imstande ist, die schwierige Erbschaft jetzt zu übernehmen. Ich würde daher gewiß gut mit ihm zusammen arbeiten können, sofern ihm erneut das Vertrauen Seiner Majestät beschieden sein sollte."

Am 11. Juli 1917 nachmittags teilt Oberstleutnant v. Haeften, Vertreter der O. H. L. in Berlin, mit:

[1]) Urkunden der Obersten Heeresleitung über ihre Tätigkeit 1916/18, herausgegeben von Erich Ludendorff. Berlin 1920. Mittler & Sohn, S. 406.

„Botſchafter Prinz Hohenlohe hat heute ein Telegramm aus Wien übergeben, in dem Öſterreich bittet, den Kanzler nicht zu entlaſſen, keinesfalls den Fürſten Bülow zu nehmen.“

Das Abſchiedsgeſuch des Kanzlers wurde daraufhin am 11. Juli vormittags einſtweilen abgelehnt.

Die Wiener Einmiſchungen in innerpolitiſche deutſche Verhältniſſe und Perſonalfragen, die beim Rücktritt des Herrn von Bethmann in ſo draſtiſcher Weiſe zu Tage traten, wurden bei der in Wien einmal erkannten Schwäche der Berliner Diplomaten auch im weiteren Verlauf des Krieges fortgeſetzt.

Im Januar 1918 ſah ſich der bekannte fortſchrittliche Abgeordnete Dr. Heckſcher veranlaßt, im Reichstage die nachſtehende Interpellation einzubringen:

Nr. 1247. Anfrage Nr. 344.

„Das Wolff'ſche Telegraphenbureau verbreitet eine Auslaſſung des halbamtlichen Wiener Fremdenblattes, in der dieſe Zeitung für den Staatsſekretär Herrn von Kühlmann und gegen den ehemaligen Reichskanzler, den Fürſten v. Bülow, Partei ergreift und ſich damit offenſichtlich in eine ausſchließlich deutſche Angelegenheit einmiſcht. Iſt der Herr Reichskanzler bereit, Auskunft darüber zu erteilen, erſtens, aus welchen Gründen das halbamtliche Wolff'ſche Telegraphenbureau dieſe Wiener Auslaſſung verbreitet und zweitens, ob gegen dieſe Ungehörigkeit des Wiener Blattes eine Zurückweiſung deutſcherſeits erfolgen wird?

Berlin, den 19. Januar 1918. gez.: Dr. Heckſcher.“

Die Anfrage des Abgeordneten Heckſcher wurde vom Regierungstiſch mit dem Hinweis auf einen

gleichzeitig erschienenen Artikel der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ beantwortet, der in etwas gewundenen Ausdrücken den offiziösen Charakter der Auslassung des Wiener Fremdenblattes bestritt und sich über die Verbreitung jener Auslassung durch das Wolff'sche Telegraphenbureau ausschwieg. In Wirklichkeit war der Vorstoß des Wiener Regierungsorgans nur ein Glied in der Kette der Überheblichkeiten, die sich die Wiener Politik Deutschland gegenüber herausnahm, seitdem die Regierung Bethmann Hollweg bei Kriegsbeginn in die diplomatische Abhängigkeit von Österreich geraten war. Deutschland hatte sich während der ganzen Dauer des deutsch-österreichischen Bündnisses sorgsam jeder Einmischung in innerösterreichische Verhältnisse enthalten und insbesondere nie daran gedacht, hinsichtlich der Auswahl österreichischer oder ungarischer Minister auch nur Wünsche zu äußern. Der von einer Liebeserklärung für Herrn von Kühlmann begleitete Ausfall des offiziösen Wiener Blattes gegen den Fürsten Bülow war natürlich nur der Ausdruck der Wiener Besorgnis vor der Rückkehr des deutschen Staatsmannes, von dem man in Wien wußte, daß er, um mit seinen eigenen Worten zu sprechen,[1]) in dem deutsch-österreichischen Bündnis den Reiter und nicht den Gaul zu spielen gewillt war.

Der bloße Gedanke an eine Wiederkehr Bülows hatte, wie ein junger Diplomat in sein Kriegstagebuch einschrieb, genügt, um „krankhafte Veränderungen in der Gehirnrinde“ mancher Persönlichkeiten in Berlin zu verursachen.

---

[1]) Fürst von Bülow, Deutsche Politik, Verlag von Reimar Hobbing, Berlin, Seite 83.

Da war Herr von Bethmann, der ſich im ehrlichen Irrglauben an ſeine ſtaatsmänniſche Befähigung um jeden Preis zu halten gedachte und auf keinen Fall wünſchte, daß ſein Vorgänger ſein Nachfolger würde. Da waren manche anderen von Bülow ſeinerzeit mit unverdientem Wohlwollen behandelten kleineren Geiſter in der Wilhelmſtraße, die einen in Fragen der auswärtigen Politik harmloſen und darum bequemen Vorgeſetzten einem Manne vom Bau vorzogen. Da waren ſchließlich jene in allen Lagern vertretenen Parteiphiliſter, die im eigenen Intereſſe oder aus Wahlverwandtſchaft immer lieber einen Kleinbürger mittleren Kalibers als einen Grandſeigneur vom Format des Fürſten Bülow am Steuer des Reiches ſehen werden.

Planmäßig wurde während des Krieges von der Wilhelmſtraße das Gerücht verbreitet, Fürſt Bülow — der ſich in Wirklichkeit einer beneidenswerten Friſche des Körpers und Geiſtes erfreut —, ſei „vollkommen ſenil, dabei intrigant, nur vom Wunſche beſeelt, ſich beim Kaiſer angenehm zu machen und Bethmann zu ſtürzen“.[1]) Weit eher könnte man gegen den Fürſten den Vorwurf erheben, daß ihm der „maſſive Egoismus“ fehlte, den Treitſchke vom Staatsmanne fordert, und daß er in allzu loyaler Zurückhaltung nicht den Entſchluß fand, ſeine unfähigen Nachfolger zu beſeitigen und die politiſche Leitung an ſich zu reißen!

In ſeiner Ausgabe vom 15. März 1921 ſchrieb der gewiß ebenſowenig deutſchfreundliche wie bülowfreundliche „Temps“, Herr von Bülow wäre der letzte Kanzler geweſen, der das Vertrauen Europas habe

[1]) Graf Ernſt zu Reventlow im „Reichswart“ II, 2.

erringen können: „Si le nouveau régime l'avait envoyé à Versailles, son tour d'esprit, son humeur personnelle et son doigté diplomatique auraient peut-être évité bien des heurts". Das neue Regime verfügte über eine so verschwenderische Fülle staatsmännischer und diplomatischer Talente, daß es Rat und Hilfe „belasteter" Persönlichkeiten des alten Systems nicht in Anspruch zu nehmen brauchte.

Der Weltkrieg, den zu vermeiden Bülow als seine vornehmste Aufgabe ansah, hat durch seinen unglücklichen Ausgang auch das politische Lebenswerk des vierten Kanzlers zerstört.

„Das deutsche Volk hat die See nicht verstanden." Mit dieser tragischen Klage leitet der Großadmiral v. Tirpitz das Schlußwort seiner Erinnerungen ein. In ihrer Schicksalsstunde haben die Deutschen — Führer und Volk — durch zeitweilige Kleinheit ihrer Politik und durch Mangel an Nationalsinn vor ihrer weltpolitischen Aufgabe versagt. Der Traum einer unabhängigen deutschen Welt- und Seegeltung, wie er Bülow und Tirpitz vorgeschwebt, ist für absehbare Zeiten ausgeträumt . . .

Schwer lastet auch auf dem Herzen des Fürsten Bülow das Schicksal des Landes und die Not des deutschen Volkes. Aber so bitter und schmerzlich der Mann die Wirrsale der Gegenwart empfinden muß, der das deutsche Reich während einer langen Zeit des Friedens und der Wohlfahrt geleitet hatte, so stark ist in seiner Seele der Glaube wach, daß diesem deutschen Volke, das mit einem Heldenmut ohnegleichen der feindlichen Welt die Stirn bot und in seinem

opferreichen Verteidigungskampfe bewunderungswürdige ſittliche Kräfte offenbarte, noch einmal eine hellere und glücklichere Zukunft beſchieden ſein müſſe. Und wie ihm der feſte Glaube an die endliche Sieghaftigkeit des nationalen Gedankens immer als die erſte Vorausſetzung einer wahrhaft nationalen Politik erſchien, ſo ſteht ihm — wie während ſeiner ganzen Amtszeit[1]) — auch heute das herrliche Wort vor Augen, das Schleiermacher im dunklen Jahre 1807 ſprach: „Deutſchland iſt noch immer da, und ſeine unſichtbare Kraft iſt ungeſchwächt.“

---

[1]) Deutſche Politik S. 228.

Von demselben Verfasser erschien im Staatspolitischen Verlage, Berlin SW. 48

„LUDENDORFF“

3. erweiterte Auflage

Preis M. 6.50, in Halbleinen gebunden
M. 9.50, Liebhaber-Ausgabe M. 30.—

Generalfeldmarschall v. **Hindenburg** an den Verfasser: „... Sie haben mir eine große Freude bereitet. Möge das Werk den unsterblichen Verdiensten meines treuen Gefährten die wohlverdiente Anerkennung verschaffen.“

General der Infanterie **Ludendorff**: „... Ich bin überrascht, daß Sie ein so klares Bild meines Denkens und Handelns geben.“

General d. Inf. z. D. **Litzmann**: „Die Schrift über Ludendorff sei jedem deutschen Mann und jeder deutschen Frau auf das wärmste empfohlen. Man sollte sie lesen, ehe man an das Studium des größeren Werkes geht, das Ludendorff selbst seinem Volke geschenkt hat, das Werk wird noch gewinnen!“

Oberst **Bauer**: „Mit Wärme und mit Sachkunde geschrieben.“

Oberst **Egli**: In der „Schweizerischen Monatsschrift für Offiziere aller Waffen“: „Noch bevor Ludendorff selbst seine Erinnerungen veröffentlicht hat, schrieb Dr. W. Spickernagel eine gehaltreiche Biographie.

„Deutsche Tageszeitung“: „... ein trefflich umrissenes Gesamtbild der Person und des Wirkens des Generals Ludendorff ...“

„Tägliche Rundschau“: „Einen ganz neuen Ludendorff lernen wir kennen.“

„Die Post“, Berlin: „Wir haben hier ein volkstümliches Buch, das zum Herzen spricht ...“

„Deutsche Zeitung“, Berlin: „Die Schrift von Dr. W. Spickernagel ist tatsächlich jedermann zu eingehenden Studien zu empfehlen; namentlich neben und im Vergleich zu dem Buche Ludendorffs.“

„Hamburgischer Correspondent“: Die Schrift stellt sich in ihrer Geschlossenheit als ein ganz besonders beachtenswertes Hilfsmittel zur Beurteilung der politischen Vorgänge in Deutschlands kritischer Zeit dar ...

„Schwäbischer Merkur“, Stuttgart: Ein Buch, das man einmal begonnen, nicht mehr aus der Hand legen mag, ehe man es zu Ende gelesen hat. Ein Buch, das jeder lesen sollte ...

Von demſelben Verfaſſer erſchien im **Staatspolitiſchen Verlage, Berlin SW. 48.**

„Der Kardinalfehler unſerer Politik.“

(Preis geheftet M. 7.–)

Stimmen der Preſſe.

„Hamburger Correſpondent“: Keiner, der ſich über die Kriegspolitik und die zur Wiederaufrichtung Deutſchlands notwendigen außenpolitiſchen Maßnahmen klar werden will, kann an dem Buche Spickernagel vorbeigehen!

„Hamburger Nachrichten“: Das Buch hat den weiteren Unterſuchungen des parlamentariſchen Unterſuchungsausſchuſſes wirkſam und gründlich vorgearbeitet . . .

„Nationalliberale Correſpondenz“: „Ein Buch großpolitiſcher Kritik und Erkenntniſſe... Im Schlußabſchnitt gibt der Verfaſſer in großen Zügen einen Grundriß unſerer künftigen außenpolitiſchen Orientierung, der ſeiner großzügigen Gedanken wegen beſondere Beachtung verdient.“

„Illuſtrierte Rundſchau“: Man muß ſtaunen, woher der Verfaſſer Kenntnis erhielt von Dingen, die ſelbſt eingeweihten Politikern völlig neu und überraſchend kommen.

„Deutſcher Curier“: Die Ausführungen Spickernagels verdienen in ihrer grundlegenden Art die weiteſte Verbreitung.

Sozialiſtiſche Monatshefte: „Der Verfaſſer hat mit Sachkunde alles Material zuſammengetragen, das über die öſtlichen Friedensmöglichkeiten bekannt geworden iſt.“

„Konſervative Monatshefte“: Das Buch iſt ein Verteidigungs- und Angriffsmittel von größter Bedeutung für alle, die aus dem Sumpfe der heutigen Zuſtände herauskommen möchten!

Von demſelben Verfaſſer
erſchien im Verlag: **Dürr & Weber, Leipzig**

„Hermann Löns und unſere Zeit“

Preis M. 6.50

„Hamburger Nachrichten“: „Für Freunde der Lönsſchen Muſe ein unentbehrliches Buch!“

„Hamburgiſcher Correspondent“: „Spickernagels Lönsbuch iſt als Ganzes wertvoll und von hohem Gehalt. Beſonders dankenswert aber ſind die Mitteilungen aus Löns' Kriegstagebuch.“

„Deutſche Stimmen“, Berlin: „Als Lönsforſcher iſt Spickernagel ſeit Jahren aufs beſte bewährt, und für dieſe Schrift, die ſich an das weiteſte Leſerpublikum wendet und auch als Einführung in die Welt dieſes köſtlichen Dichters ſehr geeignet iſt, müſſen wir ihm beſonders Dank wiſſen.“

„Illuſtrierte Rundſchau“: „In der Tiefe ſeiner ſeeliſchen Analyſe gehört dieſes Buch zu den ſchönſten Dokumenten der Künſtler- und Kunſtpſychologie

„Oberheſſiſche Zeitung“: „Ein neues Buch von Spickernagel! Marburg kann ſtolz ſein auf den ſchnell bekannt gewordenen Schriftſteller, der vor Jahren als Muſenſohn in unſerer Stadt lebte. Mit ſeltener, prächtiger Geſtaltungsgabe läßt er den gottbegnadeten Dichter Hermann Löns vor unſerem Auge wieder erſtehen.“

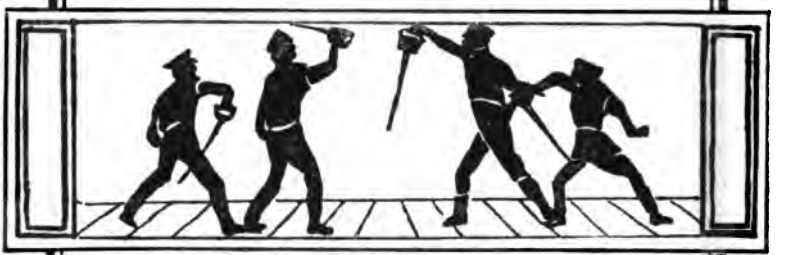
„Hildesheimer Allgemeine Zeitung“: „Ich kenne wirklich kein Werk, das in ſo knapper prägnanter Form alles Wiſſenswerte über H. Löns enthält.

„Dortmunder Tageblatt“: „Dem unvergeßlichen Dichter und hellhörigen Belauſcher der Natur iſt in Dr. Wilhelm Spickernagel ein ausgezeichneter Biograph erſtanden.“

„Der deutſche Jäger“: „Ein würdiges Gedenkbuch!“

„Niederſachſen“: „Das Buch iſt weſentlich mehr, als ſo viele ſeiner Vorgänger, die nicht immer an der Quelle geſchöpft haben. Für die eigentliche Lönsgemeinde wird dies Büchlein eine wehmütige Herzensfreude bedeuten.

ALSTER-VERLAG, HAMBURG



Geert Seelig:

Eine deutsche Jugend

Mit vielen Abbildungen

Preis gebunden M. 27.– einschließlich Zuschlag

Fedor v. Zobeltitz: Diese „Deutsche Jugend" von Geert Seelig ist ein ganz deutsches Buch: in hohem Maße unterhaltend und zugleich vom Hauche eines tiefen Gemüts durchweht. Kiel steht im Mittelpunkte dieser Erinnerungen, und was Geert Seelig von den historischen Schicksalen der schönen Hafenstadt von der Mitte des vorigen Jahrhunderts ab zu erzählen weiß, ist schon aktuell genug, um den Leser zu fesseln. Aber er gibt vielmehr als einen geschichtlichen Abriß und mehr als nur das getreue Abbild der Entwicklung einer kleinen Stadt über gut geschautes Anekdotisches hinaus. Er gibt das Bild der typisch deutschen Kleinstadt an sich, gesehen durch das künstlerische Temperament eines Mannes unserer Tage.

Niedersachsen. ... Wird auch das alte, niedliche, behaglich eingebettete, rosen- und poesieumrankte Bild so garnicht mehr zu der Gegenwart passen, es kann doch zur Zufluchtstätte, zum Traumland werden, wohin uns die abendliche Ruhestunde oder ein kleiner Freundeskreis auch heute noch je und je entführen sollten.

Deutsche Hochschul-Zeitung. Ein deutsches Buch nach Inhalt und Form; im Empfinden, in der schlichten Natürlichkeit und derben Frische des Ausdrucks und in seinem heute so selten gewordenen echten Humor ... Aber in diesem Rahmen läßt sich die Reichhaltigkeit des Gebotenen kaum annähernd andeuten. Der Leser kommt beim Erwerb des Buches, das wegen seiner Beiträge zur Volks- und Sittenkunde dauernden Wert hat, auf seine Kosten, zumal auch die Ausstattung — guter Druck und vorzüglich wiedergegebene Bildbeilagen nach Originalen — auf der gleichen Höhe steht wie der Inhalt.

ALSTER-VERLAG, HAMBURG

Erlebnisse eines Tierforschers und Elefantenjägers
Mit 35 Vollbildern, über 100 Textbildern und einer Karte
Preis gebunden M. 48.— mit Zuschlag

Hamburger Nachrichten. Alles in allem darf man wohl behaupten, daß Steinhardt eine sehr nützliche Arbeit der Öffentlichkeit übergeben hat. Gerade in unserer jetzigen Zeit, wo eine schwere Wolke giftiger Dünste über unserem armen Vaterland lagert, deutschen Fleiß, deutsche Gewissenhaftigkeit und Pflichttreue, deutsche Wahrhaftigkeit und Nächstenliebe einschläfernd, da bringt das Lesen eines guten Buches gewissermaßen einen frischen Wind in das traurige Wogen der schlimmen Dünste und öffnet uns den Ausblick auf freundlichere Gefilde, wo deutsche Tatkraft, deutsches Streben im Dienste der Aufklärung wohltuend wirksam war.

Niedersachsen. Ein prächtiges Jagdbuch aus heute leider verlorenen Jagdgründen . . . Hübsch ausgestattet.

Hannoverscher Courier. Ein afrikanischer Löns. Alle Tierfreunde und Jäger wird das Erscheinen des Buches lebhaft interessieren.

Hamburger Nachrichten

Gegründet im Jahre 1792

★

Unbeirrt durch ſchwankende Tagesſtrömungen vertreten die Hamburger Nachrichten eine Politik, die an den bewährten Grundſätzen einer großen Vergangenheit feſthält und dieſe mit den Aufgaben der Gegenwart in Einklang zu bringen ſucht. Die Hamburger Nachrichten arbeiten unermüdlich im Sinne Bismarcks für ſtaatsbürgerliche Aufklärung und Belehrung, damit in unſerem Volksleben wieder geordnete Verhältniſſe einkehren, die einen Wiederaufbau des Zerſtörten ermöglichen

★

Wöchentlich 12 Ausgaben
Eigene Geſchäftsſtellen in Berlin, Lübeck und Cuxhaven
Bezugspreis M. 12.50 monatlich

★

Hauptgeſchäftsſtelle Hamburg 36
(Ausgabe) Speersort 5/11